POLITISCHES ARCHIV

2. Jahr AUGUST 1947 2. Folge

Die Parteien in Frankreich

Die Stellung Frankreichs in Politik, Wirtschaft und Kultur der Gegenwart ist von uns bereits von verschiedenen Seiten her beleuchtet worden. Besonders eingehend befaßten wir uns mit der Stellung Frankreichs zur Deutschen Frage (vgl. dazu Europa-Archiv S. 3—5, 266—272, 289, 621—631). Die Stellung Frankreichs auf der Moskauer Konferenz der Außenminister behandelten wir in der Juli-Nummer des zweiten Jahres. Dort befindet sich auch auf Seite 772/73 eine Zusammenstellung der von uns bisher gebrachten internationalen Stimmen zur Ruhr- und Saarfrage, die als besonders wichtige Probleme der französischen Außenpolitik zu betrachten sind. Auf Seite 635—638 behandelten wir den britisch-französischen Bündnisvertrag von Dünkirchen vom 4. Januar 1947, auf Seite 375—378 die Unabhängigkeitsbewegung in Indochina, die ein bedeutendes Problem der französischen Kolonialpolitik darstellt. Die Probleme der übrigen überseeischen Beziehungen Frankreichs sollen in kommenden Folgen behandelt werden. Auf Seite 526—529 behandelten wir die Stellung Frankreichs in der Weltverkehrsluftfahrt 1947. Das Kultur-Archiv brachte verschiedentlich Beiträge über einzelne Gebiete des französischen Kulturlebens, so die französische Literatur der letzten zwanzig Jahre auf Seite 457—465, die Malerei im heutigen Frankreich auf Seite 465—469 und die französische Musik in dieser Folge.

Mit dem folgenden Archivbeitrag über die französischen Parteien versuchen wir nun, das politische Leben Frankreichs einmal von innen her darzustellen. Das französische Parteiwesen hat nach dem Furioso des zweiten Weltkrieges eine grundlegende Wandlung durchgemacht. Von den Parteien der dritten Republik sind viele verschwunden, andere fast bedeutungslos geworden, ohne daß sie nach menschlichem Ermessen Aussicht hätten, wieder ihren alten Einfluß zurückzugewinnen.

Die jetzigen Parteien — auch soweit sie älter sind — haben ihr Gesicht durch das Maquis*) erfahren. Dort fanden sich während der Besetzung alle jene Kräfte zusammen, die im aktiven Kampf gegen die Okkupationsmacht standen. Angehörige aller Parteien nahmen daran teil. Das Hauptkontingent stellten jedoch die sozialistischen und linksbürgerlichen Gruppen. Es entstand eine neue politische Elite.

In der französischen Widerstandsbewegung wurde zum erstenmal die Frage des Sozialismus als eines der Kernprobleme der Gegenwart von allen zur Debatte gestellt. Von keiner Seite wurde die Notwendigkeit der Reform des gesellschaftlichen und politischen Lebens bestritten. Aber überall erhob sich die Frage, ob es zugleich möglich sein werde, die Stellung des einzelnen im Sinne der großen französischen Revolution absolut frei und unantastbar zu lassen. Die Diskussion ist nach der Befreiung innerhalb der Parteien fortgesetzt worden und noch heute in vollem Gange.

Bei der engen Verflechtung Frankreichs mit der Politik wie auch dem Wirtschafts- und Geistesleben des Kontinents ist es unvermeidlich, daß überall dort, wo in Europa und in der Welt die Interessen Frankreichs verfochten werden, das Gesamtschicksal des Kontinents in besonderer Weise mit berührt wird. Diese Tatsache gibt dem französischen Parteileben eine besondere Bedeutung, die weit über die Zusammenhänge der französischen Innenpolitik hinausreicht. *Co.*

Zeittafel

28. 8. 1944 Paris in der Hand der Alliierten.

Sept. 1944 General *de Gaulle* übernimmt die Lenkung des befreiten französischen Staates.

10. 10. 1944 Vertrag zwischen der Sowjet-Union und Frankreich.

21. 10. 1945 Wahlen zur Verfassunggebenden Nationalversammlung:

	Stimmen
Republikanische Volksbewegung (MRP)	4 842 371
Kommunistische Partei	4 817 603
Sozialistische Partei (SFIO)	4 495 402
Radikalsozialisten	1 533 095
Republikanische Freiheitspartei (PRL) und Rechtsparteien	2 034 079

21. 1. 1946 Entschluß General *de Gaulles*, seine bisherigen Funktionen aufzugeben.

29. 1. 1946 Bildung des Kabinetts *Gouin*, Vertrauensvotum der Kammer mit 503 gegen 44 Stimmen.

5. 5. 1946 Ablehnung des ersten Verfassungsentwurfes durch das französische Volk mit 10 522 478 Nein-Stimmen gegen 9 323 709 Ja-Stimmen.

2. 6. 1946 Allgemeine Wahlen:

	Stimmen
Republikanische Volksbewegung (MRP)	5 589 213
Kommunistische Partei	5 145 325
Sozialistische Partei (SFIO)	4 187 747
Radikalsozialisten	2 526 872
Republikanische Freiheitspartei (PRL) und Rechtsparteien	2 999 963

14. 6. 1946 Der Sozialist Vincent *Auriol* wird zum Präsidenten der Verfassunggebenden Nationalversammlung gewählt.

15. 6. 1946 Die Kommunisten schlagen die Bildung eines Koalitionskabinetts mit einem sozialistischen Ministerpräsidenten vor.

18. 6. 1946 Rede General *de Gaulles* in Bayeux: „Wenn die Bürger die Freude an ihren nationalen Einrichtungen verlieren, kann sich die Drohung der Diktatur erheben. Diktatur ist aber nichts anderes als ein blutiges Abenteuer, das in Elend und Blut enden muß.“ Ohne die demokratischen Grundsätze zu verletzen, müsse der Staatspräsident eine stärkere Stellung haben. Er müsse von einer größeren Körperschaft als nur von der Nationalversammlung gewählt werden und zweckmäßigerweise den Vorsitz im Kabinett haben.

19. 6. 1946 Georges *Bidault* wird zum Ministerpräsidenten gewählt.

27. 6. 1946 Die Regierung *Bidault* erhält das Vertrauen der Nationalversammlung mit 517 gegen 4 Stimmen.

20. 8. 1946 Annahme des neuen französischen Verfassungsentwurfes durch den Ausschuß der Nationalversammlung mit 22 gegen 20 Stimmen.

28. 8. 1946 Neue Erklärung General *de Gaulles* über seine Unzufriedenheit mit dem Verfassungsentwurf, welcher den Gefahren, denen sich Frankreich gegenübersehe, nicht gerecht werde.
Erwiderung des Sozialisten André *Philip*, daß die Erklärung de Gaulles Unbehagen hervorrufe.

4. 9. 1946 Die Verfassunggebende Nationalversammlung spricht sich für ein Zweikammersystem aus.

6. 9. 1946 Edouard *Herriot* zum Vorsitzenden der Radikalsozialistischen Partei gewählt.

29. 9. 1946 Die Verfassunggebende Nationalversammlung nimmt die neue Verfassung mit 440 gegen 106 Stimmen an.

13. 10. 1946 Abstimmung über die Verfassung, die vom französischen Volk mit 9 263 416 Ja-Stimmen gegenüber 8 143 891 Neinstimmen angenommen wird.

10. 11. 1946 Wahlen zur ersten ordentlichen Nationalversammlung. Knapper Sieg der Kommunisten vor der Republikanischen Volkspartei. Ergebnis:

	Stimmen
Republikanische Volkspartei (MRP)	5 033 430
Kommunistische Partei	5 475 955
Sozialistische Partei (SFIO)	3 454 030
Radikalsozialistische Partei	1 971 660
Republikanische Freiheitspartei (RPL) und Rechtsparteien	3 136 630

17. 11. 1946 Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs zeigt deutliches Widerstreben, eine Regierung mit den Kommunisten zu bilden.

28. 11. 1946 Die Regierung *Bidault* tritt zurück.

Dezember 1946 Die Sozialistische Partei veröffentlicht ein Regierungsprogramm. Die wichtigsten Punkte sind:

*) Bezeichnung der französischen Widerstandsbewegung während des zweiten Weltkrieges.

1. Frankreich wird keinem Block beitreten, der gegen irgendeinen anderen Staat gerichtet ist.

2. Eine Verminderung der Rüstung ist unbedingt anzustreben.

3. Deutschland muß als Angriffsmacht ausgeschaltet werden. Bis das deutsche Volk den Beweis für seine geänderte Gesinnung erbracht hat, soll es von alliierten Streitkräften besetzt bleiben. Deutschland soll total entwaffnet werden. Industrie, Handel und Finanzen sollen kontrolliert werden. Jede Annexion wird verworfen. Deutschland soll nicht zerstückelt werden, doch sollen Sonderstatuten für Saar, Rhein und Ruhr geschaffen werden. Die Saarwirtschaft soll der französischen Wirtschaft eingegliedert werden. Das Rheinland soll von alliierten Streitkräften dauernd besetzt bleiben, die Ruhrbergwerke einer internationalen Kontrolle unterstellt werden.

4. Hinsichtlich Spaniens wird eine gemeinsame Aktion der Mächte mit diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln gefordert.

3. 12. 1946 Vincent *Auriol* erneut zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt.

4. 12. 1946 Maurice *Thorez'* Ministerpräsidentschaft von der Nationalversammlung abgelehnt.

12. 12. 1946 Léon *Blum* wird zum Ministerpräsidenten gewählt.

16. 12. 1946 Bildung des Kabinetts *Blum*.

17. 12. 1946 Die Regierung *Blum* erhält das Vertrauen der Nationalversammlung mit 580 gegen 16 Stimmen.

19. 12. 1946 Der Kommunist Marcel *Cachin* wird Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses der Nationalversammlung.

27. 12. 1946 Präsident des „Rates der französischen Republik" wird der Vertreter der MRP, *Champetier de Ribes*.

28. 12. 1946 General *de Gaulle* verzichtet auf die Kandidatur zur Präsidentenwahl.

1. 1. 1947 Das Kabinett *Blum* ordnet eine Preissenkung von fünf Prozent an.

Anfang Januar 1947 Bergarbeiterversammlung in Lens (Nordfrankreich). Der Präsident der Bergarbeitergewerkschaft, *Lecoeur*, erklärt, daß die eingetretene Produktionsminderung eine Folge des Ausschlusses der Kommunisten aus der Regierung sei.

7. 1. 1947 Die französische Regierung veröffentlicht einen Vierjahresplan für den Wiederaufbau wichtiger Industrien.

8. 1. 1947 Beginn des Druckerstreikes in Paris.

13. 1. 1947 Besprechung *Blums* in London mit der britischen Regierung über schwebende Fragen.

14. 1. 1947 Wilde Tumultszenen in der Nationalversammlung. Forderung der Kommunisten nach Beteiligung an der Regierung.

16. 1. 1947 Vicent *Auriol* zum Präsidenten der französischen Republik gewählt.

21. 1. 1947 Edouard *Herriot* zum Präsidenten der Nationalversammlung gewählt

23. 1. 1947 Bildung der Regierung *Ramadier*.
Stellvertretende Ministerpräsidenten: Maurice *Thorez*, KP; Philip *Teitgen*, MRP; Innenminister: Edouard *Depreux*, SFIO; Außenminister: Georges *Bidault*, MRP; Wirtschaftsminister: André *Philip*, SFIO; Industrieminister: Robert *Lacoste*, SFIO; Finanzminister: Robert *Schuman*, MRP; Verteidigungsminister: François *Billoux*, KP; Arbeitsminister: Ambroise *Croizat*, KP; Kriegsminister: Paul *Coste-Floret*, MRP.

30. 1. 1947 Der Ausschuß für industrielle Erzeugung beschließt Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie.

4. 2. 1947 Die französischen Gewerkschaften fordern eine Lohnerhöhung um 25 Prozent.

6. 2. 1947 Die französischen Kommunisten machen ihre Zustimmung zum britisch-französischen Bündnis von der Erhöhung der Ruhrkohlenlieferung abhängig.

14. 2. 1947 Das französische Kabinett billigt den Entwurf des Bündnisses mit Großbritannien.

17. 2. 1947 Ministerpräsident *Ramadier* warnt vor neuen Lohnforderungen.

18. 2. 1947 Beginn der britisch-französischen Bündnisverhandlungen. Frankreich schlägt eine zwanzigjährige Allianz gegen eine deutsche Aggression vor.

24. 2. 1947 Erneute Preissenkung um fünf Prozent.

4. 3. 1947 Unterzeichnung des britisch-französischen Bündnisses in Dünkirchen durch *Bevin* und *Bidault*.

11. 3. 1947 Erregte Debatten im französischen Parlament über Indochina. Schlägereien zwischen Kommunisten und Abgeordneten der Rechten.

14. 3. 1947 Erneute Tumulte im Parlament. Erklärung der Rechten, daß die III. Internationale die Unruhen in Indochina fördere.

17. 3. 1947 Ende des Pariser Zeitungsstreiks.

19. 3. 1947 Ablehnung der Militärkredite für Indochina durch die Kommunisten.
Die Regierung *Ramadier* erhält das Vertrauen der Nationalversammlung. Die Kommunisten enthalten sich der Stimme.

2. 4. 1947 Unterredung des Ministerpräsidenten *Ramadier* mit General *de Gaulle*.

3. 4. 1947 Massenkundgebung der Kommunisten gegen *de Gaulle*. Dieser wird als Werkzeug der Reaktion bezeichnet.

7. 4. 1947 Rede General *de Gaulles* in Straßburg. Forderung einer Westorientierung.

15. 4. 1947 Bildung der „Partei der Sammlung des französischen Volkes" durch General *de Gaulle*.

19. 4. 1947 Wachsende Zerwürfnisse innerhalb der Regierungskoalition.

2. 5. 1947 Ministerpräsident *Ramadier* stellt erneut die Vertrauensfrage wegen der Differenzen in der Lohnpolitik.

5. 5. 1947 Vertrauenserklärung der Nationalversammlung für *Ramadier* mit 360 gegen 186 Stimmen. Die Kommunisten scheiden aus der Regierung aus.

7. 5. 1947 Der Nationalrat der Sozialistischen Partei billigt die Politik *Ramadiers* und die Trennung von den Kommunisten.

9. 5. 1947 Umbildung des Kabinetts *Ramadier*.
Neue Minister: Arbeitsminister Daniel *Mayer*, SFIO; Postminister: *Thomas*, SFIO; Staatssekretär im Ministerpräsidium: *Bechard*, SFIO; Minister für öffentliche Gesundheit: Robert *Prigent*, MRP; Wiederaufbauminister: Jean *Letourneau*, MRP.
Das Kabinett besteht aus zwölf Sozialisten, sechs Mitgliedern der MRP, fünf der Radikalsozialisten und zwei der Rechten.

14. 5. 1947 Ernsthafte Brotkrise in Frankreich.

15. 5. 1947 Erneute Lohnforderungen der Gewerkschaften.

26. 5. 1947 Die Regierung *Ramadier* entschließt sich, mit scharfen Maßnahmen gegen Streikende vorzugehen und Kriegsgesetze anzuwenden.

29. 5. 1947 Die Nationalversammlung beginnt die Diskussion über den Haushaltsplan 1947.

1. 6. 1947 Streik der Pariser Bäcker.

3. 6. 1947 Erklärung Ministerpräsident *Ramadiers* zur Streiklage.

6. 6. 1947 Ministerpräsident *Ramadier* erhält bei sieben Stimmenthaltungen einstimmig das Vertrauensvotum der Sozialisten.

11. 6. 1947 Der Ministerrat stimmt dem Gesetz über die Gemeindewahlen zu.

12. 6. 1947 Ein Abkommen zwischen Regierung und Gewerkschaft beendet den Eisenbahnerstreik.

15. 6. 1947 Ministerpräsident *Ramadier* erklärt sich mit der Sieben-Franken-Stundenprämie einverstanden.

17. 6. 1947 Finanzminister *Schuman* erläutert vor dem Ministerrat seinen Finanzplan.

19. 6. 1947 Streik der Bank- und Kaufhausangestellten.

21. 6. 1947 Beginn des Bergarbeiterstreiks im Norden Frankreichs.

23. 6. 1947 Ministerpräsident *Ramadier* legt der Nationalversammlung die Wirtschaftspolitik der Regierung dar.
Protestkundgebung gegen den Finanzplan vor dem Gebäude der Nationalversammlung.

24. 6. 1947 Generalstreik bei Citroën.

25. 6. 1947 Die Nationalversammlung nimmt mit 301 gegen 241 Stimmen den Finanzplan an.
Die Bergarbeiter im nordfranzösischen Kohlenrevier und am Pas de Calais beschließen den Generalstreik.
Eröffnung des elften Nationalkongresses der Kommunistischen Partei Frankreichs in Straßburg.

26. 6. 1947 Der Bergarbeiterstreik dehnt sich auf Lothringen und das Loirebecken aus.

27. 6. 1947 Verschärfung des Bankstreiks, Einstellung sämtlicher Zahlungen.

29. 6. 1947 Der Parteiausschuß der MRP wendet sich gegen jeden äußeren Druck auf das Parlament und erklärt sich gegen eine allgemeine Erhöhung der Gehälter.

30. 6. 1947 Rede General *de Gaulles* in Lille über außenpolitische und soziale Fragen.
Aufdeckung einer Verschwörung gegen die Sicherheit der Republik.
Beratung des leitenden Ausschusses der SFIO über die Wirtschaftspolitik der Regierung.

Die Kommunisten

Die französische kommunistische Partei hat eine ähnliche Entwicklung aufzuweisen wie ihre Brüderparteien in West- und Mitteleuropa. Sie verdankt ihre Entstehung der politischen Lage nach Beendigung des ersten Weltkrieges, als mit der Sowjet-Union der erste sozialistische Staat geschaffen worden war. Die sozialistischen Parteien des Westens lehnten diesen in ihrer Mehrzahl ab, nur Minderheitsgruppen, die sich bald zu kommunistischen Parteien zusammenfanden, traten für ihn ein. Für die französische kommunistische Partei war die Verbindung mit dem Weltkommunismus von vornherein gegeben. Mit besonderem Eifer hat sie die Zielsetzung der Dritten Internationale vertreten und die Umgestaltung der menschlichen Gesellschaft im Sinne der marxistischen Anschauung angestrebt. Das Mittel, mit welchem dieses Ziel erreicht werden sollte, war die Revolution.

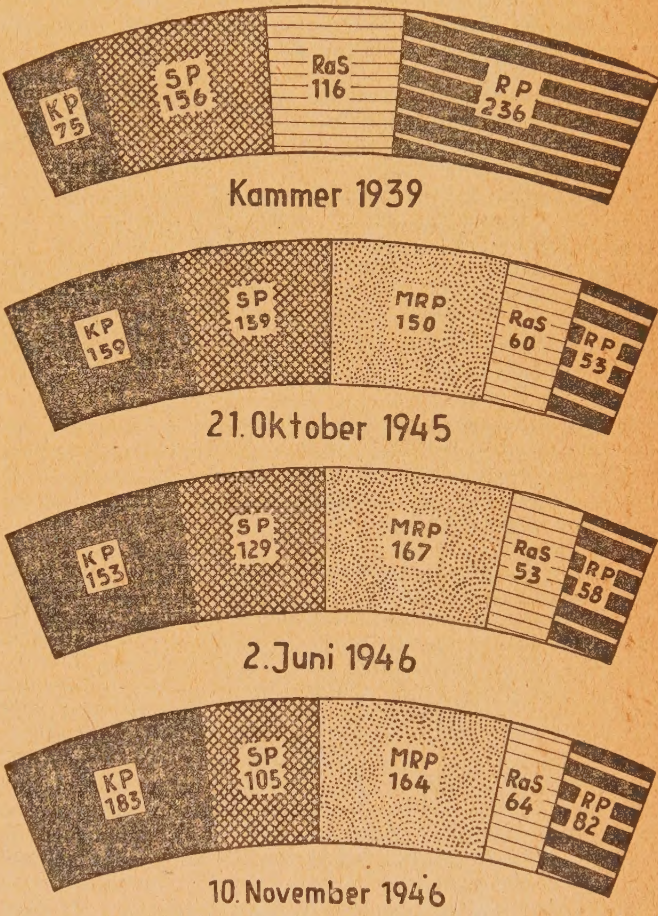
Seit der Mitte der dreißiger Jahre ist in der Taktik der kommunistischen Partei eine Änderung festzustellen, die ihre Ursache einmal in der Machtergreifung der NSDAP in Deutschland und zweitens in der Hinwendung der Sowjet-Union zur internationalen Politik hatte. An die Stelle der kompromißlosen, dauernd kampfbereiten Haltung nach den Anweisungen der Dritten Internationale und der Ablehnung der Zusammenarbeit mit anderen Parteien traten die Politik der Zugeständnisse, der Teilnahme an der Verantwortung und das Bekenntnis zur Demokratie mit der Möglichkeit, die Änderung der gesellschaftlichen Zustände auf friedlichem, dem Volkswillen angepaßten Wege zu erreichen. In Frankreich haben die sozialistische Partei und gewisse bürgerliche Gruppen das Angebot der Zusammenarbeit mit den Kommunisten zunächst bereitwillig angenommen. Die Volksfrontkabinette der Vorkriegszeit hielten sich mit der Unterstützung der Kommunisten am Ruder, wenn diese selbst auch nicht durch Entsendung eigener Minister an der Regierung teilnahmen. Die „Volksfront" erfuhr ihre erste Probe im spanischen Bürgerkrieg. Die kritische Situation, in welche Frankreich damals geriet, wurde gemeistert. Allerdings erwies sich bald, daß die Kommunisten die aktivsten Elemente innerhalb der „Volksfront" darstellten und hierbei zum ersten Male ihre seitdem oft erprobte Taktik anwandten, sozialistische und bürgerliche Gruppen unter neutralen Bezeichnungen ihren Zwecken nutzbar zu machen.

Auch der Widerstand gegen die deutsche Besatzung in den Jahren 1940 — 1944 stand weitgehend unter diesem Vorzeichen. Die Kommunisten im Lande selbst spielten in der „Résistance" die entscheidende Rolle, indem sie sich zu Vorkämpfern der nationalen Befreiung aufschwangen. Sie stellten das Hauptkontingent der „Maquisards" und erhoben daher nach der Vertreibung der Deutschen auch den Anspruch, mit an erster Stelle an der Verantwortung teilzunehmen. Die verschiedenen Wahlen haben gezeigt, daß ihre Behauptung, die stärkste Partei Frankreichs zu sein, zu Recht besteht.

Während die Abgeordnetenkammer 1939 nur 75 kommunistische Abgeordnete zählte, erhielten die Kommunisten am 21. Oktober 1945 bei der Wahl zur Nationalversammlung 159, am 2. Juni 1946 153 und schließlich am 10. November 1946 183 Sitze. Nur bei den Wahlen am 2. Juni 1946 wurden sie von der MRP übertroffen. Seit November 1946 ist ihre Spitzenstellung als stärkste Partei Frankreichs unangefochten.

Die Forderung der Kommunisten, in die Regierung aufgenommen zu werden, stieß zwar zunächst in vielen Kreisen, besonders auf seiten der Rechten, auf erheblichen Widerstand, war aber nach Lage der Dinge natürlich. Die Sozialisten, die innerhalb ihrer eigenen Reihen gegen starke antiklerikale und antibürgerliche Neigungen anzukämpfen hatten, machten darüber hinaus auch ihre Teilnahme an der Regierung davon abhängig, daß die Kommunisten an der Verantwortung mitbeteiligt sein würden. Ohne die beiden Linksparteien war aber die Bildung einer tragfähigen Majorität in der Nationalversammlung nicht möglich. Zudem erforderte die Notlage, in der sich Frankreich nach der Befreiung befand, die einträchtige Zusammenarbeit aller Gruppen und Parteien. Die Kommunisten in Frankreich haben seitdem aus ihrer Propaganda das Wort „Weltrevolution" einstweilen gestrichen und sich zu den in Frankreich üblichen Formen der Demokratie bekannt. *Thorez*, der anerkannte Führer der Partei, erklärte im November 1946 in einem *Times*-Interview, daß man auch andere Wege ins Auge fassen könne als den, welchen die russischen Kommunisten gegangen seien. Diese Kompromißbereitschaft ließ sich auch aus anderen Äußerungen Thorez' und führender Männer des französischen Kommunismus erkennen. Immer wieder wurde betont, daß der bäuerliche Besitz erhalten bleiben, die Religion nicht unterdrückt und das parlamentarische Regime nicht der Diktatur weichen solle.

Die wichtigsten Wahlergebnisse seit 1939



Erklärung der Abkürzungen: KP = Kommunistische Partei; SP = Sozialistische Partei; MRP = Republikanische Volkspartei (Mouvement Républicain Populaire); RaS = Radikal-Sozialisten; RP = Republikansche Partei.

Diese Haltung hat viel zu den Erfolgen der kommunistischen Partei beigetragen. Wenn auch das Gros der Anhänger weiterhin unter der Arbeiterschaft der Städte und Industriegebiete zu suchen ist, so ist dem Kommunismus zweifellos ein Einbruch in die ländliche Wählerschaft gelungen, wie auch ein Teil des Kleinbürgertums und der Intellektuellen (die Lehrerschaft in erster Linie) gewonnen worden ist. Die erhöhte politische Aktivität des Generals *de Gaulle* hat den Hang zum Linksradikalismus verstärkt.

Die kommunistische Partei Frankreichs hat seitdem bis in die jüngste Gegenwart hinein an allen Regierungen teilgenommen. Ihr Versuch, wichtige Schlüsselministerien in die Hand zu bekommen, ist jedoch nur teilweise gelungen. Die bürgerlichen Parteien haben erfolgreich versucht, das Außenministerium und die Wehrministerien von kommunistischer Beeinflussung freizuhalten. Auf der anderen Seite haben die Kommunisten inner- und wirtschaftspolitisch wichtige Ministerien besetzt und von diesen Positionen aus das Fundament für eine Neugestaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in kommunistischem Sinne zu legen versucht. Mit der Nationalisierung der Schwerindustrie ist ein Anfang in dieser Richtung gemacht worden. Auch in der Verfassungsfrage hat sich der kommunistische Einfluß zunächst stark bemerkbar machen können. Die Debatten um die neue Verfassung nahmen das ganze Jahr 1946 über in Anspruch. Die Kommunisten vertraten das Einkammersystem und wollten die Befugnisse des Staatspräsidenten in drastischer Weise beschränken. Trotz Empfehlung durch die Mehrheit der Nationalversammlung wurde der Verfassungsentwurf jedoch in der Volksabstimmung am 5. Mai 1946 abgelehnt. Erst seine Neubearbeitung, welche den Wünschen der Linksbürgerlichen mit der Beibehaltung des Zweikammersystems entgegenkam, fand mit knapper Mehrheit die Annahme durch das Volk.

In der Außenpolitik vertreten die französischen Kommunisten einen extrem-nationalistischen Standpunkt. Sie entfernten sich damit von dem vor dem Kriege üblichen Bekenntnis zur internationalen Solidarität des Proletariats und verlangen eine restlose Vernichtung des deutschen Machtpotentials. Deutschland soll in mehr oder minder von den Alliierten abhängige Kleinstaaten zerschlagen, die Ruhr unter eine internationale Kontrolle gestellt, das Saargebiet eng mit Frankreich verbunden werden. Im Osten Deutschlands sollen die in Potsdam vereinbarten territorialen Entscheidungen als endgültig festgelegt werden, das restliche Deutschland nur eine schwache oder gar keine Zentralgewalt erhalten.

Mit diesen Forderungen haben sich die französischen Kommunisten in teilweisen Gegensatz zur offiziellen Moskauer Politik gestellt, welche für Deutschland eine starke Zentralgewalt verlangt und territoriale Veränderungen zugunsten Frankreichs ablehnt.

Das kommunistische Deutschland-Programm ist aber ähnlich wie das der meisten anderen Parteien in Frankreich. Die Übereinstimmung in dieser wichtigen Frage hat in der Vergangenheit immer wieder dazu beigetragen, die nationale Koalition aufrechtzuerhalten. Auch in der Spanischen Frage besteht eine weitgehende Übereinstimmung der Kommunisten mit den anderen Parteien bis hin zu den Radikalsozialen. Die für Frankreich bedeutsame Haltung der angelsächsischen Mächte hat allerdings bisher eine schärfere Anti-Franco-Politik verhindert. Immer wieder ist es das machtpolitische Gewicht der Vereinigten Staaten von Amerika und auch Großbritanniens, welches auch die Kommunisten in Frankreich daran hindert, ihren Einfluß noch mehr geltend zu machen. Sie haben in der jüngsten Zeit mehrfach verlangt, daß Frankreich sich den angelsächsischen Mächten nicht zu sehr in die Arme werfen solle. Diese Warnung ist nach Abschluß des englisch-französischen Bündnisses von Dünkirchen und der Haltung des Außenministers *Bidault* auf der Moskauer Konferenz der vier Großmächte erfolgt. Die Kommunisten sprachen ganz offen von der Englandhörigkeit Bidaults.

Die Kommunisten haben seit Beginn des Jahres 1947 eine verschärfte oppositionelle Stellung eingenommen, welche sich gegen die Politik aller nichtkommunistischen Minister richtete und die Grundlage der Zusammenarbeit innerhalb des Kabinetts untergrub.

War die Unzufriedenheit mit der Außenpolitik der Regierung einer der Punkte, in welchem die Meinungen auseinandergingen, so trat in der Kolonialpolitik ein zweiter Streitgegenstand auf. Seit Beendigung des Krieges machte sich im französischen Kolonialreich eine steigende Unruhe bemerkbar, die besonders in Indochina zu erheblichen Schwierigkeiten führte. Dort hatte während der japanischen Besetzung der einheimische Nationalismus einen Auftrieb erfahren. Nach der Kapitulation Japans waren die kommunistischen Einflüsse wieder stärker hervorgetreten und mit nationalen Vorzeichen versehen worden. Die französische Regierung versuchte, der sogenannten Vietnam-Bewegung mit drastischen Mitteln Herr zu werden, fand aber bei der Forderung nach Gewährung neuer Militärkredite nicht die Unterstützung der Kommunisten. Sie bezeichneten die französische Kolonialpolitik als imperalistisches Manöver und führten durch ihre Unversöhnlichkeit eine ernsthafte Regierungskrise herauf. (Vgl. Europa-Archiv S. 375—378.)

Das Auseinanderfallen der Koalition wurde zunächst vermieden, da den Kommunisten in diesem Augenblick noch an ihrem Weiterbestehen gelegen war. Im Parlament kam es aber immer wieder zu Zusammenstößen. Mit der Ausdehnung der Unruhen auf die Insel Madagaskar und der steigenden Beunruhigung in Französisch-Nordafrika, wuchs die Unzufriedenheit der französischen Kommunisten mit der Kolonialpolitik der Regierung weiter an.

Der entscheidende Bruch aber entstand aus Differenzen über die Wirtschaftspolitik: die Frage des Verhältnisses zwischen Lohn und Preis. Seit Beginn des Jahres 1946 hatten über diese Frage Debatten stattgefunden. Sie erregte die französische Öffentlichkeit mehr als jedes außenpolitische Problem. Die Kommunisten hatten sich in den Gewerkschaften sichere Verbündete geschaffen und eine Koordinierung ihres Vorgehens erreicht. Die Gewerkschaften traten dabei als die Fordernden auf. Sie verlangten mehrfache Lohnerhöhungen, während die Regierungen *Blum* und *Ramadier* der wirtschaftlichen Notlage durch Preissenkungen zu begegnen suchten. Anfang Mai 1947 spitzten sich die Gegensätze infolge der restlosen Unterstützung der Gewerkschaften durch die kommunistische Partei derart zu, daß die Sozialisten und die bürgerlichen Regierungsparteien keine Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten mehr sahen und diese zum Austritt aus der Regierung zwangen, die damit zum ersten Male seit der Befreiung in Opposition stehen. Die neue Lage gibt den Kommunisten die Möglichkeit einer größeren Agitationsfreiheit, beraubt sie allerdings des unmittelbaren Einflusses auf die Regierung des Landes. Es bahnt sich damit eine Entwicklung an, deren Folgen noch nicht abzusehen sind, und die zu einer völlig veränderten Lage führen kann. Die ersten Äußerungen der kommunistischen Funktionäre lassen jedoch darauf schließen, daß die Partei keine revolutionäre Änderung ihrer bisherigen Politik beabsichtigt, sondern höchstens als loyale Opposition auftreten will. Ein Generalstreik wurde ausdrücklich abgelehnt. Das Hauptaugenmerk wird die Partei auf ihre innere Festigkeit richten. Das starke Anwachsen der Stimmen und Mitgliederzahl erfordert eine verstärkte Schulung, die nach bewährtem Muster durchgeführt wird. Die große Gefahr sehen die Kommunisten in General *de Gaulle* und seiner Bewegung, der sie mit der Gründung eines „Ausschusses der Wachsamkeit", in welchem alle Gegner de Gaulles — gleich welcher Partei — vertreten sein sollen, zu begegnen versuchen.

Der gegenwärtige Führer der Partei ist Maurice *Thorez*, ein ehemaliger Bergmann aus dem Norden des Landes. Zu Beginn des Krieges entzog er sich der Wehrpflicht und ging in die Sowjet-Union, um einer Verhaftung durch die damalige *Daladier*-Regierung zu entgehen. Nach dem Eintritt der Sowjet-Union in den Krieg wurde Thorez zum eifrigsten Verfechter desselben. Nach seinem Aufenthalt in Moskau kehrte er im November des Jahres 1944 nach Paris zurück. Seine Vertreter sind Jacques *Duclos* und Marcel *Cachin*. Das Hauptorgan der Kommunistischen Partei ist die Pariser *Humanité*.

Die Sozialisten

Die Sozialisten Frankreichs unterscheiden sich in ihrer Haltung und ihrer Politik in keiner Weise von denen West- und Mitteleuropas. Sie sind seit der Trennung von den Kommunisten bewußt einen anderen Weg gegangen und sind in ihrem Kern westlich orientiert. Auch für sie ist der Sozialismus eine unabdingbare Forderung, aber seine Verwirklichung ist nach ihrer Auffassung nur auf dem Wege über die Demokratie in ihrer westeuropäischen Prägung anzustreben. Ähnlich wie in allen Ländern des bürgerlichen Kapitalismus aber bilden sich deutlich zwei Richtungen heraus: die eine befürwortet einen engen Kontakt mit den Kommunisten, welche als die natürlichen Bundesgenossen in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus betrachtet werden, die anderen treten für eine von anderen Parteien unabhängige Haltung ein beziehungsweise empfehlen einen Kontakt mit den linksbürgerlichen Gruppen*).

Eine endgültige Entscheidung ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gefallen, wenn auch parteitaktische Erwägungen des Augenblicks als Entscheidungen in diesem oder in jenem Sinne erscheinen mögen. In der Vergangenheit jedenfalls haben sich die französischen Sozialisten uneingeschränkt zur Zweiten Internationale bekannt, allerdings wurde seit dem Anwachsen des Faschismus in Europa die Zusammenarbeit mit den Kommunisten immer enger gestaltet. Die Volksfrontkabinette Léon *Blums* aus der Mitte der dreißiger Jahre sind die Höhepunkte in der Geschichte der sozialistischen Partei Frankreichs. Es zeigte sich hier zum erstenmal die Mittlerstellung der Partei zwischen den linksradikalen und den bürgerlichen Gruppen, die ihr einen starken Einfluß sicherte.

Ihre Wählerschaft hatte die sozialistische Partei ursprünglich unter der Arbeitergemeinschaft in ihrer Gesamtheit gefunden. Mit dem wachsenden Radikalismus und dem Hinneigen desselben zum Kommunismus verlor die Partei unter dem Proletariat erheblich an Einfluß, um auf der anderen Seite stärkeren Anhang aus dem Kleinbürgertum zu gewinnen. Es vollzog sich also hier ein Vorgang, der bei allen westlichen und mitteleuropäischen Sozialistenparteien seit dem Ende des ersten Weltkrieges zu beobachten gewesen ist. Der Prozeß der „Verbürgerlichung" ist auch heute noch nicht abgeschlossen und wird durch die natürliche Neigung des Franzosen zur bürgerlichen Denk- und Lebensweise unterstützt. Trotzdem ist die Sozialistische Partei in Frankreich keineswegs eine Bruderorganisation der englischen Labour-Party, in welcher die bürgerliche Komponente eine viel größere Rolle spielt und die sich weit mehr auf traditionalistischen Elementen aufbaut. Hierbei steht vor allem das Verhältnis zum Christentum im Vordergrund. Für die Sozialisten Frankreichs ist das Christentum eine Glaubensform der Vergangenheit, ohne Wert und Bedeutung für die Gegenwart. Aus ihren Reihen sind auch die eifrigsten Antiklerikalen hervorgegangen. Sie vor allen anderen haben den Vorgang der Verweltlichung des öffentlichen Lebens in Frankreich, der für das Frankreich der Dritten Republik so bezeichnend ist, fortgeführt. Der Antikatholizismus ist hauptsächlich von gewissen intellektuellen Kreisen innerhalb der sozialistischen Partei ausgegangen. Lehrer und Rechtsanwälte haben Wesen und Wollen der Partei entscheidend beeinflußt.

Während der Zeit der deutschen Besetzung haben die Sozialisten einen wichtigen Anteil an der „Résistance" gehabt. Nur wenige ihrer Vertreter haben die Vichy-Politik mitgemacht. Wenn auch am 10. Juli 1940 von den 152 sozialistischen Abgeordneten 83 sich für Pétain aussprachen, so ist diese Tatsache sowohl aus dem ausgeübten Druck zu erklären, als auch aus den doktrinär-pazifistischen Überzeugungen der Sozialisten.

Mit der Befreiung Frankreichs und der Notwendigkeit der Bildung einer Nationalregierung ergab sich für die Sozialisten abermals die Möglichkeit der Teilnahme an der Verantwortung. Für alle Parteien schien es ein Hauptgrundsatz zu sein, in der ersten Zeit des Wiederaufbaus eine Konzentrationsregierung der nationalen Einigkeit zu bilden. Dabei mußte angesichts der Machtverhältnisse mit je einem etwa gleich starken Lager auf der linken und der rechten Seite den Sozialisten wie in der Zeit der Volksfront-Kabinette eine Mittlerrolle zukommen. Das Eigengewicht der Partei fiel dabei zusätzlich in die Wagschale.

Die Sozialisten sind seit der Befreiung an allen Kabinetten der Vierten Republik beteiligt gewesen. Zunächst arbeiteten sie in der Regierung des Generals *de Gaulle* mit. Als diese im Jahre 1946 zurücktrat, kam es zur Bildung eines Koalitionskabinetts von den Kommunisten bis zu den Radikalsozialisten unter Führung des Sozialisten *Gouin*. Bei den Wahlen im Oktober 1945 hatten die Sozialisten noch 139 Sitze erhalten, am 2. Juli 1946 bekamen sie nur 129. Sie mußten daher das Amt des Ministerpräsidenten vorübergehend abtreten.

Die Auseinandersetzung um die Verfassung im Jahre 1946 hat dem Ansehen der sozialistischen Partei weitgehend geschadet und zu den Niederlagen beigetragen, welche die Sozialisten bei den Wahlen dieses Jahres erlitten haben. Die Novemberwahlen und die Abstimmungen des Jahres 1946 erbrachten ein weiteres Absinken der Zahl der Abgeordneten auf 105.

Die Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Parlaments hatten sich jedoch derart zugunsten der Kommunisten verschoben, daß der damals amtierende Ministerpräsident *Bidault* nicht mehr tragbar schien. Als eine Einigung nicht zustandekam, verfiel man auf die Bildung einer sozialistischen Minderheitsregierung unter dem alten, bewährten Parteiführer Léon *Blum* als Geschäftsführender Regierung bis zur Möglichkeit der Bildung eines neuen Koalitionskabinetts.

Die Schwierigkeiten lagen vor allem in der Weigerung der bürgerlichen Parteien, einen kommunistischen Ministerpräsidenten anzuerkennen. Die Sozialisten bestanden andererseits entschieden auf der Teilnahme der Kommunisten an der Verantwortung und machten diese Forderung gleichsam zur Bedingung. Die Rücksicht auf die antiklerikale Haltung ihrer Anhänger, die eine zu enge Anlehnung an die klerikale MRP und eine Frontstellung gegen die Kommunisten nicht wünschten, hat damals für diese Haltung mitgesprochen.

Nach schwierigen Verhandlungen gelang schließlich im Januar 1947 die Bildung einer Koalitionsregierung unter dem Sozialisten *Ramadier*. Ein bedeutender Erfolg der sozialistischen Partei war die Wahl des Sozialisten *Auriol* zum Staatspräsidenten am 16. Januar.

Auf weite Sicht betrachtet, sehen sich die Sozialisten vor eine Entscheidung gestellt, der sie nicht ausweichen können. Die Zusammenarbeit aller Parteien ist auf die Dauer angesichts der wachsenden Gegensätzlichkeiten nicht möglich. Die Schwierigkeiten, welche den Sozialisten aus der Mittlerrolle entstanden sind, haben von Tag zu Tag zugenommen. Seit Anfang des Jahres 1947 ist die Überzeugung von der Notwendigkeit der Wahl auch immer mehr in den Reihen der Partei angewachsen. War es zunächst nur die Lohn- und Gehaltsfrage, welche den Gegensatz zu den Kommunisten vertiefte, so kamen bald Differenzen über die auswärtige und die koloniale Politik hinzu. In der Lohnfrage erwies sich vor allem auch die Gegnerschaft der kommunistisch beeinflußten Gewerkschaften als sehr stark.

Eine Entscheidung wurde notwendig. Sie fiel innerhalb des Nationalrats der sozialistischen Partei dahingehend, daß die Kommunisten ausgebootet und die Zusammenarbeit allein mit den Bürgerlichen fortgesetzt wurde.

Dieser grundsätzliche Entschluß bedeutet jedoch noch keine endgültige und unabänderliche Entscheidung. Weite Kreise innerhalb der sozialistischen Partei treten für eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten ein, besonders seit

*) *Anmerkung:* In Italien vertritt Nenni die prokommunistische Richtung, Saragat den rechten Flügel. In Deutschland sind Grotewohl und Schumacher die Exponenten im obigen Sinne.

General *de Gaulle* wieder in das politische Geschehen einzugreifen versucht. Es spielt dabei auch der Wunsch mit, die radikalen Arbeitermassen wieder für sich zu gewinnen und gegen den wachsenden Einfluß der Kirche einen Damm aufzurichten.

Die außenpolitische Konzeption der Sozialisten weicht in manchen Punkten erheblich von der Auffassung der anderen Parteien ab. Übereinstimmung besteht hinsichtlich der Rolle Frankreichs in der Weltpolitik. Frankreich muß nach Meinung der Sozialisten seine Aufgabe darin sehen, zwischen dem anglo-amerikanischen Kapitalismus und dem russischen Kommunismus zu vermitteln. Damit nähern sich die Sozialisten dem Standpunkt der Labour-Regierung in England. Von seiten der Kommunisten wird der Vorwurf erhoben, daß diese Politik antisowjetisch sei. In der Tat macht sich seit dem Beginn des Jahres 1947 auch bei den Sozialisten zunehmend die Neigung bemerkbar, das Verhältnis zu England enger zu gestalten. Das Bündnis von Dünkirchen, an dessen Zustandekommen die Sozialisten erheblich beteiligt sind, gibt ein Beispiel dafür. Immerhin versuchen gerade sie, den Nachweis zu erbringen, daß die Bindung an England keineswegs eine Abkühlung des Verhältnisses zur Sowjet-Union zu bedeuten braucht.

Völlig anders als die Stellungnahme der anderen Parteien ist diejenige der Sozialisten zum Problem Deutschland. Ihre Forderungen sind auf die europäischen Notwendigkeiten abgestimmt. Zwar werden eine langfristige Besetzung Deutschlands sowie erfüllbare Reparationen als Sühnemaßnahmen verlangt, aber im übrigen dürfe Restdeutschland politisch nicht zerschlagen werden. Das Saargebiet soll wirtschaftlich — nicht politisch — Frankreich angegliedert, die Ruhr bei Deutschland belassen und zugleich einer internationalen Kontrolle unterstellt werden, um seine Wirtschaftskraft ungehindert dem ganzen Kontinent zukommen zu lassen. Zu schwere Friedensbedingungen legen nach Ansicht der Sozialisten nur den Keim zu neuen Kriegen und hindern den Neuaufbau Gesamteuropas.

Unbestrittener Parteiführer ist Léon *Blum*. Er ist ein gewiegter Parlamentarier, der während des Krieges in deutschen Konzentrationslagern gewesen ist. Sein wichtigster Mitarbeiter ist André *Philip*. Daneben spielt der Mülhausener Salomon *Grumbach* eine wichtige Rolle in der Partei. Als ehemaliger Reichstagsabgeordneter ist er ein guter Kenner der deutschen Verhältnisse und der derzeitige Außenpolitiker der Partei. Das Organ der sozialistischen Partei ist wie vor dem Kriege der Pariser *Populaire*.

Die Republikanische Volkspartei (Mouvement Républicain Populaire, MRP)

Viel tiefgreifender als auf dem linken Flügel des französischen Parteiwesens sind die Veränderungen auf der bürgerlichen Seite. Hier ist die Republikanische Volksbewegung (MRP) als völlig neue Partei erstanden und innerhalb kurzer Zeit zur wichtigsten Organisation des französischen Bürgertums geworden. Ihre Ideologie und ihr Programm gehen allerdings in den Ursprüngen bis weit in die Vorkriegszeit zurück, als in vielen Ländern Europas Diskussionsgruppen christlicher Prägung begannen, sich mit der Frage des Sozialismus zu beschäftigen. Die päpstliche Enzyklika „Quadragesimo anno" gab dazu den Anstoß. Die Auswüchse des bürgerlich-liberalen Kapitalismus führten in Verbindung mit der Überzeugung von der Notwendigkeit der wachsenden Demokratisierung des politischen Lebens zu der Erkenntnis, daß das Christentum zwar keine Sozialisierung, wohl aber die Erfüllung des Daseins mit den Grundsätzen christlicher Ethik fordere, worunter vor allem eine fortschrittliche Sozialpolitik zu verstehen war. Klar erkannte man in katholisch-intellektuellen Kreisen, einschließlich des Klerus, daß in der Vergangenheit Kirche und Christentum nicht immer den rechten Weg gegangen waren, daß sie weder die schwersten sozialen Umstände beseitigt, noch die Klassen einander nähergebracht hatten.

Der Klerikalismus im Frankreich der Dritten Republik war zuächst eng mit dem monarchistischen Adel und seinem kleinbürgerlichen und bäuerlichen Anhang verknüpft gewesen. Mit dem Zerfall der monarchistischen Idee schon in den Jahren zwischen 1870 und 1880 erlitt auch er eine Niederlage als politische Macht zugunsten des liberalen Bürgertums, welches bis zum ersten Weltkriege fast unangefochten die politische Führung der Nation innehatte. Aber auch diese Schicht zerfiel. An ihre Stelle trat neben der Arbeiterschaft, welche sich in den sozialistischen Parteien zusammenfand, eine neue Schicht christlich-gläubiger Intellektueller, oft kleinbürgerlicher Herkunft, verbunden mit den aktiven Kräften aus dem Klerus, welche den Versuch machten, auf der Grundlage des christlichen Glaubens die breiten Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft für demokratische und sozialfortschrittliche Ideen zu gewinnen.

Im Maquis wurden die ersten Erfahrungen gesammelt. Schon in der Illegalität entwickelte sich die neue politische Gruppierung zur Republikanischen Volkspartei (MRP), um dann mit der Befreiung zu einer großen Volksbewegung heranzuwachsen. Heute ist in Frankreich die MRP als Partei die große Gegenspielerin des Kommunismus. Sie ist Gegnerin einer Sozialisierung der Wirtschaft im marxistischen Sinne, wie sie bereits zum Teil von der Linken durchgesetzt worden ist. Außenpolitisch macht sie sich neben den Kommunisten zur eifrigsten Fürsprecherin einer scharfen Deutschland-Politik. Abtrennung von Saar, Ruhr und Rhein, Gliederung Deutschlands in voneinander fast unabhängige Bundesstaaten, langjährige Besetzung und Kontrolle sowie hohe Reparationen kennzeichnen diese Politik. Bezüglich des Verhältnisses zu den Großmächten fordert die MRP eine Mittlerstellung zwischen dem Osten und dem Westen, neigt in der politischen Praxis aber dazu, Anlehnung an die anglo-amerikanischen Mächte zu suchen. Diese Tendenz hat sich in den letzten Monaten verstärkt. So zwingend auch der MRP die Einsicht erscheint, daß das Wohl des Landes wie auch des gesamten Kontinents auf dem Ausgleich zwischen der Sowjet-Union und den anglo-amerikanischen Mächten beruht, so sehr hat sie doch den Weg der engen Fühlungnahme mit den westlichen Demokratien als unausweichliche Entscheidung erkannt, ohne das Verhältnis zur UdSSR mehr als notwendig zu belasten.

Seit der Befreiung ist der unbestrittene Führer der MRP, Georges *Bidault*, Außenminister der Vierten Republik. Das Gewicht der Partei in der Außenpolitik ist daher erheblich. Zeitweise hat Bidault auch den Posten des Ministerpräsidenten innegehabt. Er ist von Haus aus Geschichtslehrer und Mitarbeiter der *L'Aube* gewesen. Durch seine aktive Teilnahme an der Widerstandsbewegung hat er rasch an Einfluß innerhalb und außerhalb seiner Partei gewinnen können. Sein wichtigster Mitarbeiter ist Maurice *Schumann*, derzeit Finanzminister im Kabinett *Ramadier*.

Mit 150 Sitzen zog die MRP nach den Wahlen vom 21. Oktober 1945 in die Verfassunggebende Nationalversammlung ein. Diese Stärke der Partei und ihre Stellung zwischen rechts und links machte sie in jedem Falle zum Partner einer Regierungskoalition. Sie bekannte sich zum Tripartismus das heißt zur gemeinsamen Arbeit und Verantwortung mit den Sozialisten und Kommunisten.

Zu Anfang des Jahres 1946 zeigten sich die ersten Risse in der Koalition, als die Verfassungsberatungen begannen und die MRP für eine starke Exekutive und die Schaffung eines Zweikammersystems eintrat. Das Volk gab der MRP mit seiner Ablehnung des kommunistisch-sozialistischen Verfassungsentwurfes am 5. Mai 1946 recht.

Die Wahlen zur zweiten Verfassunggebenden Nationalversammlung am 2. Juni 1946 bestätigten diesen Erfolg der

MRP. Sie wurde mit 167 Abgeordneten zur stärksten Partei und überraschte damit ihre Gegner, die gehofft hatten, daß mit der wachsenden Entfremdung vom zeitlichen Geschehen der „Résistance" auch ihre Durchschlagskraft nachlassen würde.

Die MRP stellte mit Bidault dieses Mal den Ministerpräsidenten. In den neuerlichen Verfassungsdebatten in der Nationalversammlung konnte sie sich nun leichter durchsetzen. Trotz einer Einigung der drei großen Parteien auf einen gemeinsamen Entwurf wurde dieser aber vom Volk am 13. Oktober 1946 nur mit knapper Mehrheit angenommen. Die Vermutung, daß viele Anhänger der MRP sich gegen den Entwurf aussprachen, ist wahrscheinlich und eine Folge der Haltung General *de Gaulles*. Seither sind innerhalb der Partei auch deutliche Anzeichen des Bestehens eines rechten Flügels erkennbar, der Verbindung mit de Gaulle sucht und eine allzu rege Anlehnung an die Arbeiterparteien ablehnt.

So trat das System des Tripartismus schon Ende 1946 in eine Krise ein, die sich mit dem Ergebnis der Wahlen zur ersten ordentlichen Nationalversammlung am 10. November 1946 verschärfte. Die Abgeordnetenzahl der MRP ging auf 164 zurück und sank damit wieder unter die der Kommunisten.

Seit Beginn des Jahres 1947 hat die MRP die Regierung *Blum*, dann *Ramadier* fast rückhaltlos unterstützt und die Verbindung mit den Sozialisten immer enger gestaltet, zugleich die Beziehungen zu den Kommunisten gelockert und den Bruch der Regierung *Ramadier* mit den Kommunisten Anfang Mai 1947 als einzig mögliche Lösung begrüßt.

Die Radikalsozialisten

Schon vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges zeigten sich in der bürgerlichen Mitte und in der Rechten Frankreichs erhebliche Risse. Das Bürgertum war in seinem Kern nicht mehr in der Lage, den neuauftauchenden Problemen Herr zu werden. Viele aktive Elemente wandten sich damals schon neuen Richtungen zu, die sich scharf vom Frankreich der Dritten Republik mit seinem liberal-individualistischen Bürgertum zu distanzieren versuchten.

Die Führung des Krieges 1939/40 durch dieses Bürgertum und seine Generale erbrachte dann den endgültigen Beweis, daß seine alte Rolle wenigstens einstweilen ausgespielt war. Männer wie *Daladier, Flandin* und andere haben das Land in die Katastrophe geführt und mancher alte Politiker des Bürgertums ist mit dem System von Vichy als „Kollaborateur" ein Bündnis eingegangen. Der daraus resultierende Vorwurf traf besonders die Radikalsozialisten, die klassische Partei des französischen Bürgertums aus der Spätzeit der Dritten Republik, die Partei des „français moyen". Sie hatte vor allen anderen Parteien französisches Wesen verkörpert und war doch mit dem Vorwurf des Versagens belastet. Sie hat es schwer gehabt, sich von diesem Vorwurf zu reinigen. Der Persönlichkeit ihres Führers *Herriot* aber ist es gelungen, der Parteikrise zu einem großen Teil Herr zu werden. Herriot hat als erfahrener und erfolgreicher Politiker der Vorkriegszeit, mehrfacher Minister und traditioneller Bürgermeister von Lyon, den eigentlichen Charakter seiner Partei trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche bewahren können. Das zeigte sich 1946, als die Radikalsozialisten immer wieder die Sicherung der individuellen Freiheit als den Grundgedanken der französischen Revolution und den tragenden Pfeiler der Gegenwart forderten. Damit fühlte sich insbesondere das besitzende und ein Teil des intellektuellen Bürgertums angesprochen, das jede Art von Sozialisierung als Angriff auf die Freiheit ablehnte.

Die Radikalsozialisten bildeten seit Bestehen der Volksfront deren rechten Flügel. Auch nach der Befreiung sind sie der Regierung des nationalen Notstandes beigetreten und gehören ihr bis in die Gegenwart an, obwohl ihr Rückhalt in der Nationalversammlung zunächst nicht sehr groß war. 1939 hatten sie noch 116 Abgeordnete in der Kammer, am 21. Oktober 1945 waren es nur noch 60, am 2. Juni 1946 53 Abgeordnete. Am 10. November 1946 konnten sie ihre Zahl dann auf 64 Sitze steigern. Ihr Anteil beläuft sich seit der Befreiung auf durchschnittlich zehn Prozent.

In der Außenpolitik haben die Radikalsozialen sich ganz hinter die Regierung gestellt. In der Deutschlandfrage unterscheidet sich ihre Haltung in keiner Weise von derjenigen der Kommunisten und der MRP. In der Innenpolitik sind sie zu scharfen Gegnern der Kommunisten geworden und verteidigen die bürgerlichen Freiheiten in entschiedener Weise.

Die Republikanische Freiheitspartei (PRL)

Die Parteien der Rechten haben im Frankreich der Dritten Republik oft eine große Rolle gespielt, aber schon vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges an Bedeutung verloren. Ihre Programme entsprachen nicht mehr dem Denken und Fühlen der breiten Masse. Auch das intellektuelle und besitzende Bürgertum hat sich mehr und mehr von ihnen abgewandt. Monarchistische und republikanische Rechtsgruppen mit oder ohne faschistischem Einschlag standen sich scharf gegenüber und rieben sich zum Teil auf. Schon damals aber schwand der Einfluß der monarchistischen Gruppen immer mehr dahin. Der Krieg hat dann die Rolle der Rechtsparteien abermals verändert. Aus ihnen sind besonders viele „Kollaborateure" hervorgegangen. Die Folge war, daß ihnen von der Linken, vor allem von den Kommunisten, jedes Recht der Teilnahme am demokratischen Leben und an der Verantwortung abgesprochen wurde. Es wurde ihnen „Verrat an der Demokratie" vorgeworfen. Diese Argumentation hat zunächst ihre Wirkung nicht verfehlt und viele Franzosen abgehalten, eine Rechtspartei zu wählen. Die Hauptmasse der ehemaligen Wähler der Rechten ist zur MRP abgeschwenkt. Von 236 Mandaten der Rechten im Jahre 1939 sank die Zahl der Abgeordneten am 21. Oktober 1945 auf 53, stieg dann am 2. Juni 1946 auf 58 und schließlich am 10. November 1946 auf 82.

Dieser Zuwachs bedeutete eine erneute Festigung auf der rechten Seite des französischen Parteiwesens. Sie ist eine Folge der strafferen Zusammenfassung mehrerer Gruppen und einer neuen Rechtspartei unter dem Namen „Partie républicaine de la Liberté (PRL). Diese Gruppe ist zur Zeit ein nicht zu unterschätzender Faktor des parlamentarischen Lebens. Sie hat in den meisten Fällen der grundsätzlichen Linie der Regierungspolitik zugestimmt, insbesondere in der deutschen Frage, andererseits aber gelegentlich auch ihrer Unzufriedenheit mit dieser Ausdruck gegeben. Besonders in der Kolonialfrage verlangt die PRL ein entschiedeneres Vorgehen. Die Partei hat sich damit im schärfsten Widerspruch zu den Kommunisten gesetzt und gelegentlich ist es in der Nationalversammlung zu erregten Debatten gekommen. Das unterscheidende Merkmal der PRL ist die Forderung nach einer Regierung der starken Hand. Sie begegnet sich mit General *de Gaulle*, der unbekannt-bekannten Größe der französischen Innenpolitik.

Die daneben bestehenden kleineren Rechtsparteien sind ohne größere Bedeutung für das parlamentarische Leben.

General de Gaulle

Dem Führer des „Freien Frankreichs" und ersten Staats- und Regierungschefs nach der Befreiung ist seine Aufgabe nicht leicht gemacht worden. Er hat sich im Innern vieler Gegner zu erwehren gehabt, die besonders auf der Linken gegen ihn auftraten. Zu seinen Ungunsten sprach das Ressentiment des Durchschnittsfranzosen gegen politisierende Generale, die nach seiner Auffassung und der Auffassung der Vergangenheit ein Unglück für Frankreich bedeuten. Nicht nur die Gestalt eines *Boulanger* steht ihm vor Augen, vor allem sind es die beiden *Bonaparte*, die zwei Mal im Laufe der französischen Geschichte das Land aus dem hoffnungsvollen Beginn einer Demokratie in eine mehr oder minder verhüllte Diktatur geführt haben. Wenn General *de Gaulle* sich auch bemüht, seine aufrichtigen demokratischen Absichten zu betonen, so wirkt allein doch seine Stellung als hoher Offizier und seine betont zur Schau getragene offiziersmäßige Haltung auf viele Franzosen als Beweis für die Richtigkeit ihrer Bedenken, auf die Dauer nicht das Schicksal der Nation einem Manne anzuvertrauen, der nach Herkunft, Erziehung und Neigung in sich das Streben nach „pouvoir personel" verkörpert.

Im Augenblick der Befreiung stand der General auf dem Höhepunkt seines Ansehens. Er war während des Krieges der unumstrittene Führer des von außen geführten Kampfes gewesen, hatte diesen Krieg nach der von ihm nicht verursachten Niederlage von 1940 diplomatisch und politisch mit unleugbarem Geschick, militärisch mit anerkanntem Erfolg geführt. Trotz enger Anlehnung an die Westmächte hatte er in klarer Erkenntnis der realpolitischen Gegebenheiten den Pakt mit Moskau erneuert.

Seine Hauptaufgabe nach der Befreiung mußte er darin sehen, nach einer kurzen Zeit der Überbrückung geordnete Verhältnisse für das Land herbeizuführen, insbesondere an der Normalisierung des politischen Lebens mitzuarbeiten.

Bald zeigten sich schwere Gegensätze zwischen dem General de Gaulle und den Anhängern der Linken in der Verfassungsfrage. Der General wünschte — ohne seine eigene Person direkt in den Vordergrund zu stellen — eine starke Exekutive, die über den Parteien stehend, der Gegenwartsnot wirksam entgegentreten könnte. Die Parteien sollten dabei eine Hilfsstellung einnehmen, aber keineswegs wie im Frankreich der Dritten Republik den politischen Willen der Nation ausschließlich bestimmen. Die chaotischen Verhältnisse im staatlichen Leben Frankreichs vor dem zweiten Weltkrieg mit ihren dauernden Regierungskrisen schienen dem General de Gaulle keineswegs als ein wünschenswerter Zustand, der nach seiner Ansicht nur durch den festen Willen des gesamten Volkes, in der Zeit der Not zusammenzustehen, gemeistert werden könnte.

Die Parteien aber folgten dem General nicht, so daß er sich am 20. Januar 1946 entschloß, der staatlichen Führung zu entsagen. Er zog sich zunächst vollkommen vom politischen Leben zurück und ließ einige Monate nichts von sich hören. In der Öffentlichkeit aber wurden sein Name und seine Absichten weiterhin diskutiert, und überall war die Ansicht verbreitet, daß er wieder zu gegebener Zeit die politische Bühne betreten würde.

Am 18. Juni 1946 sprach de Gaulle zum erstenmal wieder zur französischen Öffentlichkeit. Die Rede war ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Demokratie, verlangte jedoch eine von den Wünschen der Parteien unabhängige Regierung, um zu verhindern, daß die Vierte Republik ein ähnlich unrühmliches Ende nehmen würde wie ihre Vorgängerin.

In dieser Rede machte der General eingehende Vorschläge für den Aufbau der neuen französischen Verfassung. Er schlug vor, dem Staatspräsidenten eine starke Stellung zu geben, ohne die demokratischen Grundsätze zu verleugnen. Er sollte den Vorsitz in den Kabinettssitzungen haben und eine ähnliche Stellung erhalten, wie der Präsident der Vereinigten Staaten. In späteren Reden hat General de Gaulle denselben Standpunkt vertreten.

Mit der wachsenden Überzeugung, daß die innere Krise ohne besondere Maßnahmen nicht überwunden werden könne, stieg auch wieder der Einfluß des Generals auf die öffentliche Meinung, obwohl er noch immer nicht — von gelegentlichen Reden abgesehen — seine selbstgewählte politische Isolierung aufgegeben hatte. Offenbar glaubte er, daß seine Zeit noch nicht gekommen sei, daß aber die Schwierigkeiten der Innen- und Außenpolitik seine Rückkehr in das politische Leben beschleunigen würden.

Am 30. März 1947 trat er in Bruneval abermals vor die Öffentlichkeit und verkündete seine bekannten Thesen. Die Reaktion der Linken war scharf abweisend. Sozialisten und Kommunisten bezeichneten den General als einen Feind der Republik. Noch stärker war die Reaktion auf die Straßburger Rede de Gaulles am 6. April 1947, in welcher dieser darüber klagte, daß die Nation nicht von einer Staatsgewalt geleitet werden würde, deren Festigkeit, Fähigkeit und Autorität von der gleichen Größe seien wie die Probleme, denen die Nation gegenüberstehe.

Die Linke antwortete mit Aufrufen an ihre Mitglieder und forderte zur Wachsamkeit auf, um dem drohenden Personalregime, welches zwangsläufig das Ende der Demokratie bedeuten würde, rechtzeitig Widerstand entgegenzusetzen.

Die Lage spitzte sich zu, als de Gaulle daran ging, eine neue Partei, die „Vereinigung des französischen Volkes" („Rassemblement du peuple français") mit dem ausgesprochenen Ziel einer Verfassungsänderung in seinem Sinne aufzubauen.

Dieser Versuch, die Rechte und darüber hinaus auch noch weitere Kreise Frankreichs politisch zusammenzufassen, schien Erfolg zu haben. Schlossen sich zunächst auch nur kleinere Rechtsgruppen der Sammelbewegung des Generals an, so wurden doch aus den bisher abseitsstehenden Volksschichten viele neue Anhänger gewonnen. Im April 1947 wurde vom Sekretariat des „Rassemblement du peuple français" festgestellt, daß bereits über 800 000 Mitglieder beigetreten seien.

Die Reaktion der Parteien blieb weiterhin sehr stark. Die Kommunisten riefen zur Gründung eines „Komitees der republikanischen Wachsamkeit" auf. Zwar beteiligten sich die Sozialisten nicht daran, aber auch sie traten de Gaulle mit scharfen Worten entgegen. Innerhalb der MRP war die Stellungnahme unterschiedlich, so daß es zu keinem einheitlichen Entschluß kam. Ein Verurteilung der neuen Sammelbewegung hätte vielleicht die Spaltung der Partei bedeutet ebenso ein Bündnis mit derselben. Es blieb bei einem Verbot der Mitgliedschaft für die Mitglieder der MRP und der Erklärung, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf dem ordentlichen parlamentarischen Weg mit Hilfe der vom Volke gewählten Regierung überwunden werden müßten.

Zweifellos aber hat die Bewegung de Gaulles gerade unter den Mitgliedern der MRP recht viele Anhänger gewonnen.

Die Regierung sah sich durch das Vorgehen de Gaulles in eine schwierige Situation versetzt. Der General verkörperte aus der Zeit des Krieges den Widerstandswillen der Nation und genoß die Achtung des ganzen Volkes. Zugleich aber war er der schärfste Kritiker des derzeitigen Zustandes.

Ministerpräsident *Ramadier* versuchte daher Anfang April 1947, auf de Gaulle im Sinne einer mäßigenden Politik einzuwirken.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Klärung der Lage nicht eingetreten. De Gaulle hat es zunächst darauf abgesehen, die acht Millionen Neinsager der Verfassungsabstimmung vom Oktober 1946 für sich zu gewinnen. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß er danach trachten wird, auch in die bestehenden Parteien Frankreichs einzudringen, wobei die Frage offenbleiben muß, ob seine Bewegung als selbständige Partei mit parlamentarischer Vertretung neben den bestehenden Parteigruppierungen oder als parteiunabhängige Organisation nationalen Charakters sich entwickeln wird.

Das System der Provisorien

Länderrat, Zonenbeirat, zonale und bizonale Einrichtungen der britischen und der amerikanischen Besatzungszone

Zweiter Teil

Von Alexander Kohn-Brandenburg

Die Provisorien des deutschen staatlichen Neuaufbaus sind in steter Entwicklung begriffen, sie wandeln sich von Tag zu Tag und ändern in kurzer Zeit ihre Erscheinungsform. Deshalb können gegenwärtig nur Darstellungen dieser politischen Formen gegeben werden, die für eine kurze Spanne Zeit Gültigkeit haben. Diese Entwicklung bringt Zustände mit sich, welche die Keimzellen zu einer endgültigen Regelung sein können, aber es nicht unbedingt sein müssen. Hier ist Vorsicht am Platze, da der berechtigte Wunsch nach einer endgültigen Regelung allzu leicht mit der manchmal schwer verständlichen Sprache der Tatsachen verwechselt wird.

In der Entwicklung der deutschen Provisorien spiegeln sich deutlich außenpolitische Vorgänge wieder. Nur im Zusammenhang mit diesen außenpolitischen Ereignissen kann die deutsche staatliche Entwicklung beurteilt und verstanden werden. Für die neuesten innerdeutschen Vorgänge sind die Verhandlungen und Ergebnisse der Moskauer Konferenz (vgl. Europa-Archiv S. 671—774), besonders wichtig. *Wir führen daher unseren Beitrag über den provisorischen Staatsaufbau in der amerikanischen und der britischen Besatzungszone, der im „Archiv für Verwaltung und Wirtschaftsaufbau" begonnen wurde, nunmehr im „Politischen Archiv" fort.*

Zwei bedeutsame Ereignisse stehen im Vordergrund der neuesten deutschen staatlichen Entwicklung: die Umbildung der fünf bizonalen Verwaltungsräte zum Wirtschaftsrat und die Umorganisation des Zonenbeirats.

Diese beiden Ereignisse sind von verschiedener Größenordnung. Die Umgestaltung des Zonenbeirats zu einem beratenden Organ mit parlamentarisch legitimierten Abgeordneten hat in der Hauptsache Bedeutung für die britische Zone. Damit wurde ein oberstes Organ für die politische Meinungsäußerung auf Zonenbasis geschaffen. Die Ergebnisse der Moskauer Konferenz, besonders der britische Plan für den Neuaufbau des deutschen Staates, waren für Bildung und Form dieses beratenden Gremiums für die britische Militärregierung weitgehend bestimmend. (Vgl. Europa-Archiv S. 694 ff., 704 ff., 752 ff.)

Die Einrichtung des Wirtschaftsrats wird die Struktur der Wirtschaftsverwaltung der beiden Zonen grundlegend verändern, so viel steht heute schon fest. Die Neuartigkeit der Organisationsform und die Unmöglichkeit, das neue Organ Wirtschaftsrat mit Organisationen der Gegenwart oder der Vergangenheit zu vergleichen, hindern daran, mit Sicherheit alle Einzelheiten und Zusammenhänge zu erkennen. Dazu müssen erst die deutschen Ausführungsbestimmungen, Organisationspläne und vor allen Dingen der neue Industrieplan, der Klarheit über die wirtschaftlichen Möglichkeiten bringen wird, abgewartet werden.

Der Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main

Die Mängel der bisherigen Einrichtungen

Die Ankündigung der gemeinsamen wirtschaftlichen Verwaltung der amerikanischen und der britischen Besatzungszone hatte im Herbst 1946 große Hoffnungen erweckt, die nicht in Erfüllung gegangen sind. System und Arbeit der bizonalen Ämter haben bewiesen, daß sie der gegenwärtigen Lage nicht gewachsen sind. Die Kritik an den bizonalen Einrichtungen fand leicht Angriffspunkte in einer Reihe von Schwächen, die offen zutage lagen. Die Kritik stützte sich hauptsächlich auf folgende Fehler und Mängel:

1. Die politische Lage zwischen den Besatzungsmächten blieb ungeklärt. Um einer künftigen Vier- oder Dreizonenverwaltung und der politischen Neubildung des gesamten Deutschland nicht vorzugreifen, mußte vieles unterlassen werden, was nötig zu tun gewesen wäre, um klare Verhältnisse zu schaffen. Daher wurde die bizonale Wirtschaftsverwaltung nach dem Plan von 1946 zu einem Kompromiß mit wenig klar umschriebenen Aufgaben und Vollmachten. Die meisten der folgenden Konstruktions- und Funktionsmängel lassen sich auf diese Tatsache zurückführen.

2. Die bizonalen Räte arbeiteten voneinander getrennt, ohne Zusammenhang untereinander. Doppelbearbeitung von Angelegenheiten war an der Tagesordnung, eine genaue Abgrenzung der Sachgebiete und Kompetenzen war nicht möglich.

3. Es fehlte eine übergeordnete Instanz, die den bizonalen Ämtern vorstand, sie koordinierte, zusammenfaßte und kontrollierte. Die Fachminister der Länder, die einmal im Monat zu den Sitzungen der bizonalen Verwaltungsräte zusammenkamen, konnten nicht verhindern, daß das Schwergewicht der Arbeit und der Kompetenzen auf die Vorsitzenden überging, die völlig isoliert arbeiteten, formell keinerlei Fühlung untereinander hatten und niemand außer den Mitgliedern ihrer Verwaltungsräte, also den an sich schon überlasteten Fachministern der Länder, verantwortlich waren.

4. Das Verhältnis zu den Ländern und zu den Zoneneinrichtungen war nicht genügend genau abgegrenzt. Das wirkte sich um so schlimmer aus, als in beiden Zonen verschiedene Verwaltungssysteme entwickelt wurden und dadurch starke Unterschiede in den Kompetenzen der Länder und der zonalen Einrichtungen vorhanden waren. Dazu kam ein starker Widerstand der Länder gegen die Einschränkungen ihrer Souveränität.

5. Es fehlten Legislative und Exekutive. Die bizonalen Räte waren darauf angewiesen, daß ihre Beschlüsse von den Ländern verkündet und ausgeführt wurden. Sie mußten sozusagen die Fachminister der Länder dazu bringen, die entsprechenden Gesetze und Verordnungen in ihren Ländern durchzusetzen. Der neue Grundsatz „Zweizonenrecht bricht Landesrecht" galt für die alten Einrichtungen noch nicht, zumal da es auch eine echte bizonale Gesetzgebung nicht gab.

6. Einer der stärksten Mängel war die fehlende deutsche Kontrolle. Schon auf der Tagung der Ministerpräsidenten der britischen und der amerikanischen Zone in Bremen im Oktober 1946 verlangten die anwesenden Regierungschefs einstimmig eine parlamentarische Kontrolle der Zweizoneneinrichtungen. Dieser Mangel führte zum Vorwurf der fehlenden deutschen Legitimation der bizonalen Räte.

7. Verschiedene bizonale Ämter, zum Beispiel das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden, waren aus den entsprechenden Zentralämtern der britischen Zone hervorgegangen und führten neben der bizonalen Tätigkeit auch zonale Aufgaben für die britische Zone durch. Eine reinliche Scheidung zonaler und bizonaler Aufgaben wurde nicht erreicht.

Diese Mängel und Fehler der bizonalen Organe blieben den beteiligten Militärregierungen nicht unbekannt. Im Laufe des Frühjahrs 1947 fanden Besprechungen zur Umbildung der gemeinsamen Wirtschaftsverwaltung statt, zu denen deutsche Beamte zugezogen wurden und die schließ-

lich zum Erlaß gleichlautender Verordnungen beider Militärregierungen über die Neuregelung der bizonalen Angelegenheiten führten.

Wirtschaftliche — nicht politische — Zweizonen-Verwaltung

Es liegt nahe, nach Vergleichen in der Vergangenheit zu suchen. So wurden schon der Norddeutsche Bund und auch die Organe der deutschen Republik vor 1933 zu solchen Vergleichen herangezogen. Die Versuchung, den Wirtschaftsrat mit einer Art Reichstag, den Exekutivausschuß mit dem Reichsrat und die Direktoren mit Ministern zu identifizieren, liegt nahe. Doch ist hierbei zu bedenken, daß es sich nach dem Wortlaut der Proklamationen der Militärregierungen um eine Organisation zur ausschließlich wirtschaftlichen Verwaltung beider Zonen handelt, die allerdings Formen besitzt, die aus dem Bereiche der Politik entlehnt sind. Es empfiehlt sich also, weniger von der Form der neuen Organisation als von ihrem Zweck und von ihren Aufgaben auszugehen. Diese sind eindeutig wirtschaftlicher Natur.

Französische und sowjetische Kritiker der bizonalen Entwicklung haben der Befürchtung Ausdruck verliehen, daß diese Einrichtungen den ersten Schritt zur Verwirklichung eines straff zentralisierten deutschen Weststaates darstellten. General Sir Brian *Robertson* erklärte anläßlich einer Pressekonferenz am 29. Mai 1947 in Berlin zu diesen Befürchtungen:

„Das Abkommen über die Errichtung eines Wirtschaftsrats der Länder der britischen und der amerikanischen Zone stellt keinen Versuch dar, Deutschland zu teilen. Das Abkommen bedeutet tatsächlich nicht mehr, als in meiner gemeinsam mit General Lucius D. *Clay* herausgegebenen Erklärung steht. Der Wirtschaftsrat ist auch kein Schattenkabinett, er ist nur dazu da, um die Besatzungsbehörden bei der wirtschaftlichen Wiederherstellung und der besseren Verflechtung der beiden Zonen zu unterstützen."

Am 3. Juni 1947, anläßlich der 27. Sitzung des Länderrats der amerikanischen Zone, und bei einer anschließenden Pressekonferenz äußerte sich General Lucius D. *Clay* zur Neuorganisierung der Zweizoneneinrichtungen folgendermaßen:

„Wir wollten die amerikanische und die britische Zone nicht politisch vereinigen, da dies möglicherweise eine Gefahr für die spätere Einigung ganz Deutschlands bedeutet hätte. Auf wirtschaftlichem Gebiet besteht aber nun durch die Bildung des Zweizonen-Wirtschaftsrats die Möglichkeit, die deutschen Auffassungen und die wirtschaftspolitischen Ansichten beider Militärregierungen aufeinander abzustimmen."

Wie schon öfters hervorgehoben wurde (siehe Europa-Archiv S. 569 ff.), sind die bizonalen Einrichtungen Provisorien, geboren aus der Not der Zeit. Sie lassen sich nur aus den allgemeinen innen- und außenpolitischen Verhältnissen heraus verstehen und müssen als Notbehelfe von zeitlich beschränkter Dauer betrachtet werden. Eine Wertung sollte sich jeden Vergleiches mit ähnlichen Organisationen enthalten und sich auf die Betrachtung der Organisationsform und des Inhalts der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen und Richtlinien beschränken.

Die rechtlichen Grundlagen

Die Kompetenzen und Aufgaben des Wirtschaftsrats sind in folgenden Abkommen festgelegt:

1. Übereinkommen der amerikanischen und der britischen Militärregierung zur gemeinsamen wirtschaftlichen Verwaltung der beiden Besatzungszonen.

Dieses Abkommen der beiden Militärregierungen wurde in der amerikanischen Zone veröffentlicht als Proklamation der US-Militärregierung Nr. 5, mit Anhang A, betreffend Organisation des Wirtschaftsrats, und Anhang B, Verordnung Nr. 14 der amerikanischen Militärregierung, in der britischen Zone als Verordnungen der britischen Militärregierung Nr. 74 und 88, der Anhang B als Verordnung Nr. 89.

Die deutschen Texte wurden im Mitteilungsblatt des Wirtschaftsamts in Minden Nr. 11/12 vom 12. Juli 1946 veröffentlicht.

2. Deutsche bizonale Abkommen von 1946—47:

a) vorläufiges Abkommen über die Bildung einer deutschen Wirtschaftsverwaltung, unterzeichnet am 11. September 1946 in Frankfurt am Main;

b) vorläufiges Abkommen über die Bildung einer deutschen Ernährungs- und Landwirtschaftsverwaltung, unterzeichnet am 10. September 1946 in Hamburg;

c) vorläufiges Abkommen über die Bildung einer deutschen Verkehrsverwaltung, unterzeichnet am 10. September 1946 in Frankfurt am Main;

d) vorläufiges Abkommen über die Bildung eines deutschen Finanzrates, unterzeichnet am 13. September 1946 in Stuttgart;

e) vorläufiges Abkommen über die Bildung einer deutschen Verwaltung für Post- und Fernmeldewesen, unterzeichnet am 1. Oktober 1946 in Frankfurt am Main;

f) Abkommen zur Bildung eines Verwaltungsrats für das Personalwesen der gemeinsamen Verwaltung des amerikanischen und des britischen Besatzungsgebietes, unterzeichnet am 7. Juli 1947 in Frankfurt am Main.

Diese Abkommen zwischen den Ländern der amerikanischen Zone und den Vertretern der britischen Zone enthalten neben den Bestimmungen über Organisationsform, Tätigkeit und Organe einen Katalog der Zuständigkeiten der bizonalen Verwaltungsräte. Ihre Vollmachten werden hier den Ländern gegenüber abgegrenzt. Die Kataloge sind unverändert in das neue Abkommen der beiden Militärregierungen übernommen worden und sind damit in ihrer Gesamtheit für den Wirtschaftsrat gültig.

Diese Rechtsgrundlagen enthalten völkerrechtliche und staatsrechtliche Elemente:

1. Das Abkommen der Militärregierungen, beide Zonen wirtschaftlich gemeinsam zu verwalten, kann als völkerrechtliches Abkommen betrachtet werden. Aus der Form des inzwischen überholten Abkommens der beiden Militärregierungen vom Juli 1946 geht diese Möglichkeit der Betrachtung noch deutlicher hervor. Dieses Abkommen bedeutete, daß die beiden Militärregierungen übereingekommen waren, in ihren Besatzungszonen gleiches Recht auf bestimmten, genau umschriebenen Sachgebieten zu verkünden oder durch entsprechende deutsche Instanzen verkünden zu lassen. Das Abkommen vom 29. Mai 1947 erweitert und vereinfacht zu gleicher Zeit diesen Zustand durch eine abgeleitete, wenn auch beschränkte Rechtsetzungsbefugnis des Wirtschaftsrats für beide Zonen. (Vergleiche hierzu den neuen Grundsatz: Zweizonenrecht bricht Länderrecht.)

2. Die zwischen den süddeutschen Ländern und den Vertretern der britischen Zone abgeschlossenen Abkommen zur gemeinsamen Verwaltung auf sechs Sachgebieten sind nach allgemeiner Ansicht als Staatsverträge beziehungsweise Staatsabkommen der Länder untereinander zu behandeln.

Neben Kompetenzen legislativer Art besitzt der Wirtschaftsrat also

a) Befugnisse von Behörden zur gemeinsamen Verwaltung der Sachgebiete Wirtschaft, Landwirtschaft und Ernährung, Finanz, Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, die von den beiden Militärregierungen auf Grund eines völkerrechtlichen Abkommens zur Durchführung der grundsätzlichen Ziele ihrer Besatzungspolitik errichtet worden sind;

b) Befugnisse von Behörden auf Grund innerdeutschen Staatsrechts: die deutschen Länder der beiden Zonen haben durch Abkommen auf einen Teil ihrer Hoheitsrechte zu Gunsten einer gemeinsam zu verwaltenden Zweizoneneinrichtung verzichtet.

Die Konstituierung des Wirtschaftsrats

Am 25. Juni 1947 fanden sich im großen Saal der Börse in Frankfurt am Main die 54 Abgeordneten des Wirtschaftsrats und die acht Mitglieder des Exekutivausschusses zur Konstituierung des Wirtschaftsrats zusammen. Die Sitzung wurde vom hessischen Ministerpräsidenten Christian *Stock* eröffnet, der erklärte, daß Frankfurt nicht aus politischen

Gründen, noch weniger aus Gründen eines Vorgriffs auf eine künftige politische Entwicklung, sondern aus praktischen Erwägungen heraus zum Sitz des Wirtschaftsrats bestimmt worden sei.

Zum Präsidenten des Wirtschaftsrats wurde mit 51 gegen drei Stimmen der KPD der Abgeordnete Dr. Erich *Köhler*, Wiesbaden (CDU), zum Vizepräsidenten einstimmig der hessische Justizminister Georg *Zinn* (SPD) gewählt.

Zum Vorsitzenden des Exekutivausschusses wurde der Oberbürgermeister von Darmstadt und Vertreter der hessischen Regierung Ludwig *Metzger* (SPD) gewählt.

Die Struktur des Wirtschaftsrats

Für die neue Organisation der gemeinsamen wirtschaftlichen Verwaltung der amerikanischen und der britischen Zone hat sich der Sammelname *Wirtschaftsrat* durchgesetzt, obwohl diese Bezeichnung ungenau ist und im Grunde genommen nur ein einziges der neuen Organe umschreibt. Die Umbildung der bizonalen Räte schafft drei neue Institutionen, die eng zusammenhängen:

1. den Wirtschaftsrat im eigentlichen Sinne;
2. den Exekutivausschuß (Vollzugsausschuß, gelegentlich auch als Verwaltungsrat bezeichnet);
3. die Direktoren und die von ihnen geleiteten Verwaltungsabteilungen.

Der Wirtschaftsrat besteht aus 54 stimmberechtigten Abgeordneten und acht Mitgliedern des Exekutivausschusses, die im Wirschaftsrat kein Stimmrecht haben.

Die Abgeordneten werden von den Landtagen der Länder im Verhältnis der Einwohnerzahl und entsprechend den Wahlergebnissen der letzten Landtagswahl gewählt. Die Abgeordneten können nicht gleichzeitig Mitglied eines Landtags sein; sie können aus den Reihen der Landtagsabgeordneten entnommen werden, es können aber auch Persönlichkeiten außerhalb der Landtage gewählt werden.

Landtagsabgeordnete, die zu Abgeordneten des Wirtschaftsrats gewählt werden, verlieren ihr Landtagsmandat.

Die 54 Mandate im Wirtschaftsrat teilen sich auf Länder und Parteien folgendermaßen auf:

	CDU	SPD	KPD	LDP[1])	WAV[2])	FDP[3])	NLP[4])	Zentrum	DVP[5])	Zusammen
Bayern	6	3	1	—	1	1	—	—	—	12
Bremen	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1
Hamburg	1	1	—	—	—	—	—	—	—	2
Hessen	2	2	—	1	—	—	—	—	—	5
Niedersachsen	2	4	—	—	—	1	2	—	—	9
Nordrhein-Westfalen . .	6	5	2	—	—	1	—	2	—	16
Württemberg-Baden . .	2	2	—	—	—	—	—	—	1	5
Schleswig-Holstein . . .	2	2	—	—	—	—	—	—	—	4
	21	20	3	1	1	3	2	2	1	54

Die Abstimmung im Wirtschaftsrat erfolgt mit einfacher Mehrheit. Der Wirtschaftsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden als Präsidenten und dessen Stellvertreter, den Vizepräsidenten.

Kompetenzen und Aufgaben des Wirtschaftsrats

Der Wirtschaftsrat hat folgende Aufgaben:

1. Reorganisation der bestehenden Zweizoneneinrichtungen;
2. Koordinierung der bestehenden Zweizoneneinrichtungen;
3. Leitung des Wiederaufbaues der Zonen;
4. Lenkung dieses Wiederaufbaues nach den Richtlinien der Militärregierungen;
5. Gesetzgebung auf den Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs, der Landwirtschaft und Ernährung, des Post- und Fernmeldewesens und der Finanzen mit jeweiliger Genehmigung der Militärregierungen für beide Zonen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist der Wirtschaftsrat mit einer Anzahl von Kompetenzen ausgestattet worden. Er hat das Recht:

1. die Richtlinien festzulegen, die die gemeinsame Wirtschaftsverwaltung und die Amtsführung der Direktoren der Verwaltungsabteilungen regeln;

2. die Richtlinien des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der beiden Zonen zu bestimmen;

3. der Gesetzgebung und Grundsatzgesetzgebung auf Sachgebieten, die mehr als ein Land betreffen und von der Militärregierung näher zu bestimmen sind,

4. zum Erlaß von Verordnungen zur Regelung des Übergangs der Funktionen und Befugnisse der bisher bestehenden Zweizonen-Verwaltungsräte auf den Wirtschaftsrat sowie anschließend das Recht, Durchführungsverordnungen zu seinen eigenen Gesetzgebungsakten und zu bestehenden einschlägigen Gesetzen zu erlassen, falls er es nicht vorzieht, den Exekutivrat oder die Direktoren zum Erlaß dieser Durchführungsverordnungen zu ermächtigen;

5. auf Vorschlag des Exekutivausschusses die Leiter der Verwaltungsabteilungen (Direktoren) zu ernennen, und das Recht, die Direktoren aus eigener Machtvollkommenheit abzuberufen;

6. der zentralen Finanzaufsicht über die Verwaltungsabteilungen; er entscheidet über den Haushalt der Wirtschaftsverwaltung und hat Weisungsrecht an die Leiter der Verwaltungsabteilungen;

7. mit Ausnahme der Legislative und des Rechtes zur Ernennung und Abberufung der Leiter der Verwaltungsabteilungen nach Gutdünken seine Befugnisse dem Exekutivausschuß zu übertragen.

Der Wirtschaftsrat erhält damit eine echte Gesetzgebungsbefugnis für beide Zonen, was eine Vereinfachung gegenüber dem früheren Zustand bedeutet. Die Gesetze brauchen nicht mehr über die Länder verkündet zu werden. Es ist Aufgabe der Länder, die Gesetze und Verordnungen, die der Wirtschaftsrat erläßt, unverzüglich zur Durchführung zu bringen.

Es zeichnen sich hier zwei Bereiche der Gesetzgebungsbefugnis ab.

Einmal besteht eine ausschließliche Legislative des Wirtschaftsrats auf den Gebieten des Eisenbahnwesens, der Post, des Fernmeldewesens (Bereiche der früheren Reichssonderverwaltungen). Dazu kommen neuerdings noch die Verwaltungen der Wasserstraßen, der Seehäfen und der Küstenschiffahrt. Auf diesen Gebieten wird es künftig — mit Ausnahme der Einflußnahme auf die Personalpolitik dieser Sonderverwaltungen — keine Kompetenz der Länder mehr geben.

Der zweite Fragenkomplex der bizonalen Gesetzgebung kollidiert mit der Gesetzgebungsbefugnis der Länder und ist angedeutet durch die Bestimmung, daß die grundsätzlichen Richtlinien der Wirtschaftspolitik stets dann vom Wirtschaftsrat legislativ zu regeln sind, wenn die in Frage stehenden Probleme über ein Land hinausreichen, also mehrere Länder angehen. Diese Formulierung ist unklar und kann jedes der bizonalen Abkommen, mit Ausnahme der Sonderverwaltungen von Verkehr und Post, betreffen. In der Praxis wird wohl von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Wünschenswert wäre eine genauere Abgrenzung der Länderkompetenzen gegenüber dem Wirtschaftsrat.

Eigenartig ist die Tatsache, daß der Wirtschaftsrat die Direktoren nur auf Vorschlag des Exekutivausschusses er-

1) Liberal-Demokratische Partei.
2) Wirtschaftliche Aufbauvereinigung (Bayern).
3) Freie Demokratische Partei.
4) Niedersächsische Landespartei.
5) Demokratische Volkspartei (Württemberg-Baden).

nennen kann. Er ist allerdings nicht gezwungen, dem Vorschlag des Exekutivausschusses zu entsprechen, und kann den Vorschlag ablehnen. In diesem Falle muß der Exekutivausschuß einen neuen Vorschlag machen. Die Entlassung der Direktoren bestimmt dagegen der Wirtschaftsrat ohne Anhörung oder Vorschlagsrecht des Exekutivausschusses. Um zu einer reibungslosen Arbeit zu kommen, sind Wirtschaftsrat und Exekutivausschuß in dieser wichtigen Frage zu enger und verständnisvoller Zusammenarbeit gezwungen. Bei alledem ist immer wieder zu beachten, daß der Wirtschaftsrat zwar die äußere Form eines Parlamentes hat, aber keine politischen, sondern nur wirtschaftliche und verwaltungstechnische Aufgaben erfüllt.

Der Exekutivausschuß

Im Exekutivausschuß (es haben sich auch die Namen *Vollzugsausschuß* und *Verwaltungsrat* — nicht zu verwechseln mit den Verwaltungsräten der bizonalen Einrichtungen nach dem Organisationsplan von 1946 — eingebürgert) treten die von den Landesregierungen ernannten Vertreter der Länder zusammen.

Es werden vertreten:

Bayern durch Staatsrat Dr. Gebhard *Seelos,* (CSU);

Württemberg-Baden durch Finanzminister Dr. Heinrich *Köhler,* (CDU);

Hessen durch Oberbürgermeister Ludwig *Metzger,* (SPD);

Bremen durch Oswald *Mittenberg,* (SPD);

Nordrhein-Westfalen durch Dr. Heinz *Potthoff,* (SPD);

Niedersachsen durch Staatssekretär Rudolf *Sachse,* (SPD);

Schleswig-Holstein durch Kreisdirektor Dr. Franz *Suchan,* (SPD);

Hamburg durch Dr. Bernhard *Hansen,* (SPD).

Der Exekutivausschuß tagt ständig, Dienstsitz ist Frankfurt am Main. Jede der Regierungen der sechs Länder und der beiden Stadtstaaten entsendet einen Vertreter in den Exekutivausschuß, der damit Vertretung der Länder beider Zonen wird.

Der Exekutivausschuß ist weder ein Kabinett noch ein Organ, das an der Legislative teilhat. Er ist in der Hauptsache ein exekutives und koordinierendes Organ. Seine Aufgaben und Kompetenzen sind:

1. Koordinierung der Verwaltungen und Entscheidung in Kompetenzfragen der Verwaltungsabteilungen untereinander;
2. Beaufsichtigung und Leitung der Verwaltung;
3. Gesetzesinitiative, Recht zum Einbringen von Gesetzesvorlagen beim Wirtschaftsrat;
4. ausschließliches Vorschlagsrecht für die Ernennung der Direktoren;
5. Stellungnahme zu Gesetzentwürfen des Wirtschaftsrats; bevor ein Gesetzentwurf vom Wirtschaftsrat beraten wird, muß er dem Exekutivausschuß zur Begutachtung vorgelegt werden;
6. Ausübung von Befugnissen, die vom Wirtschaftsrat auf den Exekutivrat übertragen werden;
7. nach Ermächtigung Erlaß von Durchführungsverordnungen zu Gesetzgebungsakten des Wirtschaftsrats und zu dem bestehenden einschlägigen Rechtsgut;
8. Koordinierung und Überwachung der Amtsführung der Direktoren nach Richtlinien und Grundsätzen, die vom Wirtschaftsrat zu erlassen sind;
9. Überwachung der Durchführung der Gesetze und Durchführungsverordnungen, die vom Wirtschaftsrat oder mit seiner Ermächtigung vom Exekutivausschuß den Direktoren oder den Ländern erlassen worden sind;
10. Die Militärregierungen üben durch den Exekutivausschuß die laufende Kontrolle über die Leiter der Verwaltungsabteilungen und über diese selbst aus.

Der Exekutivausschuß füllt eine längst unangenehm empfundene Lücke aus: er koordiniert die bisher unabhängig voneinander arbeitenden bizonalen Verwaltungsabteilungen. Kompetenzstreitigkeiten, Überschneidungen von Sachgebiet und doppelte oder gar dreifache Bearbeitung derselben Materie können damit ausgeschaltet werden. Der Exekutivausschuß wird im wesentlichen das werden, was seine Mitglieder aus ihm machen. Möglichkeiten zum Wirken im Guten und im Argen sind reichlich vorhanden. Die Länder haben durch die Schaffung des Exekutivausschusses weitgehende Möglichkeiten zur Einschaltung und zur Wahrung ihrer Interessen. Wichtig scheinen hier das ausschließliche Vorschlagsrecht des Exekutivausschusses für die Ernennung der Direktoren sowie das Recht, Gesetzesvorschläge einzubringen und zu Gesetzesvorlagen Stellung zu nehmen. Die Tatsache, daß der Exekutivausschuß ständig besteht und nicht nur wie der Wirtschaftsrat zu Sitzungen zusammentritt, deutet auf eine Entwicklung hin, in der dem Exekutivausschuß wesentliche Teile der Kompetenzen des Wirtschaftsrats übertragen werden. Diese Möglichkeit ist in der Verordnung der beiden Militärregierungen vorgesehen. Die Verwaltungsarbeit wird in Zukunft wohl hauptsächlich beim Exekutivausschuß liegen.

Die Stellung der Direktoren

Die Direktoren sind die Leiter der einzelnen Verwaltungsabteilungen. Ihre Kompetenzen gehen weiter, als die der Leiter der bizonalen Ämter gingen. Ihre Bedeutung und Wichtigkeit geht aus der Tatsache hervor, daß sie die eigentlichen Leiter der bizonalen Verwaltung sind. Ganz folgerichtig hat deshalb auch ein Kampf der beiden großen Parteien um diese Schlüsselpositionen eingesetzt.

Die Direktoren werden vom Exekutivausschuß vorgeschlagen und vom Wirtschaftsrat ernannt. Ihre Entlassung veranlaßt der Wirtschaftsrat. Der Exekutivausschuß hat weder Recht noch Möglichkeit, die Entlassung eines Direktors zu erwirken.

Die Direktoren sind dem Wirtschaftsrat für ihre Amtsführung verantwortlich. Sie werden vom Exekutivausschuß überwacht. Als Leiter der Verwaltungsabteilungen sind sie die höchsten Beamten ihrer Behörden. Es ist vorgesehen, daß die Funktionen und Befugnisse der früheren Vorsitzenden der bizonalen Verwaltungsräte auf die Direktoren übertragen werden. Die Initiative dazu liegt beim Wirtschaftsrat.

Der Wirtschaftsrat kann die Direktoren dazu ermächtigen, auf ihren Sachgebieten Durchführungsverordnungen zu Gesetzen und Verordnungen des Wirtschaftsrats und der bestehenden einschlägigen Rechtsordnung zu erlassen.

Zur reibungslosen Arbeit der Verwaltungsabteilungen erscheint es dringend notwendig, daß die Zuständigkeiten der Länder und der Einrichtungen des Wirtschaftsrates genau gegeneinander abgegrenzt werden, so daß Überschneidungen und Kompetenzstreitigkeiten nicht mehr möglich sind.

Die Organisation und Untergliederung der Verwaltungsabteilungen ist noch nicht zu übersehen. Wahrscheinlich werden sie wesentlich anders aussehen als ihre Vorgänger, die bizonalen Verwaltungsämter.

Die Zweizonenämter der Militärregierungen

Die Zweizonenorganisation der beiden Militärregierungen war bisher dreifach in Bipartite Board, Bipartite Panels und Bipartite Control Groups gegliedert. Diese dreifache Gliederung besteht weiter, hat aber ein neues Aussehen bekommen. Es gibt von jetzt an:

1. Bipartite Board,
2. Bipartite Panels,
3. Bipartite Control Office.

Board und Panels behalten ihre alten Funktionen (vgl. Europa-Archiv S. 577) und ihre alte Zusammensetzung. Zur Zeit bestehen sechs Panels, für jede Verwaltungsabteilung eines. Das Control Office hat seinen Sitz in Frankfurt am Main beim Wirtschaftsrat. Leiter des Bipartite Control Office sind der Amerikaner *Adcock* und der Engländer *Mc. Ready.* Nach Anhang A zur Proklamation Nr. 5 (vgl.

Europa-Archiv S. 786) gehören zum Control Office auch die Mitglieder der sechs Panels (je zwei Mitglieder: ein Amerikaner, ein Engländer). Das Bipartite Control Office hat ein Sekretariat und einen Verbindungsstab.

Nach Ansicht von Sachverständigen bestehen noch Schwierigkeiten bei der Organisation des Control Office, da die Panels sich in Berlin befinden, der Wirtschaftsrat aber in Frankfurt am Main seinen Sitz hat. Es ist möglich, daß die Struktur des Control Office noch abgeändert wird.

Die bisherigen Control Groups bei den bizonalen Ämtern werden vermutlich zu Unterabteilungen des Control Office werden.

Durch sein Sekretariat und den Verbindungsstab verkehrt das Control Office mit dem Wirtschaftsrat und dem Exekutivausschuß. Der unmittelbare Verkehr der früheren bizonalen Verwaltungsräte und jetzigen Verwaltungsabteilungen des Wirtschaftsrats mit den militärischen Kontrollstellen fällt weg. Die Kontrolle wird über den Exekutivausschuß ausgeübt. Das Control Office übt die Verwaltungskontrolle über die laufenden Geschäfte aus. Das Bipartite Board wird sich wohl im wesentlichen auf allgemeine Kontrolle, Genehmigung von Gesetzen, die der Wirtschaftsrat zu erlassen wünscht, und Anweisungen grundsätzlicher Natur beschränken. Die praktische Arbeit wird von Board und Panels zum Control Office verlagert werden. Die Übertragung größerer Zuständigkeiten auf das Control Office dürfte das Arbeitstempo beschleunigen.

Das Verhältnis zu den Ländern

Die Länder sind sowohl bei der Besetzung des Exekutivausschusses als auch bei der Wahl der Abgeordneten zum Wirtschaftsrat beteiligt. Ob im Wirtschaftsrat die Bindung der Abgesandten stärker nach Parteien oder nach Ländern ausgerichtet ist, bleibt abzuwarten. Wahrscheinlich wird die Parteibindung das Übergewicht haben. Dafür spricht die Bestimmung, daß Landtagsabgeordnete, die in den Wirtschaftsrat gewählt werden, ihr Landtagsmandat verlieren. Sie sind dadurch den Einflüssen der Länderpolitik entrückt.

Die Gesetzgebung des Wirtschaftsrats geht der Gesetzgebung der Länder vor. Die Länder sind verpflichtet, Gesetzgebungsakte und Durchführungsverordnungen des Wirtschaftsrats unverzüglich durch ihre Organe vollziehen zu lassen.

Mit Ausnahme der bizonalen Sonderverwaltungen in den Bereichen des Verkehrs, des Post- und Nachrichtenwesens werden die Länder zur Durchführung bizonaler Maßnahmen in weitestem Umfange herangezogen.

In bestimmten Fällen sind die Länder zum Erlaß von Durchführungsverordnungen zu bizonalen Gesetzen berechtigt (notwendig hierzu ist die Ermächtigung durch den Wirtschaftsrat).

Zusammenfassung

Der Wirtschaftsrat ist also eine Organisation, die sich aus dem eigentlichen Wirtschaftsrat, dem Exekutivausschuß und den Verwaltungsabteilungen zusammensetzt. Die Mitglieder des Wirtschaftsrats sind von den Parlamenten gewählt, besitzen somit parlamentarische Legitimation. Der Exekutivausschuß besteht aus acht von den Ländern ernannten Vertretern.

Der Wirtschaftsrat im engeren Sinne hat legislative und exekutive Befugnisse; die exekutiven Kompetenzen kann er auf den Exekutivausschuß oder auf die Direktoren übertragen. Der Exekutivausschuß hat vor allen Dingen die Funktionen der Koordinierung der Verwaltungsabteilungen und die Verwaltungsaufsicht.

Wirtschaftsrat und Exekutivausschuß sind voneinander unabhängig; es besteht keinerlei Unterstellungs- oder Aufsichtsverhältnis. Die Verwaltungsabteilungen werden von den Direktoren geleitet, die sowohl dem Wirtschaftsrat als auch dem Exekutivausschuß unterstellt sind. Sie werden vom Exekutivausschuß koordiniert und überwacht. Koordinierung und Überwachung sind an die Weisungen und Richtlinien des Wirtschaftsrats gebunden. Die Militärregierung übt ihre gesamte Kontrolle über die bizonalen Einrichtungen ausschließlich über den Exekutivausschuß aus, der damit eine neue Bedeutung erhält.

Die Umbildung des Zonenbeirats in Hamburg

In seiner elften Sitzung am 30. April 1947 fand der Zonenbeirat in seiner bisherigen Zusammensetzung ein Ende (vgl. Europa-Archiv S. 574 ff.). Er bestand in der alten Form seit dem 6. März 1946. Eine Fülle von Arbeit ist in der Zeit geleistet worden, und bei Betrachtung der Protokolle der Sitzungen wird klar, daß nahezu alle wichtigen Fragen der Gegenwart im Zonenbeirat erörtert worden sind. Manche dieser Erörterungen haben in Form von Handlungen, Entschließungen und Verordnungen der Militärregierung ihre Früchte getragen.

Der Vorsitzende des alten Zonenbeirats, Franz *Blücher*, schloß die letzte Sitzung des Zonenbeirats alter Form mit den Feststellungen:

„Aus kümmerlichen Anfängen sind wir von Monat zu Monat zu einer sachgemäßeren, in die Breite und Tiefe gehenden Arbeit gelangt. Wir wollen hoffen, daß es einem größeren Teile von uns möglich sein wird, zum Wohle unseres Volkes und vor allen Dingen für die Einheit unseres Volkes über die engeren Grenzen des örtlichen Bereiches hinaus diese Arbeit im neuen Zonenbeirat fortzusetzen."

Pläne zur Umgestaltung

Sowohl von seiten der britischen Militärregierung als auch auf deutscher Seite war man sich darüber klar geworden, daß der Zonenbeirat anders organisiert werden müsse, um dem politischen Willen der Bevölkerung der britischen Besatzungszone Ausdruck verleihen zu können. Sofort nach dem Inkrafttreten der Verfassungen der Länder der britischen Zone sollte diese Umgestaltung in Angriff genommen werden. Bei Besprechungen im gemeinsamen Ausschuß des Zonenbeirats am 14. Februar 1947 wurde General *Robertson* ein erster deutscher Entwurf zur Umgestaltung vorgelegt. Die Militärregierung zeigte sich auch geneigt, dem Entwurf im Prinzip zuzustimmen (vgl. Europa-Archiv S. 575 f.).

Am 21. Februar erklärte General *Bishop* in einer Rede vor dem Plenum des Zonenbeirats, daß die Arbeiten zur Reorganisierung des Zonenbeirats vorläufig unterbrochen werden müßten. Der Grund dazu war wohl, daß in Moskau auf der Konferenz der Außenminister die künftige Struktur Deutschlands möglicherweise besprochen werden konnte und die britische Militärregierung den Moskauer Entschließungen nicht vorgreifen wollte, indem sie politische Veränderungen auf zonaler Basis, die leicht mißdeutet werden konnten, am Vorabend der Moskauer Konferenz einleitete. Es dauerte noch geraume Zeit, bis General Robertson in der letzten Sitzung des alten Zonenbeirats am 30. April 1947 den Mitgliedern die Vorschläge zur Reorganisation bekanntgab. Im Prinzip war der Organisationsplan des Zonenbeirats vom Februar 1947 beibehalten worden, man hatte ihn nur den Gegebenheiten und Umständen angepaßt. Nach Äußerungen General Robertsons ist der neue Organisationsplan sorgfältig mit den Ansichten des britischen Außenministers Bevin über den künftigen deutschen Beirat abgestimmt worden. Der Plan wurde so in Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Moskauer Konferenz abgeändert. (Vgl. Europa-Archiv S. 694 ff, 704 ff, 752 ff.).

Grundsätzliche Änderungen

Zum alten Zonenbeirat wurden die Mitglieder von der Militärregierung ernannt, zum neuen werden sie von den Länderparlamenten gewählt. Die Kritik an der fehlenden parlamentarischen Legitimation fällt damit weg.

Der neue Zonenbeirat ist eine parlamentarische Vertretung der ganzen Zone. Föderalistische Prinzipien wurden berücksichtigt, indem die Abgeordneten durch die Landtage und nicht durch Urwahl in der ganzen Zone gewählt wur-

den. Doch liegt das Übergewicht klar auf seiten der Parteien als der berufenen Vertreter der politischen Meinungen des Staatsvolks der ganzen Zone. Der geplante Länderrat, der in den Zonenbeirat eingebaut werden sollte, entfällt.

Einen wesentlichen und erfreulichen Fortschritt bedeuten die Freiheit der Tagesordnung und der Besprechungsthemen sowie die Zulassung der Presse.

Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone

Zonenbeirat der britischen Besatzungszone,
Zonal Advisory Council (ZAC).
Hamburg, Esplanade 6.
Generalsekretär: Dr. habil. Gerhard *Weißer;*
stellvertretender Sekretär: Herbert *Blankenhorn.*

Die Ergebnisse der Moskauer Konferenz waren für die Neubildung des Zonenbeirats weitgehend bestimmend. Der Rat wird aus Vertretern der politischen Meinungen der Länder der britischen Zone gebildet und umfaßt 37 Mitglieder. Er sollte nach dem ersten Entwurf der Militärregierung nur 30 Mitglieder haben, doch war mit der Zahl von 37 Abgeordneten eine bessere Verteilung der Mandate sowohl im Hinblick auf die Länder als auf die politischen Parteien möglich. Der neue Rat ist nach Bildung und Zusammensetzung ein Kompromiß aus zentralistischen, föderalistischen und parlamentarischen Prinzipien. Die Abgeordneten wurden von den Länderparlamenten gewählt und gliedern sich nach Ländern und Parteien folgendermaßen auf:

	SPD	CDU	KPD	Zentrum	FDP	NLP DP	Summe
Nordrhein-Westfalen	7	7	3	2	1	—	20
Niedersachsen	4	2	1	—	1	2	10
Schleswig-Holstein	2	2	—	—	—	—	4
Hamburg	1	1	—	—	1	—	3
Zusammen	14	12	4	2	3	2	37

Die Ausschüsse

Die wesentliche Arbeit wird wieder in den Ausschüssen und Unterausschüssen geleistet werden. Jeder Ausschuß besteht aus elf Mitgliedern, die nach Parteien folgendermaßen aufgegliedert sind:

3 Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
3 „ „ Christlich-Demokratischen Union
2 „ „ Kommunistischen Partei Deutschlands
1 „ „ Freien Demokratischen Partei
1 „ „ Demokratischen Partei (NLP)
1 „ „ Zentrumspartei

In der ersten Vollversammlung des neuen Zonenbeirats am 11./12. Juni 1947 wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, folgende Ausschüsse einzusetzen:

1. Hauptausschuß, gegliedert in vorläufig drei Unterausschüsse:
   a) Geschäftsordnungsunterausschuß,
   b) Haushaltsunterausschuß,
   c) Unterausschuß für staatsbürgerliche Bildung;
2. Rechts- und Verfassungsausschuß;
3. Finanzausschuß;
4. Flüchtlingsausschuß;
5. Kriegsgefangenenausschuß;
6. sozialpolitischer Ausschuß;
7. kulturpolitischer Ausschuß;
8. Ausschuß für das Wohnungswesen;
9. Sonderausschuß für Agrarreform.

Der Ältestenrat

Die Rolle des Ältestenrats ist im wesentlichen gleichgeblieben (vgl. Europa-Archiv S. 575.). Er setzt sich aus sechs Mitgliedern zusammen, den Abgeordneten

Herbert *Kriedemann* (SPD)
Conrad *Adenauer* (CDU)
Max *Reimann* (KPD)
Franz *Bluecher* (FDP)
Dr. Karl *Spiecker* (Zentrum)
Heinrich *Hellwege* (DP)

Der Ältestenrat unterstützt den Vorsitzenden in Geschäfts- und Verfahrensfragen.

Das Sekretariat

Das Sekretariat unter Leitung des Generalsekretärs bleibt in seiner bisherigen Form, die sich gut bewährt hat, bestehen. Es hat zur Aufgabe, den notwendigen Kanzleidienst bereitzustellen, die Beratungen und Ausschußsitzungen vorzubereiten und die Tagesordnungen und Protokolle aufzustellen (vgl. Europa-Archiv S. 575).

Generalsekretär und Sekretäre haben Beamtencharakter und werden über den Zonenhaushalt besoldet.

Der Verbindungsstab (British Liaison Staff)

Er vermittelt über das deutsche Sekretariat die Verbindung mit den zuständigen Dienststellen der Militärregierung. Eine direkte Verbindung des Zonenbeirats zu den britischen Dienststellen besteht nicht.

Die Tagesordnung

Im Gegensatz zum alten Zonenbeirat ist der neue Rat in der Aufstellung seiner Tagesordnung und in der Wahl seiner Beratungsgegenstände an keine Genehmigung oder Weisung der Militärregierung gebunden. Eingeschränkt ist diese „Freiheit der Tagesordnung" nur auf den Gebieten, die eine Änderung der gegenwärtigen Grenzen, alliierte Politik, Entmilitarisierung, Reparationen, auswärtige Kriegsschulden, Wiedergutmachung und gesperrtes Eigentum berühren.

Es ist erlaubt, Fragen zu besprechen, die Gegenstand der Beratung des Kontrollrats sind. Die Zählung der Sitzungen erfolgt fortlaufend, der alte Rat endete mit der elften, der neue Rat begann mit der zwölften Sitzung des Zonenbeirats.

Die Aufgaben des Zonenbeirats

Die Entwicklung der bizonalen Einrichtungen hat den Aufgabenkreis des Zonenbeirats stark eingeschränkt. Für die Beratung aller Angelegenheiten der Wirtschaft, der Ernährung, des Verkehrs und der Finanzen ist der Zonenbeirat nicht mehr zuständig. Seine Aufgaben liegen jetzt auf politischem und juristischem Gebiet. Seine Kompetenzen sind abgegrenzt:

1. durch die Zuständigkeit des Wirtschaftsrats, wie sie aus den Verordnungen und Gesetzen der Militärregierung Nr. 74, 88 und 89 zu entnehmen ist;

2. durch die Zuständigkeit der Länder der britischen Zone, wie sie in der Verordnung der Militärregierung Nr. 57 vom 1. Dezember 1946 festgelegt ist.

Die wichtigsten Aufgaben des Zonenbeirats sind:

1. Beratung der britischen Militärregierung in allen Angelegenheit, die außerhalb der Kompetenz des Wirtschaftsrats und der Länder liegen und die sich im wesentlichen mit den Abgrenzungen der Verordnung Nr. 57 der britischen Militärregierung (vgl. Europa-Archiv S. 573 f.) decken; es handelt sich dabei um Sachgebiete, die einer künftigen deutschen Zentralgewalt vorbehalten sind, vorerst aber von der Militärregierung selbst wahrgenommen werden.

2. Der Zonenbeirat kann sich mit Problemen befassen, die in die Zuständigkeit der Länder gehören. In diesem Falle müssen die Entschließungen und Ratschläge nicht an die britische Militärregierung, sondern an die Ministerpräsidenten weitergeleitet werden.

3. Der Zonenbeirat soll als beratendes Organ der Militärregierung die politische Meinung der britischen Besatzungszone vertreten und die Ansichten und Standpunkte der Bevölkerung und der Verwaltung wiedergeben.

Der Zonenbeirat hat weder legislative noch exekutive Befugnisse und ist nicht zur Kontrolle der Zonenverwaltung eingesetzt. Diese Kontrolle wird von der britischen Militärregierung selbst in oberster Instanz ausgeübt.

Stellung zu Zonen- und Zweizoneneinrichtungen sowie zu den Ländern

Der Zonenbeirat hat keinerlei Befugnisse gegenüber den Ländern. Der Rat hat die Möglichkeit, Themen, die in den

ustandigkeitsbereich der Länder fallen, zu erörtern, entsprechende Ratschläge oder Entschließungen zu fassen und e den Ministerpräsidenten zuzuleiten. Der Zonenbeirat hat ber keinerlei Funktion den Ländern gegenüber. Die Länder selbst haben keinen Einfluß auf den Zonenbeirat, da die Abgeordneten zum Beirat zwar von den Länderparlamenten ewählt wurden, die Parlamente aber keinerlei Weisungsefugnis an die Abgeordneten im Zonenbeirat haben. Die bstimmung erfolgt nicht nach Landsmannschaften (wie zum eispiel im parlamentarischen Rat des Länderrats), sondern ach Fraktionen der politischen Parteien. Das Schwergewicht egt also wie beim echten Parlament bei den politischen arteien.

Es wird angestrebt, zwischen dem Zonenbeirat und den entralämtern der britischen Besatzungszone eine enge Zuammenarbeit zu erreichen, um damit zu einem gewissen otwendigen Automatismus in Legislative und Exekutive ı kommen. Doch hat der Zonenbeirat keinerlei Kontrollefugnis gegenüber den Zentralbehörden, die nach wie vor nter Aufsicht und Leitung der britischen Militärregierung nabhängig von jedem deutschen Einfluß arbeiten. Der onenbeirat hat das Recht, die Geschäftsführung der Zenralämter zu erörtern und der Militärregierung entsprechende Empfehlungen und Beschlüsse zu unterbreiten. Der onenbeirat kann auch verlangen, daß Vertreter der Zenralämter an seinen Sitzungen teilnehmen.

Der Plan zur Umgestaltung des Zonenbeirats vom ebruar 1947 sah als weitere Aufgabe die Koordinierung der änderregierungen vor. Nach Ansicht der britischen Militärregierung ist es nicht Aufgabe des Zonenbeirats, einen oordinierungsapparat für die Länder zu schaffen. Doch ist on britischer Seite grundsätzlich nichts gegen die Schafing eines unabhängigen Koordinierungsorganes der Länder nzuwenden. In diesem Zusammenhang wird ein Rat der änder der britischen Zone als Fortsetzung und Erweiteing der Konferenz der Ministerpräsidenten der britischen one mit ständigem Sekretariat geplant. Sitz dieses Kordinierungsorgans wird wahrscheinlich die Stadt Celle erden.

Die Stellung des Zonenbeirats zum Wirtschaftsrat ist urch dessen Kompetenzen bestimmt. Der Zonenbeirat übt eder Kontrolle noch Weisungsrecht gegenüber den bizoalen Organen aus. Er kann verlangen, wie im Falle der entralämter, daß Vertreter der bizonalen Behörden bei seinen Sitzungen anwesend sind, und hat das Recht auf Information.

Zusammenfassung

Durch die Neubildung vom 11./12. Juni 1947 ist der Zonenbeirat zu einem beratenden Grenium der britischen Militärregierung geworden, das sich aus 37 von den Parlamenten der britischen Zone gewählten Persönlichkeiten des politischen Lebens zusammensetzt. Sämtliche Vertreter im Zonenbeirat sind parteipolitisch gebunden. Dadurch, daß die Wahl durch die Parlamente und nicht durch Urwahl in der ganzen Zone erfolgte, wurde eine Konzession an föderalistische Prinzipien gemacht.

Eine der wichtigsten Forderungen des alten Zonenbeirats, das Recht auf Kontrolle der zentralen Einrichtungen auf Zonen- und Zweizonenbasis (die letzteren in Zusammenarbeit mit dem Länderrat der amerikanischen Zone), wurde nicht erfüllt.

Der Zonenbeirat ist somit ein beratendes Organ der britischen Militärregierung, das weder legislative noch exekutive Befugnisse hat. Seine Ratschläge, Entschließungen und Empfehlungen sind für keine britische oder deutsche Dienststelle verbindlich, sie können nur durch Gesetze und Verordnungen der Militärregierung, der Zentralämter und der Länder zur Wirksamkeit gelangen.

Durch die Entwicklung der Ländersouveränität und die Neubildung des Wirtschaftsrates sind die Aufgaben des Zonenbeirats wesentlich eingeschränkt worden. Diese Einschränkung dürfte sich durch die dabei ermöglichte Konzentration auf die verbliebenen Aufgaben, die meist auf politischem, sozialem und juristischem Gebiete liegen, segensreich auswirken.

Eine seiner wichtigsten und dringlichsten Aufgaben sieht der Zonenbeirat in der Sammlung und Bearbeitung von Material, das die Stellung der Bevölkerung der britischen Zone zu der Frage des gesamtdeutschen Aufbaus klar erkennen lassen soll. Das erhaltene Material soll der britischen Militärregierung vorgelegt werden und ihr die Stellungnahme zu diesem Fragenkomplex bei der nächsten Konferenz der Außenminister in London im November 1947 erleichtern. Eine vordringliche Arbeit sieht man auch in der Kodifizierung eines Besatzungsstatuts, in dem endlich die Rechte der Besatzungsmächte gegen die Rechte der deutschen Staatsbürger abgegrenzt und so klare Verhältnisse geschaffen werden.

Die Zentralämter der britischen Zone

Die Stellung der Zentralämter der britischen Zone hat ich durch die Neubildung des Zonenbeirats nicht verändert; uständigkeiten und Befugnisse sind dieselben geblieben und ind durch keinerlei deutsche Kontrolle beeinträchtigt. berste Instanz in Bezug auf Kontrolle und Weisungsbefugis ist die britische Militärregierung.

Es wird im Interesse der reibungslosen Zusammenarbeit ine engere Bindung der Zentralämter an den Zonenbeirat ngestrebt. Nach der Neuregelung kann der Zonenbeirat die eschäftsführung der zonalen und bizonalen Einrichtungen rörtern und verlangen, daß bei den Sitzungen des Zoneneirats oder seiner Ausschüsse Vertreter der Zentralämter nwesend sind. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehen folende Zentralämter:

1. Zentralamt für Arbeit in der britischen Zone, Lemgo; Leiter: Präsident *Scheubele;*
2. Zentralhaushaltsamt für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Ministerialdirektor *Meyer;*
3. Zentraljustizamt für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Präsident Dr. *Kießelbach;*
4. Zentralamt für Vermögensverwaltung (britische Zone), Stadthagen; Leiter: Senatspräsident Dr. *Klostermann;*
5. Zentralamt für das Vermessungswesen, Gifhorn; Leiter: Prof. Dr. *Kerl;*
6. Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft, Hamburg; Leiter: Staatssekretär *Passarge;*
7. Zentralamt für Wirtschaft, Minden; Leiter Dr. Viktor *Agartz.*

Weitere Zoneneinrichtungen

Mit ähnlichem Charakter und ähnlichen Kompetenzen sind folgende Zoneneinrichtungen der britischen Zone versehen:

8. Zonenamt des Reichsaufsichtsamts für das Versicherungswesen, Hamburg; Leiter: Präsident Dr. *Härle;*
9. Leitstelle der Finanzverwaltung für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Präsident Dr. *Gruft;*
10. der Deutsche Forst- und Holzwirtschaftsrat *(North German Timber Control, British Element)*, Hamburg; Leiter: Oberlandesforstmeister *Maßmann;*
11. Rechnungshof des Deutschen Reiches für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Präsident *Mauser;*
12. Reichsbankleitstelle, Hauptverwaltung der Reichsbank für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Reichsbankdirektor *Hülze;*
13. Reichspostoberdirektion für die britische Zone, Bad Salzuflen;
14. Statistisches Amt für die britische Besatzungszone, Hamburg; Leiter: Direktor Dr. *Lawin;*
15. Feststellungsbehörde, Hamburg; Leiter: Präsident *Hannemann;*
16. Planungsbehörde für Registrierung, Hamburg; Leiter: Freiherr *v. Wolf;*

17. Kriminalamt für die britische Zone, Hamburg; Leiter: Polizeigruppenchef *Voß;*

18. Grenzkontrolldienst für die britische Besatzungszon Oldenburg; Leiter: Finanzpräsident *Köbig.*

Anschriftenverzeichnis

Mitglieder des Zonenbeirats

SPD

Friedrich *Henßler*, Oberbürgermeister	Dortmund, Stadthaus
Hans *Böhm*, Gewerkschaftssekretär	Bielefeld, Am Ostpark 2
Heinrich *Höcker*, Oberbürgermeister	Herford (Westfalen)
Friederike *Nadick*	Herford (Westfalen), Hermannstraße 32
Robert *Görlinger*, Bürgermeister	Köln-Sülz, Grafenwerthstraße 8
Ernst *Groß*, Verlagsdirektor	Düsseldorf-Oberkassel, Achillesstraße 1
Dr. Walter *Menzel*	Düsseldorf, Mannesmannhaus
Herbert *Kriedemann*	Hannover, Odeonstraße 15/16
Albin *Karl*	Hannover, Rathenauplatz 3
Richard *Borowski*	Einbeck, Damaschkestraße 11
Liesa *Korspeter*	Hannover-Ricklingen, Göttinger Chausee 109
Karl *Albrecht*, Senator	Lübeck, Julius-Leber-Straße 48
Anni *Krahnstöver*, Frauensekretärin	Eckernförde, Rendsburger Landstraße 65
Karl *Meitmann*, Vorsitzender der SPD Hamburg	Hamburg, Große Theaterstraße 44

CDU

Dr. Conrad *Adenauer*	Rhöndorf-Honnef, Zennigsweg 8a
Dr. Friedrich *Holzapfel*, Oberbürgermeister a. D.	Herford (Westfalen), Goethestraße 14
Dr. Dr. h. c. Robert *Lehr*, Landtagspräsident a. D.	Düsseldorf, Bilker Allee 118
Dr. h. c. Helen *Weber*, Ministerialrätin a. D.	Essen-West, Hedwig-Dransfeld-Platz 2
Franz *Lützer-Haggeney*	Liesborn-Göttingen
Theodor *Blank*, Gewerkschaftssekretär	Dortmund-Brackel, Wicksweg 32
Peter *Schlack*	Köln-Marienburg, Eugen-Langen-Straße 1a
Dr. Paul *Otto*	Osnabrück, Lieneschweg 59
Dr. Hermann *Siemer*	Langförden (Oldenburg)
Karl *Schröter*, Studienrat a. D.	Kiel, Schillerstraße 11
Dr. Dr. Paul *Pagel*, Dipl.-Landwirt	Kückels, Krs. Segeberg
Rudolf *Petersen*, Bürgermeister a. D.	Hamburg 1, Alstertor 1

KPD

Max *Reimann*	Herne (Westfalen), Otto-Hues Straße 12a
Hugo *Paul*, Wiederaufbauminister	Düsseldorf-Oberkassel, Rakestraße 36
Willi *Agatz*, Genossenschaftssekretär	Essen 1, Erikapfad 1
Kurt *Müller*	Hannover-Limmer, Auf dem Brink 13

Zentrum

Dr. Karl *Spiecker*, Ministerialdirektor	Essen-Bredeney, Stocksiepen 7
Dr. Fritz *Stricker*, Verkehrsminister	Münster (Westfalen), Getterbach 51

FDP

Franz *Bluecher*, Minister a. D.	Essen-Bredeney, Tirpitzstraße 75
Hugo *Knoop*, Pastor	Oler über Bremerförde
Dr. Hermann *Schäfer*	Hamburg 19, Eichenstraße 81

DP (NLP)

Heinrich *Hellwege*, Landrat a. D.	Neuenkirchen über Horneburg
Dr Wolfgang *Bode*, Hüttendirektor	Peine, Lukasstraße 1

Mitglieder des Wirtschaftsrats

Agartz, Dr., Viktor (SPD)	Köln-Deutz, Eitorfer Straße 1
Baur, Valentin (SPD)	Augsburg, Sieglindenstraße 8
Baurichter, Kurt (SPD)	Bielefeld, Landratsamt
Becker, Ludwig (KPD)	Düsseldorf, Königsallee 27
Berger, Dr., Georg (SPD)	Herne (Westfalen), Friedrichstraße 18a
Blank, Theodor (CDU)	Dortmund, Wicksweg 32
Blücher, Franz (FDP)	Essen-Bredeney, Tirpitzstraße 7
Bode, Dr., Wolfgang (NLP)	Peine (Hannover), Lukasstraße 1
Bungartz, Dr., Eberhard (FDP)	München, Schumannstraße 2
Dahrendorf, Gustav (SPD)	Hamburg-Wellingsbüttel, Hamburger Straße 112a
Euler, August (LDP)	Hersfeld, Sternerstraße 9
Ficker, Ludwig (KPD)	München, Widenmayerstraße 2
Flörl, Fritz (CSU)	München, Schleisheimer Straße 7
Fromm, Carl-Wilhelm (CSU)	Breitenau über Koburg
Haffner, Dr., Alex (CDU)	Kornwestheim, Poststraße 8
Henle, Dr., Günther (CDU)	Duisburg, Ludgeristraße 22
Herbertz, Hermann (SPD)	Düsseldorf, Redaktion „Rhein-Echo"
Hermes, Dr., Andreas (CDU)	Bad Godesberg, Uhlandstraße 1
Hewusch, Franz (SPD)	Kiel
Holzapfel, Dr. Friedrich (CDU)	Herford (Westfalen), Goebenstraße 14
Horn, Peter (CDU)	Frankfurt (Main), Textorstraße 1
Karpf, Hugo (CSU)	Aschaffenburg, Emilienstraße 32
Kaufmann, Heinrich Theophil (SDU)	Ettlingen (Baden)
Ketels, Max-Detlev (CDU)	Hamburg-Volksdorf, Mellenbergweg 83
Kiesel, Wilhelm (SPD)	Wolfsburg, Krs. Gifhorn, Stresemannstraße 3
Köhler, Dr, Erich (CDU)	Wiesbaden, Rosselstraße 18
Köring, Heinz (CDU)	Itzehoe (Holstein), Brunnenstraße 2—10
Krämer, Alfred (DVP)	Stuttgart, Lenzhalde 52
Kreyssig, Dr., Gerhard (SPD)	München 9, Haushammerstraße
Kriedemann, Herbert (SPD)	Hannover, Odeonstraße 15/16
Kuhlemann, Dr., Christian (NLP)	Hannover-Kirchrode, Bellerodestraße 140 A
Loibl, Alfons (CSU)	Siegenburg (Niederbayern)
Lücker, Willi (SPD)	Hannover-Laatzen, Kronsbergstraße 49
Martens, Ernst (FDP)	Gut Treuenfeld b. Brake, Krs. Wesermarsch
Naegel, Wilhelm (CDU)	Hannover-Kirchrode, Elisabethstraße 1
Pferdmenges, Robert (CDU)	Köln-Marienburg, Golsterstraße 250
Potthoff, Dr., Erich (SPD)	Köln-Lindenthal, Bitburgerstraße 2
Quilling, Karl (WAV)	Hösbach 2 b. Aschaffenburg
Reimann, Max (KPD)	Herne (Westfalen), Hermann-Löns-Straße 46
Reuter, Georg (SPD)	München, Waldfriedhofstraße 6
Richter, Willi (SPD)	Frankfurt (Main), Beselerstraße
Schlack, Peter (CDU)	Köln-Marienburg, Eugen-Langen-Straße 1a
Schoettle, Erwin (SPD)	Stuttgart-S., Gabelsbergerstraße 35
Schulze, Oskar (SPD)	Bremen, An der Weide 6—13
Seeling, Dr., Otto (CSU)	Fürth (Bayern), Nürnberger Straße 21
Semler, Dr., Johannes (CD	München, Gaußstraße 1
Spiecker, Carl (Zentrum)	Essen-Bredeney, Stocksiepen 7
Storch, Anton (CDU)	Hannover, Deisterstraße 39
Stricker, Dr., Fritz (Zentru	Münster (Westfalen), Am Gettersbach 51
Struwe, Detlef (CDU)	Embritzen/Rendsburg, Stassledt 3
Veit, Dr., Hermann (SPD	Karlsruhe, Akademiestraße 17
Voss, Otto (SPD)	Einfeld b. Neumünster, Fritz-Reuter-Straße 62
Wehlers, Dr., Robert (SPD)	Mehldorf (Dithmarschen), Klosterstraße 5
Zinn, Georg August (SPD)	Wiesbaden, Bahnhofstraße 18, hess. Justizministerium

Die politische Entwicklung des Saargebietes 1919 bis 1945

Zeittafel

28. JUNI 1919:

Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages. Gemäß Artikel 45—50 wird das aus Teilen der preußischen Rheinprovinz und der bayerischen Pfalz gebildete Saargebiet auf 15 Jahre einer Völkerbundskommission unterstellt. Die näheren Bedingungen sind in einem Saarstatut niedergelegt. Das Eigentum an den Saargruben wird dem französischen Staat übertragen, um ihn für die Zerstörung der nordfranzösischen Gruben während des ersten Weltkrieges zu entschädigen. Frankreich erhält das Recht, französische Schulen und Krankenhäuser für Bergwerkspersonal einzurichten und das Saargebiet in den französischen Zollverband einzugliedern. Die oberste Gerichtsbarkeit übt ein internationaler Gerichtshof mit dem Sitz in Saarlouis aus. Die Staatsangehörigkeit der Bewohner des Saargebietes bleibt deutsch, doch werden ihre Interessen im Ausland durch Frankreich vertreten. Sie dürfen nicht zum Militär eingezogen werden und haben das Wahlrecht nur für örtliche Vertretungen. 15 Jahre nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages soll der Völkerbund über das weitere Schicksal des Saargebietes entscheiden. Die Bevölkerung soll durch eine Abstimmung bekunden, unter welche Staatshoheit sie fortan gehören will. Falls der Völkerbund nach Ablauf der 15 Jahre die Rückgliederung an Deutschland beschließen sollte, ist der Rückkauf der Eigentumsrechte Frankreichs durch Deutschland in Gold vorgesehen. Der Preis soll durch eine Sachverständigenkommission festgestellt werden.

26. FEBRUAR 1920:

Die Regierungskommission des Völkerbundes für das Saargebiet unter dem Präsidenten *Rault*, einem Franzosen, tritt ihr Amt an.

2. MAI 1920:

In Saarlouis wird die erste französische Schule errichtet.

18. JANUAR 1921:

Die Saargruben gehen in französische Verwaltung über. Ein französisches Amt mit dem Sitz in Saarbrücken übernimmt die Leitung und Ausbeutung der Gruben.

1923—1926:

Der Völkerbund läßt durch zwei Schweizer Sonderbeauftragte, Dr. *Bonzon* und Oberst *de Reguier*, das Urkundenmaterial über die nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Abstimmung Berechtigten zusammenstellen.

18. MÄRZ 1926:

Präsident *Rault* wird vom Völkerbund nicht wieder bestätigt. Seine Geschäfte übernimmt das bisherige Mitglied der Regierungskommission Mr. *Stephens*.

27. JUNI 1927:

Präsident *Wilton* übernimmt das Amt des Präsidenten.

29. MÄRZ 1932:

Präsident *Wilton* tritt zurück. Sein Nachfolger wird am 1. April der Engländer *Knox*.

MÄRZ 1933:

Die Linksparteien des Saargebietes verlassen die bis dahin geschlossene Deutsche Einheitsfront. Die übrigen Parteien schließen sich zur „Deutschen Front" zusammen.

Die Opposition gegen die „Deutsche Front" schließt sich in der Arbeitsgemeinschaft für saarländische Interessen" zusammen und bildet die „Deutsche Freiheitsfront".

27. AUGUST 1933:

In einer Kundgebung am Niederwalddenkmal, an der 80 000 Saarländer teilnehmen, spricht Adolf *Hitler* zum erstenmal öffentlich zur Saarfrage.

Gleichzeitig veranstalten die kommunistische und die sozialdemokratische Partei in Saarbrücken und Neunkirchen Kundgebungen, auf denen der Redakteur der *Volksstimme*, Max *Braun*, feststellt daß man „den letzten freien deutschen Landeszipfel gegen den Hitlerismus, wenn möglich mit der Waffe in der Hand, verteidigen" muß.

15.—17. JANUAR 1934:

Der Völkerbundsrat verhandelt in Genf über die Saarfrage. Auf Grund einer Anregung des französischen Delegierten *Massigli* wird Deutschland am 15. Januar zur Teilnahme an den Besprechungen eingeladen. Die deutsche Regierung lehnt die Teilnahme aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Dazu schreibt der *Völkische Beobachter* am 16. Januar: „Deutschland hat keinen Anlaß, durch einen Präzedenzfall der gegnerischen Propaganda das Argument in die Hand zu spielen, daß wir unseren Schritt vom 14. Oktober vorigen Jahres bedauern (Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund)". Der Völkerbundsrat beschließt einstimmig die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder der Regierungskommission für das Saargebiet: *Knox* (Großbritannien), *Ehrenroth* (Finnland), *Morice* (Frankreich), *Zoritschitsch* (Jugoslawien), *Kossmann* (Saargebiet).

20. JANUAR 1934:

Auf seiner 78. Tagung setzt der Völkerbundsrat ein Dreierkomitee zur Vorbereitung der Abstimmung im Saargebiet ein, bestehend aus Baron *Aloisi* (Italien), Cantilio de *Najeira* (Argentinien) und Salvador de *Madariaga* (Spanien).

30. JANUAR 1934:

Adolf *Hitler* berichtet vor dem deutschen Reichstag über seinen Versuch, direkte deutsch-französische Verhandlungen über die Saarfrage einzuleiten. Er erklärt dabei, die Saarfrage sei die einzige zwischen Deutschland und Frankreich noch offenstehende territoriale Frage. Die deutsche Regierung sei nach Lösung dieser Frage bereit und entschlossen, die äußere Formulierung des Locarnopaktes auch innerlich zu akzeptieren.

16.—17. FEBRUAR 1934:

Genfer Verhandlungen des Saarausschusses des Völkerbundes. Der Präsident der Regierungskommission, *Knox*, schlägt vor, für den Zeitpunkt der Abstimmung 4000 Mann internationale Polizeitruppen ins Saargebiet zu bringen. Der Saarausschuß stellt diese Frage vorläufig zurück. Zur Klärung der technischen Fragen der Abstimmung soll eine Juristenkommission Stellung nehmen. Über den Zeitpunkt der Abstimmung wird noch kein Beschluß gefaßt.

14. MAI 1934:

Dem Völkerbund liegen die Berichte des Saarausschusses vor. Berichterstatter ist Baron *Aloisi*. Sachverständige: Miß *Wambaugh* (Vereinigte Staaten), Professor Bindo *Galli* (Italien) und Professor *Nypels* (Holland).

4. JUNI 1934:

Der Bericht des Dreierausschusses wird vom Völkerbundsrat gebilligt. Er regelt alle Verfahrensfragen der Abstimmung. Zum Schutz der Abstimmung erfolgende Verstärkungen der Polizei sollen nur aus Saarländern oder deutschsprechender Bevölkerung rekrutiert werden. Als Abstimmungstermin wird der 13. Januar 1935 festgelegt. Eine neutrale Abstimmungskommission übernimmt die Regelung der Abstimmung. Die Abstimmung in den bayrischen Teilen der Saar erfolgt nach Gemeinden, in den preußischen nach Bürgermeistereien. An ihr werden alle Personen teilnehmen können, die am 28. Juni 1919 im Saargebiet wohnten und am Abstimmungstag zwanzig Jahre alt sind.

10. AUGUST 1934:

Adolf *Hitler* ernennt den Gauleiter *Bürckel* zum Kommissar für das Saargebiet. Bürckel wird bei seinem Amtsantritt am 26. August von zweitausend Sängern und einer großen Volksmenge begrüßt. Er erklärt, der entscheidende Wahlkampf habe begonnen. Der Status quo sei nur ein lateinisches Etikett für eine französische Ware.

4. SEPTEMBER 1934:

Ein französisches Memorandum zur Saarfrage fordert die Abstimmungskommission des Völkerbundes auf, schon jetzt zu gewissen Fragen Stellung zu nehmen, die nach der Abstimmung im Saargebiet auftreten werden, und, wo es möglich ist, schon jetzt grundsätzliche Beschlüsse zu fassen. Im Falle der Vereinigung des Saargebietes mit Frankreich sichere Frankreich allen Einwohnern Gleichheit vor dem Gesetz zu. Bei einer Beibehaltung des Status quo sei es bereit, für eine Abänderung des Saarstatuts einzutreten. Eine Reihe von Einzelforderungen beschäftigen sich mit der Sicherung der Eigentumsrechte, den Guthaben von Ausländern, Pensionsberechtigungen und anderem. Darüber solle nach der Abstimmung ein gemischtes Schiedsgericht eingesetzt werden. Auch werde Frankreich dem Saargebiet selbst unter annehmbaren Bedingungen einen weiteren Anteil an den Kohlenlagern abtreten. Im Falle der Entscheidung für Deutschland könne Frankreich nicht auf die Kohlengruben verzichten, bevor sie Deutschland zurückgekauft habe.

8. SEPTEMBER 1934:

Der Völkerbundsrat ermächtigt den Abstimmungsausschuß, die in dem Memorandum aufgeworfenen Fragen zu prüfen und Vorschläge für Übergangsbestimmungen zu machen.

Der französische Außenminister *Barthou* erklärt die französische Haltung vor dem Völkerbundsrat.

18. OKTOBER 1934:

Der zum Sonderbevollmächtigten ernannte Gauleiter *Bürckel* wendet sich scharf gegen das französische Memorandum.

31. OKTOBER 1934:

Die französische Presse meldet, die Stäbe der Armeekorps in Metz und Nancy hätten alle Vorkehrungen für den Fall eines deutschen Putschversuches getroffen.

1. NOVEMBER 1934:

Die saarländischen Handelskammern richten eine Eingabe an den Völkerbund, die die sofortige Öffnung der Zollgrenze nach Deutschland verlangt.

2. NOVEMBER 1934:

Gauleiter *Bürckel* erklärt, Deutschland habe niemals Putschabsichten gehabt. In einem Gebiet bis 40 Kilometer östlich der Saargrenze wird ein allgemeines Uniformverbot für SA und SS erlassen.

5. NOVEMBER 1934:

Der britische Außenminister *Simon* erklärt im Unterhaus, die Verwendung britischer Truppen im Saargebiet sei nicht beabsichtigt, es sei denn, die Saarkommission sei außerstande, die ihr gestellte Aufgabe zu erfüllen.

6. NOVEMBER 1934:

Gauleiter *Bürckel* fordert anläßlich einer Sitzung der Abstimmungskommission in Rom die Zurücknahme der Einmarschbereitschaft der französischen Truppen.

Präsident *Knox* reicht der Abstimmungskommission eine Denkschrift ein, in der er ausführt, die „Deutsche Front" sei das Organ der NSDAP für das Saargebiet, unterstehe der Deutschen Reichsregierung und übe einen Druck auf die deutsche Bevölkerung aus.

Der Saarausschuß befaßt sich mit den wirtschaftlichen Fragen der Rückgliederung des Saargebietes.

9. NOVEMBER 1934:

Die deutsche Regierung erhebt bei den Locarnomächten Einspruch gegen die französische Auffassung über die Entsendung französischer Truppen ins Saargebiet.

18 NOVEMBER 1934:

Neue Handelsvertragsverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich.

3. DEZEMBER 1934:

Im Saarausschuß in Rom wird eine Einigung über die politischen und wirtschaftlichen Fragen erzielt. Für die Abfindung aller Ansprüche Frankreichs auf Saargruben, Eisenbahnen, Grenzbahnhöfe und so weiter soll Deutschland eine Pauschalsumme von 150 Millionen Reichsmark (900 Millionen Franken) in französischen Franken zahlen. Es werden Vorkehrungen getroffen, daß die Aufbringung dieser Summe keine Verschlechterung der deutschen Devisenlage herbeiführt

Die deutsch-französische Garantieerklärung vom 4. Juni 1934 soll nun auch auf diejenigen Nicht-Stimmberechtigten ausgedehnt wer den, die am 13. Januar 1935 drei Jahre im Saargebiet ansässi sind. Dabei handelt es sich vor allem um Emigranten aus Deutsch land. Außerdem haben die Bewohner des Saargebietes für di Dauer eines Jahres nach der Abstimmung die Möglichkeit, au dem Saargebiet auszuwandern.

5. DEZEMBER 1934:

Die Abmachungen des Saarausschusses werden dem Völkerbunds rat vorgelegt. Der Völkerbundsrat beschließt auf einen franzö sischen Vorschlag hin, für die Abstimmungszeit eine international Polizei zu schaffen, an der Deutschland und Frankreich nicht be teiligt sein sollen.

6. DEZEMBER 1934:

Die deutsche Reichsregierung erklärt sich mit der Regelung de Völkerbundsrates einverstanden.

3 JANUAR 1935:

Die Bischöfe der westdeutschen Erzdiözesen und Kardinal *Bertram* Breslau, ordnen Gebete für einen guten Ausgang der Abstimmun über das Saargebiet an.

5. JANUAR 1935:

Die Abstimmungskommission richtet Schreiben an die Bischöf von Trier und Speyer, in denen sie deren Erklärungen als Ver letzung der Neutralität und Gewissensdruck bezeichnet.

6. JANUAR 1935:

Massenkundgebung der „Deutschen Front" bei Saarbrücken. Kund gebungen der „Freiheitsfront" für den Status quo.

10. JANUAR 1935:

Frankreich richtet besondere Posten der Garde mobile ein un trifft Maßnahmen, um Flüchtlinge nach der Abstimmung aus de Saarzone nach Frankreich zu bringen.

12. JANUAR 1935:

Der Völkerbundsrat richtet an die Saarbevölkerung den Appell am Abstimmungstag Ruhe und Würde zu wahren und mit Ver trauen auf die Entscheidung zu warten, die der Völkerbundsrat i möglichst kurzer Frist nach der Abstimmung treffen werde.

13. JANUAR 1935:

Abstimmungstag. Unter den Wahlvorstehern befinden sich: 36 Holländer, 300 Schweizer, 220 Luxemburger.

13./14. JANUAR 1935:

Die Redaktionen kommunistischer und sozialdemokratischer Blät ter im Saargebiet werden von der Polizei besetzt.

15. JANUAR 1935:

Das Endergebnis der Volksabstimmung im Saargebiet vom 13. Ja nuar 1935 wird bekanntgegeben:

Abstimmungs-berechtigte	abgegebene Stimmen	Gültige Stimmen insgesamt	Status quo Zahl	Status quo %	Frankreich Zahl	Frankreich %	Deutschland Zahl	Deutschland %	ungültige Stimm-zettel	weiße Stimm-zettel
539 542	528 704	525 826	46 613	8,87	2124	0,40	477 089	90,73	905	1256

(nach den amtlichen Zahlen des Völkerbundes; aus *Saarwirtschaftsstatistik* Heft 9, S. 9.)

18. JANUAR 1935:

Baron *Aloisi* verkündet in Genf, daß die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages und auf Grund des Abstimmungsergebnisses am 1. März 1935 rechtskräftig wird. Unter diesem Datum sollen sich der tatsächliche Eigentumsübergang des Saargebietes an Deutschland und die Räumung des Landes durch die alliierten Truppen vollziehen.

22. JANUAR 1935:

Nach Angaben des französischen Innenministers sind seit dem 31. Januar 1935 2600 Personen aus dem Saargebiet eingewandert, darunter 1913 Saarländer, 440 Ausländer, 85 Franzosen.

30. JANUAR 1935:

Die Deutsche Reichsregierung erläßt das „Gesetz über die vorläufige Verwaltung des Saargebietes". Dieses sieht vor, daß bis zur Eingliederung des Saarlandes in einen Reichsgau der Reichskommissar als ständiger Vertreter der Reichsregierung an der Spitze der Verwaltung steht. Ihm unterstehen alle Verwaltungsgebiete mit Ausnahme jener, für die Reichszentralbehörden zuständig sind beziehungsweise für die andere Behörden ausdrücklich als zuständig bezeichnet werden Die Behörden und Einrichtungen des Saarlandes mit Ausnahme der Gemeindebehörden werden Reichsbehörden, die Beamten dieser Behörden Reichsbeamte.

Am gleichen Tage wird das „Gesetz über die Vertretung des Saarlandes" beschlossen, nach welchem acht Abgeordnete, die durch den Führer und Reichskanzler zu bestimmen sind, als Vertreter des Saarlandes in den Reichstag einziehen.

Die Regierungskommission ordnet an, daß die bei den Zentral- und Lokalbehörden befindlichen Akten, soweit sie für den Nachfolger erforderlich sind, in den Verwaltungsstellen zu verbleiben haben. Die für die Verwaltung nicht nötigen Akten sowie di Akten und Archive der Regierungskommission seien nach Rück gliederung des Saargebietes dem Völkerbund zu übergeben. End lich seien alle Akten, die persönlichen Charakter tragen un ohne Interesse für die zukünftige Verwaltung seien, zu vernichten

1940:

Nach der Besetzung Lothringens wird dieses Gebiet in den „Ga Saar-Pfalz" einbezogen und dieser in „Gau Westmark" umbenann

5. DEZEMBER 1944:

Der Warndt und die Gegend von Saarlouis werden von der vor rückenden dritten amerikanischen Armee des Generals *Patton* be setzt.

21. MÄRZ 1945:

Die Besetzung des Saargebietes durch amerikanische Truppen is abgeschlossen. Offizieller Besetzungstag.

12. MAI 1945:

Die amerikanische Besatzung wird durch französische Truppe abgelöst

Die französische Militärregierung übernimmt unter der Bezeich nung „Gouvernement Militaire de la Sarre" die Verwaltung de Landes.

Anmerkung:

Zu den Verhandlungen der Großmächte über das Saargebiet habe wir in früheren Folgen verschiedentlich berichtet (vgl. dazu di Zusammenstellung auf Seite 773. Der Verlauf der Moskauer Verhandlungen über die Saarfrage wurde auf den Seiten 722—72 dargestellt). Auf die innere Entwicklung des Saargebietes seit 194 werden wir an anderer Stelle zurückkommen.

WIRTSCHAFTS-ARCHIV

2. Jahr AUGUST 1947 2. Folge

Versuch einer volkswirtschaftlichen Bilanz des Krieges für Deutschland

von Siegfried Rentrop

Der Gedanke einer europäischen Bestandsaufnahme wurde auf Seiten dieser Zeitschrift schon verschiedentlich gestreift und wird von uns nun an dieser Stelle mit besonderem Nachdruck verfolgt werden. Wir halten es daher für zweckmäßig, diesen Teil des Europa-Archivs ganz auf die Behandlung der W i r t s c h a f t s f r a g e n zu beschränken, Rechts- und Verwaltungsfragen aber, soweit sie im Zusammenhang der von uns behandelten Probleme auftauchen, nur mehr unter dem Gesichtspunkt der politischen Entwicklung ausführlich zu behandeln und im politischen Archiv zu berücksichtigen. Nur Fachorgane können diese Themen in der ihnen zukommenden Ausführlichkeit behandeln. Wir werden uns daher in Zukunft darauf beschränken, sie in bibliographischen Übersichten und Hinweisen auf die wichtigsten Veröffentlichungen der Fachpresse zu berücksichtigen.

Deutschland kann, auch wenn es im Augenblick an den europäischen Wirtschaftsverhandlungen nicht teilnimmt, aus den Erörterungen über die zukünftige Wirtschaftsordnung des Kontinents nicht weggedacht werden. Erst wenn es sich und der Welt Rechenschaft über seine wirtschaftliche Lage geben kann, wird man auch die vielen anderen Unbekannten errechnen können, die heute die Errichtung einer neuen Friedensordnung immer wieder hinauszögern. In diesem Zusammenhang scheint uns der folgende Beitrag als Versuch einer volkswirtschaftlichen Bilanz Deutschlands nach dem Kriege besonderer Beachtung wert. Es liegt auf der Hand, daß die dabei angeführten Zahlenangaben auf Schätzungen beruhen und noch eingehender Erörterung bedürfen.

Klärung der Begriffe

Der Begriff des Volkseinkommens und des Volksvermögens

Mit der Berechnung des Volkseinkommens und des Volks-ermögens verfolgt man den Zweck, die wirtschaftliche Kraft nes Volkes auf einen kurzen zahlenmäßigen Ausdruck zu ringen. Die Durchführung solcher Berechnungen stößt je-och auf so große Schwierigkeiten, daß die bisherigen Zu-mmenstellungen über den Charakter von Schätzungen icht hinausgekommen sind. Dennoch sollte man es nicht nterlassen, solche Berechnungen anzustellen, nur auf diese Veise wird man für die Zukunft zu einer Verbesserung und erfeinerung der Methoden gelangen.

Schmalenbach gibt in seinem 1933 erschienen Werk „Ka-ital, Kredit und Zins" drei Wege zur Berechnung des olksvermögens an, nämlich:

1. aus der Statistik der Besitztitel;
2. aus der Güterseite;
3. aus den individuellen Angaben über Vermögen und Einkommen.

Der erste Weg der Berechnung aus der Statistik der Be-tztitel (Aktien, Obligationen, Pfandbriefe, Bankkredite, pareinlagen) kann nicht zu einem auch nur einigermaßen friedenstellenden Ergebnis führen, weil einerseits die sehr eachtliche Selbstfinanzierung innerhalb der Personalgesell-haften, der selbstfinanzierte Wohnungsbau und die öffent-chen Investierungen aus dem ordentlichen Haushalt nicht faßt werden und weil andererseits Doppelzählungen aus er konzernmäßigen Verflechtung der Kapitalgesellschaften, ie in die Milliarden gehen, nicht zu vermeiden sind.

Die Veränderungen des realen Güterbestandes lassen sich hon eher aus den Angaben über den Wohnungsbau und ie Zugänge in den Einzelbilanzen berechnen.

Der beste Weg wäre zweifellos der Weg über die Steuer-atistik. Zu diesem Zweck müßten aber Einkommensteuer, ermögenssteuer und Körperschaftssteuer viel stärker auf-nander abgestimmt werden, als dies bisher der Fall ist.

Eine schwerwiegende Fehlerquelle bei allen langfristigen erechnungen bildet die schwankende Kaufkraft des Geldes eziehungsweise des Goldes.

Unter V o l k s e i n k o m m e n oder Sozialprodukt wird ie Gesamtheit der geldwerten Güter und Dienstleistungen erstanden, die einer Volkswirtschaft jährlich nach Erhaltung des anfänglichen Vermögensstandes für Verbrauch und Kapitalbildung zur Verfügung stehen.

Das Volkseinkommen tritt in drei Formen in Erscheinung: zunächst als Gesamtheit der produzierten Güter und Dienstleistungen (Maßstab: die Menge), sodann als die Summe der Einkommen (Maßstab: das Geld) und schließlich in Form von Verbrauch und Kapitalbildung (Maßstab: Geld oder Menge).

Während im Volkseinkommen der jährliche Produktionsertrag der Volkswirtschaft seinen zahlenmäßigen Ausdruck findet, soll im V o l k s v e r m ö g e n einerseits das Produktivkapital (Anlagevermögen) erfaßt werden, mit dessen Hilfe das Volkseinkommen produziert wird, andererseits das Verbrauchsvermögen (Umlaufsvermögen), dessen Nutzungen in Ergänzung des Volkseinkommens für die Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Der Begriff der inneren Verschuldung

Mit diesem herkömmlichen Begriff des Volksvermögens kommen wir jedoch für unseren Zweck, nämlich die Aufstellung einer volkswirtschaftlichen Bilanz, nicht aus. So wie in die kaufmännische Bilanz nicht nur das Anlagevermögen und die Vorräte hineingehören, die Sachwerte, sondern auch die geldwerten Forderungen und Schulden, so ist auch in der volkswirtschaftlichen Bilanz die Einbeziehung der Schuldverhältnisse nicht zu entbehren. In der volkswirtschaftlichen Bilanz ist nun zwischen der äußeren Verschuldung und der inneren Verschuldung zu unterscheiden. Der Begriff der Verschuldung wird in diesem Zusammenhang als Oberbegriff der Verschuldung für geldwerte Forderungen einerseits und geldwerte Schulden andererseits gebraucht. Unter der ä u ß e r e n V e r s c h u l d u n g sind Auslandsanleihen und ausländische Kredite bis hinunter zu Rembourskrediten und Wechseln zu verstehen. Unter der i n n e r e n V e r s c h u l d u n g ist demgegenüber die Gesamtheit aller inländischen geldwerten Schuldverhältnisse zu verstehen. I n i h r e r G e s a m t h e i t i s t d a b e i d i e S u m m e d e r g e l d w e r t e n F o r d e r u n g e n i m m e r g l e i c h d e r S u m m e d e r g e l d w e r t e n V e r p f l i c h t u n g e n. Wird beispielsweise ein Grundstück mit einer Hypothek beliehen, so unterscheiden wir zwischen dem Hypothekengläubiger und dem Hypothekenschuldner. So einfach und klar wie in diesem Falle liegen die Verhält-

nisse nun in der Regel nicht. Häufig sind eine Reihe Glieder zwischen Gläubigern und Schuldnern eingeschaltet, bei Ausgabe von Hypothekenpfandbriefen beispielsweise die Pfandbriefmarken. Man kann nun zwischen einer langfristigen und einer kurzfristigen inneren Verschuldung unterscheiden. Zur kurzfristigen inneren Verschuldung zählen: Warenforderungen und Lieferantenschulden, Wechselforderungen und Akzeptschulden, Bankguthaben und Bankschulden, Postscheckguthaben und Schulden der Postscheckämter, Banknoten und Schulden der Reichsbank. Zur langfristigen inneren Verschuldung zählen: Pfandbriefe und Schulden der Pfandbriefbanken, Obligationen und Schulden der Anleihenehmer, Reichsanleihen und Schulden des Reiches, Reichsschatzwechsel und Schulden de Reiches, Kassenkredite der Notenbank und Schulden de Reiches, Ansprüche der Versicherten und Schulden der Ve sicherungsunternehmungen.

Die Forderungen entsprechen, wie man sieht, jeweils de Höhe der Schulden.

Für die volkswirtschaftliche Bilanz interessieren hier be sonders die Schulden des Reiches. Reichsschatz wechsel und Kassenkredite der Notenbank gehören zwa theoretisch in die Reihe der kurzfristigen Schuldverhältniss praktisch handelt es sich aber meist um sehr langlebige, ein gefrorene, wenn nicht sogar einbetonierte Schulden.

Die Wandlungen des deutschen Volksvermögens seit 1910

Schätzung des Volksvermögens durch Helfferich

Wir lassen nun die Theorie auf sich beruhen und wollen versuchen, uns einen Einblick in die Zusammensetzung und die Veränderungen des deutschen Volksvermögens an den Wendepunkten des Geschehens seit dem ersten Weltkrieg zu verschaffen (Anlage II). Wir gehen dabei von der Schätzung des Volksvermögens durch Dr. *Helfferich* (1872 bis 1924) im Jahre 1913 aus. Dr. Helfferich ist dabei von den Ergänzungssteuerwerten ausgegangen. Die Berechnung Helfferichs umschließt die Kapitalanlagen im Ausland, verzichtet jedoch auf eine Erfassung der inneren Verschuldung. Im Sinne einer Konzernbilanz ist es nun zwar richtig, die innere Verschuldung außer Ansatz zu lassen. Einen besseren Einblick in diejenigen Vorgänge, auf die es hier in erster Linie ankommt, erhalten wir jedoch, wenn wir eine volkswirtschaftliche Bilanz vor Durchführung der sogenannten Konsolidierungsbuchungen aufstellen, welche die innere Verschuldung eliminieren würden.

Die innere Verschuldung setzte sich 1913 etwa wie folgt zusammen:

öffentliche Schulden (Deutsche Wirtschaftskunde 1933)	33	Milliarden
Pfandbriefe und Kommunalverschreibungen	11	„
Bankkredite, Versicherungsträger . . .	20	„
Sparkasseneinlagen	19	„
Kontokorrentverschuldung und Wechsel . .	7	„
	90	Milliarden

Eine kurze Analyse der volkswirtschaftlichen Bilanz vor dem ersten Weltkrieg zeigt ein durchaus gesundes Verhältnis der Sachwerte zur inneren Gesamtverschuldung. Die innere Gesamtverschuldung beträgt weniger als ein Viertel der Bilanzsumme. Im Ausland befinden sich 30 Milliarden an zinsbringenden Ausleihungen, die der Zahlungsbilanz zugute kommen.

Im Interesse der Kontinuität beruhen die nachfolgenden Zahlen auf einer Fortschreibung der Helfferichschen Berechnung. Bevor wir weitergehen, müssen wir jedoch noch einen Blick auf die Bedeutung der Zahlungsmittel in der volkswirtschaftlichen Bilanz werfen.

Der Goldbestand der Reichsbank belief sich 1913 auf vier Milliarden Mark; bei einem Zahlungsmittelumlauf von fast sechs Milliarden entsprach das einer Deckung der Banknoten von ungefähr zwei Drittel durch Gold. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen Zahlungsmittel in Höhe von ungefähr 100 Mark pro Kopf. Die Bedeutung der zur Vermittlung des Güteraustausches notwendigen Zahlungsmittel wird selten richtig beurteilt; entweder man überschätzt die Bedeutung oder man unterschätzt sie. Bei der volkswirtschaftlichen Bilanz rangieren die Zahlungsmittel unter der inneren Verschuldung. Die Besitzer der Banknoten haben eine Forderung, die unter den Schulden der Notenbank erscheint. Bei einer Gesamtheit solcher Forderungen in Höhe von fünf Milliarden machen die Zahlungsmittel nur wenig mehr als ein Prozent der Bilanzsumme aus. Diese Feststellung verdient vor allem Beachtung im Hinblick auf di oft erörterte Schockwirkung eines Notenumtausches mit Zu sammenlegung. Ähnlich ist auch in den privaten Bilanze der Kassenbestand im Verhältnis zur Bilanzsumme meis ein Posten von untergeordneter Größe. Dennoch kommt e natürlich sehr darauf an, daß sich der Zahlungsmittelumlau in einem gesunden Verhältnis zur Gütererzeugung und zu Bevölkerungsziffer befindet; die Störungen sind nachhalti und gewaltig, wenn hier etwas nicht stimmt, das heißt wen der Staat das Münzregal mißbraucht und sich an die fü die Notenbank festgelegten Spielregeln nicht hält.

Umschichtungen durch den ersten Weltkrieg

Welche Veränderungen sind nun durch den ersten Welt krieg eingetreten?

Was zunächst das Anlagevermögen betrifft, so sin wir auf rohe Schätzungen angewiesen. Das Land blieb vo Kriege selbst verschont. Die Vermögensverluste durch de Luftkrieg waren unbedeutend, weil die Luftwaffe noch i den Anfängen steckte. Als Verluste sind anzusetzen: di Gebietsabtretungen (Elsaß-Lothringen, Oberschlesien, po nischer Korridor) und die unterlassenen Investierungen, d Verschleiß der industriellen Apparatur und der unterbliebe Wohnungsbau. Von dem amerikanischen Bankers Tru Company ist der Vermögensverlust mit rund 80 Milliarde berechnet worden. Er verteilt sich nach meiner Schätzun etwa auf:

Grund und Boden (Gebietsverluste) . .	10	Milliarde
Gebäude	5	„
Inventar	5	„
Vorräte	25	„
Kapitalanlagen im Ausland	30	„
Goldbestand der Reichsbank	5	„
Verluste durch den ersten Weltkrieg . .	80	„

Versucht man, diese Bilanz des ersten Weltkrieges durc eine Gewinn- und Verlustrechnung in primitivster Form z ergänzen, so kann man für die Jahre 1913—1918 das Volks einkommen auf etwa 215 Milliarden beziffern (Anlage I Setzt man diesem Betrag den ermittelten Substanzverlus mit 80 Milliarden zu, so kommt man auf eine Verbrauchs ziffer von 295 Milliarden für die Jahre 1913—1918. De Verbrauch ist also rückläufig als Summe von Einkommen un Vermögensverzehr berechnet.

Ganz besonders interessiert uns die Veränderung de inneren Verschuldung. Die Schulden des Reiche werden für den 31. Dezember 1918 wie folgt angegeben:

fundierte Schulden (Kriegsanleihen) . . .	90	Milliarde
schwebende Schulden (Schatzwechsel) . .	57	„
Zunahme der Zahlungsmittel	16	„
private Verschuldung (unverändert angenommen gegenüber 1913)	57	„
	220	Milliarden

Die Schulden des Reiches waren dennoch Ende 1918 etw fünfmal so groß wie vor dem Kriege.

Bereinigung der inneren Verschuldung durch Inflation und Stabilisierung 1924

Der Zeitraum von 1918 bis 1924 ist infolge der Inflation wertmäßigen Betrachtungen kaum zugänglich. Man sprach in den Inflationsjahren viel von Ausverkauf und meinte damit die Ausnutzung der Preisvorteile der steigenden Devisenkurse durch das Ausland beim Einkauf in Deutschland. Wie sich nach der Stabilisierung zeigte, sind die diesbezüglichen Schäden zweifellos erheblich überschätzt worden.

Wir nehmen an, daß sich der Wert von Gebäuden und Maschinen durch unterbliebene Investierungen von 1918 bis 1924 um weitere fünf Milliarden vermindert hat. Der Wert der Vorräte ist vom Institut für Konjunkturforschung für 1924 mit 20 Milliarden berechnet worden. Die Reichsschulden beliefen sich nach

der Stabilisierung noch auf	7 Milliarden
die Schulden der Länder und Gemeinden auf	7 „
Bankkredite auf	10 „
Spareinlagen auf	1 „
Kontokorrentverschuldung auf	5 „
	30 Milliarden

Die innere Verschuldung ist danach durch Inflation und Stabilisierung auf etwa ein Siebtel des Höchststandes von 1918 zurückgegangen.

Volkseinkommen und Verbrauch wurden im Durchschnitt für die Jahre 1919 — 1923 auf 30 Milliarden geschätzt.

Die Auswirkungen der Reparationszahlungen während der Inflationszeit lassen wir hier auf sich beruhen. Sie sind einer wertbeständigen Rechnung kaum zugänglich. Eingriffe in die verbliebene Substanz erfolgten nur in geringem Umfang. Die Berechnungen des Reparationsagenten auf der einen Seite und der deutschen Regierung auf der anderen Seite für die Lieferungen aus der laufenden Produktion gingen weit auseinander. Von deutscher Seite wird der Wert der Reparationsleistungen bis zum 30. Juni 1931 mit 68 Milliarden Reichsmark berechnet, während die dem gegenüberstehenden Gutschriften der Reparationskommission sich nur auf 21 Milliarden Reichsmark beliefen. Nach der Stabilisierung 1924 zeigte es sich, daß zwar das Aufbringungsproblem zu lösen war, nicht aber das Transferproblem. So ergab sich nach der Stabilisierung und der sogenannten Kommerzialisierung der politischen Schulden der eigenartige Kreislauf der Aufnahme von Auslandskrediten, die der Modernisierung der deutschen Industrie dienten, während die daraus anfallenden Devisen an das Ausland zurückflossen. Der ausländische Anleihezeichner bezahlte auf diese Art und Weise deutsche politische Schulden. Auf dem dornenreichen Weg vom Londoner Zahlungsplan über den Dawes- und Young-Plan zum Hoover-Plan und zum Lausanner Abkommen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Veränderungen bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges

Wir wollen diesen Zeitabschnitt unterteilen in die Jahre 1925 — 1932, gekennzeichnet durch Hochkonjunktur mit nachfolgender Krise, und die Jahre der Rüstungskonjunktur von 1933 — 1939.

Mit Hilfe der Auslandsanleihen und durch Selbstfinanzierung, weniger durch Aktienemissionen und innere Anleihen, wurde der technische Produktionsapparat von 1924 bis zum Ausbruch der Krise 1931 gründlich überholt und modernisiert. Die Vorräte nahmen zu, die politischen Schulden aus dem Friedensvertrag von Versailles wurden durch die Young- und Dawes-Anleihe kommerzialisiert. Insgesamt schätze ich die Zunahme des Volksvermögens von 1924 bis 1933 auf etwa 30 Milliarden Reichsmark.

Der langsame Aufstieg kam bereits durch die Wirtschaftskrise 1931 zum Stillstand; hier täuschen jedoch die überlieferten Ziffern. Der mengenmäßige Rückgang der Erzeugung ist infolge der fallenden Preise nicht entfernt so groß wie der wertmäßige Rückgang[1]). Eine weitverbreitete Ansicht geht nun dahin, daß nach der Machtübernahme durch *Hitler* die Gütererzeugung ganz gewaltig gestiegen sei, und man wird auf den ersten Blick kaum verstehen, daß sich das Volksvermögen von 1933 bis 1939 nicht vermehrt haben soll. Wir kommen damit zu einer der schwierigsten Fragen für die volkswirtschaftliche Bilanz, nämlich der Abschreibungsfrage. Nach welchen Regeln soll man Kriegsrüstungen abschreiben? Bei Kriegsausbruch 1939 wurden die Rüstungsausgaben seit 1933 mit 90 Milliarden Reichsmark angegeben. Nimmt man an, daß davon wenigstens ein Drittel auf Kasernenbauten, Befestigungen, Flotte und Waffen aller Art einschließlich der besonders kostspieligen Rüstung für den Luftkrieg entfällt, so entsteht die Frage, ob diese 30 Milliarden Reichsmark unter dem Gesichtspunkt der mehrjährigen Lebensdauer zu aktivieren sind, ob sie innerhalb eines längeren Zeitraumes zu amortisieren sind oder ob der Zugang im jeweiligen Anschaffungsjahr voll abzuschreiben ist. Man kann nicht schlechthin behaupten, Rüstungsausgaben seien unproduktiv; denn im Falle eines siegreichen Krieges können sie sich sowohl für die Sicherheit der Erzeugung des eigenen Landes als auch in Gestalt der Kriegsbeute an Produktionsmethoden und Erfindungen des Gegners als höchst produktiv erweisen. Es erscheint jedoch geboten, Rüstungsinvestitionen im Jahr der Anschaffung voll abzuschreiben. Dementsprechend dürfte sich das Volksvermögen von 1933—1939 kaum vermehrt haben. Für den Wohnungsbau ist bekanntlich in diesem Zeitraum so gut wie nichts geschehen, und die maschinelle Ausrüstung der Industrie ist ganz einseitig nur für Rüstungszwecke vergrößert worden; Investitionsverbote verhinderten sogar systematisch und planmäßig jede andere Vergrößerung oder Verbesserung der Erzeugung. Die volkswirtschaftliche Bilanz zeigt demzufolge von 1933—1939 nur insoweit eine wesentliche aber ungesunde Veränderung, als die innere Neuverschuldung sich bereits in dieser Zeit gewaltig vermehrt hat. Nimmt man an, daß etwa zwei Drittel der Rüstungsausgaben von 1933 — 1939 aus direkten Einnahmen bestritten wurden, so ergibt sich eine Zunahme der inneren Verschuldung für diesen Zeitraum um rund 30 Milliarden Reichsmark. Die vorübergehende Zunahme des Volksvermögens aus dem Anschluß Österreichs und der Sudetengebiete blieben vorsorglich außer Ansatz. Während die hier versuchte Fortschreibung des Volksvermögens nur eine Zunahme seit dem Ende des ersten Weltkrieges um 30 Milliarden ergibt, schätzt *Cana*[2]) das Nationalvermögen für das Altreich auf 420 Milliarden. Das würde bedeuten, daß die Verluste des ersten Weltkrieges nicht nur aufgeholt worden wären, sondern daß wir 1939 um rund 70 Milliarden Reichsmark reicher waren als 1914. Das dürfte kaum stimmen.

Aus der gleichen Zeit liegt das Ergebnis der Einheitswertstatistik aus dem Jahre 1928 vor. Danach belief sich das erfaßte Rohvermögen auf 221 Milliarden und das Reinvermögen nach Abzug der Schulden nur auf 141 Milliarden Reichsmark. Die großen Unterschiede finden eine Erklärung, wenn man beispielsweise erfährt, daß ein normales Kölner Wohnhaus 1928 nur mit 60 Prozent des *Wehrbeitragswertes* bewertet wurde.

Der Wehrbeitragswert 1913 belief sich auf	94 000 Mark
Einheitswert 1928	56 000 Reichsmark
Einheitswert 1935	31 400 Reichsmark

Diese Gegenüberstellung zeigt aber auch, daß die Zahlen der Vermögensstatistik für kontinuierliche Betrachtungen nicht zu gebrauchen sind.

Substanzverluste und innere Verschuldung nach der Kapitulation

Welche Auswirkungen hat nun der verlorene zweite Weltkrieg auf die volkswirtschaftliche Bilanz gehabt? Na-

1) Eine gewisse Mittelstellung nimmt dabei das Jahr 1936 ein, da es etwa in der Mitte zwischen dem Krisentief 1932 und dem „Höhepunkt“ der Rüstungskonjunktur bei Kriegsbeginn liegt. Bei diesem Jahr setzen daher auch die Berechnungen der Alliierten über das Deutschland zu belassende Industrieniveau ein. Die Werke, die der Plan des Alliierten Kontrollrates für die Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft (Industrieplan) als direktes Kriegspotential bezeichnet, sind im nennenswerten Umfang erst nach 1936 entwickelt worden. Sie sollen nach den Anweisungen des Planes vollständig demontiert werden. Der Plan verfügt darüber hinaus allerdings noch Produktionsbeschränkungen, die besonders die Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien betreffen (vgl. dazu „Die deutsche Wirtschaft seit Potsdam“, Europa-Archiv, Dokumente, Band 1, S. 7 ff. und S. 65 ff.).

2) Cana: „Hoffnungslose Finanzen“, Merkurverlag Düsseldorf 1946.

türlich sind wir hier noch mehr als früher auf rohe Schätzungen angewiesen. Der Verlust an Grund und Boden aus Gebietsabtretungen wird mit 15 Milliarden Reichsmark angenommen. Die Gebäudeverluste werden von berufener Seite auf etwa ein Drittel geschätzt. Der Verlust der maschinellen Einrichtung wird unter zusätzlicher Berücksichtigung von Demontagen, Abnutzung und Überalterung mit 50 Prozent angenommen. Die verbliebenen Vorräte wurden auf 20 Milliarden geschätzt. Daraus ergibt sich insgesamt ein Substanzverlust vom Buchwert durch den zweiten Weltkrieg von 100 Milliarden und ein verbliebenes Volksvermögen von 200 Milliarden Reichsmark. *Cana* kommt demgegenüber in seiner Schätzung auf nur 175 Milliarden, während Dr. *Richter*[1]) das verbliebene Sachvermögen mit 200—250 Milliarden angibt.

Der im Augenblick, das heißt vor einer Währungsreform interessanteste und umstrittenste Posten ist die Höhe der inneren Verschuldung. Die bei Kriegsende ausgewiesenen Schulden des Reiches beliefen sich auf 389 Milliarden. Wenn behauptet wird, die nicht regulierten Schulden für Kriegsschäden, Reichsgarantien und nicht bezahlte Rüstungslieferungen beliefen sich nochmals auf rund 400 Milliarden, so dürfte diese Schätzung erheblich übertrieben sein, wie schon die Gegenüberstellung mit den hier angegebenen Substanzverlusten zeigt.

Über die Zusammensetzung der Reichsschuld bei Kriegsende enthält ein Aufsatz von *Kruse*[2]) folgende Angaben (in Milliarden Reichsmark): [3])

bezahlte Schulden:	
nicht fundierte Schulden (Kassenkredite der Reichsbank)	133
Privatbanken und Sparkassen	169
Versicherungsgesellschaften	22
Reichswerte in ausländischem Besitz	27
Rüstungsindustrie	38
	389
dazu *unbezahlte Schulden*	
Entschädigungsforderungen der Ostflüchtlinge	32
Luftkriegsschäden	93
nicht bezahlte Kriegslieferungen	9
Reparationen (Demontagen)	30
	164
	553

Dazu kommen für die gesamte innere Verschuldung noch die Altverschuldung von Ländern und Gemeinden und die Kontokorrentverschuldung der Unternehmungen mit etwa 17 Milliarden Reichsmark. Dr. Richter gibt demgegenüber in dem bereits erwähnten Aufsatz die Reichsschulden mit 700 Milliarden an. Man sieht, die Angaben gehen hier sehr weit auseinander[4]).

In Anlage II habe ich anschließend an den Stand vom Jahre 1945 noch eine volkswirtschaftliche Planungsbilanz für das Jahr 1950 entworfen, um zu zeigen, welche Veränderungen durch eine Vermögensreform im Sinne des *Dodge-* oder *Cohn-Goldsmith-Planes* eintreten. Hinsichtlich der Sachwerte bin ich dabei davon ausgegangen, daß bestenfalls bis 1950 der Güterverzehr seit 1945 aufgeholt sein wird. Die Darstellung beschränkt sich auf eine Reduzieru der inneren Verschuldung ohne Unterschied im Verhält 10:1 und sieht von einer Zwangsbelastung der Sachwe vorerst ab.

Das Volkseinkommen wurde von 1945 — 1947 auf jäh lich 25 Milliarden und von 1948 — 1950 auf jährlich Milliarden geschätzt. Unter Berücksichtigung der inzwisch bekanntgewordenen Zahlen über das Steueraufkomm 1946/47 dürften diese Schätzungen niedrig sein.

Anlage I: Entwicklung des deutschen Volkseinkommens u Volksvermögens (in Milliarden Reichsmark)

			Einkommen	*Verbrauch Abschreibung*	*Ver- möge ver derü*
	1913	50			
	1914	41			
1. Weltkrieg	1915	33	215	295	—80
	1916	32			
	1917	31			
	1918	28			
	1919	30			
	1920	30			
Inflation	1921	30	180	180	—
	1922	30			
	1923	30			
	1924	30			
	1925	60			
	1926	62			
	1927	70			
Stabilisierung	1928	75	520	490	+30
	1929	76			
	1930	70			
	1931	57			
	1932	50			
	1933	58			
	1934	60			
	1935	65			
Rüstung	1936	70	506	506	—
	1937	75			
	1938 [5])	80			
	1939	98			
	1940	110			
	1941	120			
2. Weltkrieg	1942	125	610	710	100
	1943	125			
	1944	130			
	1945	25			
	1946	25			
Kapitulation	1947	25	165	165	—
	1948	30			
	1949	30			
	1950	30			
Abnahmen 1913—1950					15

Anlage II: Volkswirtschaftliche Bilanzen 1913—1950 (in Milliarden Reichsmark)

Volksvermögen	*1913*	*1918*	*1924*	*1933*	*1939*	*1945*	*19*
Aktiva:							
Grund und Boden	75	65	65	65	65	50	50
Gebäude	150	145	143	150	150	100	100
Inventar	50	45	42	60	60	30	30
Vorräte	41	15	20	30	25	20	20
Kapitalanlagen im Ausland	30	—	—	—	—	—	—
Gold	4	—	—	—	—	—	—
Innere Schuld	90	490	300	325	360	770	257
	440	490	300	325	360	770	257
Passiva:							
Kapital	350	270	270	300	300	200	200
Äußere Schuld	—	—	—	5	—	—	—
Innere Schuld	90	220	30	30	60	570	57
	440	490	300	335	360	770	257
Volkseinkommen:							
Einkommen		215	180	520	506	610	165
Verbrauch		295	180	490	506	710	165
Vermögensveränderung		80	—	+30	—	—100	—

1) *Die Wirtschaft*, Berlin, 2. Jahrgang. Heft 4, April 1947.

2) In Heft 1/2 des *Wirtschaftsspiegels* vom Januar 1947.

3) Nach Ermittlungen von Prof. Dr. *Noell v. d. Nahmer.*

4) In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) vom Dezember 1946 veranschlagt Dr. E. *Wolf* die deutsche Reichsschuld wie folgt (in Milliarden Reichsmark):

Verbriefte Reichsschuld		400
Nicht verbriefte Entschädigungsansprüche etwa		300
Davon:		
Noch nicht beglichene Kriegsschäden	150	
Unbezahlte Rüstungslieferungen	15—20	
Sogenannte „Verdrängungsschäden" (Verluste der Ostflüchtlinge, Reparationsentnahmen, Requisitionen der Besatzungsmächte) mindestens	120	
		700

5) In einer Untersuchung des Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) vom Februar 1946 unternimmt Dr W. *Bauer* die Berechnung des deutschen Sozialproduktes für 1938 und kommt auf eine Wertschöpfungssumme von 88.6 Milliarden Reichsmark. Das Statistische Reichsamt führt im Statistischen Jahrbuch 1941/42, Seite 606, die Summe von 82.1 Milliarden Reichsmark als geschätztes Volkseinkommen an.

Die Wirtschaft des Saargebietes

Überblick

Das „Saargebiet“ ist ein Gebilde des Versailler Vertrages. (Vgl. Zeittafel Europa-Archiv S. 793.) Einen geographischen Begriff „Saargebiet“ gibt es nicht. Das Saargebiet ist nur ein Teil der Saarlande und war vor dem ersten Weltkrieg ein wirtschaftlicher Begriff, der sich auf das durch seinen Kohlenreichtum ausgezeichnete Saarrevier gründete. Seine wirtschaftliche Bedeutung liegt in der Verbundenheit saarländischer Kohle mit den lothringisch-luxemburgischen Minetteerzen.

Die Grundlage der Saarwirtschaft ist die Kohle. Auf ihr baut sich in Verbindung mit der Minette eine eisenschaffende Industrie auf, die jedoch auf einen gewissen Anteil an Ruhrkohle nicht verzichten kann. So scheinen die beiden großen Rohstoffgebiete im Westen Mitteleuropas von Natur aus aufeinander angewiesen und zur Zusammenarbeit bestimmt zu sein. Trotz der starken Konzentrierung von Industrien auf so engem Raum — 1935 lebten 438 Menschen (5)*) auf dem Quadratkilometer — ist der äußere Eindruck nicht der eines Industriegebietes, sondern der eines Wald- und Bauernlandes. Ein großer Teil der Arbeiter betreibt im Nebenberuf Landwirtschaft.

Der Anteil des Saarlandes an der deutschen Volkswirtschaft stellte sich im Jahre 1933 folgendermaßen dar (5):

Fläche	0,4%	Teergewinnung	10,9%
Bevölkerung	1,3%	Benzolgewinnung	12,4%
Biergewinnung	2,1%	Tafelglaserzeugung	18,0%
Zementherstellung	3,1%	Rohstahlgewinnung	18,1%
Elektrizitätsgewinnung	3,3%	Walzwerksleistung	18,6%
Eisenbahngüterverkehr	5,2%	Roheisengewinnung	23,2%
Ammoniakgewinnung	6,4%	Wandplattenherstellung	27,3%
Kokserzeugung	8,3%	Thomasmehlgewinnung	30,8%
Steinkohlenförderung	8,8%	Bodenplattenherstellung (1934)	43,6%

Der Wochenbericht des Institutes für Konjunkturforschung 49/51, 1934, gibt für den saarländischen Warenverkehr mit Frankreich in den Jahren 1927, 1932/34 (geschätzt) folgende Darstellung (5):

Der Außenhandel des Saargebietes
(in Millionen Reichsmark)

	1927		1932/34	
	Französische Schätzung (überhöht)	vom I. f. K. korrigierte Schätzung	Französische Schätzung	vom I. f. K. korrigierte Schätzung (1933)
Saarausfuhr	bis 246	150	rund 200	100—120
Saareinfuhr	bis 370	200	bis 299	120
Bilanz für das Saargebiet (— passiv, + aktiv)	— 124	— 50	— 99	Bilanz etwa ausgeglichen

Warenverkehr mit dem übrigen Deutschland (5)
(nach der deutschen Außenhandelsstatistik)

Jahr	Saarausfuhr nach dem Reichszollgebiet		Saareinfuhr aus dem Reichszollgebiet		Bilanz für das Saargebiet (+ aktiv, — passiv)	
	Mengen in 1000 t	Wert in 1000 RM	Mengen in 1000 t	Wert in 1000 RM	1000 RM	
1923	398	60 779	304	116 574		— 55 795
1928	2624	221 193	1154	115 481	+ 105 712	
1931	1628	112 301	920	138 648		— 26 347
1934	2454	167 401	831	72 691	+ 94 710	

Mit Beginn der alliierten Luftangriffe des Jahres 1943 hatte man erwartet, daß die Bergwerks- und Hüttenindustrie wegen ihrer besonders exponierten Lage einem baldigen Untergang geweiht sei. Es zeigte sich aber, daß gerade die Bergwerke verhältnismäßig wenig unter den Angriffen gelitten hatten, während die Schäden in der Eisenindustrie zum Teil erheblich sind. Die französische Besatzungsmacht leitete einen energischen und zielbewußten Wiederaufbau ein, der nicht zuletzt Frankreichs eigenen Interessen, dem wirtschaftlichen Anschluß, dient. Im Februar 1947 wies die Saarindustrie einen Beschäftigungsgrad von 70 Prozent auf, während im übrigen Deutschland nur 25 Prozent erreicht wurden.

*) Die im Laufe des Textes in Klammern beigefügten Zahlen verweisen auf das am Schluß des Aufsatzes befindliche Verzeichnis der wichtigsten Quellen.

Übersichtskarte des Saargebietes



Fläche des Saargebietes in Quadratkilometer (1933—1947)

	Ehemals preußischer Teil							Ehemals bayrischer Teil		Saargebiet ingesamt
	Saarbrücken Stadt	Saarbrücken Land	Saarlouis	Merzig-Wadern	Ottweiler	St. Wendel	Saarburg	St. Ingbert	Homburg	
Fläche 1933	51,39	334,88	440,67	190,14[1]	306,63	162,72	—	206,89	218,75	1,912,07
dazu am 24. 7. 1946	—	—	—	230,53[2]	—	226,30[2]	453,91[2]	—	—	910,74
Fläche am 24. 7. 1946	51,39	334,88	440,67	420,67	306,63	389,02	453,91	206,89	218,75	2 822,81
dazu am 8. 6. 1947	—	—	—	59,91[3]	—	71,0[4]	—	—	—	
davon ab am 8. 6. 1947	—	—	—	—	—	—	394,0[4]	—	—	
Fläche am 8. 6. 1947	51,39	334,88	440,67	480,58	306,63	460,02	—	206,89	218,75	2 499,81

1) 1933 nur Kreis Merzig.
2) *Schwäbische Zeitung* vom 3. Juli 1946.
3) 59,91 qkm des bisher zum Saargebiet gehörenden Kreises Saarburg blieben beim Saarland und wurden dem Kreis Merzig-Wadern angeschlossen.
4) Nach *Information et Documentation* 1947, Nr. 140

Größe und Bevölkerung des Saargebietes

	1. 1. 1935[1]			24. 7. 1946[2]	8. 6. 1947[3]
	Saarland	übriges Deutschland	Anteil des Saarlandes in %		
Fläche in qkm	1 912	468 787	0,41	2 823	2 542
Bevölkerung	837 982	65 762 000	1,26	879 037	852 000
Einwohner je qkm	438	140	—	312	335

1) Saarwirtschaftsstatistik Heft 9, S. 10.
2) Eigene Berechnung auf Grund deutscher Quellen.
3) nach *Information et Documentation* 1947, Nr. 140.

Der Steinkohlenbergbau

Geologische Voraussetzungen

Von Nordosten nach Südwesten, am rechten Ufer der Saar entlang, ziehen sich Steinkohlenvorkommen, die sich in einer Länge von 130 Kilometer von der bayrischen Pfalz bis nach Pont à Mousson in Lothringen erstrecken. Von der lothringischen Grenze im Südwesten an ist das Steinkohlengebirge in einer Breite von 18 Kilometer durch Bohrungen und Schächte aufgeschlossen, dessen Breitenausdehnung nach Nordosten allmählich abnimmt und zwischen Ottweiler und Frankenholz nur noch 3 bis 4 Kilometer beträgt. Der Saarbrücker Sattel, das Hauptabbaugebiet, der sich von Südwesten über Saarbrücken und Neunkirchen nach Nordosten erstreckt, wird von oberkarbonischen Schichten gebildet. Die Steinkohlenflöze zergliedern sich in eine obere, flözarme und Eine untere, flözreiche Abteilung. Etwa 50 Flöze sind abbauwürdig, deren Mächtigkeit in der Mehrzahl nicht mehr als ein Meter beträgt. Die Steinkohlenvorräte werden auf 10 Milliarden Tonnen geschätzt und gewährleisten, gemessen an der Förderung der letzten Jahrzehnte, den Abbau noch auf mindestens 600 Jahre. (1)

Qualität der Kohle

Die Saarkohle weist hinsichtlich ihrer Qualität verschiedene Mängel auf. Vor allen Dingen fehlt es an der für die moderne Eisenindustrie wichtigsten Kohlenart, einer Kokskohle, wie sie im Ruhrgebiet gefördert wird. Die Saarkohle pflegt man in vier Sorten zu unterteilen:

1. Magerkohle in den Ottweiler Schichten;
2. obere Flammkohle im Hangenden der oberen Saarbrücker Schichten;
3. untere Flammkohle im Liegenden der oberen Saarbrücker Schichten;
4. Fettkohle der unteren Saarbrücker Schichten.

Die Flamm- und Fettkohlen zeichnen sich durch einen hohen Gehalt an flüchtigen Bestandteilen aus und machen die Saarkohle zu einer ganz vorzüglichen Gaskohle. Die Fettkohle besitzt die größte Backfähigkeit und ist daher der Hochofenkoks der Saar. Der Saarkoks ist infolge des hohen Gasgehalts der Kohle sehr porös und weist eine für die modernen Hochöfen zu geringe Bruchfestigkeit auf.

Daher war das Hauptproblem des Saarkokses immer die Erhöhung der Bruchfestigkeit und es hat in der vergangenen Zeit — auch unter der französischen Verwaltung von 1920 bis 1935 — nicht an Versuchen gefehlt, diesen Mangel zu beheben. Wenn auch im Endergebnis die Festigkeit des Ruhrkokses nicht erreicht wurde, so wurde doch eine ganz erhebliche Verbesserung der Bruchfestigkeit des Saarkokses erzielt. Aus diesem Grunde verwendet die Eisenhüttenindustrie an der Saar und die Lothringens zu einem erheblichen Teil Ruhrkohle, während ein großer Teil der Saarkohle ausgeführt wird. Die Einfuhr an Steinkohle betrug im Durchschnitt der Jahre 1925 bis 1933 monatlich 173 000 Tonnen.

Besitzverhältnisse

Der Saarkohlenbergbau war vor dem ersten Weltkriege zum größten Teil preußisch-fiskalischer Besitz; zwei Gruben waren in privater Hand. Auf Grund des Versailler Vertrages wurden 1920 alle Gruben dem französischen Staat übergeben. Frankreich hatte die Saargruben gefordert, um für die in den Jahren 1915 bis 1918 erfolgten Zerstörungen in den nordfranzösischen Kohlenrevieren entschädigt zu werden. Es war ferner von sehr großer Wichtigkeit für Frankreich, die Verbindung der saarländischen Kohle mit den lothringischen Erzen aufrecht zu erhalten. Frankreich erreichte nicht die endgültige Annektion, sondern nur die vorläufige Übereignung der Kohlengruben und die Unterstellung des Saargebietes unter den Völkerbund für die Dauer von 15 Jahren. Frankreich hoffte in dieser Zeit durch die politischen und wirtschaftlichen Mittel, die ihm zur Verfügung standen, die endgültige Annexion vorbereiten zu können.

Vom 10. Januar 1920 bis zum 28. Februar 1935 hatten die Saargruben unter der Verwaltung des französischen Staates, den „Mines Domaniales Françaises du Bassin de la Sarre", gestanden. Gemäß dem Versailler Vertrag fielen sie nach der Volksabstimmung am 1. März 1935 an Deutschland zurück. Zunächst wurde eine vorläufige Saargrubenverwaltung gebildet. Die endgültige Übernahme der Betriebe in die Hand des Reiches erfolgte durch ein Reichsgesetz vom 13. Dezember 1935, auf Grund dessen das ganze der Saargrubenverwaltung unterstehende Vermögen in die neue, am 1. Januar 1937 eingetragene „Saargruben-Aktiengesellschaft Saarbrücken" eingebracht wurde. Damit übernahm das Deutsche Reich als einziger Aktionär die Saargruben AG.

Im Zusammenhang mit der Übergabe der Saargruben war noch die Frage der Warndtpachten zu regeln. Der Warndt ist ein Teil des Saarlandes, der große und reiche Fettkohlenlager birgt, die von der preußischen Bergbauverwaltung nicht erschlossen worden waren. Auf Grund von Pachtverträgen zwischen der französischen Grubenverwaltung und französischen Grubengesellschaften auf lothringischem Gebiet hatten diese aus in Lothringen gelegenen Schächten die Kohlenflöze des Warndt abgebaut. Im Abkommen von Rom und in Verträgen mit den französischen Gruben gestand Deutschland den weiteren Abbau für die nächsten fünf Jahre mit durchschnittlich 2,2 Millionen Tonnen jährlich zu. Die Saargruben mußten gemäß dem Versailler Vertrag in Gold von Frankreich zurückgekauft werden. Da dies bei der 1935 in Deutschland herrschenden Devisenknappheit nicht möglich war, wurde im Abkommen von Neapel vom 18. Februar 1935 eine andere Vereinbarung getroffen. Deutschland verpflichtete sich zur Zahlung von 900 Millionen französischer Franken. Fankreich erhielt eine Anzahlung von 274,4 Millionen Franken in bar, während der Rest durch auf fünf Jahre verteilte Saarkohlenlieferungen bezahlt werden sollte. (2)

Die Gruben befanden sich bei ihrer Übernahme in einem schlechten Zustand, wenn auch die französische Grubenverwaltung betonte, daß sie eine Menge technischer Verbesserungen eingeführt habe und die Gruben in einem besseren Zustand übergeben habe, als sie sie 1920 übernommen hatte.

Im Zuge der Besetzung des Saarlandes durch die alliierten Truppen 1945 wurden die Saargruben am 27. April 1945 der Kontrolle einer amerikanischen Mission mit französischer Beteiligung unterstellt (Saar Mining Mission). Der französische Vertreter war M. *Baboin.* Seit dem 12. Juli 1945 befinden sich die Saargruben wieder unter französischer Führung. Die Geschäfte werden von der „Mission Française des Mines de la Sarre" geführt, deren Direktor M. Baboin am 2. Januar 1946 zum Zwangsverwalter der Saargruben AG. ernannt wurde. Er übt als Sequesterverwalter alle Rechte der leitenden Persönlichkeiten wie des Aktionärs der Saargruben AG. aus. Bei der Übernahme waren von 17 Bergwerken nur 10 in Betrieb. (12, 16, 25)

Die Saargruben AG. ist in drei Gruppen aufgeteilt. Zur Gruppe Ost gehören die Gruben Heinitz, Reden, König, Dechen, Kohlwald, Frankenholz.

Zur Gruppe Mitte gehören die Gruben Camphausen, Brefeld, Maybach, Mellin, Hirschbach, Jägersfreude.

Zur Gruppe West gehören die Gruben Viktoria, Griesborn, Duhamel, Velsen, Luisenthal.

Die erste Hauptaufgabe des Zwangsverwalters und seines Stabes, der durch Vergrößerung des französischen Personals ständig anwuchs, war die Wiederingangbringung der Gruben, die Wiederinstandsetzung der Betriebsanlagen über Tage sowie die Erneuerung des Maschinenparks. Sämtliche leitenden Stellen in der Saargrubenverwaltung in Saar-

brücken und auch auf sämtlichen Gruben sind mit französischen Fachleuten besetzt.

Frankreich unternimmt abermals den Versuch, sich die Saargruben nutzbar zu machen, hat es doch regelmäßig seinen Kohlenbedarf durch Einfuhren decken müssen. An dieser Tatsache wird sich auch nichts ändern, da Frankreich kaum hoffen kann, seine Kohlenbilanz durch Erschließung neuer heimischer Vorkommen und durch Hinzunahme der Saargruben allein auszugleichen.

Die Kohlenproduktion

Die Saarkohlenförderung betrug 1913 13,2 Millionen Tonnen jährlich. Während der französischen Verwaltung konnte diese Ziffer nur fünfmal unerheblich überschritten werden.

Nach 1935 stieg die Leistung und die Förderung infolge der aufgenommenen Instandsetzungsarbeiten an, so daß erstmals 1937 die Vorkriegsförderung mit 13,4 Millionen Tonnen überschritten wurde. Das allgemeine Ziel war, eine jährliche Förderung von 16 bis 18 Millionen Tonnen zu erreichen, um die erhöhte Leistungsfähigkeit nach Beendigung aller Instandsetzungsarbeiten voll ausnutzen zu können. So wurden 1943 erstmals 16,2 Millionen Tonnen gefördert. Der starke Abschwung 1940 und 1944 ist im Hinblick auf die Kriegsereignisse leicht erklärlich.

Ein Vergleich der Saarkohlenförderung mit der übrigen deutschen Förderung ergibt für das Jahr 1938 folgendes Bild:

Ruhr	127,3 Millionen Tonnen
Oberschlesien	25,9 „ „
Aachener Gebiet . . .	7,7 „ „
Niederschlesien . . .	5,3 „ „
Sachsen	3,4 „ „

Im Jahre 1938 betrug die Netto-Förderung der Saargruben 14,388 Millionen Tonnen, das heißt 47,947 Tonnen je Arbeitstag. Demnach stand das Saarrevier innerhalb der deutschen Kohlenreviere an dritter Stelle. (25)

Die Luftangriffe der letzten Kriegsjahre hatten die Bergwerke verhältnismäßig gut überstanden. Die Netto-Förderung wies im Jahre 1943 ihren Höchststand von 16,157 Millionen Tonnen und eine Durchschnittsförderung von 48 490 Tonnen arbeitstäglich auf, auf dem sie sich bis Ende August 1944 fast unverändert hielt. Infolge der Kriegsereignisse fiel sie bis April 1945 auf 1310 Tonnen täglich. Die Wiederbelebung der Produktionstätigkeit konnte rasch in Angriff genommen werden und war in der Hauptsache nur durch den Mangel an Arbeitskräften behindert. (25)

Förderung und Belegschaft der Saargruben (7) (in Tonnen)

	August 1945	*Januar 1946*	*Mai 1947*
tägliche Durchschnittsproduktion	15 311	22 411	33 249
Monatsproduktion*)	355 061	582 686	831 217
Beschäftigte insgesamt	25 390	37 643	56 963
davon Bergleute unter Tage	15 458	21 850	34 418
Techniker, Angestellte, Bergleute über Tage . . .	9 932	15 793	22 545
Leistungsergebnis: Bergleute unter Tage	1 060 kg	1 196 kg	1 130 kg
Insgesamt	830 kg	839 kg	842 kg

Anläßlich des Besuches von Lord *Pakenham* am 17. Juli 1947 wurden Angaben über die Kohlenförderung der Jahre 1938 und 1943 gemacht, welche die oben dargestellte Entwicklung der Kohlenproduktion bestätigten. Die durchschnittliche Tagesleistung im Juli 1947 wird bisher mit 35 200 Tonnen berechnet und hat an einzelnen Tagen schon 36 000 und 37 000 Tonnen betragen. Man hofft, in absehbarer Zeit an eine durchschnittliche Vorkriegsleistung heranzukommen. Die Leistung pro Kopf und Schicht mit 1150 kg liegt noch weit unter der von 1938 mit 1570 kg erzielten Leistung. Als Ursachen hierfür wurden das häufige Fehlen und auch die Tatsache angegeben, daß 30 Prozent der Belegschaft aus fremden Berufen stammen. (18)

Wenn auch die augenblickliche Förderung des Saarbergbaus bei weitem nicht so stark zurückbleibt wie die des Ruhrbergbaus, so sind doch die Ausfälle gegenüber der Friedensproduktion erheblich. Sie erklären sich damit, daß

1. weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen;
2. die Ernährungslage zu wünschen übrig läßt, obwohl die Bergleute unter Tage Zusätze erhalten;
3. die Belegschaft überaltert ist und es an Nachwuchs mangelt;
4. 33 Prozent der Belegschaft über Tage beschäftigt ist, während es früher 28 Prozent waren.

In diesem Mißverhältnis spiegeln sich die Reparatur- und Aufräumungsarbeiten wieder, die immer noch geleistet werden müssen.

Jahresförderung der Saargruben (in Millionen Tonnen)

1913*)	13,2	1928	13,1	1937	13,4
1920	9,4	1929	13,6	1938	14,4
1921	9,6	1930	13,2	1939	13,3
1922	11,2	1931	11,4	1940	11,3
1923	9,2	1932	10,4	1941	14,4
1924	14,0	1933	10.6	1942	15,3
1925	13,0	1934	11,3	1943	16,2
1926	13.7	1935	10,6	1944	12,4
1927	13,6	1936	11,7	1945	3,4
				1946	7,4

Absatz der Saarkohle

Deutschland hatte in Friedenszeiten vor Abtrennung des Saargebietes etwa 30 Prozent der Saarförderung aufgenommen. Frankreich bezog etwa 20 Prozent und das übrige Ausland 10 Prozent. Im Saarland selbst wurden 40 Prozent verbraucht. (Nach dem Stand der Förderung von 1913.)

Während der Abtrennung des Saargebietes von Deutschland betrug der Absatz nach dem Reich im Durchschnitt etwa eine Million Tonnen, während nach Frankreich im Durchschnitt etwa vier Millionen Tonnen im Jahre gingen.

Nach der Rückgliederung war es ein Problem, die Saarkohle unterzubringen. Es war leichter, die Kohle in Frankreich abzusetzen, das auf Kohlenimporte angewiesen war, als sie in Deutschland unterzubringen, das reichlich mit Kohle versehen war. Saarkohle wurde seit März 1935 nur auf Grund des deutschen Kohlenkontingentes nach Frankreich eingeführt, das als Abzahlung für den Rückkauf der Gruben vorgesehen war: Frankreich lag aber vor allem an der Lieferung von Ruhrkohle. Für Frankreichs ablehnende Haltung waren sowohl politische als auch wirtschaftliche Gründe maßgebend.

Im April 1935 traten die Saargruben dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat bei, das den Absatz und die Eingliederung der Produktion in die deutsche Gesamtproduktion regelte.

Der Absatz der Saarkohle (in Millionen Tonnen) (2)

Jahr	*Saarland*	*übriges Deutschland*	*Frankreich*	*übriges Ausland*	*Insgesamt*
1913	5,8	3,8	2,7	1,1	13,4
1934	5,3	1,0	4,3	0,8	11,4
1935	5,3	2,1	2,4	0,9	10,7
1936	6,1	2,5	2,0	1,1	11,7
1937	6,7	2,8	2,2	1,6	13,3

*) Zum Vergleich: Im Jahre 1938 betrug der Monatsdurchschnitt 1,2 Millionen Tonnen.

*) Allen Angaben aus dem Jahre 1913 ist der Gebietsumfang des Saargebietes von 1920 zugrundegelegt.

Frankreich liegt natürlich vor allem an der Einfuhr von Ruhrkohle, die es für seine Eisenindustrie benötigt. Welchen Wert die Franzosen aber daneben auf die Saarkohle legen, beweisen die neuerlichen Bemühungen um den wirtschaftlichen Anschluß der Saar an Frankreich. Günstig für den französischen Markt ist die geographische Lage, billige Transportmöglichkeiten und der hohe Gehalt der Saarkohle an allen wichtigen Nebenprodukten. Außerdem beabsichtigt man in Frankreich, die Saarkohle gegen Ruhrkohle zu tauschen.

1946 bezog Frankreich etwa 100 000 Tonnen monatlich aus dem Saarrevier. (8) Nach neusten Angaben soll die Ausfuhr an Saarkohle nach Frankreich bei 16 Prozent des Ertrages im Monat liegen. (17) Zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich wurde mit Wirkung ab 1. Juli 1947 und für die Dauer von 6 Monaten ein Abkommen über die Verteilung der Kohlenproduktion ihrer Besatzungszonen abgeschlossen. Man erklärt sich einverstanden, die Saarproduktion nach dem wirtschaftlichen Anschluß des Saarlandes an Frankreich voll zur französischen Produktion zu rechnen. (Vgl. Europa-Archiv S. 738—740.)

Die Eisenindustrie

Neben dem Steinkohlenbergbau ist der zweite wichtige Faktor der Wirtschaft an der Saar die Eisenindustrie. Sie baut sich heute auf dem Kohlenbergbau auf, doch ist wiederum der Kohlenbergbau ein guter Kunde der Eisenindustrie. Die eisenschaffende Industrie besteht aus fünf Hüttenwerken: der Burbacher Hütte, der Dillinger Hütte, der Halberger Hütte, dem Neunkircher Eisenwerk mit dem dazugehörigen Homburger Eisenwerk und den Röchlingschen Eisen- und Stahlwerken. Hinzu zählt man noch das Röhrenwerk der Gebrüder Mannesmann in Buß und das Eisenwerk in St. Ingbert. Sämtliche Werke sind im Gegensatz zum Bergbau Privatunternehmungen.

Erz- und Kohleversorgung

Die natürliche Grundlage der Eisenindustrie an der Saar ist und bleibt die lothringische Minette. Das Minette-Gebiet ist durch seine geographische Lage der von Natur aus gegebene Erzlieferant der Saar. Im Jahre 1934 betrug die Einfuhr an Minetteerzen mit 4,1 Millionen Tonnen 90 Prozent der gesamten saarländischen Erzbezüge. Wenn auch in der Zeit nach 1935 Schwierigkeiten beim Bezug der Minetteerzversorgung auftraten, so konnte doch die Erzversorgung immer sicher gestellt werden. Die beste Regelung wurde 1937 im Rahmen des deutsch-französischen Handelsvertrages erzielt, der einen Austausch von Koks gegen Erz vorsah.

Trotzdem begann die Suche nach anderen Erzen. Der Einsatz von schwedischen Erzen mit einem Fe-Gehalt von 60 Prozent kam aus technischen Gründen und wegen der hohen Frachtkosten bis auf ganz geringe Mengen nicht in Betracht. Man wandte sich den in Südbaden gelegenen Doggererzen zu, deren Vorräte auf 200 Millionen Tonnen geschätzt werden. Ihr Eisenwert liegt mit 20 Prozent erheblich unter dem der Minette mit durchschnittlich 32 Prozent. Im Rahmen der deutschen Bestrebungen, die Rohstoffabhängigkeit vom Ausland zu vermindern, wurde ihre Erschließung durch die Saarhütten in Angriff genommen. Der Doggererzbezug war mit 160 000 Tonnen und 2,5 Prozent der gesamten Erzzufuhren nicht von großer Bedeutung.

Erzbezug der Saarhütten (5, 6)

Herkunft	1934 Tonnen	1934 %	1937 Tonnen	1937 %
Deutsche Erze .	75 180	1,6	68 023	1,1
Doggererze . .			160 279	2,5
Frankreich . .	4 119 310	90,0	4 931 122	77,9
sonstiges Ausland	382 539	9,4	1 176 834	18,5
insgesamt . . .	4 577 029	100,0	6 336 258	100,0

Hinsichtlich der Verwendung des Saarkokses ist schon an anderer Stelle Erwähnung getan worden. Hinzugefügt werden soll noch, daß in den letzten Jahren durch Verbesserung der Verkokungsverfahren in der Eisenindustrie des Saargebietes unter Zusatz von Ruhrkohle und Aachener Kohle hergestellter Saarkoks verwandt wird. Hieraus ergibt sich auch ein wichtiger Unterschied gegenüber dem Ruhrrevier: Die Eisenhütten an der Saar besitzen eigene Hüttenkokereien und verschiedene Hütten besitzen eigene Kohlenfelder im Ruhrgebiet zur Sicherung ihrer Kohlenbasis.

Besitzverhältnisse

Nach dem Versailler Vertrag hatte Frankreich nur die Kohlengruben zugesprochen erhalten. Es war aber sein Bestreben, die Saarhütten ebenso zu kontrollieren. Hierzu standen Frankreich wirtschaftliche und politische Machtmittel zur Verfügung, gegen die sich die Hüttenwerke nur schwer wehren konnten. Die französischen Gesellschaften, die den ehemaligen saarländischen Hochofen- und Grubenbesitz in Lothringen erhalten hatten, schlossen mit den von ihnen abhängigen Saarhütten Erzlieferungsverträge ab.

Die Eisenwerke Gebrüder Stumm G. m. b. H. Neunkirchen (Saar) besaß die beiden Eisenwerke in Homburg und Neunkirchen. 1920 entstanden durch Teilung die Neunkircher Eisenwerke AG. und die Homburger Eisenwerke AG. zur Aufnahme der Beteiligung durch die französischen Gesellschaften. Es blieb eine Holdinggesellschaft unter dem Namen Gebrüder Stumm G. m. b. H. Neunkirchen (Saar) bestehen. Der französische Anteil betrug anfangs bei der Neunkircher Eisenwerk AG. 60 Prozent des Aktienkapitals, von welchem bereits 1926 40 Prozent des Aktienkapitals an ein internationales Konsortium übergingen. Der französische Anteil bei der Homburger Eisenwerke AG. betrug 40 Prozent. Nach der Rückgliederung wurden die beiden Werke wieder unter der Neunkircher Eisenwerke AG. zusammengefaßt. Am 5. Oktober 1946 wurde das Werk unter französische Zwangsverwaltung gestellt. Zum Zwangsverwalter wurde am 15. Oktober 1946 M. Jaques *Kryn* ernannt. (12)

Die Halberger Hütte G. m. b. H. war bis 1920 fast ausschließlich der Besitz des Freiherrn *v. Stumm.* Nach Erhöhung des Aktienkapitals erfolgte die Beteiligung einer französischen Gesellschaft mit 60 Prozent; 40 Prozent blieben in der Familie v. Stumm. Die französische Gesellschaft hatte den Erzbesitz der Halberger Hütte in Lothringen übernommen und verpflichtete diese zum Bezuge der kalkigen Minette. 1934 wurde von den deutschen Teilhabern an Halberg und Dillingen eine Saarländische Industrie-Verwaltungs-G. m. b. H. gegründet. Am 21. August 1946 wurden alle Interessen, Aktien, Beteiligungen und sonstigen Rechte deutscher Staatsangehöriger an der Halberger Hütte gemäß Gesetz 52, Artikel 1 des Alliierten Kontrollrats unter Kontrolle des Gouvernement Militaire de la Sarre gestellt. Als Zwangsverwalter wurde M. *Charrier*, Directeur des Finances Privées à la Direction des Finances du Gouvernement Militaire de la Sarre, eingesetzt. (12)

Die Burbacher Hütte wurde durch belgisch-luxemburgisches Kapital gegründet und gehört zum ARBED-Konzern. Sie bezieht ihre Erze aus einer der ARBED gehörenden Grube in Lothringen.

Die AG. der Dillinger Hüttenwerke wurde mit französischem Kapital gegründet. Der französische Anteil betrug 1919 60 Prozent, während die restlichen 40 Prozent in deutschem Besitz, vornehmlich dem der Familie v. Stumm blieben. Nach der Rückgliederung änderte sich an den Besitzverhältnissen nichts. 1946 belief sich das Aktienkapital auf 21 Millionen Reichsmark, von welchem auf Frankreich 60 Prozent und auf deutsche Besitzer 40 Prozent entfallen. (20) Alle Interessen, Aktien, Beteiligungen und sonstigen Rechte

deutscher Staatsangehöriger wurden am 21. August gemäß Kontrollratsgesetz Nr. 52, Artikel 1 unter die Kontrolle des Gouvernement Militaire gestellt. Zum Zwangsverwalter wurde M. Charrier bestellt. (12)

Die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke G. m. b. H. Völklingen waren im Besitz der Familie *Röchling*. Dem französischen Kapital gelang es nicht, Einfluß zu gewinnen. 1920 teilte sich die Gesellschaft in die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke AG. Völklingen und die Edelstahlwerke Röchling AG. Völklingen. Die G. m. b. H. bestand jedoch als Holdinggesellschaft weiter. 1935 wurden die beiden Gesellschaften in die Röchlingschen Eisen- und Stahlwerke G. m. b. H. zurückgegliedert. Bereits am 30. Juli 1945 wurden die Werke unter die Kontrolle des Gouvernement Militaire gestellt. Zwangsverwalter ist M. Georges *Thedrel*. (12)

Die Rümelinger und St. Ingberter Hochofen- und Stahlwerk AG. ging 1920 in den Besitz der HADIR (S. A. des Hauts Fourneaux et Aciéries de Differdange-St. Ingbert-Rumelange) mit dem Sitz in Luxemberg über. Das Eisenwerk St. Ingbert ist nicht selbständig, sondern ein Bestandteil der HADIR. Die St. Ingberter Hütte hatte die Roheisenerzeugung eingestellt und war ein reines Stahl- und Walzwerk geworden. Seit 1935 ist der Hauptlieferant die Dillinger Hütte.

Das Röhrenwerk Buß ist eine Gründung der Gebrüder *Mannesmann*. 1920 drang auch hier französisches Kapital ein, sodaß die Anteile zu 60 Prozent bei der französischen Konkurrenz und zu 40 Prozent bei Mannesmann lagen. Nach der Rückgliederung kehrte das Röhrenwerk Buß in die Hände der Gebrüder Mannesmann zurück. Am 2. Januar 1946 wurde das Werk unter die Kontrolle des Gouvernement Militaire gestellt und zum Zwangsverwalter Mr. *Pingon* ernannt. (12)

Eisen- und Stahlerzeugung

Den besten Überblick über die Erzeugung der saarländischen Hüttenindustrie gibt nachstehende Tabelle.

Die Erzeugung der saarländischen Eisenindustrie (5)
(in 1000 t und in Prozent ihres Anteils an der gesamtdeutschen Erzeugung)

Jahr	*Roheisen*		*Rohstahl*		*Walzwerks-fertigerzeugnisse*	
	1000 t	*%*	*1000 t*	*%*	*1000 t*	*%*
1913	1371	11,2	2080	14,5	1496	13,5
1929	2105	13,6	2209	12,0	1603	12,4
1932	1349	25,5	1463	20,2	994	19,0
1933	1592	23,2	1676	18,0	1246	18,6
1934	1826	17,3	1950	14,1	1446	14,7
1935	1937	15,1	2127	12,9	1556	13,6
1936	2163	14,1	2323	12,1	1765	13,2
1937	2187	13,7	2350	11,8	1825	12,9
1938	2381	13,2	2573	11,3	1981	12,4

Trotz der Abtrennung des Saargebietes vom Reich war Deutschland der beste Abnehmer der saarländischen Eisenindustrie während der Jahre 1920 bis 1935 geblieben. In der folgenden Übersicht stellen wir den Absatz an Walzwerkserzeugnissen, Roheisen- und Gußwaren im Jahre 1934 dar. (5)

Der Absatz an Walzwerkserzeugnissen, Roheisen- und Gußwaren

Land	*Walzwerkserzeugnisse*		*Roheisen und Gußwaren*	
	t	*%*	*t*	*%*
Deutschland	632 751	45,2	67 596	61,7
übriges Ausland	354 831	25,4	32 806	29,9
Frankreich	296 774	21,2	6 084	5,6
Saarland	114 755	8,2	3 037	2,8

Nach der Rückgliederung 1935 mußte der deutsche Markt den größten Teil der Erzeugnisse aufnehmen; bei der großen Nachfrage nach Eisen und Stahl in Deutschland bereitete dies keine Schwierigkeiten.

Die Entwicklung seit Ende des zweiten Weltkrieges (17)

Die saarländischen Hüttenbetriebe hatten unter den Luftangriffen schwer gelitten; die Schäden sind teilweise sehr groß. Von der französischen Militärregierung und vom Dreierausschuß wurde Generaldirektor *Thedrel* zum Vertreter der saarländischen Eisenindustrie ernannt.

In den Monaten Juni/Juli 1945 nahm das HADIR-Unternehmen, das Eisenwerk St. Ingbert, das nur ganz geringfügige Kriegsschäden erlitten hatte, die Arbeit wieder auf. Es werden Draht, Bandeisen und Nägel hergestellt.

Im November 1945 wurde auf der unter französischer Verwaltung stehenden Völklinger Hütte der erste Hochofen an der Saar angeblasen. Im Mai 1947 waren drei Hochöfen in Betrieb. Als Erz wird die lothringische Minette verwendet. Die monatliche Erzeugung beträgt 28 000 Tonnen Roheisen und 25 000 Tonnen Thomasstahl. Zwei Martinöfen sind in Betrieb. Die Edelstahlerzeugung im Elektroofen hat begonnen, wird jedoch durch den Strommangel sowie den Mangel an Legierungen behindert. Es werden T-Träger und Stabeisen bis zu 90 Millimeter Durchmesser gewalzt. Ein Teil der Gesamtproduktion wird als Gegenleistung für gelieferte Erze und Lebensmittel nach Frankreich exportiert; der übrige Teil wird zur Bedarfsdeckung des Saarlandes verwandt. Die Produktion von rostfreiem Stahl ist geplant.

Bei der Dillinger Hütte sind die Kriegsschäden nicht so erheblich. Die Dillinger Hütte nahm Anfang 1946 zwei Mar-

tinöfen in Betrieb. Die Belegschaft belief sich im Mai 1946 auf 2200 Mann. Von den vier großen Hochöfen wurde im Herbst 1946 ein Hochofen angeblasen, dessen Roheisen im Martinwerk zu Thomasstahl verarbeitet wird. Am 15. Juli 1947 konnte ein zweiter Hochofen in Betrieb genommen werden. Das Blechwalzwerk ist ebenfalls in Betrieb. Ein Teil seiner Produktion wird nach Frankreich exportiert. Die Stahlproduktion betrug 1946 rund 21 960 Tonnen; im laufenden Jahr wird sie mit monatlich 2000 Tonnen angegeben. (20)

Die Halberger Hütte hat einen Hochofen angeblasen. Das Werk, das kein Stahlwerk ist, stellt Röhren und Gußstücke her. Die Belegschaft belief sich im Mai 1946 auf 1900 Mann. Die Produktion ist für die Ausfuhr nach Deutschland und das Saarland selbst vorgesehen.

Die Burbacher Hütte, zum ARBED-Konzern gehörig, wies infolge mehrerer schwerer Bombenangriffe große Zerstörungen auf. Es wurden zwei Hochöfen in Betrieb genommen. Das Thomasstahl- und Walzwerk arbeitet. Es werden T-Träger, Stabeisen und sonstige Walzwerkserzeugnisse hergestellt, die nach Frankreich ausgeführt werden. Die Kokserzeugung wurde aufgenommen.

Durch die Luftangriffe wurde das Neunkircher Eisenwerk am schwersten getroffen. Mit einer Ingangsetzung ist zunächst nicht zu rechnen. In Betrieb ist lediglich die Kokerei und das Kraftwerk. Im Juni 1947 umfaßte die Belegschaft zirka 1400 Köpfe gegenüber einer Belegschaft von 6000 Mann vor dem zweiten Weltkriege. Das Eisenwerk könnte nach etwa fünfmonatiger Reparaturzeit nach dem Urteil Sachverständiger mit einer Kapazität von 30 000 Tonnen pro Monat in den Produktionsprozeß des Saarlandes eingeschaltet werden. Die Existenz der Stadt Neunkirchen hängt wesentlich von der Inbetriebnahme des Werkes ab. Die Gründe für die Stillegung sind finanzieller, technischer und materieller Natur. Es wird behauptet, daß es zweckmäßiger sei, die bereits im Gang befindlichen Stahlwerke auf Höchstproduktion zu bringen.

Die Mannesmannröhren-Werke in Buß haben die Produktion aufgenommen und stellen die bekannten nahtlosen Röhren her. Sie beziehen ihre Rohprodukte nicht mehr aus dem Ruhrgebiet, sondern wie früher aus dem Saarland selbst.

Das Eisenwerk Homburg, ein Betrieb der verarbeitenden Eisenindustrie, erzeugt geschweißte Rohre.

Bei den saarländischen Stahlwerken Dingler & Karchner AG. in Saarbrücken sind fast 500 Mann mit der Fabrikation von Stahl und Grauguß beschäftigt.

Die allgemeine Rohstahlerzeugung beträgt 20 bis 24 Prozent der Produktion von 1938 (2,5 Millionen Tonnen). Der Belegschaftsstand hat 50 Prozent von 1938 erreicht. (1937 betrug die Zahl der Beschäftigten: 31 062.) Das arbeitstägliche Leistungsergebnis pro Kopf liegt infolge der Ernährungslage weit unter dem Vorkriegsstand. Zuverlässiges Zahlenmaterial ist nur schwer erhältlich. Einen Überblick sollen die nachstehenden Tabellen ermöglichen.

Erzeugung der Eisenindustrie (7)

Monat	*Gußeisen (Fonte)*	*Stahl (Acier)*	*Walzwerkserzeugung*[1]) *(Laminé)*
August 1945	0 t	0 t	0 t
Januar 1946	11 846 t	9 565 t	8 984 t
Mai 1947	54 558 t	61 290 t	48 802 t

Ausfuhr nach Frankreich (7)

August 1945 . . .	0 t
Januar 1946 . . .	3 367 t
Mai 1947	20 740 t (Rekordzahl)

Andere Industriezweige und Landwirtschaft

Die Glasindustrie

Die Glasindustrie ist eine der für das Saargebiet charakteristischen Industrien. Die Steinkohle ist eine der Grundlagen, während der Glassand und Kalk zum größten Teil aus der Champagne eingeführt werden.

Nach dem ersten Weltkrieg war die Einführung eines neuen Tafelziehverfahrens von entscheidender Bedeutung. Es gab 1930 fünf Unternehmungen: (1)

1. die Fenner Glashütte;
2. die Kristallfabrik von Villeroy und Boch in Wadgassen;
3. die Vereinigten Volpeliusschen und Wentzelschen Glashütten G. m. b. H. in St. Ingbert;
4. das Lautzenthaler Werk in St. Ingbert;
5. die Homburger Champagnerflaschenfabrik in Homburg.

Die Erzeugung von Flaschenglas wurde wegen Absatzschwierigkeiten und Veralterung der Betriebsanlagen 1931 aufgegeben, während sich die Weißhohl- und Preßglasindustrien günstig entwickelten.

Das Zentrum der Glasindustrie ist heute St. Ingbert und der größte Teil der saarländischen Glasproduktion entfällt auf die Fabrikation von Tafelglas. Die wichtigste Glasfabrik in St. Ingbert wurde durch die Luftangriffe nicht beschädigt. Sie konnte ihren Betrieb im Oktober 1945 wieder aufnehmen. Die Produktion geht zu 50 Prozent nach Frankreich, 25 Prozent verbleiben im Saargebiet und weitere 25 Prozent dienen der Versorgung der französischen Zone. Die Christallfabrik in Wadgassen konnte ihre Öfen im Dezember 1945 wieder anblasen und erreichte 1946 etwa 40 Prozent ihrer Jahresproduktion von 1939. (8)

Die Produktion der Tafelglasindustrie (5)

Jahr	*qm*	*kg*
1913	3 966 797	23 800 800
1920	2 524 550[2])	15 147 300[2])
1928	4 866 405[2])	29 198 430[2])
1930	4 333 705	26 002 230
1934	2 704 832	16 228 992

Die Produktion der Weißhohl- und Preßglasindustrie (5)

Jahr	*kg*
1913	3 608 000
1920	2 190 000
1931	9 126 968
1934	5 820 000

Die Fensterglasproduktion (7) (in qm)

1945	August	0
1946	Januar	274 776
1947	Januar	347 208
	Februar	210 729
	März	124 890
	April	257 633
	Mai	291 706

Die unterschiedliche Produktionshöhe findet ihre Erklärung in der Rohstoffzuteilung. Man kann mit einer durch-

1) Abzüglich der Halbfabrikate, die in den Hütten ausgetauscht wurden.
2) Einschließlich Glas- und Preßziegel.

schnittlichen Monatsproduktion von 300 000 Quadratmeter rechnen.

Die keramische Industrie

Diese Industrie, besonders vertreten durch die Firma Villeroy und Boch, genießt Weltruf. Erzeugt wurden Tonplatten, Terrakotta-Röhren, sanitäre Anlagen und andere Keramwaren.

Produktion der Tonplattenindustrie
(Bodenplatten und Wandplatten (5)

Jahr	*qm*	*kg*
1913	1 661 903	59 370 100
1920	673 922	24 884 700
1934	2 802 178	61 032 518

Produktion der Chamotteindustrie (5)

Jahr	*1000 t*
1913	50 356
1920	33 404
1929	53 701
1934	20 217

Die Fabrik in Mettlach wurde während des Krieges teilweise zerstört, arbeitet jedoch seit 1946 wieder mit etwa 15 Prozent ihrer Kapazität. (2)

Die keramische Erzeugung seit 1945 (7)

	August 1945	*Dezember 1946*	*Mai 1947*
Tafelporzellan	—	388,1 t	203,7 t
Gebrauchsporzellan	—	30 t	172 t
Mosaikkacheln	—	74 t	367,8 t
Porzellan für elektrische Apparate	—	—	5 t

Die Ziegeleien

Über die Höhe der Produktion gibt nachstehende Übersicht Auskunft. (5)

Jahr	*Backsteine 1000 Stück*	*Schlackensteine 1000 Stück*	*Dachziegel 1000 Stück*
1913	88 753	20 966	8 201
1920	31 754	24 567	9 182
1928	82 680	64 343	12 820

Seit 1945 konnten die Ziegeleien nur langsam in Gang kommen. Sie befaßten sich mit der Herstellung von Wellblechplatten, nach denen große Nachfrage herrscht. (8)

Die Holzindustrie

In diesem Industriezweig waren vor dem Kriege 1500 Personen tätig. Es wurden Möbel (200 000 Stühle, 13 000 Einrichtungen), Bürsten und Pinsel hergestellt. Das Saargebiet besitzt zwei bedeutende Waldgegenden, eine im Norden und eine im Süden. Das wichtigste Sägewerk in Saarlouis ist zerstört und seine Wiederinbetriebnahme infolge Materialmangels nur sehr langsam möglich. Kleinere Betriebe in der Nähe der Waldungen oder Bäche mit ausreichender Wasserkraft haben infolge von Transportschwierigkeiten eine beschränkte Produktion aufgenommen, ohne den wachsenden Bedarf für Gerüstbau, Fußböden, Türen und Fenster befriedigen zu können. (8)

Die Schuh- und Lederindustrie

Das Saarland verfügte bisher über eine ziemlich unbedeutende Schuh- und Lederindustrie. Seit 1945 machen die Militärregierung und alle maßgebenden Stellen große Anstrengungen, um diesen Industriezweig auszubauen und die Produktion von Schuhen zu erhöhen. Die Schuhproduktion soll so gesteigert werden, daß es möglich sein wird, jedem Saarländer jährlich ein Paar Schuhe zuzuteilen. Insgesamt waren acht Fabriken vorgesehen, die zum Teil ihren Betrieb aufgenommen haben. Die Erfassung der im Saarland anfallenden Häute gelang restlos. Ihre Weiterverarbeitung erfolgt ebenfalls im Saarland. (15)

Die Schuherzeugung des Saargebiets (7)

August 1945	2 475	Paar Schuhe
Januar 1946	4 053	„ „
März 1947	36 400	„ „

Die Landwirtschaft

In einem Industriegebiet, wie dem Saargebiet, besitzt die Landwirtschaft naturgemäß nur untergeordnete Bedeutung. Sie erfüllt aber bei der Lebensmittelversorgung eine Aufgabe, heute wichtiger denn je. Die saarländische Landwirtschaft besteht fast nur aus Klein- und Mittelbetrieben, die etwa 90 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe ausmachen. Rings um die Industriezone erstrecken sich landwirtschaftliche Gebiete, die, je weiter sie vom Industriezentrum entfernt liegen, an Intensität zunehmen.

1933 wurden rund 56 000 Kleinbetriebe gezählt, darunter 33 000 unter einem Hektar. Ein großer Teil der Kleinbetriebe wird von den Bergleuten und Industriearbeitern im Nebenberuf bewirtschaftet und übt einen nicht zu unterschätzenden sozialen Ausgleich aus. Die saarländische Landwirtschaft deckte fast vollständig den Bedarf an Kartoffeln, die besonders von den im Nebenberuf bewirtschafteten Betrieben angebaut werden. Die saarländische Landwirtschaft konnte die eigene Versorgung vor dem Kriege in folgenden Verhältnissen decken:

Getreide	zu 45	Prozent
Kartoffeln	„ 100	„
Rindfleisch	„ 25	„
Schweinefleisch	„ 70	„
Kalbfleisch	„ 45	„

Milch 250 000 Liter pro Tag

Die Nachkriegsproduktion war jedoch infolge des Mangels an Düngemitteln, Saatgut, landwirtschaftlichen Maschinen und infolge der Kriegsverwüstungen geringer und konnte die Friedensproduktion nicht erreichen. So konnten 1945 nur 25 Prozent des Bedarfes an Brotgetreide gedeckt werden. Aus der Ernte 1946 war die Eigenversorgung mit Brot nur auf vier Monate gesichert. Die Kartoffelanbaufläche betrug 1946 10 046 Hektar (ohne die neu hinzugekommenen Gebiete), während sie sich 1934 auf 21 054 Hektar belief.

Die Verkehrseinrichtungen des Saargebietes

Verkehrslage

Die Verkehrslage des Saarlandes ist einer der Kernpunkte des saarländischen Wirtschaftsproblems. Das Saargebiet liegt am südwestlichen Rande des deutschen Wirtschaftsverbandes. Die Ungunst seiner exzentrischen Lage und die gleichzeitige meerferne Lage bringen für die Saarwirtschaft entscheidende Nachteile mit sich.

Von der großen deutschen Verkehrsader, dem Rhein und dem Rheintal liegt es abseits und besitzt zum Rhein hin keine Kanalverbindung. Infolge der Zollschranken gegen Frankreich lagen die Hauptabsatzgebiete aber in östlicher Richtung, in Deutschland. Damit ist das Saargebiet von den Hauptverbrauchsgebieten in Deutschland weiter entfernt als das Ruhrgebiet.

Ein Kreis um Saarbrücken, mit einem Radius von 300 Kilometer geschlagen, schneidet gerade den Hafen von Antwerpen. Sonst aber liegt die Meeresküste etwa 370 Kilometer von Saarbrücken entfernt. Soweit der Eisenbahnverkehr als Zubringer in Frage kommt, ist Antwerpen dank seiner am weitesten landeinwärts vorgeschobenen Lage der günstigste Hafen. Für einen Schiffsversand, der infolge der billigeren Wasserfrachten von Bedeutung ist, ist der Rhein mit den holländischen Häfen, vornehmlich Rotterdam, die günstigste Wasserstraße. Einer stärkeren Entwicklung auf diesem Wege steht jedoch die Verteuerung der Transportkosten, durch die Eisenbahnfracht bis Mannheim und die Umschlaggebühren im Wege. Dieser Umstand hat immer die Konkurrenzfähigkeit der saarländischen Kohle und Industrie beeinträchtigt. (1)

Im Januar 1947 wurde auf Anordnung der französischen Militärregierung eine Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung durchgeführt. Der bisher zum Eisenbahndirektionsbetrieb Trier gehörende erweiterte Saargebietsteil wurde abgetrennt und der Eisenbahnverwaltung des Saargebietes unterstellt. Die Eisenbahndirektionen „Saar“ und „Mosel“ wurden neu errichtet.

Auf Grund der Anordnung Nr. 116 des Administrateur Général vom 22. Dezember 1946, veröffentlicht im Journal Officiel Nr. 77 vom 10. Juni 1947, werden die Eisenbahnen des Saarlandes nicht mehr von der Reichsbahn betrieben; sie werden in einen mit Rechtspersönlichkeit und finanzieller Unabhängigkeit ausgestatteten Eigenorganismus umgebildet, der den Namen „Saareisenbahn“ tragen wird. Die Saareisenbahnen stellen eine selbständige finanzielle Organisation dar. (12)

Geld- und Finanzwesen

Die Entwicklung von 1920 bis 1935

Am 1. Juni 1923 war der französische Franken als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt worden. Am 1. März 1935 kehrte das Saargebiet zum deutschen Reich zurück. Durch ein deutsch-französisches Abkommen vom 11. Februar 1935, eine Entschließung des Völkerbundsausschusses vom 11. Februar 1935 und eine Verordnung der Regierungskommission vom 11. Februar 1935 wurde die deutsche Zoll- und Währungshoheit bereits am 18. Februar 1935 eingeführt. In den letzten Monaten vor der Rückgliederung war die Saarwirtschaft durch Störungen im Kredit- und Zahlungsverkehr gefährdet. Die *Frankfurter Zeitung* schrieb hierzu: „Die Saarwirtschaft ist mit nicht ganz der Hälfte des Exports aus dem französischen Zollgebiet nach dem Reich beteiligt. Es läßt sich errechnen, daß der Saarwirtschaft infolge des Clearingverfahrens ein Betrag von rund 190 Millionen Franken vorenthalten ist.

Schon sind mittlere Betriebe gezwungen, zur Kurzarbeit überzugehen, schon häufen sich die Klagen, daß allein der Zinsverlust ein gewinnbringendes Arbeiten mit dem Reich nicht mehr ermöglicht. Und dazu die Kassenschwierigkeiten: Betriebe, die monatlich fünf Millionen Franken Löhne auszahlen müssen und Forderungen in vier- bis fünffacher Höhe im Clearing stecken haben, können nur noch mühsam und von Löhnungstag zu Löhnungstag mit neuen Schwierigkeiten die Mittel aufbringen.“ (21)

Diese vorzeitige Währungsumstellung ermöglichte der Reichsregierung die Gewährung von Krediten und setzte die Saarindustrie in den Besitz ihrer Reichsmarkforderungen.

Die Entwicklung seit 1945

Von den fünf Ländern der französischen Besatzungszone in Deutschland waren die Geld- und Finanzverhältnisse des Saargebietes die ungünstigsten. Es wies den geringsten Barbestand der Reichsbank, die geringste Flüssigkeit der Banken und das größte Haushaltsdefizit auf. Beim Anlauf der Wirtschaft machte sich daher ein fühlbarer Mangel an Bargeld bemerkbar, denn durch die Evakuierung Ende 1944 waren die Barmittel mitgenommen und in den meist rechtsrheinischen Zufluchtsgebieten deponiert worden. Bei der Rückkehr konnten diese Barmittel nicht sogleich flüssig gemacht werden. Während dieser Zeit vollzog sich der Geldverkehr mit den außersaarländischen Gebieten durch bestätigte Reichsbankschecks. (8)

Das Regierungspräsidium Saar ergriff zur Behebung des Bargeldmangels Maßnahmen und traf im September 1945 die Anordnung, daß alle Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, die den Betrag von 1 000 Reichsmark übersteigen, bargeldlos zu begleichen waren. Gehälter, Pensionen und so weiter mußten bargeldlos auf Konten überwiesen werden, wenn der zu zahlende Betrag höher als 200 Reichsmark war. Die Lohnzahlungen an die Arbeiter wurden von dieser Regelung nicht berührt.

Der Geld- und Zahlungsverkehr mit den anderen Ländern der französischen Besatzungszone und den anderen Zonen in Deutschland ist durch die Verordnung Nr. 76 vom 18. Dezember 1946 des Commandant en Chef Français en Allemagne bedeutenden Einschränkungen unterworfen (vgl. Europa-Archiv S. 809). (12) Im Reiseverkehr dürfen nur noch 100 Reichsmark ein- und ausgeführt werden. Im geschäftlichen Überweisungsverkehr können freie Geldüberweisungen nur noch bis zu einem Betrage von 999.99 Reichsmark durchgeführt werden. Seit dem 25. Mai 1947 ist die Grenze der genehmigungspflichtigen Überweisungen auf 100 Reichsmark herabgesetzt worden. Die Genehmigung erteilt die Landeszentralbank. Im Zahlungsverkehr mit den anderen Zonen entstanden keine Schwierigkeiten.

Die Reichsbank führte zunächst ihre laufenden Geschäfte weiter. Auf Anordnung des Kommissars für das Geld- und Kreditwesen der französischen Zone stellte die Reichsbank der Industrie und der Reichsbahn Kredite zur Verfügung. Diese beliefen sich bis zum 31. August 1945 auf 32 Millionen Reichsmark und stiegen bis zum 30. Juni 1946 auf 148 Millionen Reichsmark. Die Barbestände der Reichsbank erhöhten sich im Laufe eines Jahres bis zum 30. Juni 1946 von 18 auf 130 Millionen Reichsmark. Im März 1947 wurde eine Landeszentralbank errichtet, die die Funktion der Reichsbank übernahm. (8)

Die saarländischen öffentlichen Sparkassen haben nach der Besetzung ihre Bewährungsprobe bestanden und ihre Krisenfestigkeit bewiesen. Die 14 im Sparkassen- und Giroverband zusammengefaßten Institute des Saarlandes wiesen am 31. März 1945 einen Gesamteinlagebestand von 1 091 820 000 Reichsmark aus. Am 31. Dezember 1946 betrug der Gesamteinlagebestand 1 160 662 000 Reichsmark, mithin ein Gesamteinlagezugang von 68 842 000 Reichsmark. Bei den Banken und Sparkassen wurden am 3. September 1946 französische Kommissare eingesetzt. (18. 12)

Beginnend mit dem 16. Juni 1947 erfolgte in der Währungsfrage zunächst eine Übergangslösung. Der französische Oberkommandierende in Deutschland erließ hierzu die Verordnung Nr. 94 betreffend Geldverkehr im Saarland vom 7. Juni 1947. Danach verlieren die Reichsbanknoten, die Rentenbankscheine und die von den alliierten Behörden ausgegebenen, auf Mark lautenden Noten ihre gesetzliche Zahlungskraft und ihren Charakter als Mittel zur Tilgung von Verbindlichkeiten. Es werden neue auf Mark lautende Scheine ausgegeben und in Umlauf gesetzt. Im Anschluß erging die Verfügung Nr. 217 des Administrateur Général über die Durchführung der Verordnung Nr. 94 vom 7. Juni 1947 betreffend Geldverkehr im Saarland. Als Zeitpunkt, an dem die bisherigen Noten und Scheine ihre Gültigkeit verlieren, wurde der 16. Juni 1947 festgesetzt. Es wurden Scheine zu 100, 50, 10, 5, 2 und 1 Mark ausgegeben. Als Gegenwert für die hinterlegten Noten und Scheine wurde sofort eine Auszahlung vorgenommen, die jedoch begrenzt

war. Die zur Auszahlung kommende Summe betrug höchstens:

a) bei physischen Personen für die eigene Person und Familienangehörige 300 Mark für den Haushaltungsvorstand, 100 Mark für seinen Ehegatten und jedes seiner in seinem Haushalt lebenden minderjährigen Kinder;

b) bei physischen und juristischen Personen, wenn es sich um Arbeitgeber handelt, die Angestellte in dauerndem Dienstverhältnis beschäftigen, zusätzlich 250 Mark für jeden Angestellten.

Der Betrag, über den die Empfangsbescheinigung lautet, wurde einem bereits eröffneten oder noch zu eröffnenden Konto der Person, für die die Hinterlegung erfolgte, gutgeschrieben. (12)

Die Militärregierung gab hierzu bekannt: Die Reichsbanknoten, die Rentenbankscheine sowie die von den alliierten Militärbehörden in Deutschland ausgegebenen Marknoten werden ab Montag, den 16. Juni 1947, innerhalb der Grenzen des Saarlandes ihre gesetzliche Zahlungskraft verlieren. Die öffentlichen Transportunternehmen für Reisende sowie die Personen oder Unternehmen, die Lebensmitteleinzelhandel betreiben, und die Apotheker sind verpflichtet, diese Noten mit Ausnahme der 1000- und der 100-Marknoten bis Freitag, den 20. Juni 1947, als Zahlungsmittel anzunehmen. Der Umlauf des Kleingeldes in Münzform wird durch diese Maßnahme nicht berührt.

Ab Montag, den 16. Juni 1946, bis einschließlich Sonntag, den 22. Juni 1947, wird der Umtausch der erwähnten Noten gegen neue Scheine von 50, 10, 5 und 1 Mark vorgenommen. Dieser Umtausch findet wie folgt statt:

1. Die umtauschberechtigten Personen sind folgende:
   a) Natürliche Personen, die am 16. Juni 1947 innerhalb der Grenzen des Saarlandes wohnen; dieser Wohnsitz wird durch die auf den Namen des Deponenten lautende, vom Landesernährungsamt Saar ausgestellte Lebensmittelkarte nachgewiesen;
   b) juristische Personen des öffentlichen Rechts und des Privatrechts, Gesellschaften, Vereine und so weiter für ihre am genannten Tag innerhalb der Grenzen gelegenen Niederlassungen.
2. Wechselstellen.

Hierfür wurden folgende Gründe geltend gemacht:

1. Jegliche Spekulationen sollen verhindert werden;
2. es soll der Umfang des Notenumlaufes und der Ursprung gewisser Vermögen festgestellt werden;
3. der Zollgürtel, den die Franzosen errichtet hatten, hatte nicht das erwartete Resultat gezeitigt.

Diese Maßnahme stellt einen bedeutungsvollen Schritt zur Vorbereitung der wirtschaftlichen Angliederung des Saarlandes an Frankreich dar. Die Kaufkraft wird gesammelt und vom übrigen Deutschland abgetrennt. Das Einströmen von Reichsmarkbeträgen, die auf eine baldige Umwechslung in Franken und im Hinblick auf eine Währungsreform und auf bevorstehende Sozialisierungsmaßnahmen in der britisch-amerikanischen Zone auf ein besseres Abschneiden hofften, ist unterbunden. Die Überführung der Saarmark in den französischen Währungsbereich ist gut vorbereitet und erleichtert. Frankreich schafft damit beste Voraussetzungen für kommende Verhandlungen, um eine baldige und schnelle Regelung in der Saarfrage zu erreichen. Die Behörden erhalten einen lückenlosen Überblick über das an der Saar zirkulierende Bargeld. Der Verkehr an der Zollgrenze unterliegt zur Zeit einer besonders scharfen Überwachung, um das Ausströmen von gehortetem und nicht zum Umtausch angemeldetem Bargeld (Reichsmarkscheine) in die französische Zone sowie das Einströmen von Hartgeld aus der französischen Zone in das Saargebiet zu verhindern. Über die Frage, was mit den zum Umtausch gelangenden Reichsbanknoten geschieht, ist nichts bekannt geworden.

Über eine noch bevorstehende Währungsreform werden viele Theorien aufgestellt. Von amtlicher französischer Seite liegen keine Erklärungen vor. Lediglich der Gouverneur des Saarlandes, Oberst *Grandval*, erklärte anläßlich der Erweiterung des Saarlandes: „Jeder hat wohl im Laufe der letzten Monate über das Problem der Währung nachgedacht, das bisher das Haupthindernis für die Verwirklichung des Anschlußgedankens ist. Ich bitte zu entschuldigen, daß ich Ihnen darüber noch keine weiteren genauen Aufschlüsse geben kann. Aber ich glaube, im Einvernehmen mit meiner Regierung auch zur Lösung des Währungsproblems einen Weg gefunden zu haben, von dem man sagen kann, daß er für die Saargebietsbevölkerung ohne allen Zweifel vorteilhaft sein wird."

Das Zollwesen im Saargebiet

Die Entwicklung von 1920 bis 1935

Mit der Abtrennung des Saargebietes im Jahre 1920 schied es aus dem deutschen Zollsystem aus und wurde dem französischen eingegliedert. Nach dem Saarstatut war Deutschland verpflichtet, während der ersten fünf Jahre — bis zum 10. Januar 1925 — Produktionsgüter der Saarindustrie zollfrei aufzunehmen; die deutsche Einfuhr in das Saargebiet, soweit sie dessen eigenem Verbrauch diente, war zollfrei.

Am 10. Januar 1925 wurde die Zollgrenze zwischen Deutschland und dem Saargebiet errichtet. Die Ausfuhr nach Deutschland sank sofort erheblich. Da die deutsch-französischen Verhandlungen zunächst keinen Erfolg zeitigten, stundete die Reichsregierung den saarländischen Exporteuren die Zölle. In der Zeit bis zur Rückgliederung wurden vier Saarzollabkommen geschlossen, von denen die ersten beiden die Eisenfrage nicht lösen konnten. Eine Einigung wurde erst im dritten und vierten Saarzollabkommen, letzteres vom 23. Februar 1928, erzielt, auf Grund dessen Frankreich den Saarhütten ein jährliches Kontingent von 500 000 Tonnen zugestand.

Nach der Rückgliederung war sowohl die saarländische Industrie als auch die lothringische Landwirtschaft, die seither auf den Absatz in das Saarland eingestellt war, an einer Übergangslösung interessiert. Zwei Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag (vom 28. Juli 1934) vom 14. und 21. Februar 1935 sollten die Übergangsregelung für den saarländisch-französischen Warenverkehr bilden. Der Zweck der Übergangsregelung, noch Waren zu Inlandsbedingungen nach Frankreich abzusetzen, wurde nicht erreicht. Die Ausnützung der der Saarwirtschaft eingeräumten Kontingente war gering. An dieser Lage änderten auch die im Verlaufe weiterer Monate erfolgten zweimaligen Verlängerungen nichts, sodaß seit dem 1. Oktober 1935, also bereits nach sieben Monaten, für den saarländisch-französischen Warenverkehr keine Ausnahmebestimmungen galten.

Die Entwicklung seit 1945

Am 22. Dezember 1946 sagte der Oberbefehlshaber in der französischen Zone, General *Koenig*, in seiner Ansprache auf der Redener Zeche:

„Die unsicheren Verhältnisse eurer Versorgung, die nun Frankreich veranlassen, dieselbe durch einen vermehrten eigenen Anteil sicherzustellen, sowie auch die elementarsten Vorsichtsmaßregeln, die wir auf dem wirtschaftlichen und finanziellen Gebiet ins Auge fassen müssen, haben mich dazu geführt, ohne Verzug Verfügungen im Bereiche der Verwaltungen zu treffen. Die Maßnahmen, die ich im Einverständnis mit meiner Regierung vor einigen Stunden getroffen habe, und die je nach den Bedürfnissen vervollständigt werden, führen uns der endgültigen Verwirklichung

der Wünsche entgegen, die soeben durch eine so anerkannte Stimme wie die Ihrige (gemeint ist Direktor *Müller*, Vorsitzender der Verwaltungskommission) zum Ausdruck kamen." (15)

Hierzu wurden zwei Verordnungen erlassen. Die Verordnung Nr. 75 vom 18. Dezember 1946 betreffend Personenverkehr zwischen dem Saarland und den anderen Ländern der französischen Zone bestimmt, daß mit Wirkung vom 22. Dezember 1946, 24 Uhr an, der Personenverkehr zwischen dem Saarland und der übrigen französischen Zone der Vorweisung eines von den französischen Verwaltungsbehörden auszustellenden Passierscheins unterworfen ist. Die Verordnung Nr. 76 vom 18. Dezember 1946 über Warenaustausch und Kapitalüberführung zwischen Saarland und dem deutschen Besetzungsgebiet bestimmt, daß der Warenverkehr zwischen dem Saarland und der übrigen französischen Zone einer persönlichen und unübertragbaren Genehmigung der zuständigen Behörden der einzelnen Länder unterliegt. Kapitalüberführungen zwischen dem Saarland einerseits und der übrigen französischen Zone sowie den anderen alliierten Zonen andererseits sind verboten. Dieselbe Bestimmung gilt für Geldmünzen, Banknoten und so weiter. Reisende mit Passierscheinen dürfen bei der Einreise in das Saarland und bei der Ausreise aus diesem nur im Besitze von 100 Mark sein. Zuwiderhandlungen werden unter Strafe gestellt. (12)

Nach Verfügung Nr. 213 vom 6. Juni 1947 läuft der Verkehr über folgende Grenzübergänge:

Straßen: *Nennig:* Straße Konz—Karthaus, *Weiten:* Straße Saarburg, *Britten:* Straße nach Trier, *Nonnweiler:* Straße Hermeskeil, *Werchweiler:* Straße Kusel, *Homburg-Bruchhof:* Straße Kaiserslautern, *Einöd:* Straße Zweibrücken, *Apach:* Grenzstelle Perl, *Forbach:* Grenzstelle Brême d'Or, *Saargemünd:* Grenzstelle Schönbach-Güdingen, *Straße Nennig—Remich:* Grenzstelle Nennig.

Bahnhöfe: *Nennig:* Linie Konz—Karthaus, *Saarholzbach:* Linie Trier, *Türkismühle:* Linie Mainz—Koblenz, *Homburg:* Linie Kaiserslautern, *Einöd:* Linie Landau, an der saarländisch-französischen Grenze: die Bahnhöfe Forbach, Saargemünd. (12)

Die französische Militärregierung in Baden-Baden gab hierzu bekannt: Wie der französische Oberkommandierende in Deutschland, General *Koenig*, in seiner in der Grube Reden bei Merzig im Saargebiet gehaltenen Ansprache angekündigt hat, sind einige Maßnahmen vorsorglichen Charakters für den Verkehr mit dem Saargebiet getroffen worden. Die Maßnahmen haben den Zweck, Spekulationsversuche zu verhindern und Lebensmittelschiebungen vorzubeugen. An der Grenze des Saargebietes und der Provinz Rheinland-Pfalz sind daher Kontrollstellen eingerichtet worden, die die Aufgabe haben, den Personen-, Waren- und Geldverkehr zwischen dem Saargebiet und den übrigen Teilen der französischen Besatzungszone zu überwachen.

Die Überschreitung dieser Linie ist für Deutsche und für zivile Ausländer jeder Nationalität an den Besitz eines gültigen dreisprachigen Laissez-Passer der allgemeinen üblichen Form mit blauem Diagonalstreifen gebunden. Seit dem 22. Dezember 1946, 24 Uhr, unterliegt der Warentransport zwischen dem Saargebiet und dem rheinpfälzischen Staat sowie Baden-Württemberg Genehmigungen, die auf die Person erteilt werden und nicht übertragbar sind.

Diese Genehmigung erteilt für die Ausfuhr aus dem Saargebiet die Lizenzstelle in Saarbrücken. Für die Ausfuhr aus der französisch besetzten Zone sind die Landräte zuständig, an die sich Handeltreibende und Industrielle wenden müssen. Deutsche und zivile Ausländer jeder Nationalität, die Reisen in das Saargebiet unternehmen wollen, müssen sich, wenn sie Geld oder Kapital mit über die Grenze nehmen wollen, zuerst an die örtlichen Militärregierungen wenden. Diese erteilen die notwendigen Auskünfte. (22)

Bereits am 21. Dezember 1946 hatten 1200 französische Zollbeamte die französischen Grenzen überschritten, um die Kontrolle aufzunehmen. Das französische Außenministerium hatte offiziell am 23. Dezember 1946 die Errichtung einer Zollgrenze ab 22. Dezember 1946 bekanntgegeben.

Folgende Gründe waren maßgebend:

1. Amtlich wurde mitgeteilt, daß die Errichtung einer Zollgrenze der Kontrolle des Personen-, Waren- und Geldverkehrs dienen solle;
2. es sollten Spekulationsversuche verhindert und Schiebungen mit Lebensmitteln nach dem übrigen Deutschland unterbunden werden, da das Saargebiet innerhalb der französischen Zone bevorzugt mit Lebensmitteln aus Frankreich beliefert wurde;
3. es sollte einer Überschwemmung des Saargebietes mit deutschem Geld vorgebeugt werden. Das französische Außenministerium gab hierzu bekannt, daß innerhalb eines Monats von Spekulanten über eine Milliarde Reichsmark in das Saargebiet gebracht worden seien, in der Annahme, daß das Saargebiet von Deutschland getrennt werden würde. Die Summe hat einen Gegenwert von 13 Milliarden französischen Franken. Ohne Errichtung einer Grenze würde das Saargebiet binnen kurzem mit Milliarden deutscher Banknoten überschwemmt werden. (14)

Die Errichtung der Zollschranken ist ein weiterer vorbereitender Schritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Anschluß des Saargebiets an Frankreich. Diese Maßnahme bedeutet praktisch die Ausgliederung des Saarlandes aus dem deutschen Wirtschaftsverband.

Aktuelle Wirtschaftsfragen des Saargebietes

Möglichkeiten einer Strukturänderung (11, 15)

Das Saargebiet weist einen einseitig schwerindustriellen Charakter auf. Gemessen an den Grundindustrien tritt an der Saar die weiterverarbeitende Eisen- und Stahlwarenindustrie, eine lohn- und arbeitsintensivere Industrie in den Hintergrund. Die Schwerindustrie hatte ihre Dispositionen nicht unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten treffen müssen, war sie doch seit 1920 und besonders seit 1935 durch entsprechende Maßnahmen des Reiches unterstützt worden und nur so konkurrenzfähig geblieben; außerdem spielten diese Fragen im Rahmen der deutschen Aufrüstung eine untergeordnete Rolle.

Durch den Krieg haben sich die Verhältnisse geändert. Das Problem einer weiterverarbeitenden, lohn- und arbeitsintensiveren Industrie bleibt offen, sowohl dann, wenn das Saargebiet wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen würde, als auch dann, wenn es im deutschen Wirtschaftsverband bliebe. Der saarländische Bedarf für den größten Teil an Verbrauchsgütern muß infolge Fehlens von weiterverarbeitenden Industrien in anderen Wirtschaftsgebieten gedeckt werden. Da die Preise für Kohle und Eisen immer bedeutend unter denen der Verbrauchsgüter liegen, könnte die saarländische Handelsbilanz nie ausgeglichen werden. Was das Verbleiben im deutschen Staatsverband anbetrifft, so wird man mit der Annahme nicht fehl gehen, daß die Kapazität der Schwerindustrie immer vom Potsdamer Abkommen und vom Industrieplan geregelt sein wird. Außerdem dürfte eine finanzielle Stützung des durch Reparationen so sehr belasteten Staates kaum in Frage kommen.

Zu diesem Problem nimmt ein Kenner der Saarwirtschaft, L. *Leonhardt*, in seiner Broschüre „Wo steht die Saarwirtschaft?" wie folgt Stellung: (4)

Ganz unabhängig von seiner staatspolitischen Stellung müßte das Saarland mit allen Mitteln danach streben, die einseitig nach der Montanindustrie ausgerichtete Struktur seiner Wirtschaft umzubauen, indem es in stärkstem Umfange die Erzeugung von weiterverarbeitenden Industrien ausbaut. Nur dann wäre es in der Lage,

auf die Dauer seiner Bevölkerung eine gut lohnende Arbeit zu sichern. Diese Möglichkeit ist heute aber nur gegeben, wenn es dabei die Unterstützung Frankreichs findet. Nur Frankreich kann ihm die Mittel überlassen, eine Schicht von neuen Industrien aufzubauen, die leistungsfähig genug sind, sich ein weites Absatzfeld zu sichern, und kräftig genug, sich gegenüber Rückschlägen in der Zukunft zu behaupten. Frankreich mit seinen Kolonien bietet einen aufnahmefähigen Markt für viele Spezialerzeugnisse, deren Fertigung im Saargebiet sämtliche Voraussetzungen finden würde. Und wenn die Saarwirtschaft einmal den Stand erreicht hätte, bei dem die Kraft dieser neuen und mit hochwertigen Erzeugnissen auftretenden Industrien die eigentliche Leistungsfähigkeit bestimmt, bei dem diese zur Erwerbsquelle des größten Teiles der erwerbstätigen Bevölkerung geworden sind, dann wäre das erreicht, was 1918 vermieden und 1935 nur vorgetäuscht wurde, die endgültige wirtschaftliche Lösung der Saarfrage, die Entspannung eines Gebietes, das mit seiner Schwerindustrie zu sehr in wirtschaftliche Machtpositionen verflochten war, um eine klare Stellung einnehmen zu können, das zu sehr abhängig war von zwei Wirtschaftsgebieten, um wirtschaftlich ausgeglichen zu sein.

Die Verlagerung von Bosch

Beginnend mit dem 7. Dezember 1946 wurde das Reutlinger Werk der Robert Bosch AG. in das Saargebiet nach Homburg verlegt. Das französische Außenministerium bestätigte am 27. Dezember 1946, daß die Verlegung von Installationen der Boschwerke aus der französischen Zone in das Saargebiet erfolgt sei. Der Sprecher betonte, daß es sich um einen Einzelfall gehandelt habe und erklärte weiter, die deutschen Besitzer der Fabrik hätten die Verlegung der Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen gewünscht. Die Geschäftsleitung der Boschwerke wies darauf hin, daß der von der französischen Militärregierung für die im französischen Besatzungsgebiet befindlichen Bosch-Vermögenswerte eingesetzte Zwangsverwalter die Initiative in dieser Frage ergriffen habe. (14, 23)

Gründe werden von offizieller Seite keine angegeben. Presseberichten zufolge ist anzunehmen, daß es Frankreich darauf ankommt, ein leistungsfähiges Werk der Autoelektrik im Saarland zu errichten, um die Versorgung des innerfranzösischen Marktes zu vervollständigen und auch im Export solcher Artikel leistungsfähig zu sein. Für den deutschen Handel mit Boscherzeugnissen am Weltmarkt bedeutet diese Entwicklung einen besonders schweren Schlag. (24)

Sozialisierung der Saarindustrie

Auf einer Tagung der deutschen Regierungschefs der französischen Zone in Baden-Baden im Januar 1947 äußerte der Administrateur der französischen Zone General *Laffont:* die Nationalisierung der Schlüsselindustrien sei eine Forderung des Augenblicks. Sie habe in den westlichen Demokratien günstige Auswirkungen gezeitigt und man dürfe auch in der französisch besetzten Zone Deutschlands hinter dem Entwicklungsgang nicht zurückstehen.

Das bisher bedeutsamste Ereignis auf dem Wege zur Sozialisierung der saarländischen Industrie und Wirtschaft war die Konferenz der Sozialdemokratischen Partei in Sulzbach am 9. März 1947. (16) Sie stand unter der Parole: „Die Saarindustrie dem Saarvolk." Als Ergebnis der Sulzbacher Konferenz wurde eine Entschließung veröffentlicht, deren wesentlicher Inhalt folgendes besagt:

1. Es soll geprüft werden, welche saarländischen Unternehmungen in den Besitz der Allgemeinheit überführt werden sollen. Es sollen Vorschläge über die zukünftige Betriebsform der zu sozialisierenden Betriebe ausgearbeitet werden: die Sozialisierung durch Überführung in Staatseigentum, die gemischtwirtschaftliche Form im staatlichen und kommunalen Besitz und die genossenschaftliche Form.

2. Die SPS tritt für die Sozialisierung folgender Unternehmen ein: Kohlengruben, Hüttenwerke, sonstige Betriebe der Schwerindustrie, Verkehrsunternehmungen, die im öffentlichen Interesse arbeiten, Banken, Kreditinstitute, Versicherungsgesellschaften, Versorgungsbetriebe und alle Unternehmungen, die Kriegsverbrechern oder nationalsozialistischen Aktivisten gehören.

3. In die neue Verfassung des Saargebietes soll ein Sozialisierungsartikel aufgenommen werden; außerdem soll eine Volksbefragung über die Sozialisierung durchgeführt werden. Es wird betont, daß nicht die Absicht besteht, die Eigentumsverhältnisse und den Besitz der selbständig Schaffenden oder Landwirte anzutasten.

Die Kommunisten schließen sich dieser Forderung im wesentlichen an, während die CDU nur für eine ganz beschränkte Sozialisierung eintritt und die Erhaltung des Privateigentums fordert.

H. R.

Quellenverzeichnis

(1) Saar-Atlas. Im Auftrage der Saar-Forschungsgemeinschaft bearbeitet und herausgegeben von Hermann Overbeck und Georg Wilhelm Sante Justus Perthes, Gotha 1934.

(2) Seibt, Die Rückgliederung der saarländischen Schwerindustrie nach 1935 Verlag Gustav Fischer, Jena 1941.

(3) Wolfschlag, Die deutsche Verkehrspolitik im Hinblick auf die Rückgliederung der Saar. Dissertation, Frankfurt 1936.

(4) Leonhardt, Wo steht die Saarwirtschaft? Zeitgemäße Betrachtungen zum künftigen Schicksal der Saar. Felten-Verlag, Saarlouis 1946. (Nach Saarbrücker Zeitung vom 3. Mai 1947 ist der Verfassername ein Pseudonym.)

(5) *Saarwirtschaftsstatistik* Heft 1—9, herausgegeben vom Saarwirtschaftsarchiv, Saarbrücken 1927—1935 und Statistik des Saarlandes (Fortsetzung der Saarwirtschaftsstatistik), herausgegeben vom Statistischen Amt des Saarlandes, Saarbrücken 1938, Heft 1—3.

(6) Statistik des Deutschen Reiches: Die Güterbewegung auf deutschen Eisenbahnen.

(7) Gouvernement Militaire de la Sarre. Direction de l'Économie et du Plan, Économie Générale Statistique et Contrôle. Saarbrücken, Juni 1947.

(8) *Cahiers du Monde Nouveau,* Tribune Internationale, le rattachement éventuel de la Sarre à la France. August-September 1946.

(9) *La France en Allemagne,* herausgegeben vom Gouvernement Militaire de la Zone française d'Occupation, Direction de l'Information, Heft 1—4, 1946/47.

(10) *Information et Documentation,* Agence France-Presse, Nr. 140, Juni 1947

(11) *Die Wirtschaft,* 1. Jahrgang, Heft 7 1946, Verlag „Die Wirtschaft" G. m. b. H. Berlin.

(12) *Journal Officiel,* Amtsblatt des französischen Oberkommandos in Deutschland, 1945—1947, Nr. 12, 38, 43, 49, 77, 78.

(13) Versailler Vertrag.

(14) *Deutscher Presse-Dienst,* Hamburg

(15) *Saarbrücker Zeitung,* Saarbrücken. Insbesondere die Ausgaben vom 12. November 1946, 3. Mai und 16. Juni 1947.

(16) *Volksstimme,* Saarbrücken. Insbesondere die Ausgaben vom 15. März und 19. Juli 1947.

(17) *Die Neue Saar,* Saarbrücken. Insbesondere die Ausgaben vom 16. Mai, 5. Juni und 13. Juni 1947.

(18) *Saarländische Volkszeitung,* Saarbrücken. Insbesondere die Ausgaben vom 31. Mai und 19. Juli 1947.

(19) *Pfälzische Volkszeitung,* Kaiserslautern, vom 23. August 1946.

(20) *Hamburger Allgemeine,* Hamburg, vom 23. Mai 1947.

(21) *Frankfurter Zeitung,* Frankfurt/Main, Reichsausgabe vom 23. Januar 1934.

(22) *Schwäbisches Tagblatt,* Tübingen, vom 31. Dezember 1946.

(23) *New York Herald Tribune* vom 28. Dezember 1946.

(24) *Wirtschaftszeitung,* Stuttgart, vom 10. Januar 1947.

(25) Handbuch der Saarwirtschaft, Saarbrücken, 1947.

Der Weg des deutschen Binnenhandels

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Bearbeitet von Robert Nieschlag

Wohl in der ganzen Welt befand sich der Binnenhandel im letzten Jahrzehnt vor dem Krieg in einer Vertrauenskrise. Gestützt auf die wachsenden Erkenntnisse, die die Handelsforschung vermittelte, hatte sich in weiten Kreisen, auch der Konsumenten, die Überzeugung durchgesetzt und gefestigt, daß der Handel, und zwar Groß- und Einzelhandel, zu teuer arbeite und darum die Verbraucher überhöhte Preise zahlen müssen, während der Erzeuger — sei es nun der Bauer oder der Fabrikant — zu wenig für sein Produkt erhalte. Diese gegen den Handel gerichtete Einstellung war freilich nicht neu. Sie läßt sich durch die Jahrhunderte zurückverfolgen. Doch wurden neue Argumente geltend gemacht, die die moderne Entwicklung der Wirtschaft lieferte. Man erkannte nämlich, daß den gewaltigen technischen und organisatorischen Fortschritten in der Produktion und der damit verbundenen starken Senkung der Erzeugungskosten entsprechende Leistungen und Neuerungen im Handel nicht gegenüberstanden, der Handel vielmehr noch immer hohe, teilweise sogar steigende Kosten und Spannen aufwies. Man war sehr unangenehm überrascht, als man erfuhr, daß vom Verbraucherpreis eines Produktes die Hälfte oder mehr von der Warenverteilung (das sind industrieller Vertrieb, Groß- und Einzelhandel einschließlich Vermittlung, Transport, Werbung) in Anspruch genommen wird. Man sah dies als einen eindeutigen Beweis dafür an, daß der Handel zu wenig rationalisiert, sich zu wenig um neue Arbeitsweisen und -verfahren bemüht und zu stark am Überkommenen und Hergebrachten festgehalten habe, worunter Erzeuger und Verbraucher ungerechterweise zu leiden hätten.

Mit dieser Situation des Binnenhandels hat man sich nicht nur in Deutschland auseinandergesetzt, sondern in fast allen Ländern sind darüber zum Teil leidenschaftliche Diskussionen entbrannt, besonders auch in den Vereinigten Staaten, deren Wirtschaftsverhältnisse für viele nicht zu Unrecht das Vorbild für Rationalisierung und Fortschritt sind. Zahlreiche Ursachen sind für die Rückständigkeit des Handels angeführt, gute und schlechte Argumente vorgebracht worden, ohne daß diese Frage schon befriedigend beantwortet worden wäre. Zumeist scheint man einen Gesichtspunkt übersehen zu haben, der sich in der Tat als außerordentlich fruchtbar erweist und geeignet scheint, vieles zu klären, worum man sich bisher ohne Aussicht auf Verständigung gestritten hat.

Vor Kriegsbeginn

Die ökonomische Revolution und der Binnenhandel

Der Handel ist von der großen ökonomischen Revolution, die die Industrie und das Verkehrswesen im Laufe der letzten hundert Jahre durchgemacht haben, erst zu einem sehr geringen Teil erfaßt worden. Die Industrie hat auf breiter Front den Weg zur Serien- und Massenfabrikation beschritten, den sie freilich auch heute noch nicht zu Ende gegangen ist; der Ausbau des Verkehrswesens hat billige Massentransporte ermöglicht. Der Handel, insbesondere der Einzelhandel, ist aber nur teilweise und zögernd zu neuen, mit niedrigen Kosten arbeitenden Formen des Massenabsatzes übergegangen, obwohl im Massenbedarf der Konsumenten die Voraussetzung für einen Massenabsatz längst gegeben war und dementsprechend ein rascheres Reagieren des Handels geboten wäre. Daran bestätigt sich die alte Erfahrung, daß der Handel jeweils erst spät und vergleichsweise schwach von der ökonomischen Entwicklung erfaßt wird. Eine Erklärung hierfür ist in der Tatsache zu finden, daß die ökonomische Revolution in der Industrie und im Verkehrswesen eine Sache der Technik und der Organisation, die Revolution im Handel dagegen fast ausschließlich ein Werk der Organisation ist. Infolgedessen fehlt der Entwicklung des Handels der große Antreiber und Schrittmacher, als den sich die technischen Fortschritte für Industrie und Verkehr immer wieder erwiesen haben.

Die modernen Aufgaben des Binnenhandels

Mit der Lösung breiter Bevölkerungsschichten von der heimatlichen Scholle, mit der Industrialisierung und Verstädterung, mit dem Übergreifen städtischer Verbrauchsgewohnheiten auf Kleinstadt und Dorf, also in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bis etwa zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, wurde der Einzelhandel überall, soweit die moderne wirtschaftliche Erschließung reichte, vor seine moderne Aufgabe gestellt, große Verbrauchermassen mit allen notwendigen Waren zu versorgen. Die Bedeutung des Haushalts als Produktionsgemeinschaft, Produktionsstätte und Vorratshalter wurde geringer, wobei freilich von Land zu Land und zwischen Stadt und Land je nach dem Grade der wirtschaftlichen Erschließung und der Arbeitsteilung Unterschiede bestanden. Die Aufgaben der Hauswirtschaft alten Stiles wurde mehr und mehr von der Verbrauchsgüterindustrie sowie vom Groß- und Einzelhandel übernommen. Der Handel erhielt damit innerhalb der Volkswirtschaft eine ganz neue, ungleich größere Bedeutung als bisher, sein Arbeitsgebiet wuchs beträchtlich, und die an ihn gestellten Anforderungen nahmen gewaltig zu. Kostengestaltung und Preisbildung des Handels wurden zu einer wichtigen sozialen Frage; denn von hier aus wurden Realkaufkraft und Lebenshaltung breiter Volksschichten nachhaltig beeinflußt.

Bedauerlicherweise hat der Binnenhandel seine „neuen" großen Aufgaben erst allmählich erkannt; er ist nur langsam in sie hineingewachsen und wird ihnen nur Schritt für Schritt gerecht. Lange Zeit hat er geglaubt, daß es ausreiche, wenn die Zahl der Betriebe und Beschäftigten zunimmt, das Handelsnetz also dichter wird; er erkannte die qualitative Seite der modernen Aufgaben nicht, obwohl gerade dort das eigentlich Neue lag. Um breite Verbrauchermassen gut und billig versorgen zu können, genügte die bloße Ausdehnung des Handels bei weitem nicht — hier lag sogar eine große Gefahr, wie noch zu zeigen sein wird —, sondern es war und ist auch heute noch notwendig, die überkommenen Formen des Einzelhandels, die Arten und Formen des Warenangebots und der Verkaufsabwicklung zu reformieren, die Leistungen zu verbessern und die Kosten zu senken, um mit niedrigeren Spannen und Preisen auskommen zu können.

Groß- und Kleinbetriebe, Rationalisierung und Übersetzung

Gewiß haben einzelne Unternehmer diese Aufgaben schon frühzeitig erkannt, und bestimmte Gruppen wie die Waren- und Kaufhäuser, die Filialunternehmungen, die Konsumgenossenschaften, die Einheitspreisgeschäfte, die Versandhäuser und in neuer Zeit die Selbstbedienungsgeschäfte und Supermarkets in Amerika haben sich mit großer Tatkraft und viel Erfolg in den Dienst der „neuen" Aufgaben gestellt. Wenn auch nicht in so großer Zahl wie im Einzelhandel, sind doch auch im Bereiche des Großhandels moderne Formen geschaffen worden. So fühlbar der Wettbewerb dieser neuen Handelsformen für die Masse der traditionalistisch geführten Betriebe besonders in Krisenzeiten auch gewesen

Die Umsätze im Einzelhandel in den Jahren 1925 — 1943

(ohne Handwerkshandel wie Bäcker, Fleischer usw.). Die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand von 1937.

Handelszweig	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933	1934	1935	1936	1937	1938	1939	1940	1941	1942	1943
in Milliarden Reichsmark																			
Nahrungs- und Genußmittel	12,3	13,1	14,3	15,2	15,5	14,6	12,5	10,5	10,0	10,5	11,4	12,3	13,0	13,8	14,5	13,9	13,4	13,6	14,5
Textilien und Bekleidung	9,3	8,9	9,6	10,1	10,0	8,8	7,6	5,9	5,8	6,8	6,9	7,6	8,8	10,0	11,1	10,3	10,8	9,7	8,2
Hausrat und Wohnbedarf	3,4	3,3	4,1	4,5	4,6	4,1	3,5	2,4	2,3	3,0	2,9	3,6	4,4	5,0	6,1	4,7	4,1	3,3	4,1
Kultur- und Luxusbedarf	4,2	4,0	4,5	4,9	4,8	4,4	3,6	2,8	2,6	2,8	2,9	3,1	3,4	3,8	4,7	5,2	5,6	5,4	5,6
Kohlen	1,0	1,2	1,3	1,6	1,7	1,2	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,6	1,5	1,7	1,7
Insgesamt	30,2	30,5	33,8	36,3	36,6	33,1	28,5	22,7	21,8	24,2	25,2	27,8	30,9	33,9	37,8	35,7	35,4	33,7	34,1
in Hundertsätzen des Gesamtumsatzes																			
Nahrungs- und Genußmittel	40,7	43,0	42,3	41,9	42,3	44,1	43,9	46,3	45,9	43,4	45,2	44,2	42,1	40,7	38,4	38,9	37,9	40,4	42,5
Textilien und Bekleidung	30,8	29,2	28,4	27.8	27,3	26,6	26,7	26,0	26 6	28,1	27,4	27,4	28,5	29,5	29,4	28,8	30,5	28,8	24,1
Hausrat und Wohnbedarf	11,3	10,8	12,1	12,4	12,6	12,4	12,3	10,6	10,6	12,4	11,5	12,8	14,2	14,8	16,1	13,2	11,6	9,8	12.0
Kultur- und Luxusbedarf	13,9	13,1	13,3	13,5	13,1	13,3	12,6	12,3	11,9	11,6	11,5	11,3	11,0	11,2	12,4	14,6	15,8	16,0	16,4
Kohlen	3,3	3,9	3,9	4,4	4,7	3,6	4,5	4,8	5,0	4,5	4,4	4,3	4,2	3,8	3,7	4,5	4.2	5,0	5,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

ist, so waren sie in Deutschland, ebenso wie in vielen anderen Ländern, doch nicht stark genug[1]), um den gesamten Handel „mitzureißen", ihn auf eine höhere Ebene zu heben, ihn zu reformieren und zu rationalisieren, sondern es blieb bei einem Nebeneinander von zwei Gruppen: der Masse der traditionalistisch geführten Klein- und Mittelbetriebe, die meist in Ablehnung gegenüber der zweiten Gruppe, den modernen, fortschrittlichen Unternehmungen, verharrte.

Vor allem gelang es durch den Wettbewerb des „modernen Sektors", der — wie angedeutet — in sich sehr vielgestaltig ist, nicht, eine immer wichtiger werdende Frage des Binnenhandels zu lösen, nämlich die ständig stärker in Erscheinung tretende Übersetzung wenn nicht zu beseitigen, so doch erheblich zu mildern. Das Zuviel an Betrieben (und Beschäftigten) erstreckte sich vor allem auf leistungsunfähige Klein- und Kleinstbetriebe, denen es an der nötigen Einsicht in die modernen Aufgaben fehlte und die den Fortschritt des Ganzen behinderten.

Die Wirtschaftskrise von 1932

Dieser Entwicklung — die übrigens nicht nur für Deutschland, sondern auch für viele andere Länder gilt — muß man sich bewußt sein, wenn man die Verhältnisse im Binnenhandel in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen beurteilen will.

Es ist unter den geschilderten Umständen leicht zu begreifen, daß die Differenzen zwischen den verschiedenen Gruppen des Einzelhandels während der schweren Wirtschaftskrise von 1932 ungewöhnlich scharf wurden. In wenigen Jahren waren die Umsätze des Einzelhandels — wie die beifolgende Übersicht erkennen läßt — um mehr als ein Drittel (von 36 bis 37 Milliarden Reichsmark in den Jahren 1928 und 1929 auf 22 bis 23 Milliarden Reichsmark in den Jahren 1932 und 1933) gesunken, womit „der Kampf um den Markt" gewaltig erschwert wurde. Auch der Großhandel sah sich in jener Zeit — abgesehen von dem allgemeinen Niedergang — durch konkurrierende Handelsformen stark bedroht, und zwar durch den sogenannten Direktabsatz der Verbrauchsgüterindustrie an den Einzelhandel, durch die Einkaufsgenossenschaften von Einzelhandel und Handwerk, durch Einkaufsorganisationen großer Einzelhandelsunternehmungen und durch andere freiwillige Zusammenschlüsse von Einzelhändlern zum Zwecke der gemeinschaftlichen Warenbeschaffung.

Der Aufstieg 1933 bis 1939

In dieser Lage bedeutete die Überwindung der Krise in der Tat eine nicht zu unterschätzende Entspannung und Erleichterung. Zudem wurde nach 1933 eine Umschichtung zu Gunsten der Klein- und Mittelbetriebe, also des sogenannten mittelständischen Sektors, eingeleitet und die Konkurrenz der Großbetriebe (Warenhäuser, Filialbetriebe, Einheitspreisgeschäfte, Konsumgenossenschaften), wenn nicht ausgeschaltet, so doch erheblich eingeschränkt oder niedergehalten. Viel sinnvoller wäre es gewesen, wenn man damals eine Lösung der Übersetzungsfrage in Angriff genommen hätte. In der Krise war nämlich die Zahl der kleinen Betriebe noch gewachsen, da viele Menschen, die in der Produktion ihre Arbeit verloren hatten, sich im Handel eine neue, wenn auch recht kärgliche Existenz aufzubauen versuchten. Sie hatten sich — wie zu erwarten — vor allem den Handelszweigen zugewandt, in denen die Waren rasch umgeschlagen werden und die daher nur wenig Kapital erfordern (Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln, ambulanter Handel, Handelsvermittlung und ähnliche Gruppen). Diese Zweige litten aber bereits seit langem unter der Übersetzung. Daß man dieses zentrale Problem nicht zu lösen versuchte, erklärt sich in erster Linie aus den damit verbundenen sozialpolitischen Schwierigkeiten, die schon früher — soweit diese Frage überhaupt richtig erkannt und beurteilt wurde — der Grund dafür waren, daß man sich zu keinem entscheidenden Schritt entschließen konnte. Die in den leistungsfähigen und leistungsschwachen Kleinbetrieben Beschäftigten sind nämlich fast ausschließlich Personen, für die nur schwer eine andere Arbeitsmöglichkeit zu finden ist und die zum größten Teil Unterstützungsempfänger werden, wenn sie den Laden aufgeben müssen. Man nahm die Belastung des Handels in Kauf, um die Zahl der Sozialrentner nicht zu erhöhen. Im Grunde war das freilich eine falsche Rechnung. Volkswirtschaftlich wäre es richtiger gewesen, den Handel zu entlasten und damit eine wirklich breit angelegte Rationalisierung dieses Wirtschaftszweiges einzuleiten.

Nur durch eine Regelung des Zuganges zum Einzelhandel nahm man damals auf den Bestand an Betrieben einen gewissen, vorerst aber wenig wirksamen Einfluß. Durch das Einzelhandelsschutzgesetz wurde von denen, die ein Einzelhandelsgeschäft zu eröffnen beabsichtigten, der Nachweis der Sach- und Fachkunde verlangt. Man wollte auf diese Weise Berufsfremde vom Einzelhandel fernhalten[2]).

Daneben ergriff das damalige Regime noch eine Reihe weiterer, vor allem wirtschaftspolitisch-propagandistisch wirksamer Maßnahmen, die den mittelständischen Betrieben zugute kommen sollten: Ausschaltung der jüdischen Betriebe durch sogenannte Arisierung oder Schließung, Beschränkung des Wettbewerbs (unter anderem auch durch Einschränkung und schließlich Verbot der sogenannten Sonderveranstaltungen wie der „Weißen Woche") und mindestens zeitweise Boykott von Großbetrieben, die als „unerwünscht" galten. Ferner sollten die Großfilialunternehmungen ihre Läden „verselbständigen", was aber nur in einer begrenzten Zahl von Fällen geschah. Und schließlich ging man gegen die Konsumgenossenschaften besonders scharf vor, worauf im folgenden noch zurückzukommen sein wird.

Im ganzen genommen haben alle diese Maßnahmen für den Aufstieg des deutschen Binnenhandels in der Zeit nach 1933 freilich nicht allzuviel bedeutet. Viel stärker schlug die Umsatzsteigerung infolge der Wiedererhöhung des Volkseinkommens zu Buch. (Zunahme der Beschäftigung, Erhöhung der Bezüge durch Abbau von Kurzarbeit, durch Überstunden und so weiter) — eine Entwicklung, die zunächst im wesentlichen von den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, später in steigendem Maße von der Rüstung getragen wurde. Vor allem regte die Zunahme des Familieneinkommens (mehrere Verdiener in einer Familie!) die Einzelhandelsumsätze an, da in diesem Fall erfahrungsgemäß ein besonders hoher Anteil für die Deckung des Warenbedarfs im Einzelhandel zur Verfügung steht und tatsächlich auch ausgegeben wird. Im Jahre 1939 hatten die Einzelhandelsumsätze in Deutschland einen Betrag von 37,8 Milliarden Reichsmark erreicht gegenüber 36,3 und 36,6 Milliarden Reichsmark in den Hochkonjunkturjahren 1928 und 1929, die bis dahin das Maximum dargestellt hatten, und 22 bis 23 Milliarden Reichsmark in den Jahren 1932 und 1933, in denen der niedrigste Stand (Wirtschaftskrise!) zu verzeichnen war. Dabei geben die Umsatzwerte die Entwicklung von Bedarfsdeckung und Versorgung in der damaligen Zeit nicht in vollem Umfang wieder; denn die Preise waren infolge der damals in Deutschland eingehaltenen wirtschaftspolitischen Linie („Mengenkonjunktur") während der Aufstiegsperiode nur verhältnismäßig wenig gestiegen. Darauf ist es zurückzuführen, daß beispielsweise die Textil- und Bekleidungsumsätze im Jahre 1939 den früheren Höchststand von 1928/29 dem Werte nach wohl um rund 5 v. H.

1) So hatte der Anteil der Warenhäuser in Deutschland in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen in einzelnen Jahren mit 4 bis 4,5 v. H. des gesamten Einzelhandelsumsatzes den höchsten Stand erreicht. Die Einheitspreisgeschäfte (Gemischtwaren-Einheitspreisgeschäfte) kamen in ihrer günstigsten Zeit 1931 und 1932) nicht über reichlich 1 v. H., und die Konsumgenossenschaften brachten es auf nicht mehr als rund 5 v. H. Der Anteil aller sogenannten Großbetriebe des Einzelhandels (also einschließlich der Filialunternehmungen, Textilkaufhäuser und so weiter) hat sich in Deutschland zu der für diese Betriebe günstigsten Zeit in der Größenordnung von 15—20 v. H. des Einzelhandelsumsatzes bewegt.

2) Erst kurz vor Kriegsausbruch entschloß man sich (mit der Verordnung zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel vom März 1939) zu Maßnahmen gegen die Überzahl von Klein- und Kleinstbetrieben. Doch wurde der Kreis der auszuscheidenden Betriebe von vornherein außerordentlich eng gezogen und damit der eingeleitete Schritt nahezu unwirksam gemacht. Zudem kam man vor Kriegsausbruch nicht mehr zur Durchführung der geplanten Maßnahme und nach diesem Zeitpunkt war man sogar froh, daß noch nichts geschehen war; denn nun wurde jede im Handel verfügbare Kraft begrüßt, auch wenn ihre Leistungsfähigkeit begrenzt war.

überschritten hatten, der Menge nach aber um rund ein Drittel höher waren als damals. Ähnlich ist die Entwicklung bei den Nahrungs- und Genußmitteln verlaufen, und besonders stark war die Zunahme der Umsatzmengen im Einzelhandel mit Hausrat und Möbeln (vergleiche die folgende Übersicht). Von dem damaligen Aufstieg wurden die verschiedenen Zweige des deutschen Binnenhandels ohne Ausnahme teils mehr, teils weniger stark erfaßt. Die Finanzierung der steigenden Umsätze machte keine Schwierigkeiten, da der Umschlag des Warenlagers sich beschleunigte. Damit besserten sich die Ertragsverhältnisse, obwohl die starke Erhöhung der umgesetzten Mengen eine erhebliche Mehrbeanspruchung der Betriebe, eine Erhöhung der zu bewältigenden Arbeitsleistung und damit der Personalkosten bedeutete. Im ganzen aber gingen die Kosten, bezogen auf die wachsenden Umsätze, zurück, so daß trotz der Bemühungen zur Senkung der Handelsspannen eine Festigung der Finanzlage des Handels möglich war. Unter dem Einfluß steigender Umsätze glätteten sich auch die Wogen der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Im Einzelhandel wurde es um die Beziehungen zwischen den mittelständischen Gruppen auf der einen Seite und den Großbetrieben auf der anderen ziemlich ruhig. Ebenso hatte sich das Verhältnis zwischen dem sogenannten Großhandel auf der einen Seite und den Genossenschaften und ähnlichen Zusammenschlüssen auf der anderen Seite gebessert.

Die Umsatzbewegung im Einzelhandel in den Jahren 1924 — 1943

1928 = 100

Die Angaben beziehen sich auf den Gebietsstand von 1937.

Jahr	Einzelhandel insgesamt Werte	darunter					
		Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln		Einzelhandel mit Textilien und Bekleidung		Einzelhandel mit Hausrat und Wohnbedarf	
		Werte	Mengen[1])	Werte	Mengen[1])	Werte	Mengen[1])
1924	71,2	67,7	75,5	85,5	83,7	66,9	—
1925	81,4	81,1	83,4	96,6	94,9	74.2	—
1926	84,6	85,9	90,3	88,0	91,5	76,7	—
1927	93,5	94,1	94.1	96,0	103,0	88,7	—
1928	100.0	100,0	100,0	100,0	100.0	100,0	100,0
1929	100,4	104,3	102,5	97,2	96,4	103,9	103,0
1930	91,8	96,5	101,5	87.8	91,9	90,2	91,3
1931	79,4	84.8	99,2	74,1	92,9	81,5	91.4
1932	62,6	70,8	94,0	57,7	87,7	57.0	74,8
1933	59.7	67,3	90,8	56.4	90,0	54,9	76,1
1934	66.2	71,0	91,8	65,8	100.5	71,6	96,6
1935	69,2	76,7	97,5	66,5	96,1	70.0	92,6
1936	76,5	83,0	103.8	73,2	103,4	86.4	114,1
1937	83,5	86.8	108,7	83,1	112.4	102,0	133,7
1938	91,4	92.0	115,3	94,0	122,5	115,3	148,8
1939	102,0	96.7	120.5	104,7	133,7	141,3	182,1
1940	96,3	92,8	111,3	97,0	117,5	107,2	133,0
1941	95,5	89.2	106,0	101,3	109,1	92.8	106,9
1942	90,8	90.2	105,0	91,2	90.2	74.6	81.6
1943	92,0	96,1	110,0	76,6	73.2	89,4	—

[1]) Die Mengenreihe ist ermittelt durch Ausschaltung der Preisbewegung mit Hilfe der Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten.

Die Binnenhandel im Kriege

Überraschende Umsatzentwicklung

Bereits in den letzten Jahren vor dem Kriege zeichnete sich auch in verschiedenen Zweigen des Binnenhandels eine Erscheinung ab, die in der Folgezeit beherrschend werden sollte und die auch Gegenwart und Zukunft der deutschen Wirtschaft entscheidend bestimmt: der Warenmangel. Allerdings war die Verknappung zunächst nur schwach, auf einzelne Waren beschränkt, und es gab noch manche Ausweichmöglichkeit zu sogenannten Austauscherzeugnissen, ferner zu Waren höherer Preislagen und besserer Qualitäten, die unter normalen Umständen nur wenig verlangt werden. Zudem waren die Vorräte auf den verschiedenen Stufen der Wirtschaft größer, und die Erzeugung für zivile Zwecke konnte im Kriege länger aufrechterhalten werden, als man zunächst erwartete. So erklärt es sich, daß die Entwicklung des Einzelhandels während des Krieges lange Zeit anders verlaufen ist, als selbst gute Kenner der Verhältnisse glaubten annehmen zu sollen. Die Umsätze sanken bis 1943 trotz Rationierung und Verbrauchsbeschränkung nur relativ wenig und verharrten noch mitten im Kriege auf einem überraschend hohen Stand (1942 und 1943 rund 34 Milliarden Reichsmark gegenüber 37,8 Milliarden Reichsmark im Jahre 1939). Allerdings setzte sich im Kriege eine stärkere Preiserhöhung vor allem bei solchen Gütern durch, die als nicht unbedingt lebensnotwendig zu bezeichnen sind. Hier griff die Preiskontrolle zum Teil bewußt nicht mehr mit der gleichen Strenge durch wie früher oder sie vermochte es nicht mehr, da Kosten und Preise vieler Ersatzstoffe, auf die man im Kriege zurückgriff oder die nun entwickelt wurden, sehr hoch lagen. Von seiten der Verbraucher wurden die relativ hohen Einzelhandelsumsätze im Kriege durch den weiterhin hohen Stand der Einkommen und der Massenkaufkraft ermöglicht und gestützt. Dazu trugen die ansehnlichen finanziellen Unterstützungen für die Angehörigen der zur Wehrmacht Einberufenen und im weiteren Verlauf des Krieges die Heranziehung auch der letzten Arbeitskraft bei. (Durch die überraschende Höhe der Unterstützungszahlungen wollte man größere Umschichtungen im sozialen Gefüge des Volkskörpers vermeiden; auch rechnete man anfangs nur mit einem kurzen Krieg.) Dem vergleichsweise hohen Stand der Einzelhandelsumsätze in den ersten Kriegsjahren stand übrigens die Rationierung nicht unbedingt entgegen; so gaben zum Beispiel die erste und die zweite Reichskleiderkarte dem Verbraucher verhältnismäßig günstige Kaufmöglichkeiten, die allerdings später drastisch eingeschränkt wurden. Auch Bezugsscheine (zum Beispiel für Schuhe, bestimmte Textilwaren und Bekleidungsgegenstände) wurden in den ersten Kriegsjahren in ziemlich großer Zahl ausgegeben. Erst im zweiten Teil des Krieges leerten sich mit der Zunahme der Luftangriffe

auf die deutschen Städte und die Produktionszentren, mit der Desorganisierung des Verkehrswesens, mit der immer weiteren Einschränkung der Verbrauchsgütererzeugung für zivile Zwecke zugunsten der Rüstung und mit der allgemeinen Erschwerung jeder industriellen Arbeit die Lager des Einzelhandels, und es wuchsen in dieser Zeit die Versorgungsschwierigkeiten für den Verbraucher, wobei freilich zu beachten ist, daß regionale, lokale sowie vorübergehende Schwierigkeiten schon zu einer Zeit auftraten, als die Situation im ganzen noch als einigermaßen erträglich angesehen werden konnte.

Wachsende Arbeitsleistung und sinkende Kosten

Betriebswirtschaftlich ist die Entwicklung des Binnenhandels während des Krieges nicht ungünstig verlaufen: der Handel konnte selbst ältere Bestände zu günstigen Preisen verkaufen. Im Gegensatz zu früher erfreuten sich Waren, die schon längere Zeit am Lager waren, ihrer Qualität wegen besonderer Beliebtheit. Die Lagerhaltung bedeutete praktisch kein Risiko mehr, eher eine bedeutende Gewinnchance. Man bemühte sich nun darum, hohe Bestände zu halten und den Lagerumschlag zu verlangsamen; denn die Finanzierung bereitete angesichts der hohen Erlöse und der gebesserten Ertragsverhältnisse keine Sorgen. Allerdings wuchs die zu bewältigende Arbeitsleistung im Kriege beträchtlich: denn es gab eine Fülle zusätzlicher Arbeiten wie die Abrechnung der Kartenabschnitte, den Verkauf der kleinen Mengeneinheiten, die durch die Rationierung vorgeschrieben waren, die zahlreichen Lagerbestandsaufnahmen, die Schwierigkeiten der Warenbeschaffung; in vielen Fällen mußte der Einzelhändler die Ware selbst beim Lieferanten abholen, wofür er meist nicht eingerichtet war. Doch führten diese erhöhten Arbeitsanforderungen nur in Ausnahmefällen zu einer Kostenerhöhung, mit der man unter normalen Verhältnissen bei wachsendem Arbeitsanfall rechnen muß. Im Gegenteil — die Zahl der Beschäftigten des Einzelhandels nahm im Kriege durch Einberufungen zur Wehrmacht, durch Dienstverpflichtung auch von Frauen für die Rüstung und andere Aufgaben, die als wichtiger angesehen wurden, erheblich ab[1]). Auf diese Weise verlor dieser Wirtschaftszweig gerade die jüngeren und leistungsfähigsten Kräfte. Dabei bestand schon vor dem Kriege im deutschen Einzelhandel eine recht erhebliche Überalterung und ein Mangel an Nachwuchs, da die junge Generation damals andere, vor allem technische Berufe bevorzugte, die günstigere Aussichten zu bieten schienen als eine kaufmännische Tätigkeit. Durch die Verminderung des Personalbestandes — nur der Lebensmittelhandel wurde geschont — trat in weiten Bereichen des Handels während des Krieges sogar ein Rückgang der Arbeitskosten ein; die Arbeit mußte von den verbliebenen Kräften bewältigt werden. Ferner sanken im Kriege die Kosten für Werbung, Beleuchtung, Kundendienst (Zustellung!) und so weiter, so daß das in der Friedenswirtschaft in der Regel alles überschattende Kosten- und Spannenproblem für die Betriebe, die weiterarbeiten konnten, erheblich an Bedeutung verlor.

Der „Zug zum kleineren Betrieb"

Wie wohl kaum anders zu erwarten war, hat sich im Kriege die Zahl der Einzelhandelsbetriebe ständig vermindert. Die ersten Schließungen erfolgten unmittelbar nach Kriegsausbruch und waren entweder durch Einberufung des Inhabers oder unentbehrlicher Kräfte (vor allem bei kleineren Betrieben) zur Wehrmacht oder durch die Besonderheiten bestimmter Zweige (Kaffee-, Schokoladengeschäfte, Autohandlungen und so weiter) bedingt, soweit nicht die Möglichkeit zu einer Umstellung oder Anpassung an die Kriegsverhältnisse gegeben war. Zunächst war jedoch die Zahl der Schließungen erstaunlich gering. Sie stieg, als in den folgenden Jahren zu den Einberufungen die Dienstverpflichtung von Frauen trat. Mitte 1941 betrug die Zahl der geschlossenen Einzelhandelsgeschäfte, am früheren Gesamtbestand gemessen, nur etwa 7 vom Hundert. Dieser niedrige Satz erklärt sich dadurch, daß stets versucht wurde, in den Wirtschaftsprozeß eingeschaltet zu bleiben, und man den Betrieb zum Beispiel durch Familienangehörige weiterführen ließ.

Als jedoch der Luftkrieg schärfere Formen annahm — die Angriffe richteten sich in erheblichem Umfang gegen städtische Geschäftsviertel —, wurde auch der Einzelhandel stark in Mitleidenschaft gezogen; doch konnte man damals immer wieder beobachten, daß der Handel auch in dieser Lage mit großer Energie um die Erhaltung seiner Betriebe kämpfte und die Wiedereröffnung in primitiver und behelfsmäßiger Form an der gleichen oder einer anderen Stelle versuchte (notfalls durch räumliche Zusammenlegung mit einem anderen Geschäft). Die Warenbestände waren in der zweiten Kriegshälfte wohl überall so stark zusammengeschmolzen — zumal bei ausgebombten Betrieben —, daß reichlich Platz vorhanden war, um in einem Ladenraum zwei Geschäfte unterzubringen. Mit Sicherheit kann man annehmen, daß die Zahl der Einzelhandelsbetriebe im Kriege längst nicht so stark gesunken ist wie die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten. Der Krieg hat also einen deutlichen „Zug zum kleineren Betrieb" ausgelöst.

Ganz ähnliche Entwicklungstendenzen wie im Einzelhandel waren übrigens während des Krieges im Großhandel zu beobachten.

Die Lage bei Kriegsende

Was war geblieben?

Die Lage des deutschen Binnenhandels bei Kriegsende läßt sich wohl am besten durch einen Hinweis auf die allgemeinen Verhältnisse damals charakterisieren, die durch folgende Extreme bestimmt wurden: völliges Chaos und restlose Zerstörung auf der einen Seite und nur geringe Berührung durch das Kriegsgeschehen auf der anderen. In weiten Teilen Deutschlands stand der Binnenhandel bei Kriegsende vor einem Trümmerfeld, die Geschäftsräume und Lager waren vernichtet oder geplündert[2]), die Fahrzeuge unbrauchbar oder verschwunden. Die Außenstände ließen sich zum großen Teile nicht eintreiben und die Bankguthaben, die infolge des allgemeinen Ausverkaufs in den letzten Kriegsjahren recht beträchtlich waren, fielen unter die Kontensperre. In anderen Teilen Deutschlands, die durch den Krieg wenig oder gar nicht betroffen waren, konnte der Handel nach der Besetzung in der gewohnten Weise weiterarbeiten oder es ließ sich, wo er unter Kriegseinwirkungen gelitten hatte, an die alten Verhältnisse ohne größere Schwierigkeiten wieder anknüpfen.

Um wieviel der Bestand des deutschen Binnenhandels durch die Kriegseinwirkungen — also durch Zerstörung der deutschen Städte im Luft- und Landkrieg, durch Warenmangel, durch Evakuierung oder Tod des Inhabers und viele andere Umstände — im ganzen dezimiert worden ist, weiß wohl niemand genau, da im Augenblick des Zusammenbruchs entsprechende Feststellungen nicht getroffen werden konnten und inzwischen bereits eine große Anzahl von Handelsbetrieben wieder gegründet worden ist. Doch kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Einbuße an Handelsbetrieben durch mittelbare und unmittelbare Kriegsfolgen außerordentlich bedeutend ist; so ist offenkundig, daß die Luftangriffe sich in hohem Maße gegen die Zentren der Städte richteten, wo der Handel, besonders der Einzelhandel, in reicher Zahl, zudem mit großen und wertvollen Betrieben

1) Die große Bedeutung dieser Vorgänge läßt sich daran erkennen, daß die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel Bayerns rechts des Rheins Ende März 1944 um rund 44 v. H. niedriger war als vor Kriegsbeginn (Mai 1939).

2) Pressemeldungen zufolge sind zum Beispiel in Kiel — einer der besonders schwer getroffenen deutschen Städte — 80 v. H. der Verkaufs- und Lagerräume des Einzelhandels zerstort worden. Aus München wird berichtet, daß 32 v. H. der Einzelhandelsgeschäfte und 40 v. H. der Großhandelsgeschäfte dem Krieg anheimgefallen sind.

vertreten ist. Wie stark der Handel in seinem Bestand durch den Krieg beeinträchtigt worden ist, läßt sich übrigens recht gut aus folgenden Zahlen für Hessen schließen: dort war die Zahl der Beschäftigten im Handel und Handelshilfsgewerbe[1]) (eine weitergehende Aufteilung steht leider nicht zur Verfügung) im Mai 1946 mit 50 800 um 31 700 oder 38 vom Hundert niedriger als im Jahre 1938. Dieser Rückgang ist vor allem durch Frankfurt am Main — ein altes Handelszentrum[2]) sowie die drei anderen mehr oder weniger stark vom Krieg betroffenen Großstädte des Landes, Kassel, Wiesbaden und Darmstadt hervorgerufen. In anderen Orten Hessens, die vom Krieg verschont geblieben sind und wo die Bevölkerung durch Evakuierung und Flüchtlingsaufnahme gestiegen ist (zum Beispiel Marburg, Korbach, Hersfeld, Dillenburg), hat sich der Handel ausgedehnt. Hamburg berichtet von einem erheblichen Rückgang der Zahl der Einzelhandelsbetriebe (vor dem Krieg rund 18 000, 1946 etwas über 10 000), während sich die Zahl der Einwohner längst nicht so stark vermindert hat (vor dem Kriege 1,7 Millionen, 1946 etwa 1,4 Millionen). Auch in Köln steht einem Rückgang der Zahl der Einzelhandelsbetriebe von rund 11 000 im Jahre 1939 auf 6 034 am 1. September 1946 ein sehr viel schwächerer Rückgang der Bevölkerung (von 750 000 auf 530 000) gegenüber; allerdings lagen damals noch rund 4 000 Anträge auf Eröffnung eines Einzelhandelsgeschäftes vor.

Von der kriegsbedingten Schrumpfung des Binnenhandelsapparates ist der Lebensmittelhandel, vor allem der Lebensmitteleinzelhandel, begreiflicherweise wenig betroffen worden[3]). Man brauchte ihn notwendig zur Versorgung der breiten Massen der Bevölkerung; zudem sind die Lebensmittelgeschäfte weniger in den Zentren der Städte zu finden, sondern hauptsächlich in den Wohnbezirken.

Da, wie erwähnt, eine Bestandsaufnahme für den Handel bei Kriegsende nicht gemacht werden konnte, und über die Substanzverluste des Handels keine exakten Angaben vorliegen, werden sich die tatsächlichen Kriegsfolgen auch durch künftige Erhebungen (Betriebszählungen) wahrscheinlich nur noch teilweise ermitteln lassen.

Die ersten beiden Jahre nach dem Zusammenbruch

Heute schon Zwischenbilanz?

Vielleicht sind zwei Jahre seit der großen deutschen Katastrophe ein zu kurzer Zeitraum, um über die Entwicklung des Binnenhandels, über die Kräfte, Ziele und Formen in diesem Bereich der Wirtschaft eine Zwischenbilanz aufzustellen. Dieser Versuch wird aber sowohl durch die Tatsache gerechtfertigt, daß in dieser Zeit trotz größter Beschränkungen erstaunlich viel für den Wiederaufbau des Handels geschehen ist, als auch dadurch, daß völlig neue Formen des Handels, der Bezugs- und Absatzorganisation sich abzeichnen oder durchsetzen, wobei freilich heute noch nicht die Frage beantwortet werden kann, ob es sich dabei in allen Fällen um Bleibendes handelt. Versuche für eine Neugestaltung des Handels werden in erster Linie im Osten Deutschlands gemacht, Versuche, die sich allerdings nicht ohne Mühe und gegenwärtig auch noch nicht vollständig analysieren lassen und bei denen sich wahrscheinlich noch manche Umgestaltung ergeben wird. Im Westen und Süden Deutschlands dagegen knüpft der Handel beim Wiederaufbau an Bestehendes oder Überkommenes an, dort wird an seiner Struktur und seiner Organisation nur relativ wenig geändert. Auch auf dem Gebiete des Handels ist die Zonengrenze zwischen Ost und West je länger desto mehr eine Trennungslinie für Wirtschaftsverfassung und -organisation. Nichtsdestoweniger gibt es aber noch immer eine Reihe gemeinsamer Züge und Probleme des Handels und der Handelsentwicklung in allen Teilen Deutschlands.

Wiedererwachtes Shopping

Auch dort, wo nach der Beendigung der Kämpfe ein Chaos zurückgeblieben war, begannen sich die Kräfte des Handels schon sehr bald wieder zu regen. Wer heute durch die Geschäftsstraßen unserer zerstörten Städte geht, kann sich leicht davon überzeugen, daß für den Wiederaufbau des Einzelhandels schon manches geschehen ist. Schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch ist das von den Frauen geschätzte „Shopping" in ganz bescheidenem Umfange wieder aufgelebt. Viele Läden sind wiedererstanden, man möchte sagen: aus den Trümmern hervorgezaubert, was allerdings manche Mißstimmung hervorgerufen hat. Gewiß ist das Warenangebot noch äußert dürftig; doch hat der Handel neue Wege beschritten: die Textilgeschäfte befassen sich mit der Anfertigung von Bekleidungsstücken aus eigenen Stoffen der Kunden beziehungsweise mit der Beratung der Verbraucher und der Vermittlung der Aufträge an die Bekleidungsindustrie, der sie auf diese Weise über die für diesen Wirtschaftszweig ungünstige Gegenwart hinweghelfen. Daneben spielt die Reparatur nach wie vor überall eine bedeutende Rolle. In anderen Handelszweigen (zum Beispiel Bücher, Porzellan und anderer Hausrat) hat der Verkauf gebrauchter Erzeugnisse (teilweise als Kommissionshandel betrieben) großen Umfang angenommen, nachdem der organisierte Tausch (zeitweilig auch in der Form der rasch wieder abgeschafften Tauschmärkte) offenbar an Bedeutung verloren hat. Wie lange allerdings die betreffenden Handelszweige sich mit Waren aus zweiter Hand werden über Wasser halten können, ob es ihnen gelingt, auf diese Weise den Anschluß an eine künftige Neuproduktion zu finden, ist eine Frage, die auch von dem Umfang der im Gange befindlichen sozialen Umschichtung abhängt. Auf dem Gebiet des Tausches hat sich eine Erschöpfung an geeigneten Tauschobjekten bemerkbar gemacht; es zeigte sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit, daß weitgehend die gleichen Waren sowohl angeboten als auch gesucht wurden.

Wenn man vom Wiedererwachen des Handels nach dem Zusammenbruch spricht, darf man schließlich das Aufleben des ambulanten Handels (des Straßenhandels und der Wochenmärkte) nicht vergessen, der — obwohl die älteste Handelsform der Menschheit — sich bis in unsere Tage in allen Ländern in erstaunlicher Weise gehalten hat und durch seine Primitivität, das heißt durch Verzicht auf Investitionen und Ausstattung, durch die Übernahme eines unregelmäßigen und stoßweisen Warenangebots auch in kleinen und kleinsten Mengen besonders geeignet war, das Geschäftsleben inmitten des Chaos der ersten Nachkriegszeit wieder in Gang zu bringen zu helfen, — eine Erfahrung, die übrigens in ähnlichen Situationen auch in anderen Ländern gemacht worden ist und die gewissermaßen zum eisernen Bestand unserer Kenntnisse von der „Dynamik der Handelsformen" gehört.

In diesem Zusammenhange ist übrigens auch von einer Berliner Notlösung aus der ersten Nachkriegszeit zu berichten: Als Ersatz für viele zerstörte oder nicht benutzbare Markthallen und die vielen vernichteten oder beschädigten Ladenräume wurden städtische „Verkaufszentralen" gegründet, eine Art „Kreuzung zwischen Markthalle und Warenhaus", in denen Einzelhändler zusammengefaßt wurden, die bisher Läden oder Stände unterhalten hatten. Diese besonders in schwierigen Zeiten immer wieder auftauchende Idee hat sich — wie schon so oft — auch dieses Mal nicht bewährt. Die Miete für einen Stand, die mit 120.— Reichs-

1) Ohne Geld-, Bank- und Versicherungswesen.

2) Dort ist die Zahl der im Handel Beschäftigten allein um rund 20 0000 gesunken.

3) Auf den Einzelhandel mit Nahrungs- und Genußmitteln entfällt rund die Hälfte der Betriebe und unter normalen Versorgungsverhältnissen auch fast die Hälfte des gesamten Einzelhandelsumsatzes. — Gegenwärtig wird die Zahl der Einzelhandelsbetriebe in der sowjetischen Besatzungszone und im sowjetischen Sektor Berlins auf 175 000 beziffert, wovon 96 000 Lebensmittelgeschäfte sind. Damit ist der Anteil der Lebensmittelgeschäfte höher als vor dem Kriege (er lag damals etwas unter 50 v. H.), was sich vor allem dadurch erklärt, daß fast alle Einzelhandelszweige außerhalb des Lebensmittelhandels schwer unter dem Warenmangel leiden.

nark monatlich festgesetzt war, wurde als zu hoch empunden.

Noch immer Übersetzung

Durch den Kontraktionsprozeß, dem der Handel im Kriege usgesetzt war, ist das Übersetzungsproblem wohl gemildert vorden, aber nicht als gelöst anzusehen. Schon kurze Zeit ach dem Zusammenbruch ist diese Frage wieder lebhaft rörtert worden. Wenn auch die Zahl der Betriebe und Beschäftigten im Handel trotz vieler Neugründungen, die either erfolgt sind und die man überall in Deutschland einuschränken bestrebt ist, im ganzen wahrscheinlich erheblich nter dem Vorkriegsstand liegt, so sind doch Erzeugung nd Angebot von Verbrauchsgütern noch stärker gesunken. s besteht somit auch heute ein Mißverhältnis zwischen der Größe des Handelsapparates und den gegebenen Umsatzmöglichkeiten, so daß der Handel noch immer übersetzt ist, nindestens übersetzt erscheinen muß. Bei einer Überzahl von Betrieben, von denen jeder nur einen geringen Umsatz ereicht und ohne Rendite oder gar mit Verlust arbeitet beiehungsweise dem Inhaber ein Einkommen gewährt, das äufig unter dem Existenzminium bleibt, besteht die große Gefahr, daß der Handel am schwarzen Markt das zu gewinnen trachtet, was das „reguläre" Geschäft verwehrt. In Berlin weist man beispielsweise darauf hin, daß diese Geahr dann besonders groß ist, wenn in stark zerstörten tadtteilen, deren Einwohnerschaft erheblich zurückgegangen st, sich die Zahl der Lebensmittelgeschäfte nur wenig geenüber der Vorkriegszeit vermindert hat. Der Magistrat ertritt daher, und zwar durchaus mit Recht, den Standunkt, daß es unverantwortlich wäre, die seit dem 1. Juli 946 bestehende Gewerbesperre aufzuheben; denn Elendsxistenzen wären die Folge[1]). Man ist der Meinung, daß — on gewissen Ausnahmen abgesehen[2]) — die Eröffnung veiterer Einzelhandelsbetriebe verhindert, in besonders dratischen Fällen sogar von dem Recht zur Schließung Gerauch gemacht werden müsse[3]).

Zu ganz ähnlichen Erwägungen ist man im Laufe der eiden letzten Jahre in der britischen Zone gelangt. Man vollte arbeitsfähige Männer nur noch mit Genehmigung des Arbeitsamtes Geschäfte eröffnen lassen und „Kleinbetriebe ollten daraufhin überprüft werden, ob ihre Inhaber für ützliche Arbeit verwandt werden können", da man den Verdacht hatte, daß viele „Einmanngeschäfte" sowohl im Einzelhandel, in der Handelsvermittlung als auch im Außenandel gegründet worden sind, um die Heranziehung zu nderen Beschäftigungen zu verhindern, — eine Kontrollnaßnahme, die sich wohl kaum von den sogenannten Auskämmungsaktionen des „totalen Krieges" unterscheiden vürde[4]). Neuerdings scheint man sich mehr davon zu verprechen, wenn man die nach 1933 begonnene Politik der Spannenkürzung weiterverfolgt: durch die Senkung der Groß- und Einzelhandelsspannen sollten Preiserhöhungen, lie in der Produktion aufgetreten waren, „aufgefangen" verden, so daß die Warenpreise für den Verbraucher stabil lieben oder nur wenig erhöht zu werden brauchten. Diese Politik hatte bei steigenden oder hohen Umsätzen und bei m ganzen günstiger Ertragslage des Handels einen Sinn. Sie verliert ihn aber in der gegenwärtigen Situation, die durch einen ungewöhnlichen Tiefstand der Umsatztätigkeit, einen hohen Anteil der Kosten an Umsatz[5]) und allgemein schlechte Ertragsverhältnisse gekennzeichnet ist. Auch die Vorstellung, daß Groß- und Einzelhandel eine Reihe von Verlustjahren in Kauf nehmen müssen, das Schicksal des Handels uninteressant sei und Betriebe, denen die Reserven zum „Durchhalten" fehlen, auszuscheiden haben, dürfte der Forderung nach einer konstruktiven, der gegebenen Lage entsprechenden Wirtschaftspolitik kaum gerecht werden, vielmehr die Gefahr heraufbeschwören, daß ein noch größerer Teil der geringen Warenmengen seinen Weg zum schwarzen Markt findet.

Bei einem Urteil über den gegenwärtigen Stand der Übersetzung darf man nämlich nicht von dem derzeit außerordentlich niedrigen Stand der Verbrauchsgütererzeugung und der Versorgung ausgehen; auf Grund der beabsichtigten Produktionssteigerung kann man annehmen, daß der Handel in absehbarer Zeit besser beschäftigt sein wird. Damit rechnet nicht nur der Binnenhandel, sondern auch die am Außenhandel beteiligten Betriebe erwarten eine nachhaltige Belebung des gegenwärtig daniederliegenden Geschäfts. Endgültiges über die Größe des erforderlichen Handelsapparates läßt sich erst aussagen, wenn neben einer Reihe anderer Faktoren (zum Beispiel Bevölkerungsdichte, Siedlungsweise, volkswirtschaftliche Arbeitsteilung) der Umfang der künftigen Warenversorgung in etwa überblickt werden kann, der einen wichtigen Teil des Deutschland zuerkannten oder erreichbaren Lebensstandards darstellt. Darum hat die Ansicht viel für sich, die den Zeitpunkt für endgültige Entscheidungen über den Handel noch nicht für gekommen hält, was nicht ausschließt, bei der Zulassung weiterer Handelsbetriebe äußerst zurückhaltend zu sein. Im übrigen scheint aber eine Politik geboten, die es dem Handel ermöglicht, den Anschluß an den erwarteten breiteren Warenstrom zu finden. Den Zugang an neuen Betrieben auch bei einer Zunahme der Umsätze zu begrenzen, ist ein Gedanke, dem man heute wohl überall Verständnis entgegenbringt. Auf jeden Fall weiß man nach den in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen, daß die Regelung dieser Frage nicht der sogenannten freien Entwicklung überlassen werden darf. Gleichzeitig allerdings ist es — ebenfalls auf Grund unserer Erfahrungen — unbedingt notwendig, sich für die Entfaltung aller noch verfügbaren Energien, die sich dem Handel zuwenden, einzusetzen und sich gegen die weitere Zünftlerei auszusprechen. Hier die richtige Dosierung zu treffen, zwischen diesen Klippen einen klaren Kurs in der Richtung auf eine ständige Verbesserung der Handelsleistungen zu steuern, ist eine Aufgabe, die in der Tat besonderer Sachkenntnisse bedarf. Die Pflege des Handels durch eine sinnvolle Wirtschaftspolitik wird künftig wahrscheinlich noch wichtiger sein als in der Vergangenheit — nicht nur, weil infolge der allgemeinen Verarmung die soziale Bedeutung des Handels wächst, sondern auch weil mit der Entflechtung und Zerlegung der deutschen Industriewirtschaft, mit der Bevorzugung kleinerer Betriebsgrößen dem Handel zwangsläufig neue Aufgaben als verbindendes Element zwischen den Produktionsstufen und -betrieben zuwachsen.

(Fortsetzung folgt)

1) Das durchschnittliche Monatseinkommen eines kleinen selbständigen ebensmittelhändlers in Berlin wird zur Zeit mit etwa 180.— RM anegeben.

2) Zum Beispiel Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft.

3) In Berlin gab es 1939 26 370 Lebensmittelgeschäfte Am 1. Oktober 945 arbeiteten rund 20 000. — Insgesamt sollen sich die Zahlen der Beriebe und Beschäftigten im Berliner Handel wie folgt entwickelt haben:

		Betriebe	Zahl der Beschäftigten
inzelhandel (einschl. ambul. Gewerbe)	1939	rd. 93 000	rd. 260 000
	Ende 1946	rd. 65 000	rd. 148 000
Großhandel	1939	rd. 11 500	rd. 96 600
	Ende 1946	rd. 7 000	rd. 30 000

4) In der Sowjetzone und im Sowjetsektor Berlins ist im Sommer 1947 ine Überprüfung der Einzelhandelsbetriebe eingeleitet worden, bei der ngaben über Umsatz, Kundenzahl und Reingewinn in den letzten 3 Monaten verlangt wurden. Offenbar geht es dabei in erster Linie um en Lebensmittel-Einzelhandel. Betriebe, deren Geschäftstätigkeit zurückegangen ist und deren Kundenzahl unter 350 liegt, sollen — wie beichtet wird — mit ihrer Auflösung zu rechnen haben. Von seiten des Einzelhandels wird darauf hingewiesen, daß weder Umsatz noch Kundenahl sinken würden, wenn die Wettbewerbsbedingungen für Einzelhandel nd Konsumgenossenschaften gleich wären.

5) Dazu kommen noch hohe Kosten für die Warenbeschaffung, erhöhtes Transportrisiko, schlechte Sortierung des Warenlagers und andere die Handelsarbeit erschwerende Faktoren. — Die Berichterstattung des Handels über Umsätze, Kosten und so weiter, deren Ergebnisse über die Lage des Handels laufend Auskunft gab, ist im letzten Kriegsjahr weitgehend eingestellt und erst vereinzelt wieder aufgenommen worden. Einige recht aufschlußreiche Angaben über die Entwicklung der Handelskosten nach dem Kriege sind dem Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Bochum zu entnehmen:

Kosten in Hundertsätzen des Umsatzes

	1938	1946
Textilwaren-Einzelhandel	30	55
Schuhwaren-Einzelhandel	20	39
Papier- und Schreibwaren-Großhandel	22,2	34,5
Kurzwaren-Großhandel	10,0	15,5
Technischer Großhandel	8—10	20

Daß bei der im Jahre 1946 erreichten Höhe des Kostenanteils hohe Verluste eingetreten sind, steht außer Zweifel.

Nach Ermittlungen der Vereinigung Württembergisch-Badischer Textil-Einzelhändler betrugen im Jahre 1946 bei 50 größeren Betrieben die Brutto-Spanne 29,8 v. H., die Kosten 29,9 v. H. des Umsatzes.

Vorläufige Angaben über die Volkszählung in Deutschland 1946

Die Bevölkerung Deutschlands. Stand vom 29. Oktober 1946

Zonen und ihre Teilgebiete	Gesamt	davon männlich	davon weiblich
Schleswig-Holstein . . .	2 650 954	1 211 014	1 439 940
Hamburg	1 405 126	651 604	753 522
Nordrhein-Westfalen . .	11 798 575	5 374 083	6 424 492
Niedersachsen[1])	6 448 387	2 961 099	3 487 288
Britische Zone	22 303 042	10 197 800	12 105 242
Baden	1 189 703	517 451	672 252
Württemberg-Hohenzollern	1 128 698	496 802	631 896
Saargebiet	883 486	403 147	480 339
Rheinpfalz, Hessen . . .	1 316 231	582 713	733 518
Rheinland, Hessen . . .	1 421 689	632 743	788 946
Französische Zone . . .	5 939 807	2 632 856	3 306 951
Brandenburg	2 516 369	1 065 380	1 450 989
Mecklenburg-Vorpommern.	2 148 526	921 311	1 227 215
Provinz Sachsen	4 162 090	1 808 310	2 353 780
Thüringen	2 943 251	1 279 762	1 663 489
Land Sachsen	5 543 345	2 335 225	3 208 120
Sowjetische Zone . . .	17 313 581	7 409 988	9 903 593
Bayern	8 983 015	4 069 009	4 914 006
Württemberg-Baden . .	3 649 559	1 643 155	2 006 404
Hessen	4 050 188	1 843 615	2 206 573
Bremen[2])	491 605	228 942	262 663
Amerikanische Zone . .	17 174 367	7 784 721	9 389 646
Enklave Bremen[2]) . . .	(748 957)	(345 876)	(403 081)
Berlin:			
Britischer Sektor . . .	602 831	243 185	359 646
Französischer Sektor .	422 110	175 917	246 193
Sowjetischer Sektore . .	1 170 297	477 432	692 865
Amerikanischer Sektor .	984 002	393 313	590 689
Schiffsbesatzungen . .	1 143	706	437
Berlin	3 180 383	1 290 553	1 839 830
Gesamt-Deutschland . .	65 911 180	29 315 918	36 595 262

[1]) Ohne den neuerrichteten Staat Bremen.
[2]) Gebiet des am 21. Januar 1947 errichteten Staates Bremen. Die Bevölkerung der früheren Enklave Bremen nach dem Stand vom 29. Oktober 1946 ist unter der Gesamtbevölkerung der amerikanischen Zone in Klammern angegeben.

Deutschlands Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte 1946 gegenüber 1939

Zonen und ihre Teilgebiete	Hundertsatz der Bevölkerungs-Zu- oder Abnahme 1946 gegen 1939	Gebietsstand qkm	Bevölkerungsdichte (Personen je qkm) 1939	Bevölkerungsdichte (Personen je qkm) 1946
Schleswig-Holstein . . .	+ 65,7	15 660	102	169
Hamburg	— 17,9	747	2 293	1 882
Nordrhein-Westfalen . .	— 1,2	34 033	351	347
Niedersachsen	+ 42,0	47 274	96	136
Britische Zone	+ 12,7	97 714	203	228
Baden	— 3,3	9 952	124	120
Württemberg-Hohenzollern	+ 4,9	10 406	103	108
Saargebiet	+ 4,9	1 924	438	459
Rheinpfalz, Hessen . . .	— 10,9	6 877	215	191
Rheinland, Hessen . . .	— 10,2	13 655	116	104
Französische Zone . . .	— 4,3	42 814	145	139
Brandenburg	+ 5,3	26 930	89	93
Mecklenburg-Vorpommern.	+ 45,3	23 580	63	91
Provinz Sachsen	+ 21,3	24 450	140	170
Thüringen	+ 20,3	15 765	155	187
Land Sachsen	+ 1,1	17 080	321	325
Sowjetische Zone . . .	+ 13,7	107 805	141	161
Bayern	+ 27,7	70 238	100	128
Württemberg-Baden . .	+ 14,8	15 700	202	232
Hessen	+ 16,4	21 119	165	192
Bremen	— 12,7	404	1 393	1 217
Amerikanische Zone . .	+ 20,5	107 461	133	160
Berlin	— 26,7	884	4 908	3 598
Gesamt-Deutschland . .	+ 10,2	356 678	168	185

DOKUMENTATION

. Jahr AUGUST 1947 2. Folge

Text der Kongreßbotschaft Trumans über die Lage im Mittelmeergebiet

Washington am 12. März 1947

Die Fülle der Ereignisse, die in raschem Wechsel die Schlagzeilen der Weltpresse bestimmen, macht es uns unmöglich, die sich vielfach überschneidenden Entwicklungslinien nebeneinander in unseren Archivberichten zu behandeln. Sowohl die durch den Papiermangel bedingte Raumknappheit, wie auch die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung und Materialverarbeitung zwingen uns immer wieder dazu, die Behandlung einzelner Probleme, deren Aktualität an sich außer Zweifel steht, zurückzustellen. Andererseits sind wir uns darüber klar, daß viele unserer Leser großen Wert darauf legen würden, wenigstens die wichtigsten Dokumente im vollen Wortlaut zu besitzen, selbst wenn die zusätzlichen Erläuterungen des Archivberichtes zunächst noch fehlen. Dies veranlaßt uns, nun einen besonderen Teil des Europa-Archivs der reinen D o k u m e n t a t i o n freizuhalten. Wir werden an dieser Stelle in Zukunft aktuelle Dokumente im Wortlaut veröffentlichen, auf die wir dann später in Archivberichten eingehender zurückkommen werden.

err Präsident, Herr Vorsitzender, Mitglieder des Kongresses der Vereinigten Staaten!

Der Ernst der Lage, vor die sich die Welt heute gestellt sieht, achte mein Erscheinen vor einer gemeinsamen Sitzung des ongresses notwendig.

Ein Gebiet der Gegenwartslage, das ich Ihnen heute zur Erigung und Entscheidung vorlegen möchte, betrifft Griechenland .d die Türkei.

Die griechische Regierung hat an die Vereinigten Staaten einen ingenden Ruf nach finanzieller und wirtschaftlicher Unteritzung gerichtet. Die ersten Berichte der jetzt in Griechenland findlichen amerikanischen Wirtschaftsmission und Berichte des nerikanischen Botschafters in Griechenland bestätigen die Erärung der griechischen Regierung, daß Hilfe kommen muß, enn Griechenland als freie Nation weiterbestehen soll.

Ich glaube nicht, daß das amerikanische Volk und der Kongreß n Hilferuf der griechischen Regierung überhören wollen.

Griechenland ist kein reiches Land. Es fehlen ihm die natürchen Hilfsquellen, und das Volk hat immer hart arbeiten müsn, um ein Auskommen zu haben. Seit 1940 hat dieses fleißige, iedliebende Land die Invasion, vier Jahre brutaler Besetzung d erbitterte innere Kämpfe über sich ergehen lassen.

Als die Truppen der Befreier in Griechenland einmarschierten, ißten sie feststellen, daß die Deutschen auf ihrem Rückzuge aktisch alle Eisenbahnlinien, Straßen, Hafenanlagen, Nachrichverbindungen und die Handelsflotte zerstört hatten. Über 1000 örfer waren eingeäschert, 85 Prozent der Kinder waren fast nzlich verschwunden. Die Inflation hatte praktisch alle Ersparse verschluckt.

Das Ergebnis dieser tragischen Zustände war, daß eine kampfstige bewaffnete Minderheit ein politisches Chaos zu schaffen stande war, das bis jetzt die wirtschaftliche Gesundung des ndes unmöglich gemacht hat.

Griechenland hat heute nicht die Mittel, um die Einfuhr der aren zu bezahlen, die für die bloße Existenz unerläßlich sind. ter diesen Umständen kann das griechische Volk keine Fortritte in der Lösung seiner Wiederaufbauprobleme machen. iechenland hat eine wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung rzweifelt nötig, um den Einkauf von Nahrungsmitteln, Kleidung, ennstoffen und Saatgut wiederaufnehmen zu können. Diese Dinge d für die Existenz seines Volkes unentbehrlich und können nur s dem Auslande bezogen werden. Griechenland braucht Hilfe. diese Güter einführen zu können, so daß es die für die wirtaftliche und politische Gesundung des Landes so wichtige inre Ordnung und Sicherheit wiederherstellen kann.

Die griechische Regierung hat ferner um die Unterstützung erikanischer Fachleute im Verwaltungswesen, in Wirtschaft d Technik gebeten, damit die Griechenland gewährte finanzielle d sonstige Hilfe richtig verwendet wird: zur Schaffung einer bilen, selbständigen Wirtschaft und zur Verbesserung der entlichen Verwaltung.

Durch den Terror einiger tausend bewaffneter Männer, die von Kommunisten angeführt werden und der Regierungsautorität an verschiedenen Punkten, besonders längs der Nordgrenzen Trotz bieten, wird der griechische Staat heute in den Grundlagen seiner Existenz bedroht. Zur Zeit untersucht eine vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ernannte Kommission die unruhigen Zustände in Nordgriechenland und angebliche Grenzverletzungen an den Grenzen zwischen Griechenland einerseits und Albanien, Bulgarien und Jugoslawien andererseits.

Inzwischen ist die griechische Regierung unfähig, der Lage Herr zu werden. Die griechische Armee ist klein und schlecht ausgerüstet. Sie braucht Nachschub und Ausrüstung, wenn sie die Autorität der Regierung auf dem gesamten griechischen Staatsgebiet wiederherstellen soll.

Griechenland muß Unterstützung haben, wenn es eine auf eigenen Füßen stehende und auf Selbstachtung begründete Demokratie werden soll.

Die Vereinigten Staaten müssen diese Unterstützung geben. Wir haben Griechenland schon gewisse Hilfsleistungen und wirtschaftliche Unterstützung zukommen lassen. Aber diese sind unzureichend. Es gibt kein anderes Land, an das sich das demokratische Griechenland wenden könnte. Keine andere Nation ist bereit und in der Lage, einer demokratischen griechischen Regierung den notwendigen Rückhalt zu geben.

Die britische Regierung, die Griechenland bisher geholfen hat, kann nach dem 31. März keine weitere finanzielle oder wirtschaftliche Unterstützung mehr leisten. Großbritannien sieht sich genötigt, seine Bindungen in verschiedenen Teilen der Welt, darunter auch in Griechenland, einzuschränken oder aufzulösen. Wir haben überlegt, wie die Vereinten Nationen in dieser Krise einspringen könnten, aber die Lage ist dringend. Es muß sofort etwas geschehen, und die Vereinten Nationen und die ihnen angeschlossenen Organisationen sind nicht in der Lage, eine Unterstützung, wie sie hier erforderlich ist, zu gewähren.

Es muß hervorgehoben werden, daß die griechische Regierung uns gebeten hat, ihr bei der richtigen Anwendung der finanziellen und anderen Unterstützung, die wir ihr gegebenenfalls gewähren, und bei der Verbesserung der öffentlichen Verwaltung zu helfen. Es ist von der größten Bedeutung, daß wir die Verwendung der Griechenland gewährten Mittel überwachen, so daß jeder Dollar, den wir ausgeben, dazu beiträgt, Griechenland auf eigene Füße zu stellen und ein Wirtschaftssystem zu errichten, in dem eine gesunde Demokratie gedeihen kann.

Keine Regierung ist vollkommen. Eine der Haupttugenden der Demokratie ist es jedoch, daß ihre Fehler immer sichtbar sind und im Verlauf demokratischer Vorgänge aufgezeigt und verbessert werden können. Die Regierung Griechenlands ist nicht vollkommen. Dennoch repräsentiert sie 85 Prozent der Mitglieder des griechischen Parlaments, die durch die Wahlen im vergangenen Jahre gewählt wurden. Auswärtige Beobachter, darunter 692 Amerikaner, hatten sich überzeugt, daß diese Wahlen die Ansichten des griechischen Volkes zum Ausdruck brachten.

Die griechische Regierung hat in einer Atmosphäre des Chaos und des Extremismus gewirkt Sie hat auch Fehler gemacht. Wenn wir ihr Unterstützung gewähren, so bedeutet das nicht, daß die Vereinigten Staaten alles, was die griechische Regierung getan hat oder tun wird, für richtig halten und billigen. Wir haben in der Vergangenheit extremistische Maßnahmen der Rechten sowie der Linken verurteilt und verurteilen sie auch heute noch. Wir haben in der Vergangenheit zur Toleranz geraten, und wir raten auch heute noch dazu.

Griechenlands Nachbar, die Türkei, verdient ebenfalls unsere Beachtung. Die Zukunft der Türkei als unabhängiger und wirtschaftlich gesunder Staat ist für die freiheitsliebenden Völker der Welt von keiner geringeren Bedeutung als die Griechenlands. Die Verhältnisse, in die sich die Türkei heute gestellt sieht, sind ziemlich verschieden von denen Griechenlands. Der Türkei sind die Katastrophen erspart geblieben, die Griechenland heimgesucht haben. Und während des Krieges haben die Vereinigten Staaten und Großbritannien der Türkei materielle Hilfe zukommen lassen. Trotzdem braucht die Türkei jetzt unsere Unterstützung.

Seit dem Kriege hat sich die Türkei um zusätzliche finanzielle Hilfe von Großbritannien und den Vereinigten Staaten bemüht, um die für die Aufrechterhaltung ihrer nationalen Integrität notwendige Modernisierung durchführen zu können. Diese Integrität ist wichtig für die Erhaltung der Ordnung im Mittleren Osten.

Die britische Regierung hat uns mitgeteilt, daß sie auf Grund ihrer eigenen Schwierigkeiten der Türkei keine finanzielle oder wirtschaftliche Hilfe mehr gewähren kann. Wenn die Türkei die notwendige Unterstützung haben soll, so muß diese, ebenso wie im Falle Griechenlands, von den Vereinigten Staaten kommen. Wir sind das einzige Land, das Hilfe leisten kann.

Ich bin mir vollkommen bewußt, was es bedeutet, wenn die Vereinigten Staaten Griechenland und der Türkei ihre Unterstützung zukommen lassen, und das möchte ich jetzt mit Ihnen besprechen.

Eins der ersten Ziele der Außenpolitik der Vereinigten Staaten ist es, Bedingungen zu schaffen, unter denen wir und andere Nationen uns ein Leben aufbauen können, das frei von Zwang ist. Das war ein grundlegender Faktor im Krieg gegen Deutschland und Japan. Wir überwanden mit unserem Sieg Länder, die anderen Ländern ihren Willen und ihre Lebensweise aufzwingen wollten.

Um die friedliche, ungezwungene Entwicklung der Nationen sicherzustellen, haben die Vereinigten Staaten sich an führender Stelle an der Errichtung der Vereinten Nationen beteiligt. Die Vereinten Nationen sollen dauernde Freiheit und Unabhängigkeit für alle ihre Mitgliedstaaten ermöglichen. Wir werden unser Ziel jedoch nicht verwirklichen, wenn wir nicht bereit sind, den freien Völkern zu helfen, ihre freien Einrichtungen und ihre nationale Integrität gegenüber aggressiven Bewegungen zu erhalten, die ihnen totalitäre Regimes aufzwingen wollen. Das ist nichts weiter als ein offenes Zugeständnis der Ansicht, daß totalitäre Regimes, die freien Völkern durch direkte oder indirekte Aggression aufgezwungen werden, die Grundlagen des internationalen Friedens und damit die Sicherheit der Vereinigten Staaten untergraben.

In einer Anzahl von Ländern waren den Völkern kürzlich gegen ihren Willen totalitäre Regimes aufgezwungen worden. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat mehrfach gegen Zwang und Einschüchterung bei der Verletzung des Jalta-Abkommens in Polen, Rumänien und Bulgarien protestiert. Und weiter muß ich feststellen, daß in einer Anzahl anderer Staaten ähnliche Entwicklungen stattgefunden haben.

Im gegenwärtigen Abschnitt der Weltgeschichte muß fast jede Nation ihre Wahl in Bezug auf ihre Lebensweise treffen. Nur allzuoft ist es keine freie Wahl.

Die eine Lebensweise gründet sich auf den Willen der Mehrheit und zeichnet sich durch freie Einrichtungen, freie Wahlen, Garantie der individuellen Freiheit, Rede- und Religionsfreiheit und Freiheit vor politischer Unterdrückung aus.

Die zweite Lebensweise gründet sich auf den Willen einer Minderheit, der der Mehrheit aufgezwungen wird. Terror und Unterdrückung, kontrollierte Presse und Rundfunk, fingierte Wahlen und Unterdrückung der persönlichen Freiheiten sind ihre Kennzeichen.

Ich bin der Ansicht, daß es die Politik der Vereinigten Staaten sein muß, die freien Völker zu unterstützen, die sich der Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen widersetzen.

Ich glaube, daß wir den freien Völkern helfen müssen, sich ihr eigenes Geschick nach ihrer eigenen Art zu gestalten.

Ich bin der Ansicht, daß unsere Hilfe in erster Linie in Form wirtschaftlicher und finanzieller Unterstützung gegeben werden sollte, die für eine wirtschaftliche Stabilität und geordnete po[litische] Vorgänge wesentlich ist.

Die Welt steht nicht still, und der Status quo ist nicht hei[lig]. Aber wir können keine Veränderungen im Status quo zulassen, [die] eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen durch Zwan[gs]methoden oder durch vorsichtigere Maßnahmen wie eine politis[che] Durchdringung bedeuten. Wenn wir freien und unabhängigen N[a]tionen helfen, ihre Freiheit zu bewahren, so werden wir damit [die] Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen verwirklichen.

Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen, um zu [er]kennen, daß Existenz und Integrität der griechischen Nati[on] von schwerwiegender Bedeutung im Rahmen einer viel umfass[en]deren Situation sind. Sollte Griechenland der Kontrolle einer [be]waffneten Minderheit unterworfen werden, so würde das sof[ort] schwerwiegende Auswirkungen auf seinen Nachbarn, die Türk[ei] haben. Verwirrung und Unordnung würden sich vielleicht du[rch] den ganzen Mittleren Osten verbreiten.

Überdies würde das Verschwinden eines unabhängigen griec[hi]schen Staates tiefgreifende Auswirkungen auf alle diejenigen Lä[n]der Europas haben, deren Völker für die Erhaltung ihrer Freih[eit] und Unabhängigkeit gegen große Schwierigkeiten ankämpfen, wä[h]rend sie gleichzeitig mit der Beseitigung der Kriegsschäden zu t[un] haben.

Es wäre eine unbeschreibliche Tragödie, wenn diese Länder, [die] so lange gegen eine Übermacht angekämpft haben, verlieren so[ll]ten. Der Zusammenbruch freier Einrichtungen und der Verl[ust] der Unabhängigkeit wären nicht nur für sie, sondern für die ga[nze] Welt verheerend. Entmutigung und möglicherweise Fehlschlä[ge] würden bald die Nachbarvölker in ihrem Kampf für die Erhaltu[ng] von Freiheit und Unabhängigkeit treffen.

Sollten wir der Türkei und Griechenland in dieser entscheide[n]den Stunde unsere Hilfe versagen, so werden sich die Auswirku[n]gen ebenso weit nach dem Westen wie nach dem Osten erstreck[en]. Wir müssen sofort mit Entschiedenheit handeln.

Ich bitte daher den Kongreß, eine Unterstützung an Griech[en]land und die Türkei in Höhe von 400 Millionen Dollar für die Z[eit] bis zum 30. Juni 1948 zu gewähren. Bei der Anforderung die[ser] Mittel ziehe ich das Maximum an Notstandshilfe in Rechnu[ng], das Griechenland von den 350 Millionen Dollar zukommen wür[de], die ich kürzlich vom Kongreß zur Verhinderung von Hungersn[ot] und Leiden in den vom Krieg verwüsteten Ländern forderte.

Abgesehen von der Bewilligung von Geldmitteln bitte ich d[en] Kongreß, die Entsendung von zivilen und militärischen Fachkr[äf]ten nach Griechenland und der Türkei auf Ersuchen dieser bei[den] Länder zu genehmigen, damit sie den Wiederaufbau fördern [und] die Auswertung der geleisteten finanziellen und materiellen Un[ter]stützung überwachen können. Weiter empfehle ich, die Unterw[ei]sung und Ausbildung ausgewählten griechischen und türkisch[en] Personals zu genehmigen.

Schließlich bitte ich den Kongreß, durch ausdrückliche Besti[m]mung der notwendigen Vorräte und Ausrüstungsgegenstände V[oll]macht für eine möglichst beschleunigte und wirkungsvolle V[er]wendung der zu gewährenden Mittel zu erteilen.

Falls weitere Mittel oder weitere Vollmachten für die in die[ser] Botschaft angedeuteten Zwecke notwendig werden sollten, we[rde] ich nicht zögern, dem Kongreß die Sachlage vorzutragen. In [die]ser Sache müssen der exekutive und der legislative Zweig [der] Regierung zusammenarbeiten.

Wir lassen uns hier auf eine ernste Sache ein, und ich wü[rde] nicht dazu raten, wenn nicht die Alternative noch viel erns[ter] wäre.

Die Vereinigten Staaten haben einen Beitrag von 341 Milliard[en] Dollar geleistet, um den zweiten Weltkrieg zu gewinnen. Di[ese] Summe ist eine Kapitalanlage in Weltfreiheit und Weltfried[en].

Der Beistand, den ich für Griechenland und die Türkei em[p]fehle, beträgt wenig mehr als ein Zehntel von einem Proz[ent] dieser Kapitalanlage. Wir würden nur unserm gesunden Verst[and] folgen, wenn wir dafür sorgen, daß diese Kapitalanlage ni[cht] vergeblich war.

Die Saat der totalitären Regimes gedeiht in Elend und Mang[el]. Sie verbreitet sich und wächst in dem schlechten Boden v[on] Armut und Kampf. Sie wächst sich vollends aus, wenn in ein[em] Volk die Hoffnung auf ein besseres Leben ganz erstirbt Wir mü[s]sen diese Hoffnung am Leben erhalten. Die freien Völker d[er] Erde blicken auf uns und erwarten, daß wir sie in der Erhaltu[ng] der Freiheit unterstützen.

Wenn wir in unserer Führung zögern, können wir den Fried[en] der Welt gefährden und werden mit Sicherheit die Wohlfa[hrt] unserer Nation gefährden.

Die schnelle Entwicklung der Ereignisse hat uns große Vera[nt]wortung auferlegt. Ich bin gewiß, daß sich der Kongreß die[ser] Verantwortung nicht entziehen wird.

Vorschläge Marshalls zur amerikanischen Hilfeleistung für die europäischen Länder

Text der Rede vom 5. Juni 1947 an der Harvard-Universität

Ich brauche Ihnen, meine Herren, nicht zu erzählen, daß die Veltlage sehr ernst ist. Das ist allen intelligenten Menschen offenır. Eine der Schwierigkeiten liegt meiner Ansicht nach darin, ıß das Problem so ungeheuer verwickelt ist, so daß es bei der oßen Menge von Tatsachenmaterial, das der Öffentlichkeit ırch Presse und Rundfunk geboten wird, für den Mann auf der raße überaus schwierig wird, zu einer klaren Beurteilung der age zu kommen. Außerdem sind die Menschen hier fern von den otgebieten der Erde, und es ist für sie nicht leicht, sich eine orstellung von der Notlage und den sich daraus ergebenden eaktionen der leidenden Völker oder von der Auswirkung dieser eaktionen auf die Regierungen im Zusammenhang mit unseren riedensbemühungen zu machen.

Bei unseren Erwägungen über die Bedürfnisse Europas für den Viederaufbau wurden die Menschenverluste, die sichtbare Zerstörung der Städte, Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen richtig inkalkuliert, aber es hat sich in den letzten Monaten herausgeellt, daß diese sichtbare Zerstörung wahrscheinlich weniger hwerwiegend ist als die Tatsache, daß das gesamte europäische Virtschaftssystem aus den Angeln gehoben wurde. Zehn Jahre ng haben höchst anormale Zustände geherrscht. Die fieberhaften riegsvorbereitungen und die noch fieberhaftere Aufrechterhaltung er Kriegsanstrengungen haben alle Gebiete der Volkswirtschaft in itleidenschaft gezogen. Der Maschinenbestand verfiel oder vertete. Unter der willkürlichen und zerstörungswütigen Naziherrhaft wurde praktisch jeder geeignete Betrieb in die deutsche riegsmaschine eingespannt. Alte Handelsverbindungen, private inrichtungen, Banken, Schiffahrtsgesellschaften und Versicheungsgesellschaften verschwanden durch Kapitalverlust, Verstaatchung oder einfach durch Vernichtung. In vielen Ländern ist as Vertrauen in die Währung stark erschüttert. Das Geschäftsben in Europa hat während des Krieges einen vollkommenen usammenbruch erlitten.

In dem Erholungsprozeß ist dadurch eine schwerwiegende Verögerung eingetreten, daß man sich zwei Jahre nach Einstellung er Feindseligkeiten noch immer nicht auf eine Friedensregelung ıit Deutschland und Österreich geeinigt hat. Aber selbst bei einer chnelleren Lösung dieser schwierigen Probleme würde die Geundung der europäischen Wirtschaftsstruktur ganz offensichtlich ine sehr viel längere Zeitspanne und viel größere Anstrengungen ordern, als man anfangs angenommen hatte.

Diese Angelegenheit hat eine interessante und zugleich ernste eite. Der Bauer hat schon immer Nahrungsmittel zum Tausch egen andere lebenswichtige Güter für den Städter produziert. Diese rbeitsteilung ist die Grundlage der modernen Zivilisation. Im ugenblick steht sie vor dem Zusammenbruch. Die städtischen ndustrien bringen keine ausreichende Warenmenge zum Tausch egen die Nahrungsmittel der Landbevölkerung hervor. Rohmateialien und Brennstoffe sind knapp. Die Maschinen sind abgenutzt der fehlen ganz. Der Landwirt oder Bauer kann die Waren nicht nden, die er kaufen möchte. Darum erscheint ihm der Verkauf einer landwirtschaftlichen Produkte gegen Geld, das er nicht gerauchen kann, als ein wenig einträgliches Geschäft. Er hat daher iele Felder dem Getreideanbau entzogen und benutzt sie als Viehweiden. Er verfüttert mehr Korn an das Vieh und hat für ich und seine Familie genug zu essen, wie knapp er auch an Kleidung und anderen Gaben der Zivilisation sein mag.

Inzwischen leidet die Stadtbevölkerung unter dem Mangel an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. Die Regierungen sind also gezwungen, ihre Devisen und ausländischen Kredite zum Einkauf dieser lebensnotwendigen Dinge aus dem Auslande zu benutzen. Durch diesen Vorgang werden die Geldmittel erschöpft, die für den Wiederaufbau dringend benötigt werden und so entwickelt ich sehr bald eine ernste Lage, die der Welt nicht viel Gutes verheißt. Das moderne System der Arbeitsteilung, auf das sich der Warenaustausch gründet, steht vor dem Zusammenbruch.

In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern — hauptsächlich aus Amerika — während der nächsten drei oder vier Jahre um so viel höher liegt als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfsleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll.

Die Lösung liegt in einer Durchbrechung des Circulus vitiosus und in der Wiederherstellung des Vertrauens bei den europäischen Völkern auf die wirtschaftliche Zukunft ihrer Länder und ganz Europas. Der Fabrikant und der Landwirt in weiten Gebieten müssen gewillt und in der Lage sein, ihre Produkte für eine Währung in Tausch zu geben, deren fester Wert außer Zweifel steht. Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß.

Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß eine solche Unterstützung nicht nach und nach entsprechend der jeweiligen Entwicklung von Krisen geleistet werden darf. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten in Zukunft Hilfsleistungen gewährt, so sollten diese eine Heilungskur und nicht nur ein Linderungsmittel darstellen. Jeder Regierung, die bereit ist, beim Wiederaufbau zu helfen, wird die volle Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten gewährt werden, dessen bin ich sicher. Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten. Darüber hinaus werden alle Regierungen, politischen Parteien oder Gruppen, die es darauf abgesehen haben, das menschliche Elend zu einem Dauerzustand zu machen, um in politischer oder anderer Hinsicht Nutzen daraus zu ziehen, auf den Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen.

Eines ist schon jetzt klar: bevor die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen zur Besserung der Lage fortsetzen und zum Gesundungsprozeß der europäischen Welt beitragen können, müssen die Länder Europas untereinander zu einer Einigung darüber kommen, was die gegenwärtige Lage am dringendsten erfordert und inwieweit die Länder Europas selbst dazu beitragen können, eine volle Auswertung der Maßnahmen unserer Regierung zu erzielen.

Es wäre weder angebracht noch zweckmäßig, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von sich aus ein Programm entwerfen würde, um die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas durchzuführen. Das ist Sache der Europäer selbst. Die Initiative muß von Europa ausgehen, meine ich. Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern und später dieses Programm zu unterstützen, soweit das für uns praktisch ist. Es sollte ein gemeinsames Programm entworfen werden, hinter dem, wenn nicht alle, so doch eine Anzahl von europäischen Nationen stehen.

Wesentlich für den Erfolg einer Maßnahme seitens der Vereinigten Staaten ist das Verständnis des amerikanischen Volks für die Natur des Problems selbst und der anzuwendenden Heilmittel. Politische Leidenschaften und Vorurteile müssen ganz ausgeschaltet werden. Mit der nötigen Voraussicht und Bereitwilligkeit seitens unseres Volkes, die ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen, die die Geschichte unserem Lande auferlegt hat, können und sollen die geschilderten Schwierigkeiten gemeistert werden.

Molotows Schlußworte auf der Pariser Konferenz über europäische Wirtschaftsplanung

am 2. Juli 1947

Die Sowjetdelegation hat sorgfältig den von der französischen Delegation am 1. Juli gemachten Vorschlag geprüft. Ebenso wie der vorher von der britischen Delegation unterbreitete Vorschlag, sieht das französische Projekt die Aufgabe der Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms für ganz Europa vor, obwohl, wie bekannt ist, die meisten der europäischen Länder bis jetzt noch kein eigenes nationales Wirtschaftsprogramm besitzen. Es wird vorgeschlagen, eine Spezialorganisation zur Ausarbeitung eines solchen allumfassenden europäischen Programms zu bilden und diese Organisation zu beauftragen, die Hilfsquellen und Erfordernisse der europäischen Staaten festzustellen, ja sogar die Entwicklung der Schlüsselindustrien in diesen Ländern festzulegen und erst danach die Möglichkeit der Erlangung einer Wirtschaftshilfe von den Vereinigten Staaten zu ermitteln.

Damit ist die Frage der amerikanischen Wirtschaftshilfe, über die außerdem bis jetzt noch nichts bekannt ist, für die britische und die französische Regierung zum Vorwand geworden, auf der Schaffung einer neuen Organisation zu bestehen, welche über den europäischen Ländern steht, sich in die inneren Angelegenheiten dieser Länder einmischt und sogar die Anweisungen für die Entwicklung der Schlüsselindustrien in diesen Ländern festlegt. Außerdem erheben Großbritannien und Frankreich zusammen mit den ihnen eng verbundenen Ländern Anspruch auf beherrschende Positionen in dieser Organisation oder, wie es in dem britischen Plan heißt, in dem sogenannten „Lenkungsausschuß" für Europa.

Nun werden zwar mündliche Vorbehalte gemacht, nach welchen sich diese Organisation angeblich nicht in die inneren Angelegenheiten der in Frage kommenden Staaten einmischen oder ihre Souveränität verletzen will, es geht aber aus den Aufgaben, die dieser Organisation oder dem „Lenkungsausschuß" gestellt werden, völlig klar hervor, daß die europäischen Länder unter Kontrolle gestellt werden und ihre frühere wirtschaftliche und nationale Unabhängigkeit im Interesse einiger starker Mächte verlieren. Jedenfalls wird jetzt vorgeschlagen, die Möglichkeit der Erlangung eines amerikanischen Kredits durch ein Land von dessen Gehorsam gegenüber der obenerwähnten Organisation und ihrem „Lenkungsausschuß" abhängig zu machen.

Wozu kann dies führen?

Heute kann ein Druck auf Polen ausgeübt werden, mehr Kohlen zu produzieren, und sei es auf Kosten anderer polnischer Industrien, die eingeschränkt werden würden, weil irgendwelche europäischen Länder hieran interessiert sind. Morgen werden sie sagen, die Tschechoslowakei solle aufgefordert werden, ihre landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen und ihren Maschinenbau einzuschränken, um Maschinen von anderen europäischen Ländern zu erhalten, welche ihre Waren zu möglichst hohen Preisen zu verkaufen wünschen, oder, wie die Zeitungen kürzlich schrieben, Norwegen wird gezwungen werden, seine Stahlindustrie nicht weiterzuentwickeln, da dies gewissen ausländischen Stahlverbänden besser passen würde, und so weiter. Was wird von der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Souveränität solcher europäischer Länder übrigbleiben? Wie können unter solchen Umständen die kleinen Länder und die schwächeren Staaten ihre nationale Wirtschaft und die Unabhängigkeit ihres Staates sichern?

Die Sowjetregierung kann selbstverständlich diesen Weg nicht einschlagen. Sie hält sich auch jetzt an ihre Vorschläge, die sie auf dieser Konferenz am 30. Juni unterbreitete. Die Sowjetregierung teilt auch nicht die Illusionen über die Unterstützung aus dem Ausland, die in dem letzten französischen Projekt enthalten waren.

Wenn Anstrengungen gemacht werden, damit sich Europa in erster Linie selbst helfe und sein eigenes Wirtschaftspotential und den Warenaustausch zwischen den Ländern entwickele, dann liegt dies im Interesse der europäischen Länder. Wenn jedoch gesagt wird — wie es in dem französischen Vorschlag geschieht —, daß die entscheidende Rolle im Wiederaufbau des Wirtschaftslebens der europäischen Länder von den Vereinigten Staaten von Amerika und nicht von den europäischen Ländern selbst übernommen werden sollte, dann steht eine solche Politik im Gegensatz zu den Interessen der europäischen Länder, weil dies zur Beseitigung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit führen könnte, was mit der Wahrung der nationalen Souveränität unvereinbar wäre.

Die Sowjetdelegation ist der Ansicht, daß die internen Maßnahmen und nationalen Bemühungen jedes Landes von entscheidender Bedeutung für die europäischen Länder sein sollten und nicht Hoffnungen auf Unterstützung aus dem Ausland, die nur von untergeordneter Bedeutung sein dürften. Selbst unter höchst schwierigen Umständen rechnete die Sowjet-Union in erster Linie immer mit ihrer eigenen Stärke, und es ist bekannt, daß sie auf dem Wege einer stetigen Entwicklung ihres Wirtschaftslebens voranschreitet.

Es gibt zwei Arten einer internationalen Zusammenarbeit.

Die eine Art der Zusammenarbeit beruht auf der Entwicklung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten, wenn ihre nationale Souveränität nicht durch äußere Einmischung gefährdet wird. Dies ist die demokratische Grundlage der internationalen Zusammenarbeit, welche die Nationen enger miteinander verbindet und die gegenseitige Hilfe für sie erleichtert. Es gibt jedoch noch eine andere Art einer internationalen Zusammenarbeit, die auf der Vorherrschaft einer oder mehrerer starker Mächte gegenüber anderen Ländern beruht, welche sich in der Lage einer Art untergeordneter, ihrer Unabhängigkeit beraubter Staaten befinden. Es ist ganz offensichtlich, daß die erste Art der Zusammenarbeit unter den Staaten sich grundsätzlich von der zweiten Art der internationalen Zusammenarbeit unterscheidet, in welcher dieses Prinzip nicht beobachtet wird.

Während die Sowjetregierung die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung gegenüber den Interessen der vertraglich gebundenen Länder befürwortet, kann sie jedoch nicht dabei helfen, die eigenen Angelegenheiten auf Kosten anderer zu regeln, also auf Kosten schwächerer oder kleiner Staaten, da dies mit einer normalen Zusammenarbeit unter den Staaten nichts gemein hat. Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß der anglo-französische Plan der Bildung einer Spezialorganisation für die Koordinierung der Wirtschaften der europäischen Staaten zu einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten der europäischen Staaten führt, besonders derjenigen, die eine Hilfe von außen besonders benötigen, und daß dies die Beziehungen unter den Staaten Europas nur komplizieren und die Zusammenarbeit unter ihnen schwierig machen würde. Die Sowjetregierung lehnt daher diesen Plan ab, da er unbefriedigend ist und keine positiven Ergebnisse zeitigen kann.

Andererseits befürwortet die Sowjet-Union eine ausgedehnte Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den europäischen Ländern auf der gesunden Grundlage der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung der nationalen Interessen. Die Sowjet-Union hat dazu stets durch die Ausweitung der Handelsbeziehungen zu anderen Ländern beigetragen und wird dies auch weiterhin tun.

Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß die französisch-britischen Vorschläge die Frage Deutschlands und seiner Hilfsquellen aufwarfen. Es wird vorgeschlagen, daß die obenerwähnte Organisation oder der „Lenkungsausschuß" sich auch mit der Ausnutzung der deutschen Hilfsquellen trotz der Tatsache befaßt, daß, wie jedermann weiß, die gerechten Ansprüche derjenigen Länder auf Reparationen unbefriedigt bleiben, die unter der deutschen Aggression gelitten haben. Infolgedessen wird für die Länder, welche während des Krieges die größten Opfer brachten und den bedeutendsten Anteil zum Siege der Alliierten beitrugen, nicht nur kein besonderes Interesse gezeigt, sondern es wird sogar vorgeschlagen, auf ihre Kosten die deutschen Hilfsquellen zu anderen Zwecken, jedoch nicht für Reparationen zu verwenden.

Andererseits wird nichts getan, um die Bildung einer allgemei-
n deutschen Regierung zu beschleunigen, die besser als irgend
nand anders für die Erfordernisse des deutschen Volkes sorgen
nnte. Im Gegenteil, in den Westzonen Deutschlands wird die
litik der Föderalisierung Deutschlands und die Politik der
chsenden Isolierung des westdeutschen Gebietes von dem übri-
n Deutschland fortgesetzt, was mit der tatsächlichen Wieder-
rstellung Deutschlands als eines einheitlichen demokratischen
aates und Mitglieds der Familie der friedliebenden Staaten
ropas unvereinbar ist.

Wohin würde die Verwirklichung des französisch-britischen
rschlages über die Schaffung einer Spezialorganisation oder
es „Lenkungsausschusses" zur Ausarbeitung eines allumfassen-
n europäischen Wirtschaftsprogramms führen? Die Durchfüh-
ng dieses Vorschlages würde zu nichts Gutem führen. Das Er-
onis hiervon wäre, daß Großbritannien, Frankreich und eine Gruppe von Ländern, die ihnen folgen, sich von den anderen europäischen Staaten isolieren würden und daß sie Europa in zwei Staatengruppen aufteilen und dadurch neue Schwierigkeiten in den Beziehungen unter ihnen verursachen würden. In diesem Falle würden die amerikanischen Kredite nicht dem Ziele des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Europas dienen, sondern dem Ziel, einige europäische Länder gegen andere europäische Länder auszuspielen, wie es einige starke, die Vorherrschaft anstrebende Mächte in ihrem Interesse wünschen.

Die Sowjetregierung hält es für notwendig, die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs vor den Folgen von Maßnahmen zu warnen, die nicht die Vereinheitlichung der Bemühungen der europäischen Länder für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege bezwecken, sondern zu ganz anderen Ergebnissen führen, die mit den wahren Interessen der Völker Europas nichts gemein haben.

Zwei Dokumente zur Aussiedlung der Deutschen aus Polen

Plan zur Überführung der deutschen Bevölkerung aus Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Polen in die vier Besatzungszonen Deutschlands

Der Pressedienst der polnischen Militärmission in Berlin
röffentlichte am 26. Juni 1947 als Sonderbeilage Nr. 53
s am 17. November 1945 abgefaßte Protokoll des Alliier-
n Sekretariats beim Kontrollrat:

1. Auf der 21 Sitzung vom 16. November 1945 wurde durch das
isoners of War and Displaced Persons Directorate dem Koordi-
rungskomitee der anliegende Plan zur Annahme unterbreitet.

2. Das Koordinierungskomitee nahm den Plan an und entschied,
ß er zur abschließenden Gutheißung an den Kontrollrat weiter-
eitet werde.

3. Während der Besprechungen über diesen Plan in der 21. Sitzung
s Koordinierungskomitees wurde mit Genugtuung festgestellt, daß
n allen Vertretern bei der Formulierung dieses Plans im *Prisoners
War and Displaced Persons Directorate* ein besonders augenfäl-
er Geist der Zusammenarbeit zur Schau getragen wurde.

4. Das Sowjetmitglied stellte fest, seine Delegation habe diesen
an schweren Herzens angenommen, aber gleichzeitig garantiere
dafür, daß es seiner Verantwortlichkeit für die Durchführung des
anes nachkommen werde.

5. Das französische Mitglied des Koordinierungskomitees dankte
nen britischen amerikanischen und dem Kollegen der Sowjet-
nion für das Verständnis, welches sie bei der Aufstellung dieses
anes der französischen Zone gegenüber bewiesen hatten.

Das Protokoll trägt für das *Alliierte Sekretariat* die Un-
schriften des ersten Sekretärs *Kudriawtsew,* des Obersten
rhardt, des Brigadiers *Grazebrook* und des Herrn *Calvy.*

Die in dem vorgenannten Protokoll erwähnte Anlage hat
lgenden Wortlaut:

Bei der Ausarbeitung des vorläufigen Plans für die Überführung
n Bevölkerungsteilen DPOW/P (45) 15, der von dem Koordinie-
ngskomitee auf seiner 16. Sitzung, CORC/M (45) 16 bestätigt
irde, und in Übereinstimmung mit den Direktiven des Koordi-
rungskomitees hinsichtlich dieser Frage (Beschluß 219) schlägt
isoners of War and Displaced Persons Directorate folgenden Plan
Richtlinie für die Überführung der deutschen Bevölkerung vor.

1. Die gesamte aus Polen auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3,5 Millionen Personen) wird in der sowjetischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen.

2. Die gesamte aus der Tschechoslowakei, Österreich und Ungarn auszusiedelnde deutsche Bevölkerung (3 150 000 Personen) wird in der amerikanischen, französischen und sowjetischen Besatzungszone Deutschlands zugelassen.

3. a) Diese Bevölkerung wird versuchsweise (vorläufig) wie folgt auf die Zonen verteilt werden:

(a)	in die Sowjetzone aus Polen	2,00 Millionen
	in die Sowjetzone aus der Tschechoslowakei	0,75 „
(b)	in die britische Zone aus Polen	1,50 „
(c)	in die amerikanische Zone aus der Tschechoslowakei	1,75 „
	in die amerikanische Zone aus Ungarn	0,50 „
(d)	in die französische Zone aus Österreich	150 000 Personen.

b) Die französische Zone wird mit der Aufnahme erst nach dem 15. April 1946 beginnen. Inzwischen wird die französische Zone nach Beendigung des Kopfaustauschs deutscher Flüchtlinge nach wie vor etwa 250 000 Flüchtlinge aus der US-Zone aufnehmen, welche früher in der französischen Zone wohnhaft waren.

4. Es wird für möglich gehalten, sofort nach Bestätigung dieses Planes mit der Zulassung von Bevölkerungsteilen der obengenannten Länder in Übereinstimmung mit nachstehender Übersicht zu beginnen:

während Dezember 1945	10	Prozent der Gesamtzahl
„ Januar/Februar 1946	5	„ „ „
„ März 1946	15	„ „ „
„ April 1946	15	„ „ „
„ Mai 1946	20	„ „ „
„ Juni 1946	20	„ „ „
„ Juli 1947	10	„ „ „

Je nach der Wetter- oder der Transportlage oder sobald mehr Einzelheiten bezüglich der zu überführenden Personenzahl vorliegen, können Veränderungen vorgenommen werden. Die britische Zone wird mit der Aufnahme der obigen Flüchtlinge in ihre Zone beginnen, sobald das Maß des gegenwärtigen Kopftauschs es gestattet Das betreffende Datum wird nach Übereinkunft zwischen den Leitern der sowjetischen beziehungsweise britischen Kriegsgefangenen- und Verschlepptenabteilungen festgelegt werden.

5 Die Ausführung dieses Plans darf nicht mit der Durchführung des früher getroffenen Abkommens bezüglich des Kopfaustauschs deutscher Flüchtlinge zwischen den einzelnen Zonen kollidieren.

6. Sofort nach Akzeptierung dieses Planes sollen die Regierungen der Tschechoslowakei und Polens sowie die Kontrollkommissionen in Österreich und Ungarn von den darin enthaltenen Einzelheiten informiert werden.

Abkommen zwischen dem britischen und polnischen Vertreter beim Combined Repatriation Executi (Gemeinsames Repatriierungsamt) über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen la Abmachung zwischen der britischen Rhein-Armee und den polnischen Behörden

Am 14. Februar 1946 wurde zwischen Oberstleutnant *Carroll,* dem britischen Vertreter im *Combined Repatriation Executive (CRX)* und Comdr. *Konarski* als dem polnischen Vertreter bei der CRX nachstehendes Abkommen getroffen:

1. *Allgemein gültige Bedingung*

   Beide Parteien vereinbaren, daß die Aussiedlung und Überführung der Deutschen aus ihren Heimstätten in Polen und ihre Wiederansiedlung in der britischen Zone in humaner und ordentlicher Weise durchgeführt werden.

2. *Beförderung*

   Als Beförderungsmittel sind die Eisenbahn bei Benutzung polnischen und/oder sowjetischen rollenden Materials und Dampfer vorgesehen Die Transportrouten im Norden sind:

   Route A von Szczecin nach Lübeck über See bei einem Tagestransport von etwa 1000 Personen. Falls der Hafen von Szczecin geschlossen werden muß, werden bei entsprechender Verminderung der Transportiertenzahl wegen der längeren Reisedauer Gdansk oder Gdynia benutzt werden. Vorherige Benachrichtigung über einen derartigen Wechsel wird gegeben

   Route B von Szczecin nach Bad Segeberg über Lübeck per Bahn, etwa 1500 Personen täglich.

   Im Süden sind folgende Routen vorgesehen:

   Route C von Kalawsk (Kohlfurt) nach Mariental und Alversdorf über Helmstedt per Bahn, 3000 Personen pro Tag (in 2 Zügen)

   Route D. Es ist zu hoffen, daß später weitere 2500 Personen täglich von Kalawsk nach Friedland transportiert werden können.

   Anmerkung Die sowjetischen Behörden bringen nach wie vor deutsche Flüchtlinge nur durch den Aufnahmepunkt Friedland, der britisch ist. Sobald keine weiteren Flüchtlinge mehr durch Friedland kommen, was in Kürze der Fall sein wird, werden die sowjetischen Behörden die Benutzung dieser südlichen Route für aus Polen Ausgesiedelte gestatten. Die tägliche Anzahl darf 2500 Personen nicht überschreiten. Das sowjetische und polnische rollende Material und die Lokomotiven laufen bis zu den obengenannten Stationen durch. Die Anzahl der Beförderten, wie weiter oben angeführt, unterliegt den allgemeinen Bedingungen laut Absatz 4 der Anlage zum Protokoll des *Alliierten Sekretariats* vom 17. November 1945*).

3. *Datum des Beginns der Aussiedlung aus Polen*

   Route A Szczecin—Lübeck über See: liegt noch nicht fest;
   Route B Szczecin—Bad Segeberg per Bahn: 20. Februar 1946;
   Route C Kalawsk—Mariental und Kalawsk—Alversdorf: 20. Februar 1946;
   Route D Kalawsk—Friedland: liegt noch nicht fest.

4. *Aufnahme-Formalitäten*

   Die Ausgesiedelten werden an der Grenze zwischen Polen und der sowjetischen Okkupationszone von Deutschland durch britische Behörden übernommen, und zu diesem Zwecke werden in Szczecin und Kalawsk britische Repatriierungsstellen eingerichtet. Unter der Voraussetzung, daß sowohl die Insassen eines Zuges als auch die Passagiere eines Schiffes durch die britischen Repatriierungsstellen auf polnischem Gebiet inspiziert und übernommen wurden, werden sie durch die Behörden der britischen Zone ohne weiteres zugelassen. Dadurch soll gewährleistet werden, daß keine Transporte in die sowjetische Besatzungszone zurückgeleitet werden. Jede britische Repatriierungsstelle wird sich aus etwa drei Offizieren und drei Mann (einschließlich Sanitätspersonal) und einem Dolmetscher zusammensetzen. Die polnischen Behörden erklären sich damit einverstanden, den Mitgliedern der Repatriierungsstellen Unterbringung und Verpflegung zur Verfügung zu stellen; die britischen Behörden müssen für Autos und Benzin sorgen, während die sowjetischen Behörden die betreffenden Genehmigungen und Durchfahrterleichterungen für die britischen Repatriierungsstellen auf ihrer Reise nach Szczecin und Kalawsk schaffen werden.

5. *Desinfizierung*

   Im Beisein der Beamten der britischen Repatriierungsstel der Orte Szczecin und Kalawsk werden alle Ausgesiedelten DDT behandelt. Dies bedeutet, daß die in Szczecin und K lawsk einlaufenden Züge etwa drei Stunden Aufenthalt hab Die britischen Behörden werden den polnischen Behörden Berlin sofort drei Tonnen DDT zur Verfügung stellen, und polnischen Behörden übernehmen die weitere Beförderung d ses Mittels nach Polen. Weitere Lieferungen von DDT werd durch die britischen Behörden zur Verfügung gestellt und na Beginn der Transportaktion in leeren Zügen von Helmst und Lübeck aus nach Polen befördert.

6. *Bewachung der Züge*

   Die polnischen Behörden stellen Wachen von ungefähr ze Mann pro Zug zur Verfügung. Sie werden von den polnisch Behörden für die Hin- und Rückreise mit Verpflegung verseh und die britischen Behörden erklären sich damit einverstand für die Wachen in der britischen Zone Übernachtungsmöglic keiten zur Verfügung zu stellen.

7. *Fahrpläne*

   Es würde die weitere Verteilung der Ankommenden innerh der britischen Zone bedeutend erleichtern, wenn alle Züge Polen an den Übernahmepunkten in der britischen Zone 12 Uhr mittags ankommen Die sowjetischen Behörden wer es sich angelegen sein lassen, diesen Erfordernissen zu sprechen.

8. *Gepäck*

   Den Ausgesiedelten wird gestattet, so viel von ihrem eigen Gepäck mitzunehmen, wie sie in ihren Händen tragen könn einschließlich Bettzeug und Küchengeräte.

9. *Geldbetrag*

   Den Ausgesiedelten wird gestattet, höchstens 500 Reichsm pro Person mitzunehmen. In die britische Zone darf nur Reic markwährung eingeführt werden.

10. *Verpflegung*

    Schiffsroute Szczecin—Lübeck: Die polnischen Behörden liefe Rationen für zwei Tage zuzüglich Reserve für einen Tag die Reise nach Lübeck. Auf der Bahnfahrt von Szczecin na Bad Segeberg nimmt jeder Zug Verpflegung für zwei Tage z züglich Reserve für einen Tag mit. Auf der Bahnfahrt von K lawsk nach Mariental, Alversdorf und Friedland verläßt jed Zug Kalawsk mit einer Drei-Tage-Ration zuzüglich Reserve f einen Tag. Alle unverbrauchte Verpflegung wird im Bestim mungsort in der britischen Zone ausgeladen.

11. *Ärztliche und andere Fürsorge*

    a) Die ersten Transporte werden sich auf Aussiedler beschrä ken, die vollkommen gesund sind, und es wird niemand de Transport zugewiesen, der sofort nach Ankunft in der br tischen Zone Aufnahme in einem Krankenhaus finden müßt Die polnischen Behörden werden CRX so viel Einzelheiten w möglich über solche Kranke geben, die krankenhausbedürft sind. CRX wird sich sofort mit der britischen Zone in Verbi dung setzen, um festzustellen, wann diese Personen übernom men werden können. Das gleiche bezieht sich auf Waisen u Insassen von Irrenhäusern und Gefängnissen.
    b) Schwangere werden innerhalb sechs Wochen vor und sec Wochen nach Entbindung nicht transportiert.
    c) Familien werden nicht auseinandergerissen. Im Krankheit falle kommen Familien erst dann zum Transport, wenn al Mitglieder zusammen reisen können.

12. *Ausweise*

    Jeder Ausgesiedelte muß im Besitz seiner eigenen Auswei papiere sein Jedem Zug wird zusammen mit dem Fahrbefe eine Namensliste übergeben, auf der ein Vermerk enthalten is daß alle Insassen des Zuges frei von ansteckenden Krankheite sind.

*) Vergleiche oben Seite 823, Punkt 4.

KULTUR-ARCHIV

?. Jahr AUGUST 1947 2. Folge

Die bildende Kunst in Deutschland

Zur Problematik der sozialen Basis

von Hans Eckstein

Wiedergewonnene Freiheit

Die Jahre einer in ihren Zielen und Methoden zunächst och schwankenden, dann immer konsequenter und rigoroser eworden Unterdrückung freien Kunstschaffens, im besoneren der öffentlichen Darbietung von Kunstwerken, sind orüber. Seitdem mit dem totalen Staat auch die Diktatur iner kulturpolitischen Bürokratie zusammengebrochen ist, :heint die Bahn wieder frei für die ungehinderte eigenesetzliche Entfaltung des Künstlers und seines Schaffens.

Seit Ende 1945 werden in großer Zahl Ausstellungen vernstaltet, soweit in den zerstörten Städten Räume zur Verügung stehen. Orte. die vordem niemals auch nur eine be:heidene Rolle im deutschen Kunstleben gespielt hatten, leine Landstädte haben die ersten Ausstellungen gezeigt. n den Großstädten fehlten zunächst noch die Räumlicheiten, die Arbeiten zur Wiederherstellung früherer Ausellungslokale schritten nur langsam fort. So konnten vielich erst gegen Ende des vergangenen Jahres auch die ehealigen Kunstzentren umfangreichere Darbietungen ermögchen oder sie können es gar erst seit diesem Jahr. Aber eben ihnen sind die kleineren Städte aktiv geblieben. Augsurg, das Ende 1945 den ersten Überblick über die moderne Iünchener Malerei mit Karl *Caspar* und seiner Schule, dem eitdem stark hervorgetretenen und viel beachteten Ernst *eitlinger* und anderen gab, brachte zu Anfang dieses Jahes eine Schau süddeutscher „abstrakter" Malerei und plant veitere Unternehmungen. Tübingen führte 1946 das gemalte Verk von *Dix* bis zu den neuesten Bildern und Skulpturen on Jakob Wilhelm *Fehrle* neben Bildern von Max *Ackerıann*, Kurt Georg *Becker* und Erich *Heckel* vor, ließ im Herbst darauf eine bunte Auslese von Kunstwerken vom eunten Jahrhundert bis zu *Liebermann* und van *Gogh* aus ölner und Stuttgarter Museen folgen und bietet jetzt wieer einen sehr umfassenden Überblick über die Skulptur, Ialerei und Graphik der letzten Jahrzehnte. Die Dresdener usstellung 1946 bemühte sich darum, einen Gesamtüberlick über die vor 1945 als „entartet" bezeichnete deutsche unst zu geben. Rege ist die Ausstellungstätigkeit in Berlin. Iamburg, im Rheinland: allenthalben ein eifriges Bemühen. ım einen Teil durch die Mißgunst der äußeren Umstände ehemmt, zum anderen gekennzeichnet durch wahllosen Zuriff nach dem gerade Erreichbaren und die Geschäftigkeit utwilliger, aber unerfahrener, oft mehr durch ihre Beeisterung als durch Einsicht bestimmter Veranstalter.

Kunst und Künstler haben jedenfalls die Freiheit wiederewonnen, deren sie zu ihrer gedeihlichen Entwicklung beürfen. Andererseits hat die künstlerische Tätigkeit ihre urch öffentliche Aufträge und im Handwerk gesicherte soiale Basis verloren. Die Existenz des Künstlers in der ab›luten Freiheit ist also gefährdeter als ehedem, wo er in iner festen Handwerksordnung mit allgemein gültigen ualitätsnormen stand, der Veredelung sehr realer Bedürfisse diente und nicht auf den Zufall angewiesen war, einen aufkräftigen Kunstfreund mit dem entsprechenden Gechmack zu finden. Der Verschleiß an Talenten ist sehr viel rößer geworden, seitdem die Künstler auf die gefahrvolle Bahn des Genies geschoben wurden und gewissermaßen zum Außerordentlichen verpflichtet sind, anstatt sich am Ordentlichen Genüge tun zu können. Aber alle Versuche, die Kunst wieder in verlorene Bindungen zurückzuzwingen und ihr durch Diktat und Unterdrückung gesündere Existenzgrundlagen zu schaffen, gehen auf Kosten nicht nur der individuellen Freiheit, sondern auch der künstlerischen Qualität. Mag die hemmungslose Freiheit des Individuums auf politischem, wirtschaftlichem, ja kulturellem Gebiet der Gegenwart auch fragwürdig geworden sein: man kann nicht, was vordem frei gewachsen ist, plötzlich und willkürlich mit der Heckenschere beschneiden, ohne das Lebendige tödlich zu treffen. Hätte es dafür noch eines Beweises bedurft: die diktatorische Kulturpolitik des Nationalsozialismus, die — wenn auch unklar — immerhin von dem Gedanken mitbestimmt war, die Kunst neu im Lebensganzen zu verankern, hat ihn erbracht.

Die Vertrauenskrise der dreißiger Jahre

Man wird sich darüber klar sein müssen, daß die persönliche Initiative eines Dutzends machthungriger, verschlagener Gewaltmenschen mit verwaschener Ideologie all das nicht vermocht hätte, was zwischen 1933 und 1945 geschah, wenn sie nicht einen wohl vorbereiteten Boden vorgefunden hätte, und zwar auch auf kulturellem Gebiet. Seit Jahrzehnten schon, eigentlich während des ganzen vorigen Jahrhunderts, war das Vertrauen des größten Teiles der Gebildeten — von anderen Volksschichten nicht zu reden — in die Kunst erschüttert. Die Künstler, die heute in den Kunstgeschichten als die großen Meister figurieren und inzwischen auch beim Publikum als solche gelten (C. D. *Friedrich*, *Courbet*, *Leibl*, *Thoma*, *Manet*, die Impressionisten, *Liebermann*, *Cézanne*, *Gauguin* und andere) wurden fast alle erst nach Jahrzehnten allgemein anerkannt.

Man erinnere sich, wie um 1930 das geschwundene Vertrauen in die moderne Kunst offen beklagt und allgemein dikutiert wurde, — nicht etwa von den späteren nationalsozialistischen Kunstwarten, sondern von den ernsthaften Freunden der modernen Kunst. Gerade sie empfanden das damals offenbar gewordene allgemeine Desinteressement an der modernen Kunst (nicht an der älteren) als schmerzlich. Welche großen Hoffnungen hatte man nach Beendigung des ersten Weltkrieges in die Versuche zu einer Popularisierung der modernen Kunst gesetzt! Damals war in relativ breiten Schichten ein reges Interesse für die moderne Kunst lebendig. In einem vor 1914 noch unvorstellbaren Maße hatte moderne Kunst in den öffentlichen Museen Aufnahme gefunden und war in jeder größeren Ausstellung bevorzugt vertreten.

Im Herbst 1930 stellte anläßlich der Einweihung der Berliner Messelschen Museumsbauten (Pergamon-Museum und ähnliche) der damalige preußische Kultusminister Adolf *Grimme* in seiner Festrede die Frage nach dem öffentlichen Interesse an einer staatlichen Kunstpflege. Er sagte — durchaus in Übereinstimmung mit den Tatsachen — es könne nicht mehr in dem früheren Maße bestehen, nachdem die

Kunst nur mehr bei einem Häuflein von Kennern und Kunstenthusiasten Resonnanz finde. Er dachte nicht an eine Einschränkung der künstlerischen Freiheit, meinte aber, es müßten Wege gesucht werden, die bisher vorwiegend auf das Sammeln und kunstwissenschaftliches Studium verwendeten Mittel und Kräfte für die Erziehung des gesamten Volkes zur Kunst freizumachen. Im Frühjahr darauf folgte Alfred *Döblins* radikale Rede bei Eröffnung der Ausstellung der Berliner Sezession. Er sagte, die zeitgenössische Malerei stehe „außerhalb von heute". Während die Literatur sich mühe, sich mit allen Schrecknissen und gefährlichen Hoffnungen einer neuen Epoche auseinanderzusetzen, die Architektur einem neuen, werdenden Lebensgefühl Ausdruck gebe, tummle sich die freie Kunst in einem bloßen Ästhetizismus, anstatt mitten im Leben um das Gesicht einer neuen Welt zu ringen. — Dieselben Zweifel und Vorwürfe kamen in der Tagespresse, in Zeitschriften und Broschüren zum Ausdruck.

Damals wurde aber auch von anderer Seite, mit anderer Motivierung ein Protest gegen die moderne Kunst erhoben, der bald erschreckende Folgen haben sollte. Als Wanderprediger des nationalsozialistischen „Kampfbundes für deutsche Kultur" (dem sich in Verkennung seiner wahren Ziele auch manche „national" empfindenden Museumsdirektoren angeschlossen hatten) reiste im Winter 1930/31 *Schultze-Naumburg* durch die deutschen Lande und prangerte die moderne Kunst mit roher Demagogie als rassisch entartet an. Er rühmte sich, moderne Bilder aus dem Weimarer Museum entfernt, die Schlemmerschen Wandbilder im einstigen Bauhaus (unter der deutschnational-nationalsozialistischen Thüringer Regierung Frick) zerstört zu haben. Er fand gewiß nicht wenige Widersacher, aber viel mehr noch durchaus ehrlich Begeisterte, die seine Barbarei als Anzeichen erwachenden Rassebewußtseins enthusiastisch begrüßten. Die Weimarer Tempelreinigung, Vorspiel weit radikalerer Eingriffe, war durchaus keine unpopuläre Maßnahme mehr.

In einem ganz anderen Sinne und Maße als im vorigen Jahrhundert war nun in der Bevölkerung eine seelisch-geistige Bereitschaft vorhanden, die drastischsten Eingriffe in das Freiheitsrecht der Kunst zu billigen, ja zu fordern. Vordem gab es gewiß nicht selten Proteste, auch recht temperamentvolle Entrüstungsstürme des Publikums. Dennoch dachte niemand ernstlich daran, dem Künstler das Recht freier Betätigung streitig zu machen. Man war intolerant vielleicht im einzelnen Falle und für seine Person, aber man war fürs Ganze grundsätzlich tolerant. Nun aber bestand eine viel allgemeinere Bereitschaft zur prinzipiellen Intoleranz. Eine Masse, die sich von jeder moralischen Hemmung, jeder Verpflichtung zu geistiger Kontrolle und Charakterformung selbst freisprach, sich dem blinden Gefühl überließ und damit jeder Suggestion ausgeliefert war, machte ihre Primitivität als berechtigten, ja einzig berechtigten Maßstab jeder geistigen Leistung gegenüber geltend. Dieselben Instinkte, die so verheerend auf anderen, ja allen Gebieten mit elementarer Gewalt ausbrachen, standen auch gegen die Kunst auf. Die Forderung einer Kunst, die der einfache Mann von der Straße versteht, — in Sowjet-Rußland bereits erfüllt — konnte keinen fruchtbareren Boden finden. Man war in Deutschland damals wie nie zuvor bereit, die individuellen Rechte und Freiheiten preiszugeben, war willens, sich den Menschen verstaatlichen zu lassen, anstatt danach zu streben, den Staat zu vermenschlichen und die individuelle Freiheit, die Freiheit der Kunst, des Forschens und Lehrens, das heißt die freie Menschenwürde, die Humanitas gegen den Zugriff des Molochs Staat zu verteidigen.

In den ersten drei bis vier Jahren des nationalsozialistischen Regimes gab es noch eine lebhafte Diskussion und einen mit ungleichen Kräften geführten Kampf um die Kunst. Anfangs glaubten (in seltsamer Verkennung der Situation) die Künstler und die Verteidiger der modernen Kunst, einen Beschützer in dem Propagandaminister Goebbels gefunden zu haben. Goebbels würde auch gerne diese Rolle gespielt haben, wenn ihm nicht, im besonderen nach dem 30. Juni 1934, die Liebedienerei vor Hitler und d Massen opportuner erschienen wäre. Die Kreise, die z nächst bei ihm Schutz suchten, verteidigten aber von vor herein nicht das Prinzip der Freiheit der Kunst, sonde mühten sich lediglich um den Nachweis, daß die moder Kunst mit den nationalsozialistischen Idealen in Einkla stehe. Sie bekannten sich gleichzeitig, wenn auch oft n aus „Diplomatie" zur Politik und Person eines Mann der — selbst ein bei der Aufnahmeprüfung an der Wien Akademie durchgefallener Maler — nun als Diktator üb Staat und Volk die modernen Künstler in Bausch und Bog als „Stümper", „Schwindler", „Scharlatane" beschimpf Museumsdirektoren und Akademieprofessoren entließ u Ausstellungen angeblich „entarteter" Kunst zur Volksb lustigung arrangieren ließ. Zum Teil versuchten diese Ve teidiger der Moderne den Nationalsozialismus ihrer Gegn zu übertrumpfen und vertraten einen völkischen Radikal mus, der innerhalb der deutschen Kunst all das als undeuts verdammte, was aus der Auseinandersetzung mit antik italienischer oder französischer Kunst erwachsen war. D *Worringer*schen Thesen trugen ihre Früchte. Der Wortfü rer dieses völkischen Radikalismus war der 1933 zum kom missarischen Leiter der Berliner Nationalgalerie ernannt später entlassene und nach den Vereinigten Staaten em grierte Alois *Schardt.* In einem seinerzeit viel beachtet Vortrage sagte Schardt ungefähr, er bete zu Gott, daß n wieder eine Überfremdung deutscher Kunst eintrete, wie s sich in den Skulpturen des dreizehnten Jahrhunderts Bamberg und Naumburg zeige. (Diese Skulpturen sind Werl von in Nord-Ost-Frankreich geschulten Bildhauern). U 1936 war dann die Opposition zum Verstummen gebrach Die weitere nationalsozialistische Kunstpolitik ist bekan und in diesem Zusammenhang ohne Interesse.

Strukturmerkmale der heutigen Situation

Man würde die Situation nach der deutschen Niederlag falsch beurteilen, wenn man aus dem seither so üppig au geblühten Kunstleben und der regen Ausstellungstätigke schließen wollte, die Verhältnisse hätten sich heute en scheidend gewandelt. Gewiß: die Fesseln, die dem mode nen Künstler den Weg in die Öffentlichkeit verwehrte sind gesprengt; die politische Macht, die reglementierte u unterdrückte, ist zerbrochen. Nicht gefallen aber sind d geistigen Mächte und Mauern, die die moderne Kunst sozi isolieren. Die heute von Künstlern und Kunstfreunden, vo Staat, Kommunen, Museen und Gesellschaften entfaltete Be triebsamkeit, das lebhafte Interesse, das gegenwärtig al Kunstdarbietungen finden und wohl eine Weile lang errege werden, erinnern etwas an die Zeit unmittelbar nach de ersten Weltkrieg. — All das darf nicht darüber hinweg täuschen, daß die Situation der modernen Kunst gefälsch ist. Die Forderung einer Kunst, die jeder Straßenpassar versteht, ist natürlich genau so unsinnig wie die Forderun einer jedem Milchmädchen verständlichen Mathematik od Physik. Der Rassenfanatismus, der bildnerische Leistunge an völlig kunstfremden Maßstäben mißt, ist eigentlich nu eine Abstrusität. Aber man darf nicht übersehen, daß di moderne Kunst gerade in ihren besten Leistungen und ihre am höchsten gezüchteten Äußerungen nur noch von eine sehr kleinen Minderheit verstanden werden kann. Wie weni sie noch ein allgemein menschliches Anliegen befriedige zu können, wie sehr sie vom Boden gelöst zu sein schein (ich wähle sehr bewußt eine so vorsichtige Formulierung darüber hat *Ortega y Gasset* Vortreffliches gesagt. Möge auch seine Bemerkungen über die „Vertreibung des Men schen aus der Kunst" dem Kunstfreund vielleicht weni opportun erscheinen: sie können nicht ernsthaft genug beach tet werden.

Unpopulär war freilich auch die große Kunst des vorige Jahrhunderts, die heute vielleicht nicht populär ist, abe doch nicht mehr als das allgemeine Empfinden verletzen verworfen wird wie zur Zeit ihrer Entstehung. Ja, damal wurden gerade die Werke als „außerhalb der Zeit" stehen empfunden, die uns heute — über ihre rein künstlerische

ıalitäten hinaus — die Wirklichkeit in besonders hohem aße zu apperzipieren scheinen und die uns als besonders zeichnende Zeugen einer dauernden, lebhaften Wechselrkung von artistischer Problematik und lebendiger Welt, eist und Menschlichkeit gelten.

Der Vergleich der heutigen Kunst mit jener der *Courbet, ibl, Manet, Renoir,* der *Impressionisten, Liebermann, Cénne* ermutigt freilich nicht zu einer optimistischen Progse. Die bedeutenden Maler und Bildhauer des Expressiosmus sind tot oder stehen in hohem Alter. In der nachpressionistischen Kunst, zum Beispiel in der sogenannten uen Sachlickeit haben sich kaum gleich starke Talente zeigt. In der heutigen Kunst lassen sich Ermüdungserheinungen und ein Absinken in einen Manierismus kontieren, wenigstens innerhalb der imaginären Grenzen der eien Künste; dafür sind die Grenzen zu den angewandten ünsten hin offener geworden, sowohl zum Dekorativen, namentalen, Geometrischen und Technischen wie zum terarischen und Weltanschaulichen. Was heute gemalt rd, ist großenteils etwas anderes, grundsätzlich anderes s die einstige Malerei.

Der starke Zug zum „Abstrakten", zur peinture pure, ren Formen und Farbharmonien über das Gegenständhe hinwegspielen, entleert die Kunst vom Menschlichen d aller erlebten Wirklichkeit. Diese Wirklichkeit aber ar es, die einst den Stoff bildete, an dem sich der künstrische Organismus entfaltete und an den er sich hielt, weil die Brücke ist, die vom eigengesetzlich ästhetischen Geld zum Lebensganzen, vom Künstler zum Betrachter hinerführt. Die moderne Kunst will großenteils nichts sein s Kunst, ohne alle weiteren Prätensionen, rein von den hlacken allgemein menschlicher Anliegen und der Realit. Sie ist darum auch oft bewußt spielerisch, in ihrem Inntilismus lebt eine Sehnsucht nach Ursprünglichkeit und nkompliziertheit. Wenn früher der Künstler die Natur und e Zwiesprache mit ihr suchte, so scheint es heute oft, daß sie eher fliehe. Einige wollen das darauf zurückführen, ıß das unmittelbar sinnliche Verhältnis des modernen enschen zur Natur gestört und nicht mehr möglich sei — ırch die moderne Mathematik und Physik. Zur Zeit des xpressionismus berief man sich gelegentlich auf Henri *ergson.* Vor zwei Jahrzehnten wurde, weil die Maler sich cht mehr strikt an die Zentralperspektive hielten, oder eil sie spirituell symbolistisch wurden, der Physiker *Einein* mit seiner Relativitätstheorie zitiert. Neuerdings vercht man die Quantentheorie von Max *Planck* heranzuehen. Dieser geistreiche Erklärungsversuch wird auch dairch nicht einleuchtender, daß abstrakte Maler selbst Max anck zitieren; es hat nämlich schon immer — übrigens ich sehr gute — Künstler gegeben, die über ihre Kunst im sonderen und über Kunst im allgemeinen ausgesprochenen nsinn gesagt haben. Daß physikalische Theorien, sei es nsteins Relativitätstheorie oder die Quantentheorie, Kunst der Zukunft als Ergebnis unmittelbarer Naturanschauung ımöglich mache, scheint eine jener charakteristischen „opschen Täuschungen" zu sein, wie sie bei allzu geringer istanz vom Objekt leicht entstehen.

In einer Flugschrift der Gesellschaft zur Förderung der odernen Kunst in Wien plädierte 1930 Hans *Tietze* dafür, ıß der Künstler wieder allgemeine Bedürfnisse zu beicksichtigen bereit sein müsse, um seine natürliche soziale ellung wiederzugewinnen. Die Ausnahmestellung, die ihm ıs neunzehnte Jahrhundert eingeräumt habe, könne dann ıfhören. Als Handwerker, der die Bedürfnisse seines Pubums erkennt und befriedigt, werde er wieder ein notwenges Mitglied der menschlichen Gesellschaft. Die nur-ästheische Auffassung müsse jedenfalls überwunden werden.

Nach den Erfahrungen, um die wir seit 1930 reicher georden sind, wird man wohl zu anderen Schlüssen kommen üssen. Daß die vom Nur-Ästhetischen abrückende Kunst, e in den großen Ausstellungen des nationalsozialistischen egimes dem Publikum gezeigt wurde, allgemeine Bedürfsse berücksichtigte und durchaus populär war, ist nicht zu bestreiten. Ob das reine Bildbedürfnis der Massen jedoch durch Werke etwas höherer künstlerischer Qualität in gleichem Maße hätte befriedigt werden können, ist schon fraglich: die heute von jedermann als so „naturwahr" empfundenen Menschendarstellungen auf Bildern von *Courbet, Leibl, Thoma* empörten das „gebildete" Publikum noch vor siebzig bis fünfzig Jahren als „Verunstaltung von Gottes Ebenbild" (Zitat aus einer Kritik von Fr. *Pecht,* dem Herausgeber einer der damals bedeutendsten deutschen Kunstzeitschriften). Vor allem aber ist das Interesse des Künstlers ein anderes als das des Publikums: dem Künstler ist die bildnerische Vision das Wesentliche und die gegenständliche Realität nur Anlaß und Anhaltspunkt, dieser Vision Gestalt zu geben. Für den üblichen Kunstgenießer und Kunstkonsumenten aus dem breiten Publikum aber ist die Hauptsache zumeist ein Sujet, das sein Bildinteresse befriedigt; das rein Künstlerische ist ihm eine Quantité négligeable, ja er empfindet es als störend, wenn das Sujet von ihm zu stark abgewandelt wird. Echte Künstler, die weiter nichts wollten als eine subaltern getreue Naturnachahmung, hat es wohl niemals gegeben, weshalb zwischen „naturnaher" und „naturferner" Kunst eigentlich kein prinzipieller Gegensatz besteht, insofern die künstlerische Tätigkeit überhaupt noch eine Auseinandersetzung mit der Natur ist und nicht etwa nur geometrische Zeichen zum Ausdruck seelischer Emotionen verwendet, womit die Grenze der Kunst im engeren Sinne zum reinen Ornament hin überschritten ist. In dem Maße, in dem sich der Künstler der Eigengesetzlichkeit des bildnerischen Ausdrucks bewußt geworden ist, das heißt, erkannt hat, daß das spezifisch Künstlerische mit dem Gegenständlichen nicht oder nur locker verknüpft ist, löste sich das künstlerische Gebild von der gegenständlichen Realität ab. Das braucht nicht zur „Gegenstandslosigkeit" zu führen, setzt aber das künstlerische Interesse zum reinen Bildinteresse in einen sehr bewußten Gegensatz, der dann auch in der sozialen Isolierung von Kunst und Künstler den entsprechenden Ausdruck findet. In dieser Entwicklung gibt es kein Zurück. Sie ist zwangsläufig wie die Entwicklung der künstlerischen Anschauungsformen, vom „zeichnerischen" Sehen der Renaissance zum „malerischen" des Barock, die *Wölfflin* aufgezeigt hat. Deshalb wird alle gute und echte Kunst mindestens zunächst immer unpopulär sein. Der populäre Ersatz für die Kunst, der das Bildinteresse befriedigt, ist die Photographie. Das eigentliche Kunstverständnis aber wird auf relativ kleine Schichten beschränkt bleiben, auch wenn durch Kunsterziehung gewisse Erweiterungen dieses kleinen Kreises möglich sein werden. Es gibt keine Kunst für Alle. Ja, es hat sie wohl nie gegeben.

Deshalb aber steht die moderne Kunst doch nicht „außerhalb von heute". Auch ohne es ausdrücklich zu wollen, auch ohne besonderen Auftrag ist jeder Künstler immer Treuhänder seiner Zeit. Er ist es, auch wenn er sich nicht mit dem Stofflichen seiner Zeit einläßt und heute etwa Landschaften statt Ruinen, Stilleben statt Massacres malt. Wer von der bildenden Kunst fordert, dem geistigen Inhalt der Gegenwart Gestalt zu geben, um das neue Gesicht der Welt zu ringen, denkt an eine literarische Malerei (die es übrigens auch heute zur Genüge gibt) und bedenkt nicht, daß in einem Stilleben von *Schmidt-Rottluff* lebendigere Gegenwart ist als auf einem redseligen Bilderboden. In den Formen und Farben des Stillebens nämlich wird offenbar, was ein künstlerisches Auge von heute von der sichtbaren Welt erfaßt. Es ist aber nicht die Aufgabe der Kunst, die Welt nach ihrem geistigen Inhalt zu deuten — das tut sie eigentlich nur nebenbei, da jedes Kunstwerk ein höchst komplexes Gebilde ist — sondern sie als sichtbare Erscheinung zu erfassen. Sie ist das Auge der Zeit.

Dem vorstehenden Artikel folgt demnächst ein zweiter, der biograpische Angaben über zeitgenössische deutsche Künstler enthalten wird.

Zeitgenössische Musik in Frankreich

von Karl H. Wörner

Die Wege in die Gegenwart

Frankreichs nationaler Beitrag zur europäischen Kulturgeschichte liegt vor allem in der Philosophie, der Literatur und der Malerei. Das Irrationale der Musik tritt im Leben des französischen Volkes zurück, das als Geistesbild das Ideal der „civilisation latine", der Klarheit und Formgebung im rationalen Sinn, vor sich sieht. Dennoch hat die französische Musikgeschichte eigene nationale Höhepunkte. Sie liegen in der Pariser Nôtre-Dame-Schule des gotischen Mittelalters, in der Oper des Barock (l'opéra classique) und im neunzehnten Jahrhundert bis zur Gegenwart. Aus der Geschichte muß deshalb das Zeitgenössische gedeutet werden, sollen die treibenden Kräfte aufgedeckt und aus ihnen auch die Gegenwart verstanden werden.

Die französische Musikgeschichtsschreibung sieht in Hector *Berlioz* (1803—1869) den zentralen Ausgangspunkt in dreifachem Sinn: Berlioz als „grand libérateur" der französischen Musik des neunzehnten Jahrhunderts sowohl von der italienischen wie der deutschen Vorherrschaft *Romantik*, Berlioz als Begründer einer typisch französischen Romantik und Berlioz als erster, der durch sein eigenes künstlerisches Wollen den späteren Einfluß Wagners von Frankreich ablenken half. Berlioz war einer der einflußreichsten Köpfe in der europäischen Musikgeschichte: die „neudeutsche" Schule, Liszt und Wagner, und die neuere Programmusik (Richard Strauß) sind ohne ihn kaum denkbar.

Das ausgleichende Gewicht zu der vorwärtsdrängenden Erscheinung Berlioz' gab César *Franck* (1822—1890), der eine klassizistische Bewegung einleitete, indem er sich durch die Rückbesinnung auf die absolute Musik, auf einen aus dem muskalischen Material heraus geschauten Kompositionsplan, von außermusikalischen Anregungen freihielt. Höhepunkte sind seine d-moll Symphonie, seine Kammermusik und seine Orgelwerke. Mit ihnen darf César Franck als Begründer jener konservativen Schule gelten, der unter anderen Henri *Duparc* (1848—1933), Ernest *Chausson* (1855 bis 1899), Vincent *d'Indy* (1851—1931), Gabriel *Pierné* (1863—1937) zugerechnet werden können. Sie hat das Verdienst, auch später, zum Teil gegen den Einfluß des Impressionismus, den Sinn für die Werte klassischer Architektonik und polyphonen Denkens aufrecht erhalten zu haben. Bedeutete bereits 1871 die Gründung der *Société Nationale de Musique* durch Franck, Saint-Saëns, Fauré, Massenet und Duparc eine nationale Tat, mit der sich ein neues musikalisches Bewußtsein in Frankreich erhebt, so bildete die von Vincent d'Indy, F. A. Guilmant und Charles Bordes 1896 ins Leben gerufene Schola Cantorum eine größere Zahl von Schülern heran, die zum Teil noch heute das Gesicht des französischen Musiklebens bestimmen. Kaum weniger bedeutungsvoll ist die Schola für die Wiederentdeckung französischer Musikschätze der Vergangenheit.

Hatte César Franck durch den bedingungslosen Ernst, durch die fast sakrale Haltung seiner Musik Geltung über Frankreichs Grenzen hinaus, so erwarb sich die Oper, vertreten durch *Gounod* (1818—1893), *Bizet* (1838—1875), *Lalo* (1877), *Délibes* (1836—1891), *Saint Saëns* (1835—1921), in einer Reihe wirkungsvoller, populärer, dabei durch ihre musikalische Substanz glänzender Opern Weltbeachtung. Diese echt französische Musik leitete sich auf Berlioz zurück, von dem sie den Sinn für orchestrale Sprache, de[n] Glanz der Melodie, die Reize der Harmonik übernomme[n] hatte. Sie schuf als Schule des Théâtre lyrique dan[n] durch *Massenet* (1842—1912; „Manon", „Werther"), *Bru*-*neau* (1857—1934), *Charpentier* (geboren 1860; „Louise") einen Operntyp, dem die Erfolgsstücke vor und nach 1900 zugehören.

Der musikalische Impressionismus und die Jahre vor dem ersten Weltkrieg

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts scheint das Bil[d] der französischen Musik, von Claude *Debussy* (1862—1918) beherrscht, dem die geschichtliche Bedeutung zufiel, de[r] deutschen Musik ein absolutes Gleichgewicht gegenüberzu-stellen. Der musikalische Impressionismus, Claude Debussy[s] Schöpfung, muß stets in doppelter Bedeutung verstande[n] werden: als Form künstlerischen Erlebens und als musikali-scher Stilbegriff. Die Welt des Impressionismus ist bei ihr[n] noch eine Einheit, sie wird jedoch bei anderen bald aufge-spalten, um stärker in den stilistischen Elementen fortzu-wirken. Debussy folgt eine Schule, der sich Anhänger alle[r] Länder anschließen (l'école impressioniste). Als Stil ist de[r] Impressionismus bereits bei Gabriel *Fauré* (1845—1924) vo[r]bereitet, besonders in Klavierstücken (1880—1885) und i[n] dem lyrischen Drama „Pénélope".

Als Welt des Erlebens ist der musikalische Impressionis-mus ein eigener Beitrag Frankreichs zur Romantik in eine[m] weitgefaßten Sinn und eine verfeinerte letzte Spätblüte, di[e] ihr Eigenleben in der Sphäre des "l'art pour l'art" führ[t]. Diese Musik wählt sich in ihrem Wesen durchaus visuell[e] Tonbilder, die sich an Gegenständliches anschließen, nimm[t] die Natur als Geschehen und als Erlebnis und schließlich de[n] Menschen selbst als Ausgang, um sich dem Atmosphärische[n] des Erlebens rein in der Stimmung (Impression) hinzugeben. So entstanden hochpoetische, mit dem raffiniertesten Ge-schmack und Feingefühl entworfene Lieder, Orchesterwerk[e] (Prélude à l'après-midi d'un faune, La Mer, Iberia), Klavie[r]-stücke (Préludes, Estampes, Images und andere) und di[e] Oper „Pelléas et Mélisande" (Maeterlinck 1902). In seine[n] drei letzten Lebensjahren schloß sich Debussy, bereits vo[n] tödlicher Krankheit gezeichnet, in einer inhaltlich gan[z] neuen Phase der reinen Instrumentalmusik auf und schrie[b] drei Sonaten, in denen er um klassische Form rang.

Debussy ist durch außermusikalische Anregungen vo[r] allem den Malern gleicher Richtung und den Symboliste[n] unter den Dichtern verpflichtet. Musikalisch wirken nac[h] einem sehr starken Wagner-Erlebnis der gregorianische Cho-ral, die Exotik eines javanischen Orchesters und die We[lt] Mussorgskijs auf ihn. Der Stil, den er entwickelt, ist ein[e] rein harmonisch konzipierte Musik mit sehr verwischte[n] rhythmischen Konturen und mit der Aufhebung der her-kömmlichen kantablen Melodik, mit einer Reizharmonik un-ter Bevorzugung weitschichtiger Akkorde im Terzenaufbau paralleler Akkordverschiebungen, der Ganztonleiter und kir-chentonartlichen Bindungen.

Debussy führte seine französischen Zeitgenossen in di[e] Abhängigkeit des impressionistischen Stils, aus der sie sic[h] nur langsam, mit Entschlossenheit erst nach 1920 zu befreie[n] verstanden. Einflüsse der Berlioz-Schule, der russische[n]

Schule, Wagners und Richard Strauss' kommen hinzu. Die Altersgruppe um Debussy umfaßt folgende Namen:

Paul Dukas (1865—1935)
Eric Satie (1866—1925)
Charles Koechlin (geboren 1867)
Albert Roussel (1869—1937)
Florent Schmitt (geboren 1870)
Roger Ducasse (geboren 1873)
Maurice Ravel (1875—1937)

Bei Paul *Dukas* überwiegen Einflüsse realistischer Programmusik deutscher und russischer Vorbilder. Sein Orchesterscherzo „Der Zauberlehrling" (1897) nach Goethes Ballade ist ein Erfolg, den die symphonische Dichtung „La Péri" nicht erreicht. Gegen ihn verblaßt auch eine eklektische C-dur Symphonie (1896). Die Oper „Ariane et Barbe-Bleue" (nach Maeterlinck, 1907) ist dem „Pelléas" Debussys verwandt. Dukas widmet sich bereits seit einigen Jahren vor dem ersten Weltkrieg fast ausschließlich pädagogischen Aufgaben am Conservatoire in Paris.

Charles *Koechlin,* in Paris als Sohn elsässischer Eltern geboren, ist Schüler von Massenet, Gédalge und Fauré. Er schrieb zahlreiche Programmsymphonien, Klavierwerke und Kammermusik. Seine Kompositionen sind verhältnismäßig wenig bekannt geworden.

Florent *Schmitt,* in Lothringen geboren, wird von seinen Eltern früh in die klassische deutsche Musik eingeführt. Seine Studien absolviert er als Mitschüler Ravels bei Massenet und Fauré. Sein Stil ist der eines kraftvollen Koloristen mit kühner Harmonik, den Prunière mit dem der Bildhauer Puget, Rodin und Rude vergleicht. Sein Schaffen umfaßt alle Gebiete: symphonische Werke (La Tragédie de Salomé, Antoine et Cléopâtre, Salammbô), Ballette (Oriane, Le petit Elfe), geistliche Chormusik (46. Psalm), Kammermusik (Quintett, Sonaten).

Albert *Roussel* durchläuft den stilistisch und inhaltlich am weitesten gespannten Weg. Zuerst Seemann, bereist er die Welt und nimmt Bilder auf, die dann Musik werden. Fünfundzwanzigjährig beginnt er bei d'Indy an der Schola Cantorum Musik zu studieren. Seine erste Symphonie ist Programmusik im Stil der Zeit: „Poème de la Forêt" (1908). Nach einer zweiten Reise nach China folgen weitere musikalische Impressionen („Evocations", „Fête de Printemps", die Hinduballett-Oper „Padmavâti", das Tierballett „La Festin de l'Araignée"). Die zweite Symphonie (1922) steht im Übergang zu einer neuen Zeit absoluter musikalischer Formung. Als einer der ersten Beiträge eines Neu-Klassizismus leitet dieses Werk die zweite Schaffenszeit Roussels ein, deren unbedingter Höhepunkt eine dritte (1930) und eine vierte Symphonie (1935) sind. In ihnen zeigt sich Roussel als Meister eines echten symphonischen Stils, bei dem konstruktive Ideen und ein vitaler Zug in Einklang gebracht sind. Ein Werk großer Anlage ist auch der 80. Psalm (1929).

Roger-Ducasse, ein Fauré-Schüler, der 1907 in der „Suite française" seinen Stil fand, schrieb das lyrische Mimodrama „Orphée" (1914), das Orchesterwerk „Nocturne de printemps", Klavierkompositionen, ein Streichquartett und Chöre.

Maurice *Ravel* fand außerhalb Frankreichs stets größte Beachtung. Seine Musik, in ihren Elementen typisch französisch, ist ganz impressionistisch, aber von einer Persönlichkeit empfunden, die ihre Vorbilder in Couperin, Rameau und Mozart sieht. Der Klangstil impressionistischer Klavierpoesien wird von Ravel 1902 — vor Debussy — in den „Jeux d'eaux" niedergelegt. Sowohl in seinem Quartett (1904) als auch in seiner Klaviersonatine (1905) gliedert er Impressionistisches in die klassische Sonatenform ein. Dieses Ziel beschäftigt ihn auch weiter, im Trio (1914), im Klavierkonzert (1931). Er greift damit Debussys eigenen späten Ideen vor. Fast unabhängig davon stehen Ravels Werke — sie sind die bekannteren geworden —, in denen er sich für Folklore und fremde nationale Stile aufschließt. Der Einakter „Spanische Stunde", die „Spanische Rhapsodie", der „Bolero" bilden eine Werkgruppe, deren Eigenart dem am Fuß der Pyrenäen geborenen Sohn einer baskischen Mutter entspricht. Die „Valses nobles et sentimentales", „La Valse", „Tzigane", „Le Tombeau de Couperin" haben rein artistische Stilwerte. Ein unbestrittenes Meisterwerk ist das Ballett „Daphnis et Chloé" (1912 für Diaghilew), aber ebenso unverkennbar ist Ravels schöpferisches Nachlassen nach 1918.

Eric *Satie* steht in Opposition gegen seine Zeit. Er beginnt als Autodiktat. Eine Bühnenmusik zu Péladans „Les Fils des Etoiles", Tänze für Klavier „Gymnopédies" (1888), nach den Sportfesten der Spartaner benannt, angeregt durch das Studium griechischer Tonarten, enthalten harmonische Neuerungen, die der junge Debussy aufnimmt. Dann treibt Satie unter Roussels Führung an der Schola Cantorum regelmäßige Kontrapunktstudien, die er nach seinem 42. Geburtstag „très bien" absolviert. Der Stil der Werke, die folgen, ist von konzentrierter Linearität, die weit in die Zukunft vorausweist. Klavierstücke, die Satie nach 1900 erscheinen läßt, wenden sich gegen die impressionistische Tonpoetik, die durch Glossierungen ins Absurde geführt werden soll. Das Ballett „Parade", 1917, (Handlung von Cocteau, Bühnenbild von Picasso) verwirklicht in seiner Daseinsbejahung ohne Problematik, ohne methaphysische Hintergründigkeit die Idee einer neuen Einheit von Kunst und Leben. Als Satie in der Gruppe der „Six" sein Ziel von der Jugend weitergetragen sah, stellte er die „École d'Arcueil" heraus und ging selbst mit seinem „Socrate" einen Schritt weiter. In Dialogen Platons wird hier, begleitet von einem kleinen Orchester, eine neue lyrische Deklamation archaischer Steifheit angestrebt. Saties Bedeutung liegt weniger in seinen eigenen Kompositionen als in der geschichtlichen Opposition, durch die er seiner Zeit neue Wege vorauswies („un retour à la simplicité").

Die Wende um 1920

Der musikalisch-stilistische Umbruch um 1920 wurde von einer Jugend getragen, die eine neue Erlebnisfähigkeit besaß. Es waren die nach 1890 geborenen Menschen, denen der Krieg und die Nachkriegszeit die innere Freiheit gegeben hat, gegen das Herkömmliche zu stehen. Das Erlebnis der französischen musikalischen Jugend ist in vielem anders als das der deutschen. Denn jener fehlte die Erfahrung des militärischen und politischen Zusammenbruchs und auch deshalb die notwendige Auseinandersetzung mit mancherlei Formen des Nihilismus und mit dem Expressionismus (Schönberg!) im Zwange einer neuen romantisch-methaphysischen Schau. In Frankreich erfolgte zunächst eine Wendung zum lebensbejahenden Optimismus. Der Dadaismus und Brutismus, primitivistische Anregungen (Strawinskijs „Sacre") und die ersten Klänge amerikanischer Jazz-Musik in Paris (1918) gaben den Anstoß. Der Impressionismus wich einer Realität, deren Rhythmus die Maschine, der Motor als Zeichen des Lebens ist. Philosophien und Staaten waren zerfallen; Achtung vor Bestehendem, der Glaube an Ehrwürdiges, erübrigte sich. Ein neuer Ton der Persiflage, der Unbekümmertheit, tauchte in der Musik auf.

Jean *Cocteau* (1889) wurde zum Ästhetiker der neuen französischen Musik. Er war eine vielseitige Begabung, schrieb eine Studie über Picasso, verschiedene Romane, Theaterstücke, die Handlung zu Balletten („Parade" für Satie, „Le Boeuf sur le toit" für Milhaud), Operntexte („Le pauvre matelot" für Milhaud, „Oedipus rex" für Strawinskij, „Antigone" für Honegger), er ist Bühnenbildner, ein geschickter Porträtzeichner und Verfasser von Filmmanuskripten. „Je demande une musique française de France." Ihre Vorbilder sind die „klaren Umrisse der französischen Prosa". Debussy nannte sich „musicien français" — Cocteaus Idee einer französischen Musik deckt sich mit der Saties: „une musique de France, une fille robuste, saine, franche."

Der Impressionismus (l'école débussyste) lehnte jedes ursprünglich romantische Erlebnis ab. Mit einem Seitenhieb

auf Wagner machte Cocteau jede Musik verdächtig, die man „mit geschlossenen Augen" hört. „Man braucht eine irdische Musik, eine Musik für alle Tage. Man muß eine Musik bauen, in der man wohnen kann wie in einem Haus." Für Debussy war „rien plus musical qu'un coucher de soleil"; Cocteau fordert: „Assez des images de vagues, d'aquariums, d'ondines et de parfums de la nuit."

„Ästhetik der Music-hall und des Tingel-Tangels" nennt Gutman Cocteaus Gedanken. Ihre Verwirklichung — bis Cocteau selbst über dieses Ziel hinausschritt — war zunächst nichts anderes. Sechs Musiker, darunter eine Frau,

Louis Durey, geboren 1888,
Darius Milhaud, Arthur Honegger, Germaine Tailleferre, geboren 1892,
Georges Auric, Francis Poulenc, geboren 1899,

bildeten die von Cocteau und der französischen Presse propagierte „Groupe des Six". 1918, zunächst noch ohne Milhaud, stellte sie sich als „Nouveaux Jeunes" der Pariser Öffentlichkeit vor. 1920 erschien eine Suite, zu der jedes Mitglied einen Satz komponiert hatte. Cocteaus Ballett „Les Mariés de la Tour Eiffel" wurde ein Jahr später als einzige Gemeinschaftsarbeit der Sechs aufgeführt. Ihre Individualitäten zeichneten sich rasch ab, die Gruppe zerfiel.

Um 1925 schienen nur noch Auric, Milhaud und Poulenc verwandt. In ihrem Stil sind nun die Übergangserscheinungen ausgeglichen. Die Harmonik ist vereinfacht, alterierte Akkorde und reizharmonische Klangkomplexe sind vermieden; harmonische Dissonanzen (Polytonalität) bekräftigen nur die stabilisierte Tonalität. Auch die Rhythmik ist unklomplizierter. Im Melos herrscht eine Neigung zum monodischen Stil, die eigentliche kantable Erfindung fehlt. Bei völliger Meisterung der Technik und Verfeinerung in der Anwendung werden die musikalischen Ausdrucksformen vereinfacht (Schloezer).

Darius *Milhaud* ist der geistig beweglichste zeitgenössische Musiker Frankreichs. „Meine musikalische Bildung ist ausschließlich durch den lateinisch-mittelländischen Kulturkreis bestimmt, was sich schon daraus erklärt, daß ich aus einer sehr alten jüdischen Familie der Provence stamme. Die südländische, besonders auch die italienische Musik, hat mir immer sehr viel gesagt, die deutsche so gut wie nichts". Sein Verhältnis zur Musik bestimmt er noch genauer: „I am helpless in the presence of rhapsodic works, devoid of structure or overloaded with endless developments of unnecessary complexity."

Milhauds Schaffen ist umfangreicher als das irgend eines anderen Lebenden. Geboren in Aix-en-Provence, beginnt er als Schüler Widors und d'Indys am Pariser Conservatoire impressionistisch im Stil Debussys. Ein Aufenthalt in Brasilien (1917—1919) macht ihn mit der Folklore dieses Landes bekannt. Seine Rückkehr nach Paris fällt in die turbulenten Jahre, deren Gesicht er führend mitbestimmt. Einflüsse Strawinskijs (Sacre), der Jazz-Musik, der brasilianischen Folklore, der Atonalität sowie ein betont anti-romantischer Zug herrschen vor. In Werken um 1930 überwiegen jedoch wieder lyrische Züge, konstruktive musikalische Dramatik und monodische Deklamationen. Die stilistisch vielschichtige Musik Milhauds zeigt keine Kurve der Entwicklung, keinen Fortgang, der logisch begriffen werden könnte. Seinem künstlerischen Naturell entspricht es, sich stets neuen Anregungen aufgeschlossen zu zeigen. Überall besticht die Leichtigkeit, das formale Geschick, die Sicherheit, mit der jedes Problem beherrscht wird, die Vielseitigkeit, der (nicht nur musikalische) Ideenreichtum, der angeborene Sinn für Lyrismen und Gesanglichkeit. Das Jahr 1940 zwang Milhaud zur Emigration; Californien wurde seine zweite Heimat.

In den meisten seiner Werke stellt sich Milhaud neue geistige Aufgaben. Nur so erklären sich die scheinbare Sprunghaftigkeit, die Beweglichkeit in der Themenwahl, zum Beispiel in den Opern. Ist etwa der „Arme Matrose" (1927) ein veristischer Einakter, so drängen die drei „opéras minutes" klassische Stoffe auf wenige Minuten zusar men. Ein politischer Anlaß wird in „Juarez und Max milian" (1929 nach Werfel) behandelt; 1940 wird in d „Médée" wieder auf die Antike zurückgegriffen. Die Op „Simon Bolivar" (1943) ist noch nicht bekannt. „Christop Colomb" (1930) nach einer Dichtung Claudels ist einer d wichtigsten Beiträge zur zeitgenössischen Oper. Kultis Oper mit stark reflektierendem Gehalt, aber auch dram tische Szenen stärkster Wirkung, eine völlig neuartige Ko zeption des musikalischen Theaters, harrt dieses Werk no immer der allgemeinen Würdigung, die ihm gerecht würd

Die Begabung Milhauds leistet auf jedem Gebiet Indiv duelles, wenn auch oft Ungleichwertiges. Er schrieb zah reiche Symphonien (eine neue wurde in diesem Frühjahr Boston aufgeführt) und entzückende kürzere orchestrale Pr grammstücke, er komponierte zwölf Streichquartette und a dere Kammermusik, Klavierwerke, Konzerte, viele Lied und Vokalmusik. Nicht minder stark dienen die verschied nen Ballette dem tänzerischen Theater und die Bühnenmus ken, darunter die großangelegte zur Äschylos-Trilogie (Cla del), dem jeweiligen Vorwurf.

Arthur *Honegger* ist als Sohn protestantischer Schweiz Eltern in Le Havre geboren. Sein Studium verteilt sich a Zürich und Paris; hier sind Gédalge, Widor und d'Inc seine Lehrer. Sein späteres Wirken ist mit Paris verbunde und so zählt er zum französischen Kulturkreis. In sein Musik spielen deutsche Einflüsse die größere Rolle. Er b kennt sich zu Bach als seinem „grand modèle". Seine mus kalische Sprache wirkt in ihren Anfängen („König David 1921) unter Einflüssen von Richard Strauss, Florent Schmi Debussy und Strawinskij nur scheinbar eklektisch. In Wirl lichkeit ist hier eine starke Kraft am Werk, die das Erlebn unserer Zeit im wesentlichen reflektiert. Das Oratoriu „König David" ist der erste Höhepunkt; in dem äußere Widerhall bleibt er zugleich der stärkste. Es folgen in „Ju dith" (1925) und „Antigone" oratorisch beeinflußte Oper Dazwischen liegen symphonische Dichtungen über Moti unserer Zeit: „Pacific 231", „Rugby". Das stark emoti nale Element in Honegger drängt über Kammermusik u Orchesterwerke (Symphonie für Streichorchester 1941) hi weg erneut zum Oratorischen als religiösem Bekenntn (Claudel): „Totentanz" (1938), „Johanna auf dem Scheite haufen" (1935), „Liturgische Symphonie" (1946). In ein dramatischen Sprache von außerordentlicher Gewalt, gebä digt durch architektonische Zucht, in kraftvoller Klangwi kung, mit Sinn für Größe und in dem Reflex aufwühlende Erlebens, wird hier vielleicht das Entscheidende zur Situa tion unserer Zeit in Frankreich gesagt.

Die übrigen, die zur Gruppe der „Six" gehörten, stehe heute im Schatten dieser beiden Großen. Louis *Durey* schrie Lieder, Kammermusik und in „L'occasion" ein Drama na Mérimée. Germaine *Tailleferre* leistet persönlich Empfu denes in der Sphäre Debussys und neuerdings auch des Ne Klassizismus (Ballett „Le Marchand d'oiseaux", Violinko zert, Harfenkonzert, Violinsonate, Concertino für Klavie und Orchester, Streichquartett).

Georges *Auric*, ein Schüler d'Indys und Roussels, began vielversprechend mit dem Ballett „Les Facheux". Er kom ponierte eine komische Oper („Sous la masque"), Klavier werke, Lieder, Ballette und verschiedene Filmmusiken („L Belle et la Bête"). Francis *Poulenc*, ein Schüler Koechlin ist ein gewandter, vielseitiger Komponist mit ausgesproche ner französischer Leichtigkeit des Stils. Ballette („Le Biches", „Les animaux modèles"), Orchesterwerke, Konzert Kantaten, Lieder, Klavier- und Kammermusik entstamme seiner Feder.

Die „Six" bedeuten den exponierten Ausschnitt aus de französischen Musikleben um 1920, sein allgemeines Ge sicht bedarf der Ergänzung durch Namen, die ebenfalls ge nerationsmäßig in das Jahrzehnt vor 1900 fallen:

Claude Delvincourt, Jacques de la Presle (geboren 1888
Pierre Vellones (1889—1939)
Jacques Ibert (geboren 1890)

Roland Manuel, Georges Migot, Maurice Yvain (geb. 1891)
Lili Boulanger (1893—1918)
Jean Rivier (geboren 1895)
Georges Dandelot (geboren 1896)
Marcel Delannoy (geboren 1898)

Von ihnen hat sich Jacques *Ibert* am bekanntesten gemacht. Auch er, im Stil so leicht, flüssig, gewandt, einfallsreich und sprühend, stets nach der beweglich heiteren Seite des Ausdrucks, dabei zu Parodien geneigt, frech und übermütig, schrieb Opern („Angélique" 1927, „Andromède et Persée" 1929, „Le Roi d'Yvetot" 1930, l'Aiglon" 1937), Ballette, Orchesterwerke (The Ballad of the Reading Goal nach Wilde, Escales, Divertissement), Konzerte, Kammermusik und Klavierwerke. Auffallend ist Iberts Vorliebe für Holzbläser (Quartett, Trio, Solostück für Holzbläser). Claude *Delvincourt*, selbst ein fruchtbarer Komponist, ist seit 1941 der weitblickende Direktor des Conservatoire in Paris. Jacques de la *Presle* komponierte in gewandtem Stil Kantaten und Kammermusik. Pierre *Vellones* kam über Medizin und Malerei schließlich zur Musik, um Ballette zu komponieren. Roland *Manuel* ist Komponist und ein namhafter Musikschriftsteller (Bücher über Ravel, de Falla, Roussel, Honegger). Von Georges *Migot*, dem Schüler Widors und d'Indys, gibt es Orchester-, Klavier- und Orgelmusik und die Kammeroper „Le rossignol en amour". Maurice *Yvain* ist Operettenkomponist. Die früh verstorbene Lili *Boulanger* war eine befähigte Komponistin. Georges *Dandelot* gilt als besondere Begabung. Er schrieb ein Oratorium („Pax"), eine Symphonie, Lieder und Kammermusik. Jean *Rivier* ist Symphoniker. Auch seine Kammermusik fand Beachtung. Marcel *Delannoy* ist flämischer Herkunft Ursprünglich Architekt, wandte er sich unter Führung Honeggers der Musik zu, schrieb Opern mit volkstümlichem Akzent der Melodik: „Le Porier de Misère", „Le Fou de la Dame", „Ginèvra", „Philippine". Ballett: „Der Glaspantoffel".

Strömungen seit 1930

Die Beruhigung, die Mitte der zwanziger Jahre eingetreten war, hielt an. Sie wurde durch Strawinskijs Weg zu einem Neu-Klassizismus unterstützt. „Retour à Bach" (néoclassique) wird auch für Frankreich vorübergehend stilbildend. Bald siegt eine typisch französische retrospektive Wendung, die bei Couperin Leichtigkeit, Grazie und Ironie und bei Fauré das Lyrische sucht.

Ein zweites Mal will Eric Satie die Bewegung antreiben. Er stellt 1923 im Collège de France die „Ecole d'Arcueil" heraus, ohne daß damit eine neue Wendung herbeigeführt wird. Von den vier Musikern dieser Gruppe, die ihren Namen nach Saties Wohnort in der Nähe von Paris trägt, — Henri Cliquet-Pleyel, Roger Desormière, Maxime Jacob, Henri Sauguet — ist *Desormière* heute einer der führenden französischen Dirigenten. Maxime *Jacob* (geboren 1906) und Henri *Sauguet* (geboren 1901) sind als Komponisten bekannt geworden. Sauguet (Opern, Ballette, Lieder, Kammermusik) besitzt eine „sensibilité très personelle" (Landormy).

Nur bedingt geben diese französischen Musikergruppen der Literatur und Malerei parallel. Denn es gehört zu den Gesetzen abendländischer Geistesgeschichte, daß die Musik immer erst um Jahrzehnte verspätet von den herrschenden Strömungen erfaßt wird. Die neue Welt der französischen Malerei und Literatur hat die Musik bisher nur am Rande berührt. Eine Propagandagruppe für neue Musik „La Spirale", 1935 gegründet, will ihren Namen symbolischerweise tragen, Zeichen des Fortschrittes sein; sie richtet sich nach der Mitte aus und nimmt doch mit jeder Wendung einen neuen Weg. An eine Förderung zeitgenössischer Musik wird gedacht, auch im Austausch mit anderen Nationen, vor allem durch die Möglichkeit, repräsentative Werke in wiederholten Aufführungen hören zu lassen.

Durch einen neuen produktiven Willen war 1936 der Zusammenschluß der „Jeune France" ausgezeichnet, die den Namen absichtlich von Berlioz mit dem Ziel übernahm, „in unserem Jahrhundert die Musik der großen Komponisten der Vergangenheit fortzusetzen, die die französische Musik zu einer der reinen Kostbarkeiten der Kultur gemacht haben, eine lebendige Musik zu schaffen und zu fördern." Eigene charakteristische Werke sollen im Konzertsaal vorgestellt werden. Die Komponisten der „Jeune France" sind sich einig im Willen „zur Aufrichtigkeit, Großzügigkeit und in dem ehrlichen künstlerischen Wollen". Ihr Bekenntnis gilt weder „revolutionären Tendenzen, noch akademischen Formeln". Vier Namen umfaßt die „Jeune France": André *Jolivet* (geboren 1905), Yves *Baudrier* (geboren 1906), Daniel *Lesur* (geboren 1908) und Olivier *Messiaen* (geboren 1908).

Das Bekenntnishafte ist bei Olivier *Messiaen* ein Teil seiner menschlichen und künstlerischen Natur. Die Musik ist ihm „acte de foi", er besingt „Dieu et le mystère du Christ". Geboren in Avignon als Sohn eines Flamen und einer südfranzösischen Mutter, der Dichterin Cécile *Sauvage*, Schüler von Dukas am Conservatoire, bereits seit 1931 Organist an Trinité in Paris, trat Messiaens Schaffen nach dem Krieg rasch an die internationale Öffentlichkeit. 1940 Soldat, ein Jahr in deutscher Kriegsgefangenschaft, seit 1941 Professor am Conservatoire, selbst auch Theoretiker seiner Werke (Harmonielehre, Technique de mon langage musicale), ist Messiaen Mittelpunkt eines Meinungsstreites, der ihn als Pol einer neuen Klangsinnlichkeit, einer reinen künstlerischen Intuition, der „Kälte des linearen Neo-Klassizismus" gegenüberstellt. Damit ist erneut eine eindeutige Wendung in Frankreich gegen die neue deutsche Schule (Hindemith) aber auch gegen Strawinskij vollzogen.

Messiaens Werk steht fast ausschließlich dem katholischen Kultus nahe, ohne eigentlich liturgisch zu sein: Klavierpräludien (1929), Variationen für Geige und Klavier (1932), „Die Geburt des Herrn" (1935), vier Bücher Orgelstücke, Gedichte für Mi (Lieder, 1936), „La fête au eaux" (1937), „Les corps glorieux" für Orgel (1939), „Quattuor pour la fin du temps" (1940), „Les Visions de l'Amen" (1943), „Trois petites liturgies de la Présence Divine" (1944), „Vingt Regards sur l'Enfant Jésus" (Klavier, 1944). Der Musik wird ein extrem persönlicher Akzent nachgesagt. Anfängliche Einflüsse von Strawinskij und Debussy seien längst überschattet. Die Kompositionstechnik arbeitet, geleitet durch Schönbergs Zwölf-Ton-System, mit modalen Reihen. Die Rhythmik bringt Vorbilder hindustanischer Musik in ein System. Die Formen sind vom gregorianischen Choral beeinflußt.

André *Jolivet* (geboren 1905) genießt im Urteil Landormys besondere Beachtung. Er schrieb eine Buffooper, Ballette und Klaviermusik. Von Daniel *Lesur* (geboren 1908) gibt es Lieder, Kammermusik und eine Orchestersuite.

Unabhängig von der Gruppe der „Jeune France" schrieb Henri *Barraud* (geboren 1900) in „Maître Pathelin" eine komische Oper, außerdem eine Symphonie und Kammermusik. Robert *Bernard* (1900 in Genf geboren) wird der Einfluß César Francks (Klavierkompositionen) nachgesagt. Er komponierte einen 150. Psalm. In Maurice *Jaubert* (geboren 1900) und Jehan *Alain* beklagt Frankreich zwei Todesopfer des Krieges (1940) unter seinen jungen Komponisten.

Claude *Arrieu* (geboren 1903) ist lothringischer Herkunft und in seiner Musik von einer spontanen Lebendigkeit. Er schrieb Symphonien, Konzerte, Kammermusik, ein Requiem a capella und eine komische Oper. Von dem bedeutenden Dirigenten Manuel *Rosenthal* (geboren 1904) gibt es geistliche und weltliche Kantaten, von Emilie *Passani* (geboren 1905) hauptsächlich Vokalmusik, der volkstümliche Einfachheit nachgesagt wird. Jean *Cartan* (gestorben 1929), Pierre *Capdevielle* und Maurice *Thiriet* sind Altersgenossen (geboren 1906). Bemerkenswert für Capdevielle ist die Vorliebe für weitgespannte Formen. Seine Symphonie dauert über eine Stunde. Tony *Aubin* (geboren 1907) schrieb eine Symphonie romantique und ein „Alpines Konzert". Landormy betont jedoch, daß Aubin dem romantischen Empfinden und Stil fernstehe und nach einer absoluten Musik

strebe, die unabhängig von dem Einfluß irgendwelcher Ideen und von dem menschlichen Schicksal ihres Schöpfers sei. Das „Alpine Konzert" gilt als sein einziges größeres Werk, das im Maquis entstand. Elsa *Barraine* (geboren 1910) schrieb zwei Symphonien, Klavier- und Orgelwerke, Jacques Chailley (geboren 1910) in der „Tentation de St. Antoine" ein geistlich inspiriertes Orchesterstück.

Jean *Françaix* (geboren 1912), ein Schüler von Nadia Boulanger, der angesehenen Lehrerin, ist außerhalb Frankreichs rasch bekannt geworden. Bereits 1932 fand eine Symphonie Beifall. Seither hat sich das Bild in komischen Opern und zahlreichen Balletten („La Lutherie enchantée", „Le Jeu sentimental", „Le roi nu", „Les verreries de Venise", „Les malheurs de Sophie", „Le jugement d'un fou"), in Klavierwerken und zum Teil sehr origineller Kammermusik (Trio), in Konzerten und Orchestermusik immer neu bestätigt: eine extreme Leichtigkeit der Handschrift, erfüllt von Grazie und Schwerelosigkeit, mit klassizistischen französischen Anklängen, häufig wohl ohne tiefere Bedeutung, doch mit Ironie. Von seiner fast überraschenden Befähigung zu profunder Musik legt ein Oratorium Zeugnis ab.

Jean *Hubeau* (geboren 1917), heute Direktor des Conservatoire in Versailles, selbst ein glänzender Pianist, hat sich als Jüngster einen Namen mit Konzerten, Orchesterstücken und Kammermusik gemacht. Ferner werden als neue Namen Marcel *Landowski*, Jean *Martinon*, Henri *Dutilleux* (Rompreisträger 1938) genannt.

Die Fragestellung

Eine wesentliche Tatsache in der zeitgenössischen Musik in Frankreich ist die polare Spannung, die — unabhängig, jedoch ähnlich wie in Deutschland — in der französischen Musik seit etwa 1830 erkennbar ist und sich heute wieder in einem Brennpunkt zu verdichten scheint. Klassizistische Rückschau bedeutet für Frankreich — hier im direkten Gegensatz zur heutigen Situation in Deutschland — nicht eine Rückwendung zum vorklassischen und zum barocken oder einem noch älteren Stil, sondern eine Betonung echt rationalistischer Formenklarheit, Ausweichen vor romantischem Erlebnis und mystischer oder sensualistischer Verschleierung. Ihr Gegensatz ist eine gegenstandsbezogene Musik, die sich der Anregungen außermusikalischer Beziehungen bedient. Dem Anscheine nach überwiegt in Frankreich, dessen Drama vor allem Höhepunkte eines echten Klassizismus kannte, der im 17. und 18. Jahrhundert stark auf den Stil der Oper abfärbte, zur Zeit die Neigung zu einer neuen poetisch-verklärten oder realistisch-farbig erlebten Ausdruckskunst. Diese Reaktion auf den Umschwung um 1920 wird in erster Linie von dem um 1910 geborenen jüngsten Komponisten getragen. Damit dürften bereits Anzeichen einer Parallelbewegung zu dem Surrealismus vorhanden sein, obwohl der Surrealismus der Malerei, zumindest in der Gestaltungsweise eines Automatismus, auf das musikalische Schaffen — die reine Improvisation am Instrument vielleicht ausgenommen — nicht übertragbar ist. Ein Schaffen ohne Gestaltungsabsicht, bei dem gleichsam das Unbewußte die Hand führt, hat in der Malerei zu einem beachtenswerten Kunststil geführt; in der Musik kann die Feder nicht unbewußt über die Notensysteme gleiten und „Noten malen", sondern das Notenbild wird stets die Fixierung eines inneren, deutlich geschauten Klangbildes sein.

Die Wichtigkeit dieses neuen emotionalen Erlebnisses unterstreicht ein Hinweis von Marcel Beaufils, der davon spricht, daß die „zeitgenössische französische Musik von einer Wiedergeburt der Kantate und des Oratoriums heimgesucht wird." Namentlich genannt werden als Nachfolger Honeggers „König David" und „Judith" die neuesten Werke dieses Komponisten, ferner Milhauds in den Vereinigten Staaten geschriebenes Werk nach Claudel „Gesang der Weisheit", der 56. Psalm von Rivier, der „Franziskus von Assisi" und die „Kantate für Christi Geburt" von Manuel Rosenthal, der „Weg des Kreuzes" von Damais, das „Vorspiel zum jüngsten Gericht" von Charles Séringes, die „Verkündigung" von Georges Migot, der 28. Psalm von Maurice Franck. Strawinskijs „Psalmensymphonie" (1930) darf a[...] Beitrag nicht vergessen werden, wenn auch der Strawinsk[...] dieser Zeit stilistisch den entscheidenden Einfluß auf Frank[...] reich verloren hat. Handelt es sich in diesen Werken zwa[...] um eine musikalische Nachfolge der katholischen Erneuerun[...] in der Literatur (vergleiche Europa-Archiv, Februar/Mär[...] 1947) — der Name Claudels in steter Verbindung mit Mil[...] haud und Honegger weist deutlich genug darauf hin —, s[...] darf doch diese betonte, für unser Jahrhundert neue Ver[...] bindung der Musik mit der religiös-christlichen Stoffwe[...] als eine Wendung innerhalb der außermusikalisch beein[...] flußten Sinngebung angesehen werden. Ihre Richtung is[...] gewiß poetisch, ihre Haltung ist jedoch geistlich, religiö[...] Damit könnte die französische Musik der Gegenwart viel[...] leicht einen neuen Weg einschlagen, der sie in geistige Be[...] zirke führt und deren christliche Sinnbetonung die bishe[...] vorherrschend gepflegte Sphäre des „l'art pour l'art" vo[...] sich aus überwindet.

Es bleibt die Frage zu erörtern, ob die zeitgenössisch[...] französische Musik heute ihre durch Debussy eroberte Vor[...] machtstellung behauptet.

Das musikalische Frankreich hat sich während der Be[...] satzungsjahre weitgehend von jeder offiziellen Anteilnahm[...] am öffentlichen Musikleben zurückgehalten. Die Unter[...] brechung jeder kulturellen Brücke mit dem Ausland ha[...] naturgemäß auch Frankreichs Jugend die Möglichkeit ge[...] nommen, mit den führenden Vertretern des europäische[...] Musiklebens, die nach den Vereinigten Staaten abgewan[...] dert waren, und ihrem Schaffen in Verbindung zu bleibe[...] Ebenso wurde diese Jugend draußen nicht gehört, sodaß di[...] Frage zunächst offen bleiben muß, um wohl erst nach Jah[...] ren beantwortet werden zu können, wenn die Werke de[...] heute ungefähr 35- bis 40-Jährigen oder die der nach[...] wachsenden Jugend auch außerhalb Frankreichs in große[...] Umfang zur Diskussion gestellt worden sind.

Literaturhinweise

J. Gaudefroy-Demombyner: Histoire de la musique fran[...]çaise. 1946, Paris, Payot.

Paul Landormy: La musique française après Debussy. 194[...] Paris, Gallimard.

Henry Prunières: Moderne Franzosen. In Adler, Handbuc[...] der Musikgeschichte, II. Teil. 1930, Berlin-Wilmersdorf[...] Verlag Heinrich Keller.

Nicolas Slonimskij: Music since 1900. 1937, New York[...] W. W. Norton.

René Dumesnil: La musique contemporaine en France. 1930[...] Paris.

A. Coeuroy: La musique française moderne. 1922, Paris[...] Delagrade.

Marcel Beaufils: Zeitgenössische französische Musik: Wor[...] und Tat. August 1946, Innsbruck, Wien, Paris.

Jean Cocteau: Le Coq et l'Harlequin (1918). Neudruck in L[...] Rappel à l'Ordre. 1926, Paris, Librairie Stock.

Monographien und Einzeluntersuchungen

Über *Debussy* schrieben *französisch:* Vallas (1927), Koechlin (1928), Boucher (1930), Coeuroy (1930), Suarès (1936); *englisch:* Lockspeiser (1937), Thompson (1937); *deutsch:* Liess (1936), Dankert (1942), Strobel (1940), Decsey (1936).

Über *Honegger* schrieben Tappolet (1933), Roland-Manuel (1925), George (1926).

Über *Ravel:* Roland-Manuel (1928), Yankelevich (1939).

Über *Roussel:* Vuillemin (1919).

Über *Satie:* Templier (1932).

Über *Schmitt:* Ferroud (1927).

Über *Milhaud:* Aufsätze von Schloezer, Křenek und so weiter.

Zeitschriften

La Revue musicale, Paris (seit 1920), Melos (Mainz), Die Musik (Berlin).

Kurze Biographien französischer Autoren

Vorbemerkung

Zu unserem Beitrag in der Februar-März-Folge „Die französische Literatur der letzten zwanzig Jahre“ von Fred *von Hoerschelmann* bringen wir nun biographische Notizen zu einem Teil der dort behandelten französischen Autoren. Da das Interesse an biographischen Daten in Frankreich nicht so ausgeprägt ist wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten, macht die Beschaffung der Unterlagen beträchtliche Schwierigkeiten. Doch soll diese Reihe später fortgesetzt und ergänzt werden.

FRANCIS AMBIÈRE

Geboren in Paris im September 1907. Sein Vater fiel 1914. Auch die Mutter starb bald darauf. Ein Onkel nahm den Verwaisten nach Dijon und ließ ihn dort das Lyzeum besuchen. Mit elf Jahren schrieb er seine ersten Verse. Er wurde Journalist und Redakteur bei der Wochenschrift „Les Nouvelles Littéraires“. 1936 veröffentlichte er „Favori de François I“. Er bereiste Italien und Spanien. 1940 geriet er in Kriegsgefangenschaft. Für die Erzählung seiner Erlebnisse 1939—1945 in „Les Grandes Vacances“ erhielt er 1946 den Prix Goncourt.

JULIEN BENDA

Geboren in Paris am 26 Dezember 1867 als Sohn eines Großkaufmanns, der seinen Sinn für Mathematik und Musik weckte. Lycée Charlemagne. Zwei Jahre mathematische Studien. 1888 École Centrale. Reisen. Studien an der Sorbonne. Lizentiat der Geschichte 1898. Schrieb seinen ersten Artikel anläßlich der Dreyfuß-Affäre. Verbrachte zehn Jahre in der Provinz. Kehrte nach Paris zurück. Befreundete sich mit Peguy.

Werke: „Dialogues à Byzance“; „Mon Premier Testament“ (1910). „Dialogue d'Eleuthère“ (1911). „L'Ordination“, Roman; „Le Bergsonisme ou une philosophie de la mobilité“ (1912). „Une philosophie pathétique“ (1913). „Les Sentiments de Critias“ (1917). „Le Bouquet de Glycère“ (1918). „Belphégor“ (1919). „Les Amorandes“, Roman (1922). „La Croix de Roses“, Roman (1923). „Billets de Sirius“ (1923). „Lettres à Mélisande pour son éducation philosophique“ (1925). „La Trahison des clercs“; „Properce ou les Amants de Tibur“ (1927). „Cléanthis“ (1928). „La Fin de l'Eternel“ (1929). „Essay d'un discours cohérent sur les rapports de Dieu et du monde“ (1931). „Esquisse d'une histoire des Français dans leur volonté d'être une nation“ (1932). „Discours à la nation européenne“ (1933). „Délices d'Eleuthère“ (1935). „La Jeunesse d'un clerc“ (1937). „Un Régulier dans le Siècle“ (1938). „La France byzantine“; „La Grande Épreuve des démocraties“ (1945). „Exercices d'un enterré vif“ (1946). In Vorbereitung: „Du poétique“.

GEORGES BERNANOS

Geboren in Paris 1888. Eltern französischer und spanischer Herkunft. Jesuitenkollegium in Vaugirard. Lizentiat der Rechte und der Wissenschaften (Lettres). 1913—1914 Herausgeber einer Wochenschrift „L'Avant-Garde“. 1914—1918 Kriegsteilnehmer, mit dem Croix de Guerre ausgezeichnet. Nach dem Kriege Angestellter der Versicherungsgesellschaft La Nationale. Während der Geschäftsreisen schrieb er seinen ersten Roman „Sous le Soleil de Satan“. Ließ sich in Toulon als Schriftsteller nieder. Wohnte mit Frau und Kindern in Palma de Mallorca. Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges, an dem sein Sohn auf seiten der Republikaner teilnahm, kehrte er nach Frankreich zurück. Siedelte 1938 nach Brasilien über. 1946 kehrte er wiederum nach Frankreich zurück.

Werke: „Sous le Soleil de Satan“ (1926). „La Joie“ (Prix Fémina 1929). „L'Imposture“; „Un Crime“; „Nouvelle Histoire de Mouchette“; „Journal d'un Curé de Campagne“ (Romanpreis der Académie Française 1936); „Jeanne Relapse et Sainte“; „Les Grands Cimetières sous la Lune“; „Les Amants de Verdun“; „La Grande Peur des bien-pensants“; „Nous autres Français“; „Scandale de la Vérité“; „Monsieur Ouine“; „Atlantica 1943“ (1946). In Brasilien veröffentlichte Bernanos eine Reihe von Aufsätzen, die unter dem Titel „Les Lettres aux Anglais“ in etwa 5 Bänden demnächst erscheinen werden. „La France contre les Robots“ (1947).

ALBERT CAMUS

Geboren am 7. November 1913 in Algier als Sohn eines Arbeiters. Besuchte die Volks- und Mittelschule. Sport. Studierte Philosophie an der Fakultät in Algier. Werkstudent: verkaufte Autoersatzteile, betätigte sich als Bootsmakler, Meteorologe und als Angestellter an der Präfektur. Leitete eine Liebhabertruppe und spielte selbst zahlreiche Rollen. 1938 erste journalistische Arbeiten in der algerischen Presse. Reiste nach Paris. Mitarbeiter des „Combat“. Blieb nach der Befreiung bei dieser Zeitschrift. Plant Vortragsreise nach den Vereinigten Staaten.

Werke: „L'Envers et l'endroit, Souvenirs et réflexions“ (1937). „Noces“, Essay (1938). „L'Étranger“. Roman (1941). „Le Mythe de Sisyphe“, Essay (1941). „Le Malentendu“ und „Caligula“, Bühnenstücke (1943). „Le Minotaure ou La Halte d'Oran“ (Revue l'Arche Nr. 13). In Vorbereitung: „La Peste“, Roman.

JEAN COCTEAU

Geboren am 5. Juli 1889 in Maisons-Laffitte, unweit Paris. Sehr wohlhabende Eltern. Besuchte das Lyzeum in Condorcet, das er in schlechter Erinnerung behielt. Unternahm zahlreiche Reisen in Begleitung der Mutter. Fünfzehnjährig in Venedig. Frühzeitige Begeisterung für das Theater. Literarische Freundschaften mit Catulle Mendès, Edmond Rostand, Anna de Noailles und Marcel Proust. Mit sechzehn Jahren veröffentlichte er den ersten Band Verse: „La Lampe d'Aladin“. Gide und Henri Ghéon schrieben über den jungen Dichter in der Nouvelle Revue Française. 1913 Begegnung mit Serge Diaghilew und Strawinskij. Meldete sich 1914 freiwillig, wurde zurückgewiesen. Organisierte selbständig einen Sanitäts-Hilfsdienst mit Privatwagen, begab sich an die Front und transportierte Verwundete. Wurde zur Auszeichnung mit dem „Croix de Guerre“ vorgeschlagen, dabei wurde sein illegales Vorgehen erkannt, er wurde verhaftet, später aber rehabilitiert. Herausgeber der Zeitschrift „Mot“. Begegnung mit Picasso. 1916 das Ballett „Parade“ für Diaghilew. Theaterskandal bei der Aufführung. Mit Blaise Cendrars gründete er die Zeitschrift „La Sirène“. Freundschaft mit Raymond Radiguet, zu dessen Roman „Le Bal du comte d'Orgel“ er ein Vorwort schrieb. Wohnte gemeinsam mit Radiguet in Piquey, später in Paramousquier. Nach dem Tode Radiguets verfiel Cocteau dem Opium. Nervenzusammenbruch. Krankenhaus. Begegnung mit Maritain. Bekehrung und Heilung. 1936 machte er auf Grund einer Wette eine Reise um die Welt in achtzig Tagen: Rom, Athen, Ägypten, Indien, Japan, Amerika, Paris. Während der Besatzungszeit Freundschaft mit Paul Eluard.

Werke: Verse: „La Lampe d'Aladin“ (1909); „Le Prince frivole“ (1910); „La Danse de Sophocle“ (1912); „Le Cap de Bonne Espérance“ (1919); „L'Ode à Picasso“ (1919); „Poésies“ (1920); „Escales“ (1920); „Vocabulaire“ (1922); „La Rose de François“ (1923); „Plain-chant“ (1923); „Poésie 1916—1923“ (1924); „Cri-Écrit“ (1925); „Prière mutilée“ (1925); „L'Ange Heurtebise“ (1925); „Mythologie“ (1934); „Enigme“ (1939); „Allégories“ (1941); „Léone“ (1945). Romane: „Le Potomak“ (1919); „Le Grand Écart“ (1928); „Thomas l'Imposteur“ (1928); „Le Livre Blanc“ (1928); „Les Enfants Terribles“ (1929); „Le Fantôme de Marseille“ (1933); „La Fin du Potomak“ (1939). Kritik: „Le Coq et l'Arlequin“ (1918); „Carte Blanche“ (1920); „La Noce massacrée“ (1921); „Le Secret professionel“ (1922); „Picasso“ (1923); „FERAT“ (1924); „Le Rappel à l'Ordre“ (1926); „Lettre-Plainte“ (1926); „Lettre à Jaques Maritain“ (1926); „Le Mystère laïc“ (1928); „Quelques Lignes“ (1928); „Opium“ (1931); „Essay de Critique indirecte“ (1932); „Portrait-Souvenir“ (1935); „Mon premier Voyage“ (1936); „Le Gréco“ (1944); „Portrait de Mounet-Sully“ (1945). Bühnenwerke: „Parade“ (Ballett 1919); „Le Boeuf sur le Toit“ (1920); „Les Mariés de la Tour Eiffel“ (1924); „Les Biches“ (1924); „Les Facheux“ (1924); „Roméo et Juliette“ (Vorwort und Einrichtung, 1926); „Orphée“ (Tragödie, 1927); „Oedipe Roi“, „Roméo et Juliette“ (1928); „Antigone“, „Les Mariés de la Tour Eiffel“ (1928); „La Voix humaine“ (1930); „La Machine infernale“ (1934); „Les Chevaliers de la Table Ronde“ (1937); „Les Parents Terribles“ (1938); „Les Monstres sacrés“ (1940); „Renaud et Armide“ (1943). Filme: „Le Sang d'un Poète“ (1932); „Le Baron Fantôme“ (1943); „L'Eternel Retour“ (1944); „La Belle et la Bête“ (1946).

GEORGES DUHAMEL

Geboren im Juni 1884 in Paris. Sohn eines unbemittelten Arztes. Zahlreiche Geschwister. Studierte Medizin und verdiente sich zwischendurch seinen Unterhalt als Gehilfe eines Rechtsanwalts. Wandernd lernte er Frankreich kennen, die Schweiz, Italien, Österreich. Er schrieb Verse und wurde Literaturkritiker am Mercure de France. 1914 zog er als Chirurg in den Krieg. Prix Goncourt 1918 für seine Schilderungen aus den Kriegslazaretten: „Vie

des Martyrs" und „Civilisation". Unternahm Reisen nach Rußland und nach den Vereinigten Staaten. 1940 leitete er ein Lazarett in Rennes. Von seinem Posten als Sekretär der Académie Française trat er 1946 freiwillig zurück.

Werke: „Vie des Martyrs"; „Civilisation"; „La Possession du Monde"; „Entretien dans le Tumulte"; „Les Hommes abandonnés"; „Les Plaisiers et les Jeux"; „Le Prince Jaffar"; „La Pierre d'Horeb"; „Lettres au Patagon"; „Le Voyage de Moscou"; „La Nuit d'orage"; „Les Sept dernières Plaies"; „Scènes de la Vie future"; „Géographie cordiale de l'Europe"; „Querelles de Famille"; „Fables de mon Jardin"; „Vie et Aventures de Salavin" (I. Confession de Minuit; II. Deux Hommes, III. Journal de Salavin; IV. Le Club des Lyonnais; V. Tel qu'en lui-même). „Cronique des Pasquier" (I. Le Notaire de Havre; II. Le Jardin des Bêtes sauvages; III. Vue de la Terre promise; IV. La Nuit de la Saint-Jean; V. Le Désert de Bièvres; VI. Les Maîtres; VII. Vécile parmi nous; VIII. Le Combat contre les Ombres; IX. Suzanne et les Jeunes Hommes; X La Passion de Joseph Pasquier). „Les Jumeaux de Vallangoujard"; „L'Humaniste et L'Automate"; „Mon Royaume"; „Deux Patrons"; „Inventaire de l'Abîme"; „Chronique des Saisons amères"; „Biographie de mes Fantômes"; „Souvenirs de la Vie du Paradis".

PAUL ELUARD

Geboren in Saint-Denis am 14. Dezember 1895. Als Kind war er jähzornig und kränklich. Von seinem zwölften bis sechzehnten Jahr besuchte er die École Colbert in Paris. Sechzehnjährig fuhr er — lungenkrank — in die Schweiz, wo er langsam genas. Die Schneefelder und der reine Himmel blieben ihm unvergeßlich. 1914 kehrte er nach Paris zurück. Am Kriege nahm er als Krankenträger und später als Infanterist teil. 1918 befreundete er sich mit Jean Paulhan, der damals „Le Spectateur" herausgab. Eluard trat nun in Verbindung mit André Breton, Aragon, Reverdy, Tzara und wurde Mitarbeiter der surrealistischen Zeitschrift „Littérature". Er ist verheiratet und hat eine Tochter. Enttäuschungen und Kummer erweckten in ihm das Bedürfnis nach Einsamkeit. Im März 1924 verschwand Eluard unvermittelt aus Paris und wurde von den Freunden längere Zeit für tot gehalten. Indessen hatte er sich in Marseille eingeschifft und eine Weltreise angetreten, die ihn nach Tahiti, Neuseeland, Celebes, Australien, Java, Indochina und Ceylon führte. Anfang 1936 wurde er nach Spanien eingeladen, wo er eine Reihe von Vorträgen über Picasso hielt. Während der Besatzungszeit nahm Eluard an der Widerstandsbewegung teil. 1944 schuf er die Zeitschrift L'Éternelle Revue.

Werke: „Le Devoir et l'Inquiétude" (1917); „Poèmes pour la Paix" (1918); „Les Animaux et leurs Hommes", „Les Hommes et leurs Animaux" (1920); „Les Nécessités de la Vie et les Conséquences des Rêves" (1921); „Répétitions" (1922); „Mourir de ne pas Mourir" (1924); „Au Défaut de la Douleur" (1926); „Les Dessous d'une Vie ou La Pyramide Humaine" (1926); „Capitale de la Douleur" (1926); „Défense de Savoir" (1928); „L'Amour la Poésie" (1929); „A toute Épreuve" (1930); „Doris" (1931); „La Vie immédiate" (1932); „Comme deux Gouttes d'Eau" (1933); „La Rose Publique" (1934); „Nuits Partagées" (1935); „Facile" (1935); „La Barre d'Appui" (1936); „Les Yeux fertiles" (1936); „L'Évidence poétique" (1937); „Appliquée" (1937); „Les Mains libres" (1937); „Quelques-uns des Mots qui jusqu'ici m'étaient mystérieusement interdits" (1938); „Cours Naturel" (1938); „Médieuses" (1938); „Chanson complète" (1939); „Donner à voir" (1939); „Le Livre ouvert I." (1940); „Moralité du Sommeil" (1941); „Sur les Pentes inférieures" (1941); „Choix de Poèmes 1914—1941" (1941); „Le Livre ouvert II." (1942); „La dernière Nuit" (1942); „Poésie involontaire et Poésie intentionelle" (1942); „Poésie et Vérité 1942" (1942); „Le Lit la Table" (1944); „Les sept Poèmes d'Amour en Guerre" (1943); „Digne de vivre" (1944); „Au Rendez-vous allemand" (1944); „A Pablo Picasso" (1945); „Lingères legères" (1945); „Poésie ininterrompue" (1946). In Zusammenarbeit mit Max *Ernst* „Les Malheurs des Immortels" (1922); mit Benjamin *Péret:* „152 Proverbes mis au Gout du Jour" (1925); mit André *Breton:* „L'Immaculée Conception" (1930); „Notes sur la Poésie" (1930); „Petit Dictionnaire illustré du Surréalisme" (1938); mit André *Breton* und René *Char:* „Ralentir Travaux" (1930); mit Louis *Parrot* die Übersetzung: Fédérico Garcia Lorca „Ode à Salvador Dali" (1938).

JULIEN GREEN

Geboren in Paris im September 1900. Beide Eltern sind Amerikaner. Besuchte das Lycée Janson-de Sailly. 1917 meldete er sich freiwillig zum Sanitätsdienst. Kam später zur Artillerie. 1919 Reise nach Amerika, wo er zweieinhalb Jahre blieb. Studierte an der Universität von Virginia. Während der Ferien besuchte er seine Eltern in der Nähe von Washington. Seit 1922 wohnte er vorzugsweise in Frankreich, bereiste jedoch auch Schweden, Italien, die Tschechoslowakei und Ungarn. Im Juni 1940 begab er sich nach den Vereinigten Staaten. Im Oktober 1945 kehrte er nach Frankreich zurück. Während des Krieges sprach er fast täglich im den französischen Sendungen des amerikanischen Rundfunks, hielt Vorträge über Frankreich und veröffentlichte ein Buch in englischer Sprache über Frankreich.

Werke: „Mont-Cinère", Roman (Plon 1926); „Adrienne Mesurat", Roman (Plon 1927); „Leviathan", Roman (Plon 1919); „Le Voyageur sur la terre", Novellen (Plon 1930); „Epaves", Roman (Plon 1932); „Le Visionnaire", Roman (Plon 1934); „Minuit", Roman (Plon 1936); „Varouna", Roman (Plon 1940); „Journal" Tome I. (1938), Tome II. (1939), Tome III. (1946, gleichfalls Plon); „Si j'étais vous" Roman (1947); „Suite anglaise" (Cahiers de Paris 1927), kritische und biographische Studien über angelsächsische Schriftsteller. „Pamphlet contre les catholiques de France" (unter dem Pseudonym Théophile Delaporte in Revue des Pamphletaires Nr. 1924). Vorwort zum Roman „La Lettre écarlate" von N. Hawthorne (Übersetzung 1945).

VALÉRY LARBAUD

Geboren 1881 in Vichy. Einziger Sohn. Verbrachte seine Kindheit auf dem der Familie gehörenden Landgut in Valbois bei Saint-Pourçain-sur-Sioule, in Vichy und in Paris, wo die Eltern ebenfalls Besitz hatten. Schüler des Collège de Saint-Barbe-des-Champs in Fontenay-aux-Roses. Unter den Mitschülern befanden sich viele Ausländer, hauptsächlich Südamerikaner. Von hier datierte Larbauds Vorliebe für das Kosmopolitische. Mit 16 Jahren unternahm er Reisen durch Deutschland, Rußland und die Türkei. Studierte an der Sorbonne, an der Faculté des Lettres. Mit 21 Jahren verließ er Frankreich und bereiste Italien, Österreich, Deutschland, Schweden, Spanien. Es folgten Reisen nach England, Griechenland und Algerien. Seit vielen Jahren wohnt er nun in seiner Heimatprovinz.

Hauptwerke: „Les Portiques" (Gedichte, 1897); „Fermina Marquez" (1911); „A. O. Barnabooth" (1913); „Enfantines" (1918); „Amants, heureux amants" (1924); „Ce vice impuni: la lecture" (1927); „Jaune, bleu, blanc" (1929); „Allen" (1929); „Technique" (1932); „Aux couleurs de Rome" (1938); „Ce vice impuni: la lecture, domaine anglais" (1936); „domaine français" (1941); „Sous l'invocation de saint Jérome" (1946). Übersetzungen: S. T. Coleridge: „The Rhyme of the ancient mariner" (1901); Samuel Butler: „Erewhon"; „Ainsi va toute chair"; „La vie et l'habitude: Nouveaux Voyages en Erewhon". Gemeinsam mit James Joyce hat Larbaud die von A. Morel und Stuart Gilbert besorgte Übertragung des „Ulysses" überarbeitet.

ANDRÉ MALRAUX

Geboren im November 1901 in Paris, wo er seine frühe Jugend verbrachte. Er studierte orientalische Sprachen und Archäologie und leitete eine archäologische Expedition in Kambodscha. Erhielt 1933 den Prix Goncourt für den Roman „La condition humaine". Nahm am Bürgerkrieg in China teil. Arbeitete im Verlagshaus Gallimard. Mitglied des Komitees Thaelmann. Reiste zusammen mit Gide nach Berlin, um die Befreiung Dimitroffs und der deutschen Kommunistenführer zu erwirken. 1936 kämpfte er auf seiten der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg mit und wurde verwundet. Vortragsreisen in Kanada und den Vereinigten Staaten zugunsten der spanischen Regierungstruppen. Im September 1939 mobilisiert, geriet er im Juni 1940 in Kriegsgefangenschaft, aus der er entfloh. Wohnte außerhalb von Paris, nahm an den Widerstandskämpfen teil. Wurde im Sommer 1944 verhaftet, in Toulouse interniert und durch die FFI befreit, worauf er an den weiteren Kämpfen teilnahm. Nach seiner Demobilisierung ist er Kulturbevollmächtigter im Kabinett des Generals de Gaulle, später Informationsminister geworden (1945).

Werke: „Lunes en papier", 1921 (Galerie Simon); „La Tentation de l'Occident", 1926 (Grasset); „D'une jeunesse européenne", 1927 (Les Cahiers verts. Grasset); „La Condition humaine", 1933 (Gallimard); „Le Temps du mépris", 1935 (Gallimard); „L'Espoir", 1937 (Gallimard); „La Lutte avec l'ange": Tome I.: „Les Novers de l'Altenburg", 1943 (Éditions du Haut-Pays, Genève). Eine Ausgabe seiner Werke in sieben Bänden ist bei Skira in Genf erschienen. In Vorbereitung: „Psychologie de l'art" sowie ein Essay über Oberst Lawrence, „Le Démon de l'Absolu".

JEAN PAULHAN

Geboren in Nîmes am 2. Dezember 1884. Sohn des Professors Frédéric Paulhan, des Verfassers von „Puissances de l'Abstraction". 1902 bis 1905 Student an der Sorbonne. 1907 bis 1911 Aufenthalt in Madagaskar, zuerst als Professor, dann als Ansiedler und Goldsucher. 1912 Rückkehr nach Paris. Bis zum Ausbruch des Krieges Professor für malagassische Sprache an der École des langues orientales, Juli 1914 Sergeant bei den Zuaven. Im gleichen Winter verwundet. Später im Flugmeldedienst und als Dolmetscher beschäftigt. 1920 bis 1925 Sekretär an der Nouvelle Revue Française. Nach dem Tode von Jaques Rivière wurde er

Hauptschriftleiter der Zeitschrift und blieb es bis zum Juni 1940. Anschließend Mitarbeiter der geheimen Zeitschrift „Résistance“. Die Zeitschrift wurde zeitweise bei ihm gesetzt. Paulhan wurde verhaftet, jedoch mangels Beweises wieder freigelassen. 1941 gründete er mit Jaques Decour „Les Lettres Françaises“ 1945 erhielt er den Großen Preis für Literatur der Académie Française.

Werke: „Les Hain-Ténys malgaches“ (1913). „Le Guerrier appliqué“, Roman (1915). „Le Pont traversé“ (1920). „Jacob Cow, le pirate, ou si les mots sont des choses“ (1921). „Les Fleurs de Tarbes ou La terreur dans les lettres“, Tome I. (1941). „Aytré qui perd l'habitude“ (1944). „Fautrier l'enragé“ (1944). „Clef de la Poésie“ (1944). „F. F. ou le critique“ (1945). „Braque le Patron“ (1945). „Entretien sur des faits divers“ (1945). „Patrie, introduction aux ‚Textes français‘“ (1946). „Guide d'un petit voyage en Suisse“ (Cahiers de la Pléiade Nr. 1. 1946). In Vorbereitung befinden sich „Les Fleurs de Tarbes“, Tome II.: „Le don des langues“; „Sémantique du proverbe“; „L'Aveuglette“.

Fred von Hoerschelmann

Literarische Neuerscheinungen in den Vereinigten Staaten

Aus den Neuerscheinungen der amerikanischen Literatur bringen wir im Folgenden eine Titelreihe von Büchern, die im letzten Vierteljahr von 1946 und im ersten Viertel 1947 herausgekommen sind. Fürs erste beschränkt sich diese Auswahl auf Werke der Schönen Literatur sowohl amerikanischer als auch ausländischer Schriftsteller in Übersetzungen und umfaßt Romane, Kurzgeschichten und Versbände. Für später ist eine Ergänzung dieser Reihe und ihre Fortführung auf anderen Gebieten in Aussicht genommen

Schöne Literatur und Übersetzungen

Algren, Nelson: The Neon Wilderness. New York, Doubleday & Co., 1947. (24 Kurzgeschichten aus der Unterwelt Chicagos.)

Andrezel, Pierre (Pseudonym für Tanja Blixen): The Angelio Avengers. New York, Random House, 1947. (Allegorischer Roman. Widerstandsliteratur.)

Arnold, Elliott: Blood Brother. New York, Duell, Sloan & Pearce, 1947. (Roman der Indianischen Rasse.)

Bates, H. E.: The Cruise Of The Breadwinner. Boston, Little, Brown & Co., 1947. (Lebendig geschriebener Kurzroman, Kriegsgeschichte.)

Bennett, Peggy: The Varmints. New York, Alfred A. Knopf, Inc., 1947. (Psychologischer Roman einer Familie in Florida. Autorin einundzwanzig Jahre.)

Blunden, Godfrey: A Room On The Route. Philadelphia, J. B. Lippincott Co., 1947. (Ablösung der (russischen) Revolution durch Bürokratie und Diktatur; in Romanform.)

Brooks, Cleanth: The Well Wrought Urn. New York, Reynal & Hitchcock, 1947. (Essays über englische Gedichte.)

Bryant, Arthur Herbert: Double Image. New York, Farrar, Straus & Co., 1947. (Psychologischer Roman.)

Burn, Michael. Yes, Farewell. New York, Macmillan Co., 1947. (Roman aus einem deutschen Kriegsgefangenenlager.)

Cadell, Elizabeth: Last Straw For Harriet. New York, William Morrow & Co., Inc., 1947. (Idealisiertes Landleben. Roman.)

Cahill, Holger: Look South To The Polar Star. New York, Harcourt, Brace & Co., 1947. (Roman aus der chinesischen Revolution.)

Canetti, Elisa: The Tower Of Babel. Übersetzt von Wedgewood. New York, Alfred A Knopf, Inc., 1947. (Surrealistischer Roman.)

Chiang, Kai-shek: China's Destiny. Übersetzt von Wang Ching-hui. New York, Macmillan Co., 1947.

Chiang, Kai-shek: China's Destiny. Herausgegeben von Philip Jaffe: New York, Roy Publishers, 1947. (Originalausgabe 1943 in China erschienen.)

Coffin, Robert P. Tristram: People Behave Like Ballads. New York, The Macmillan Co., 1946. (Gedichte.)

Collins, Norman: Dulcimer Street. New York, Duell, Sloan & Pearce, 1947. (Beschreibt das Leben in einem Londoner Boardinghouse.)

Criswell, Cloyd Mann: Asiatic Station. Prairie City, Ill., Decker, 1946. (Gedichte über Jugenderinnerungen und Kriegserlebnisse in Fernost.)

Croft-Cooke, Rupert: Miß Allick. New York, Henry Holt & Co., 1947. (Roman einer englischen Schriftstellerin.)

Dakin, Emma Sahler: Figure And Landscape. New York, Fine Editions Press, 1946. (Verfasserin wählt den Stoff ihrer Dichtungen aus der klassischen und mittelalterlichen Mythologie.)

Davis, Clyde Brion: Jeremy Bell. New York, Rinehart & Co., 1947. (Roman vom jungen Uncle Sam, amerikanischer Candide.)

Ertz, Susan: Mary Hallam. New York, Harper & Bros., 1947. (Jugendroman.)

Freedman. Benedict and Nancy: Mrs. Mike. New York, Coward-McCann. 1947. (Unterhaltungsroman, Liebesgeschichte in Kanada.)

Fuller. Edmund: A Star Pointed North. New York, Harper & Bros., 1946. (Negerroman.)

Gottlieb, Elaine: Darkling. New York, Reynal & Hitchcock, Inc., 1947. (Psychologischer Roman.)

Gray, James: On Second Thought. Minneapolis, University of Minnesota Press, 1946. (Reflektionen eines Literaturkritikers.)

Greer, Scott: The Landscape Has Voices. Waco, Tex., Motive Book Shop, 1946. (Gedichte.)

Gregory, Horace and *Zaturenska*, Marya: A History Of American Poets. 1900—1940. New York, Harcourt, Brace & Co., 1946. (Anthologie.)

Gysin, Brion: To Master A Long Goodnight. New York. Creative Age Press, 1946. (Negerroman nach dem historischen „Uncle Tom“.)

Haines, William W.: Command Decision. Boston, Little, Brown & Co., 1947. (Kriegsroman.)

Hard, Margaret: This Is Kate. New York, Henry Holt & Co., 1947. (Geschichte eines kleinen Mädchens im Kloster.)

Hauser, Marianne: Dark Dominion. New York, Random House, 1947. (Analyse eines dekadenten Milieus.)

Havighurst, Walter: Land of Promise. New York, The Macmillan Co., 1946. (Realistische Schilderung des amerikanischen Nordwestens während der Pionierzeit.)

Hewby, P. H.: A Journey To The Interior. New York, Doubleday & Co., 1946. (Roman aus dem Nahen Osten.)

Hicks, Granville; Small Town New York, Macmillan Co., 1946. (Demokratisches Leben in einer amerikanischen Kleinstadt.)

Hope, Bob: So This Is Peace. New York, Simon & Schuster, 1946. (Anekdoten aus dem zweiten Weltkrieg, Veteranen erleben den Frieden.)

Hoult, Norah: There Were No Windows. New York, Didier, 1947. (Realistischer Altersroman.)

Idell, Albert E.: The Sea Is Woman. New York, Henry Holt & Co., 1947. (Roman aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg.)

Kendell, Nancy: The Wise In Heart. New York, Thomas V. Crowell Co., 1947. (Psychoanalytischer Roman, Generationenproblem.)

Kober, Arthur: That Man is Here Again. New York, Random House, 1946. (Kurzweilige Episoden aus dem Leben eines Hollywood-Agenten.)

Krause, Herbert: The Thresher, Indianapolis, The Bobs-Merril Co., 1947. (Geschichte einer deutschen Farmgemeinde in Minnesota.)

Lamb, Harold: A Garden To The Eastward. New York, Doubleday & Co., Inc., 1947. (Roman aus Kurdistan mit volkskundlichen Elementen.)

Lewis, Janet: The Trial Of Soren Quist. New York. Doubleday & Co., 1947. (Roman aus dem Dänemark des siebzehnten Jahrhunderts.)

Linklater, Eric: Private Angelo. New York. Macmillan Co., 1946. (Erlebnisse eines Italieners im englischen Heer.)

— Literature Of Our Time Herausgegeben von Leopold S. Brown, Harlow O Waite & Benjamin P. Atkinson New York, Henry Holt & Co., 1947. (Zusammenstellung von Proben aus Journalistik und Dichtung.)

Marmur. Jacland: Andromeda. New York, Henry Holt & Co., 1947. (Zeitferner Roman eines Schiffes.)

Merrick, Gordon: The Strumpet Wind. New York, William Morrow & Co., 1947. (Spionageroman aus dem Feldzug in Südfrankreich.)

Miller, Margaret: Experiment In Springtime. New York, Random House, 1947. (Psychologischer Roman.)

[illegible] Valentine: It's An Old New England Custom. New York, The Vangard Press, 1946. (Heimatschilderung.)

Morgan, Charles: Reflektions In A Mirror. New York, MacMillan Co., 1947. (Zwei Bände Essays.)

Moss. Howard. The Wound And The Weather. New York, Reynal & Hichtcock, Inc., 1946. (Surrealistische Gedichte.)

Neruda, Pablo: Residence On Earth And Other Poems. Norfolk, New Directions, 1946. (Lyrik, übersetzt, Autor Chilene.)

Newhouse, Edward: The Iron Chaine. (Kurzgeschichten aus dem zweiten Weltkrieg.)

Nygaard, Norman E.: Deep Forest. New York, Reynal & Hitchcock, 1947. (Roman vom Lebenskampf in den Wäldern Colombias.)

Parsons, Alice Beal: The World Around The Mountain. New York, E. P Dutton & Co., 1947. (Landschaftsschilderung.)

Patton, Kenneth L.: Strange Seed. Omaha, Automatic Printing Co., 1946. (Gedichte religiöser und humanitärer Empfindung.)

Richter, Conrad: Always Young And Fair. New York, Alfred A. Knopf Inc., 1947 (Frauenroman.)

Roberts, Kenneth· Lydia Bailey. Garden City, Doubleday & Co., 1947. (Historischer Roman aus Haiti.)

Robinson, Henry Morton: The Great Snow. New York, Simon & Schuster, 1947 (Roman einer eingeschneiten Familie; Kritik an der Gesellschaft und ihrem Verhältnis zur Natur.)

Rooney, Philip D.: Captain Boycott. New York, D. Appleton Century Co., 1946. (Historisch-biographischer Roman.)

Ross, Nancy Wilson: The Left Hand Is The Dreamer. New York, William Sloane Associates, Inc. 1947. (Frauenroman.)

Sackville-West, V.: The Garden. New York, Doubleday & Co., Inc., 1946. (Gedicht in jambischen Pentametern.)

Samuel, Maurice: Web Of Lucifer. New York, Alfred A. Knopf, Inc., 1947. (Roman aus der italienischen Renaissance, Parallele zwischen Cesare Borgia und Hitler.)

Schiller, Cicely: Maybe Next Year. New York, Prentice-Hall, Inc., 1947. (Leichter Unterhaltungsroman.)

Schneider, Isidor: The Judas Time. New York, The Dial Press, 1947. (Roman einer gegenrevolutionären Strömung in Rußland.)

Shoson (Kenneth Yasuda): A Pepper-Pod. New York, Alfred A Knopf, Inc., 1947. (Übersetzung japanischer Dichtkunst.)

Smirnow, V. A.: Sons. New York, Doubleday & Co., 1947 (Familienroman.)

Sola, Alis de: The Body Is Faithful. New York, E. P. Dutton & Co., 1947. (Kurzgeschichten.)

Stafford, Jean: The Mountain Lion. New York, Harcourt, Brace & Co., 1947 (Entwicklungsroman.)

Steinbeck, John· The Wayward Bus. (Allegorischer Roman.)

Stevens, Wallace· Transport To Summer. New York, Alfred A. Knopf, Inc.. 1947 (Sammlung von fünfundfünfzig Gedichten.)

Stoll, Dennis Gray: The Dove Found No Rest. New York, Doubleday & Co., 1947. (Humorvoller Roman eines Indienkenners.)

— Thousand Years. Of Irish Poetry. Herausgeber Kathleen Hoagland. New York, Devin-Adair, 1947. (Gedichtsammlung mit literaturgeschichtlicher Einleitung.)

Triem, Eve: Parade Of Doves. New York, E. P. Dutton & Co., 1946. (Lyrische Gedichte.)

Vazakas, Byron: Transfigured Night. New York. The Macmillan Co., 1946 (Gedichte in „musikalisch fließendem", reimlosen Versmaß.)

Verissimo, Erico: Consider The Lilies Of The Field. New York, The Macmillan Co., 1947. (Arztroman, übersetzt; Autor Chilene.)

Warner, Rex: The Aerodrome. Philadelphia, J. B. Lippincott Co., 1947. (Nichtrealistischer Roman.)

Wells, Evelyn: Jed Blaine's Woman. New York, Doubleday & Co., 1947 (Roman aus der Pionierzeit.)

Williamson, Scott Graham: The Fiesta At Anderson's House. New York, Henry Holt & Co., 1947. (Milieuschilderung aus Mittelamerika.)

Williamson, William: The Eternal Sea. New York, Coward-McCann Inc., 1946. (Lyrische Gedichte.)

Willingham, Calder· End As A Man New York, The Vanguard Press, 1947. (Entwicklungsroman aus einer militärischen Erziehungsanstalt.)

Wouk, Herman: Aurora Dawn. New York, Simon & Schuster, 1947. (Roman eines Reklamefachmannes.)

L. G.

Amerikanische Zeitschriften in Deutschland

Nachtrag*)

AMERICAN MACHINIST. McGraw-Hill Publ. Co. 330 West 42nd St. New York 18. Ed. B. Finney. Preis des Jahrgangs 5 Dollar. Ingenieurwesen.

APPAREL MANUFACTURER. F. Kogos Publ. Co. 1133 Broadway, New York 10. Ed. E. Barron. Preis des Jahrgangs 6 Dollar. Textil, Mode.

BUSINESS WEEK. McGraw-Hill Publ. Co. 99—129 North Broadway, Albany 1, N. Y. Ed. R. Smith. Preis des Jahrgangs 5 Dollar Wirtschaft.

CIVIL ENGINEERING. Amer. Soc. of Civ. Engineers, 33 West 39th St., New York 18. Ed. A. Wagner, D. D. King. Preis des Jahrgangs 5 Dollar. Technik.

CORONET. Esquire Inc 919 N. Michigan Ave., Chicago 11, Ill. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Allgemeines.

COUNTRY GENTLEMAN. The Curtis Co., Independence Square, Philadelphia 5, Pa. Landwirtschaft.

ELECTRICAL WORLD. McGraw-Hill Publ. Co., 99—129 North Broadway, Albany 1, N. Y. Ed. S. B. Williams. Preis des Jahrgangs 5 Dollar. Elektrotechnik.

ELEMENTARY ENGLISH. Nat. Council of Teachers of English. 211 West 68th St., Chicago, Ill. Ed. J. J. De Boer. Preis des Jahrgangs 2,50 Dollar. Philologie.

ENCORE. The Saturday Review Assoc. Inc., 25 West 45th St., New York 19 Ed. H. Smith, R. Walters, Jr. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Literatur, Allgemeines.

ENGINEERING NEWS RECORD. McGraw-Hill Publ. Co., 99—129 North Broadway, Albany 1, N. Y. Ed. J. H. McGraw. Preis des Jahrgangs 5 Dollar. Technik.

THE ENGLIH JOURNAL. Univ. of Chicago Press, 5750 Ellis Ave., Chicago 37. Ill. Ed. W. W. Hatfield. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Philologie.

EXPERIMENT STATION RECORD. U. S. Dep. of Agriculture, Agricultural Res. Adm., U. S. Govt. Printing Office, Washington 25, D. C. Ed R. W Trullinger, E. C. Elting. Preis des Jahrgangs 1,25 Dollar. Landwirtschaft.

THE FOUNDRY The Penton Publ. Co. Penton Bldg. 12—13 West 3rd St., Cleveland, O. Ed. F. G. Steinebach. Preis des Jahrgangs 2 Dollar. Technik.

IRON AGE Chilton Co. Chestnut 56th St., Philadelphia 39, Pa. Ed. T L. Kane Preis des Jahrgangs 8 Dollar. Technik.

THE JOURNAL OF THE AMERICAN DENTAL ASSOCIATION. Amer. Dental Assoc., 222 E. Superior St., Chicago 11, Ill. Ed. L. W. Morrey. Preis des Jahrgangs 7 Dollar. Medizin.

JOURNAL OF THE AMERICAN DIETETIC ASSOCIATION. The Am. Dietetic Assoc. Mount Royal & Guilford Ave., Baltimore 2, Md. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Chemisch-biologische Fachschrift.

LIBERTY. Liberty Mag. Inc., 37 West 57th St., New York 19. Ed. E. Maher. Preis des Jahrgangs 3,50 Dollar. Allgemeines.

MAGAZINE DIGEST Mag. Digest Publ. Co.. 6306 Park Ave., Montreal Quebec. Ed. M Simmons. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Literatur, Allgemeines.

MODERN SCREEN. Dell Publ. Co. Inc., 149 Madison Ave. New York Ed. H. P. Malmgren. Preis des Jahrgangs 1,80 Dollar Film.

PACIFIC AFFAIRS. Institute of Pacific Relations, 8 N 6th St., Richmond, Vir. Ed. Helen Schneider. Preis des Jahrgangs 3 Dollar. Politik, Allgemeines.

PIC. Street & Smith, 122 East 240th St., New York 17. Ed. V. H. Wagner. Preis des Jahrgangs 2,50 Dollar. Allgemeines.

PRINTERS INK Printers' Ink Publ. Co., 205 East 42nd St., New York 17. Preis des Jahrgangs 4 Dollar. Wirtschaft.

RELIGIOUS EDUCATION. The Rel. Educ. Assoc. 20 West Jackson Blvd., Chicago 4. Ed. L. T. Hites. Preis des Jahrgangs 4 Dollar. Philosophie.

THE SATURDAY EVENING POST. The Curtis Publ. Co., Independence Square. Philadelphia 5, Pa. Ed. W. D. Fuller. Preis des Jahrgangs 5 Dollar. Allgemeines.

STEEL. The Penton Publ Co., Penton Bldg., Cleveland 13, Ohio. Ed. E. L. Shaner. Preis des Jahrgangs 6 Dollar. Technik.

WOMAN'S HOME COMPANION. The Crowell Collier Publ. Co., 250 Park Ave, New York 17. Ed. W. A. H. Birnie. Preis des Jahrgangs 2,50 Dollar. Allgemeines.

*) Vergleiche die Übersicht „Amerikanische Zeitschriften in Deutschland" Europa-Archiv S. 658

Österreichs Bibliotheken nach dem Kriege

In der österreichischen Hauptstadt, die im Vergleich zu den großen deutschen Städten den Krieg ohne allzu große Zerstörungen überstanden hat, sind auch die wertvollen Bibliotheken zum überwiegenden Teil erhalten geblieben. Bis auf sechs kleinere Bibliotheken, die restlos zerstört wurden, konnten die übrigen ihre Bücherbestände im allgemeinen ohne schwere Verluste oder qualitative Einbußen retten. Aber auch im übrigen Österreich wurden nach einem Bericht der Österreichischen Nationalbibliothek nur zwei Bibliotheken zerstört, und nur zwölf Prozent aller Bibliotheken Österreichs erlitten schwerere bauliche Schäden. Die Verluste und Beschädigungen an Büchern werden in folgenden Hundertsätzen angegeben:

28 Prozent aller Bibliotheken in Österreich erlitten schwerere qualitative Einbußen oder Verluste, die mehr als 20 Prozent ihres Bestandes ausmachen.

45 Prozent erlitten kleinere Verluste oder Schäden.

Die meisten Bibliotheken hatten ihre Bücher während des Krieges in Schlössern, Stiften und Klöstern auf dem Lande oder an ähnlichen Orten untergebracht. Allerdings wurden die verlagerten Bestände im Laufe der Zeit durch Feuchtigkeit, Brand, Diebstahl oder Plünderung in Mitleidenschaft gezogen. Auch bei Rückführungen entstanden neue Verluste.

Eine Übersicht über den augenblicklichen Zustand der Bibliotheken im einzelnen ergibt ein recht ermutigendes Bild. Folgende Bibliotheken in Wien wurden nicht beschädigt und hatten auch keine Verluste an Büchern zu verzeichnen: die 168 020 Bände umfassende *Bibliothek der Technischen Hochschule*, die *Bibliothek des Finanz- und Landwirtschaftsministeriums*, des *Bundeskanzleramtes*, des *Handelsministeriums*, des *Ministeriums für Soziale Verwaltung* und die *Parlamentsbibliothek* (mit 89 365 Bänden im Jahre 1939). Alle diese Bibliotheken sind heute wieder benutzbar. Die *Nationalbibliothek* mit ihren ehemals 1 346 000 Bänden und rund 40 000 Handschriften hat ihre in ein oberösterreichisches Salzbergwerk verlagerten Bestände restlos und in gutem Zustande zurückgeführt; ihre *Musik-* und *Papyrussammlung* in den Räumen der Albertina, die rund 85 000 und 100 000 Bände umfaßte, wurde jedoch zerstört. Die Nationalbibliothek ist seit Mai 1945 wieder in Betrieb, wurde jedoch erst im Mai dieses Jahres der Allgemeinheit zugänglich gemacht. Von der *Universitätsbibliothek* (Bestand 1939: 1 254 251 Bände) wurden durch Bombentreffer das oberste Stockwerk und die Glasbedachung zerstört. 1943/44 wurden fast die gesamten Bestände in niederösterreichischen Schlössern geborgen. Durch Plünderung entstanden hier hohe Verluste, vor allem an Büchern des 16. Jahrhunderts bis in die Zeit nach dem ersten Weltkrieg, unter den Beständen des großen Lesesaals und an wichtigen Zeitschriften und Serienwerken. Die Universitätsbibliothek kann zur Zeit nur beschränkt benutzt werden. Den Besuchern steht ein kleiner Lesesaal zur Verfügung, der im Winter auch als Beamtenraum dienen muß. Bei der *Bibliothek der Hochschule für Bodenkultur* (Bestand 1939: 69 079 Bände) entstanden während der Verlagerung Verluste in Höhe von rund 500 Bänden durch Feuchtigkeit und außerdem Einbandschäden. Die Bibliothek ist wieder benutzbar. Die *Bibliothek der Tierärztlichen Hochschule* (Bestand 1939: 22 938 Bände) verlor von ihren insgesamt 22 071 Dissertationen 7000 verlagerte durch Brand. Außerdem wurde der Lesesaal durch Granateinschläge beschädigt. Auch sie ist wieder zu benutzen. Die *Bibliotheken der Hochschule für Welthandel* (Bestand 1939: 8314 Bände), der *Akademie der bildenden Künste* (Bestand 1939: 33 143 Bände), des *Kunsthistorischen Museums* (Bestand 1939: 30 289 Bände) und des *Ingenieur- und Architektenvereins* wurden nicht beschädigt. Sie sind heute alle wieder zu benutzen. Die *Bibliothek des Kunstgewerbemuseums* hatte im Lesesaal Bombentreffer und verlor durch Verlagerung 10 Prozent ihres 85 500 Bände umfassenden Bestandes. 20 bis 30 Prozent erlitten Einbandschäden. Die *Bibliothek der Akademie der Wissenschaften* hat 150 bis 200 Bände ausländischer akademischer Schriften verloren. Bei der *Bibliothek der Stadt Wien* wurde der große Depotraum durch Bombentreffer zerstört; die Bestände waren geborgen worden. Die Stadtbibliothek umfaßte ehemals 190 030 Bände. Von den Beständen der *Bibliothek des Patentamtes* wurden 30 000 Bände durch Feuchtigkeit und Rattenfraß während der Verlagerung schwer beschädigt, viele durch Schimmel gänzlich oder nur bis auf Fragmente vernichtet. Die *Gewerbliche Zentralbücherei* hat durch Bombentreffer 1000 bis 1500 Bände verloren, rund 35 000 wurden beschädigt. Die ehemalige *Wehrkreisbücherei* am Stubenring mit 24 943 Bänden wurde durch Brand nahezu vollständig zerstört. Die *Fürstlich Lichtensteinsche Bibliothek* verlor rund 200 Bände.

Unter den *Bibliotheken außerhalb Wiens* sind fast alle äußerst glimpflich davongekommen. Die *Universitätsbibliothek Graz* hatte unter ihren verlagerten Beständen Verluste an Handschriften und von mehreren hundert Bänden Akademieschriften. Sie ist heute wieder benutzbar. Die *Technische Hochschule Graz* büßte durch Verlagerung etwa 120 Bände ein. Auch sie ist wieder geöffnet. Die *Studienbibliotheken* sind ohne Schäden davongekommen. Es sind dies die Bibliotheken in *Linz* mit 80 000 Bänden, in *Salzburg* mit 137 855 Bänden und in *Klagenfurt* mit 72 000 Bänden. Sie sind alle wieder zu benutzen. Die *Klosterbibliotheken* haben keine erheblichen Bauschäden davongetragen. Im *Stift Altenburg* entstanden Verluste an Handschriften durch Einquartierung, auch gingen die Kataloge verloren. *St. Florian, Schlierbach* und *Kremsmünster* blieben unversehrt. *Göttweig* hatte kleinere Verluste. Über *Lambach, Admont, Rain* und *Vorau* fehlen noch nähere Angaben. Im *Innsbrucker Kapuzinerkloster* wurde die Bibliothek vernichtet. *St. Peter in Salzburg* hat seine Bestände im wesentlichen wieder zurückbekommen. *St. Paul in Kärnten* wurde 1939 beschlagnahmt, eine Überprüfung der Bestände wurde jedoch bisher noch nicht vorgenommen. *Wilten* und *Stams* erlitten durch Beschlagnahme und Verlagerung Verluste, Wilten wurde auch durch Bomben beschädigt.

Bei den Wiener Volksbüchereien mußten wegen Bombenschäden sechs Stellen geräumt werden, acht weitere wurden schwer und fünfzehn leichter beschädigt. Seit Mai 1945 wurden 40 Prozent des Bücherbestandes ausgeschieden. Zur Zeit existieren wieder 42 Zweigstellen mit insgesamt 150 000 Bänden.

Wieweit die Bücher der einzelnen Bibliotheken heute nun wirklich wieder dem Publikum zugänglich sind — bei vielen sind die Kataloge verloren gegangen, stimmen nicht mehr mit den Beständen überein oder Aufstellung und Ordnung der zurückgeführten Bücher sind auf lange Zeit unmöglich — und welche praktische Bedeutung den österreichischen Bibliotheken somit wieder als wichtigsten wissenschaftlichen Hilfsmitteln zukommt, läßt sich noch nicht ganz übersehen. Es muß aber abschließend bemerkt werden, daß heute auch in Österreich alle Anstrengungen unternommen werden, das Bibliothekswesen wieder in Gang zu bringen.

*

Die Leitung der Nationalbibliothek in Wien hat wieder Dr. *Bick*. Direktor der Universitätsbibliothek ist Dr. *Gans*. Die Leitung der Universitätsbibliothek Graz hat Dr. *Benndorf*, der Universitätsbibliothek Innsbruck Dr. *Flatscher*. Die Studienbibliothek Salzburg untersteht Dr. *Hofinger*. Direktor an der Technischen Hochschule Wien ist Dr. *Lazar*.

Nach einem Bericht der österreichischen Nationalbibliothek.

1. JULI 1947

Präsident *Truman* unterzeichnet eine Entschließung des Kongresses, die die Ermächtigung zur Beteiligung der Vereinigten Staaten an der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) erteilt und einen Beitrag von 73 500 000 Dollar genehmigt.

Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Polen und der Tschechoslowakei.

2. JULI 1947

Die Besprechungen der drei Außenminister in Paris über das Hilfsangebot Marshalls enden ergebnislos. Molotow lehnt die britisch-französischen Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit ab, weil sie nach sowjetischer Ansicht die Souveränität der einzelnen Staaten beeinträchtigen.

3. JULI 1947

Das Gesetz über die Bildung der Zollunion zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, die „Benelux" Union, wird vom belgischen und luxemburgischen Parlament angenommen.

Bei der Umbildung der polnischen Exilregierung in London wird der Verteidiger von Warschau, General *Bor*, Ministerpräsident. Zum Präsidenten der polnischen Republik im Exil wird August *Zalewski* ernannt.

4. JULI 1947

In seiner Rede zum amerikanischen Unabhängigkeitstag bringt Präsident *Truman* noch einmal die Hilfsbereitschaft der Vereinigten Staaten zum Ausdruck, läßt jedoch auch erkennen, daß die Sowjet-Union nach ihrer Weigerung, am europäischen Wiederaufbau mitzuarbeiten, keine Hilfe aus den Vereinigten Staaten zu erwarten hat.

Veröffentlichung des Abkommens zwischen Italien und den Vereinigten Staaten, das eine 350-Millionen-Dollaranleihe für Italien vorsieht.

Auf Vorschlag Marschall *Tschiang-Kai-Scheks* nimmt der chinesische Staatsrat einstimmig eine Gesetzesvorlage zur Mobilisierung aller Hilfsquellen Chinas zum Kampf gegen den Kommunismus und zur Wiederherstellung des inneren Friedens an.

Veröffentlichung des britischen Gesetzes für die Schaffung der zwei neuen Dominien „Indien" und „Pakistan".

5. JULI 1947

Die amerikanisch-sowjetischen Besprechungen über Korea werden abgebrochen, nachdem keine Einigung darüber erzielt werden konnte, welche koreanischen Parteien an der Regierungsbildung beteiligt werden sollen.

Beginn der Tagung der europäischen Wirtschaftskommission der UN in Genf.

6. JULI 1947

Bei der Volksabstimmung für das spanische Nachfolgegesetz stimmen 78 Prozent aller Wahlberechtigten. Fast 99 Prozent der abgegebenen Stimmen erklären sich für *Franco*.

7. JULI 1947

Der Aufnahmeantrag der österreichischen Regierung in die UN wird den Vereinten Nationen überreicht.

8. JULI 1947

Unterzeichnung des Abkommens zwischen Griechenland und den Vereinigten Staaten, das amerikanische Hilfeleistungen an Griechenland vorsieht.

9. JULI 1947

General *de Gaulle* spricht sich in Paris für den Einschluß Deutschlands in ein Vereinigtes Europa aus und richtet scharfe Angriffe gegen die Sowjet-Union.

10. JULI 1947

Die Sowjet-Union protestiert bei der österreichischen Regierung gegen die Bezahlung der amerikanischen Besatzungskosten in Dollar, weil sie „um die Unabhängigkeit Österreichs fürchtet".

Ägypten reicht bei den Vereinten Nationen seine Klage gegen Großbritannien auf Räumung Ägyptens und des Sudans ein.

Attlee gibt im Unterhaus bekannt, daß Lord Louis *Mountbatten* Generalgouverneur der indischen Union und Mohammed Ali *Jinnah* Generalgouverneur von Pakistan werden soll.

11. JULI 1947

Rumäniens Aufnahmeantrag wird den Vereinten Nationen überreicht.

Zum erstenmal wird in der Sowjet-Union die Mitteilung von einem „Molotow-Plan" gemacht, der das Gegenstück zum Marshall-Plan sein soll.

General *MacArthur* gibt bekannt, daß nach achtzehnmonatiger Besprechung die elf in der Fernostkommission vertretenen Nationen eine endgültige Einigung über die Grundsätze der politischen und wirtschaftlichen Kontrolle Japans erzielt haben.

Der Präsident Indonesiens, *Soekarno*, und der niederländische Generalgouverneur *van Mook* richten einen Appell an die Bevölkerung, zu einer friedlichen Lösung der indonesischen Frage beizutragen.

Der amerikanische Kriegsminister *Patterson* bringt einen Gesetzentwurf über die Bemannung und Führung von Liberty-Schiffen ein, die für Deutschland und Japan bestimmt sind.

12. JULI 1947

Eröffnung der Pariser Konferenz der sechzehn Nationen zur Erörterung des Marshall-Plans für den Wiederaufbau in Europa.

Unterzeichnung des türkisch-amerikanischen Abkommens über Verwendung des 100-Millionen-Dollar-Kredits zur militärischen Unterstützung der Türkei.

Als Ergebnis des Besuches von Ministerpräsident *Gottwald* in Moskau wird zwischen der Tschechoslowakei und der Sowjet-Union ein Handelsvertrag für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen.

13. JULI 1947

Teile der „Internationalen Brigade" dringen nach Überschreiten der albanischen Grenze in die griechische Stadt Konitza ein. Griechische Aufständische unterstützen die Brigade bei ihrem Angriff.

14. JULI 1947

Der russische Oberbefehlshaber in Österreich überreicht eine Note, die sich gegen den Abschluß des amerikanisch-österreichischen Unterstützungsvertrages richtet.

Abschluß eines sowjetisch-ungarischen Handelsabkommens.

15. JULI 1947

Auf dem Jahrestreffen der Gouverneure der 48 amerikanischen Staaten in Salt-Lake City hält Außenminister *Marshall* eine Rede, in der er Verständnis für die Probleme Europas fordert.

Die amerikanische Regierung erteilt General *Clay* neue Richtlinien über die politische und wirtschaftliche Führung der amerikanischen Zone Deutschlands.

Das neue ungarische Wahlgesetz wird in einer Sondersitzung des Kabinetts gebilligt.

16. JULI 1947

Zwei griechische Brigaden beginnen den Angriff gegen die Aufständischen in der Nähe der Stadt Konitza an der griechisch-albanischen Grenze.

Die Krise in Indonesien verschärft sich, da das republikanische Kabinett die holländischen Vorschläge über eine gemeinsame Polizeitruppe zurückweist und dadurch auch die Bildung des Interimkabinetts verzögert.

Die Vereinigten Staaten berufen zum 19. August eine Konferenz zur Vorbereitung des Friedensvertrages mit Japan ein, zu der elf Nationen eingeladen werden.

17. JULI 1947

Großbritannien und Australien erheben Einspruch gegen Festlegung des Zeitpunktes für die Beratungen über den japanischen Friedensvertrag auf den 19. August, da am 26. August in Canberra die Commonwealth-Konferenz beginnt.

18. JULI 1947

Präsident *Truman* nimmt das Rücktrittsgesuch des amerikanischen Kriegsministers *Patterson* an. Zu seinem Nachfolger wird der bisherige Staatssekretär im Kriegsministerium Kenneth C. *Royall* ernannt.

Der amerikanische Senat billigt das Veto, das Präsident *Truman* gegen die vom Repräsentantenhaus angenommene Gesetzesvorlage zur Senkung der Einkommensteuer eingelegt hat.

Der Gesetzesentwurf zur Schaffung der Dominien Indien und Pakistan wird durch Zustimmung des britischen Königs Gesetz.

Der französische Botschafter in Washington, *Bonnet*, setzt das amerikanische Außenministerium davon in Kenntnis, daß Frankreich vorläufig jede Erhöhung des deutschen Industriepotentials ablehnt.

19. JULI 1947

Das amerikanische Repräsentantenhaus nimmt das Gesetz zur Vereinigung der amerikanischen Streitkräfte an.

Die indonesische Republik bittet Indien, den Indonesien-Streitfall vor den Weltsicherheitsrat zu bringen.

Sechs der im Ministerrang stehenden Mitglieder des burmesischen Exekutivrates in Rangun fallen einem Mordanschlag zum Opfer.

Die bulgarische Regierung wendet sich mit einer Beschwerde über angebliche Grenzverletzungen durch griechische Truppen an die alliierte Kontrollkommission.

20. JULI 1947

Niederländische Regierungs- und Polizeitruppen besetzen Bahnstationen und Regierungsgebäude in Indonesien. Niederländische Verbände beginnen einen militärischen Vormarsch in Java. Der niederländische Ministerpräsident bezeichnet dieses Vorgehen als eine Polizeiaktion.

Die indonesische republikanische Regierung lädt die niederländische Generalkommission zu einer Konferenz ein, um die Differenzen entweder friedlich oder durch einen neutralen Schiedsrichter beizulegen.

Der britische Außenminister *Bevin* bietet der Regierung der Niederlande seine Vermittlerdienste im Indonesienkonflikt an.

21. JULI 1947

Die niederländische Regierung überreicht dem britischen Geschäftsträger und dem amerikanischen Botschafter im Haag ein Memorandum, in dem die Expansionspolitik der indonesischen Regierung auf Kosten anderer Gebiete Niederländisch-Ostindiens scharf angegriffen wird.

Der indonesische Ministerpräsident *Sjarifuddin* ruft das indonesische Volk in einer Rundfunkbotschaft zur Verteidigung seiner Freiheit auf.

In einem Brief an die kommunistische Partei Österreichs verspricht Marschall *Stalin* die Entlassung aller österreichischen Kriegsgefangenen noch vor Ende dieses Jahres.

An Stelle von Benjamin V. *Cohen* tritt Charles *Bohlen*, ein Rußlandsachverständiger des amerikanischen Außenministeriums, sein Amt als Berater des amerikanischen Außenministers an.

22. JULI 1947

Die sowjetrussische Regierung lehnt die amerikanische Einladung zur Friedenskonferenz über Japan ab, da sie eine Viermächteregelung dieser Frage im Rahmen einer Außenministerkonferenz wünscht.

Die niederländische Regierung überreicht den Vereinten Nationen ein Memorandum, in dem sie die Gründe für ihr Vorgehen auf Java und Sumatra erläutert und erklärt, die republikanische Regierung habe sich unfähig gezeigt, das Linggadjati-Abkommen einzuhalten.

Der vor kurzem zurückgetretene indonesische Ministerpräsident *Sjahrir* reist nach Singapur, um Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Indien und Australien die Haltung der indonesischen Regierung zu erklären.

Der Führer der burmesischen kommunistischen Partei, *Thakin Tan Tun*, erklärt vor einer Versammlung von 20 000 Arbeitern, daß britisch-imperialistische Söldner die Ermordung der burmesischen Minister durchgeführt hätten.

Der von Präsident *Truman* zum Sonderbeauftragten in China ernannte General *Wedemeyer* trifft in Nanking ein.

23. JULI 1947

Der niederländische Ministerpräsident Dr. *Beel* erklärt vor der zweiten Kammer, daß die im Abkommen von Linggadjati vorgesehene Möglichkeit eines Schiedsspruches durch das Vorgehen der indonesischen Regierung hinfällig geworden sei.

Bevin gibt im Unterhaus bekannt, daß die niederländische Regierung das britische Vermittlerangebot mit Dank angenommen habe, aber erst auf Grund weiterer Entwicklungen entscheiden werde, ob und wann es zweckmäßig sei, davon Gebrauch zu machen.

Das amerikanische Außenministerium gibt seine Entscheidung bekannt, kein Hilfsprogramm für Polen durchzuführen.

In einem Schreiben an den französischen Außenminister nimmt Außenminister *Marshall* von den französischen Bedenken gegenüber den britisch-amerikanischen Absichten zur Erhöhung der Industrieproduktion in den Westzonen Kenntnis und versichert, daß keine diesbezüglichen Maßnahmen ohne vorherige Anhörung des französischen Standpunktes veröffentlicht werden sollen.

24. JULI 1947

Attlee verkündet im Unterhaus den Gesetzentwurf zur Machtübertragung an die burmesische Regierung zum Herbst.

Die albanische Regierung weigert sich, dem Balkanausschuß der Vereinten Nationen Erlaubnis zur Untersuchung der Grenzzwischenfälle zu geben.

Der amerikanische Handelsminister *Harriman* gibt als Vorsitzender des von Präsident Truman eingesetzten überparteilichen Neunzehn-Mann-Ausschusses für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas bekannt, daß dem Präsidenten bis spätestens 1. Oktober ein vollständiger Bericht darüber vorgelegt werden soll, wieviel die Vereinigten Staaten auf Grund des Marshall-Planes beisteuern können.

Nachdem das Plenum des Zweizonenwirtschaftsrates in Frankfurt den ersten Vorschlag des Exekutivrates für die Besetzung des Wirtschaftsdirektoriums durch einen SPD-Vertreter abgelehnt hatte, zieht die SPD auch ihre Kandidaten für andere Direktorenposten zurück und geht damit in die Opposition. Für alle fünf Direktorien der Hauptverwaltung werden Kandidaten der CDU gewählt.

25. JULI 1947

Das amerikanische Landwirtschaftsministerium gibt die Einstellung der Maislieferungen an Rumänien bekannt.

Die britische Handelsdelegation kehrt aus Moskau nach London zurück, nachdem die Verhandlungen an der Höhe der russischen Getreidepreisforderungen gescheitert waren.

China nimmt die Einladung der Vereinigten Staaten zu Vorbesprechungen über den Friedensvertrag mit Japan an.

General *Keyes*, der amerikanische Oberbefehlshaber für Österreich, beantwortet vor dem Kontrollrat in Wien die sowjetische Protestnote gegen das österreichisch-amerikanische Hilfsabkommen und fordert die Alliierten auf, die Verteilung der amerikanischen Zuwendungen zu überwachen.

Der sowjetische Vertreter *Gromyko* sichert im Weltsicherheitsrat den drei nördlichen Nachbarn Griechenlands die Unterstützung der Sowjet-Union zu, falls sie sich weigern sollte, die Untersuchungskommission des Balkanausschusses ihre Grenzen überschreiten zu lassen.

26. JULI 1947

Der frühere amerikanische Marineminister *Forrestal* wird zum ersten Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten ernannt.

27. JULI 1947

Die französische Regierung nimmt die amerikanische Einladung zu Friedensverhandlungen über Japan unter der Voraussetzung an, daß Frankreich die gleichen Rechte genießt wie die anderen zehn bei den Verhandlungen vertretenen Staaten.

General *de Gaulle* wendet sich in einer Rede in Rennes in äußerst scharfer Form gegen den Kommunismus.

Bei einem Besuch des bulgarischen Ministerpräsidenten *Dimitroff* in Belgrad wird besonderer Nachdruck auf die enge Verbundenheit zwischen den beiden Ländern gelegt.

28. JULI 1947

Die diesjährige Sitzungsperiode des 80. Kongresses der Vereinigten Staaten ist beendet. Für den Herbst ist keine Sondersitzung vorgesehen.

Abschluß eines umfassenden Handelsabkommens zwischen der Sowjet-Union und Jugoslawien.

29. JULI 1947

Der amerikanische Kriegsminister *Royall* fliegt zu einem sechstägigen Besuch nach Deutschland.

Der britische Generalstabschef, Feldmarschall *Montogemry*, bricht seine Fernostreise ab, um nach London zurückzukehren, wo die Herabsetzung der britischen Streitkräfte besprochen werden soll.

Die sowjetrussische Regierung nimmt eine Einladung der britischen Regierung für eine Konferenz der Außenministerstellvertreter an, die im Oktober in London beginnen soll.

Der Vertreter der Sowjet-Union beim Weltsicherheitsrat legt sein Veto ein gegen den Beschluß, eine ständige Untersuchungskommission für den Balkan zu bilden.

Die vier ungarischen Regierungsparteien beschließen die Bildung eines „Wahlbündnis der Parteien der ungarischen nationalen Unabhängigkeitsfront".

30. JULI 1947

Durch Noten der indischen und der australischen Regierungen an den Vorsitzenden des Weltsicherheitsrates wird der Indonesien-Konflikt vor die Vereinten Nationen gebracht.

Die Sowjetregierung teilt der britischen Regierung mit, daß sie die Ratifizierung der Friedensverträge mit den ehemaligen europäischen Verbündeten Deutschlands erst dann vornehmen will, wenn sie zuvor von den Staaten selbst ratifiziert worden sind.

Die Parlamentsfraktion der britischen Arbeiterpartei unterstützt einstimmig die durch *Attlee* bekanntgegebenen Maßnahmen der Regierung zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Gerüchte über ernste Differenzen zwischen dem amerikanischen Kriegsministerium und dem Außenministerium über das deutsche Kriegspotential werden von Staatssekretär *Lovett* dementiert.

31. JULI 1947

Die Regierung der Vereinigten Staaten nimmt die Einladung der britischen Regierung zur Konferenz der Außenministerstellvertreter in London im Oktober an.

Der Sicherheitsrat beschließt, die Indonesienfrage auf seine Tagesordnung zu setzen.

Der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN, Sir John *Boyd Orr*, veröffentlicht einen Jahresbericht, in dem eine Fortdauer der Nahrungsmittelknappheit für weitere zwei Jahre vorausgesagt wird.

Die italienische verfassunggebende Versammlung stimmt für Ratifizierung des Friedensvertrages unter der Voraussetzung, daß dieser zuvor von den Siegerstaaten ratifiziert wird.

Die ersten Wahlen zum Landtag des Saargebietes werden auf den 5. Oktober festgelegt. Gleichzeitig soll eine Abstimmung über die noch in Arbeit befindliche Verfassung stattfinden.

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen fordert in einer Entschließung das Einstellen der Demontagen bis zur Festlegung des neuen Industrieplanes.

INHALT

AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Gertrud Becker, Frankfurt a. M., geboren am 27. August 1918;
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geboren am 27. Juli 1920;
Hans Eckstein, München, geboren am 31. Mai 1898;
Dr. Luise Götz, Frankfurt a. M., geboren am 2. Dezember 1905;
Fred von Hoerschelmann, Tübingen, geboren am 16. Nov. 1901;
Alexander Kohn-Brandenburg, Vilbel, geb. am 13. Februar 1906.

Robert Nieschlag, Berlin, geboren am 25. März 1905;
Hans Rehbein, Bad Homburg v. d. H., geb. am 8. Dezember 1911;
Dr. Siegfried Rentrop, Köln am Rhein, geboren am 1. April 1899;
Wilfried Tenholt, Oberursel (Taunus), geb. am 1. September 1915;
Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geboren am 8. April 1917;
Dr. Karl H. Wörner, Weinheim/Bergstraße, geb. am 6. Januar 1910.

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.
Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel (Taunus) bei Frankfurt am Main.
Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel (Taunus), Gartenstraße 12, Telefon 239.
Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155, oder an die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.

Redaktionsschluß: 15. August 1947 | Auflage 12 000 | Druck: Heinrich Berlebach, Oberursel